

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 10. November 1971

Tagesordnung

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 38)

Geschäftsbehandlung

Beschluß auf Debatte über die Erklärung des Bundesministers Dr. Broda (S. 52)

Fragestunde (1.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Tödling (1/M), Staudinger (2/M), Dr. Marga Hubinek (3/M), Dr. Broesigke (6/M), Dr. Kranzlmayr (4/M), DDr. König (5/M), Dr. Reinhart (27/M), Zeillinger (19/M), Pay (28/M), Thalhammer (29/M), Meiβl (17/M) und Teschl (25/M) (S. 38)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 49 und S. 50)

Bundesregierung

Bundesminister Dr. Broda zum Ausbruch von Häftlingen (S. 50) — Beschluß auf Debatte (S. 52)

Verhandlungen

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (S. 52), Gratz (S. 60), Peter (S. 69), Dr. Kohlmaier (S. 75), Sekanina (S. 83), Melter (S. 88), Vizekanzler Ing. Häuser (S. 94), Dr. Koren (S. 97), Czernetz (S. 103), Dr. Scrinzi (S. 110), Dr. Mussil (S. 116), Erich Hofstetter (S. 122), Dr. Broesigke (S. 130), Pölz (S. 134), Dr. Haider (S. 137), Dr. Schmidt (S. 142) und Dr. Mock (S. 145)

Entschließungsantrag Dr. Kohlmaier betreffend Steuerprogressionsmilderung (S. 81) — Ablehnung (S. 151)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

3: Arbeitnehmerschutzgesetz (S. 50)

4: Lebensmittelgesetz

5: Entgeltliche und unentgeltliche Veräußerungen und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen

6: Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz

7: Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes

8: Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft (S. 50)

Bericht

Grüner Plan 1972, Bundesregierung (III-2) (S. 50)

Antrag der Abgeordneten

Dr. Gruber, Dr. Mock, Graf, Dr. Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Privatschulgesetz geändert wird (3/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hauser, Sandmeier und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Abwicklung der Entschädigungsleistungen nach dem Verteilungsgesetz Ungarn (6/J)

Dr. Frauscher, Steiner, Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Brandstiftungen in der Umgebung von Salzburg (7/J)

Kammerhofer, Sandmeier, Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Bau des Laufkraftwerkes Klaus und Pumpspeicherwerks Molen (8/J)

Zeillinger, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Ausbruch aus der Strafvollzugsanstalt Stein (9/J)

Zeillinger, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Ausbruch aus der Strafvollzugsanstalt Stein (10/J)

Westreicher und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Milchtransport eines Unternehmers von Deutschland über Österreich nach Italien (11/J)

Dr. Reinhart, Horejs, Jungwirth, Egg, Wille und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Oberinntal-Autobahn und Schnellstraße Mailand—Ulm (12/J)

Dr. Reinhart, Dr. Schranz, Horejs, Treichl, Hans Mayr und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Flüssigmachung von italienischen Rentenleistungen durch das Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS) (13/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 1. Sitzung vom 4. November und der 2. Sitzung vom 5. November 1971 sind in der Kanzlei aufgelegen, unabstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frau Dr. Johanna Bayer, Karl Glaser und Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Wir beginnen jetzt — um 10 Uhr 2 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundeskanzleramt

Präsident: Wir kommen zur 1. Anfrage, der Anfrage des Herrn Abgeordneten Tödler (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

1/M

Sind Sie bereit, die gesetzlichen Bestimmungen der Heeresgesetznovelle hinsichtlich der Waffenübungen zu beachten?

Präsident: Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort zur Beantwortung.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter! Selbstverständlich bin ich bereit, die gesetzlichen Bestimmungen der Heeresgesetznovelle hinsichtlich der Waffenübungen zu beachten.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Tödler**: Herr Bundeskanzler! Aus der Wehrgesetznovelle geht eindeutig der Wille des Gesetzgebers — nämlich der Wille Ihrer Fraktion und der der FPÖ — hervor, und Sie haben diese Bestimmung hinsichtlich der Truppenübungen in Frage gestellt. Ich möchte Sie fragen, Herr Bundeskanzler: Hat Ihre Fraktion die FPÖ — ich darf den Ausdruck gebrauchen — absichtlich hineingelegt?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Dazu habe ich in dreifacher Weise Stellung zu nehmen.

Erstens einmal habe ich in der in Frage stehenden Diskussion lediglich meiner Auffassung auf Grund von Besprechungen Ausdruck gegeben, an denen auch Sie, Herr Abgeordneter Tödler, teilgenommen haben, in denen uns seitens hoher Offiziere gesagt

wurde, daß man nicht der Meinung ist, daß derartige Anforderungen an das Bundesheer technisch zu bewältigen wären. Das habe ich gesagt. Ich habe mich in dieser in Betracht kommenden Diskussion mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer eigentlich, wenn ich mich richtig erinnere, überhaupt nicht mit dem Gesetz so sehr beschäftigt. (Abg. *Fachleute*: *Am Schmäh führen!* — *Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich möchte aber sagen, daß für mich der gesetzliche Wortlaut nicht so klar ist; damit das klargestellt ist. Diese Auffassung teilen hervorragende Juristen gleichfalls, während es auch für den anderen Standpunkt natürlich juristische Interpretationen gibt. Das aber nur am Rande. Das ist die zweite Sache.

Und die dritte Sache ist die, daß Verhandlungen, die zwischen zwei Parteien des Hauses geführt werden, nicht Akte der Vollziehung sind und ich daher von diesem Platz aus nicht in der Lage bin zu antworten.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Tödler**: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß es nicht relevant sein kann, was Fachleute oder, wie Sie meinen, militärische Fachleute meinen. Ich glaube, daß Sie den Auftrag haben, das Gesetz zu erfüllen. Sie waren es, der dieses Gesetz in Frage stellt — ich habe das schon ausgeführt, ich habe selber Ihre Aussage im Fernsehen gehört —, der gemeint hat: Das ist nicht klar, hier wird man sehen, herauskommen werden 30 Tage. So Ihre Aussage, Herr Bundeskanzler.

Ich glaube, daß es hier von sekundärer Bedeutung ist, was Fachleute sagen, sondern Sie haben dafür zu sorgen, daß das Gesetz vollzogen wird.

Aber nun zu meiner Zusatzfrage. Herr Bundeskanzler! Sie haben zweimal ein Gelöbnis abgelegt, einmal als Regierungsmitglied und einmal als Abgeordneter hier im Haus, in dem Sie gelobt haben, die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich zu beobachten und Ihre Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Herr Bundeskanzler! Wenn nun für den einfachsten Staatsbürger Recht und Gesetz zu gelten hat, dann, glaube ich, umso mehr für einen Regierungschef bzw. für uns alle. Herr Bundeskanzler! Für mich haben Sie diese beiden Gelöbnisse gräßlich verletzt, wenn Sie ein Gesetz nunmehr in Frage stellen. Ich möchte Sie fragen: Sind Sie ... (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. *Seckanina*: *Das ist Ihre deplacierte Meinung!* — Abg. *Josef Moser*: *Das ist eine*

Tödling

ausgesprochene Gemeinheit!) Herr Bundeskanzler, ich möchte Sie fragen, ob Sie in der Lage sind, meine Auffassung zu entkräften.

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Zuerst einmal möchte ich feststellen, daß es für die Frage, ob ich ein Gelöbnis verletzt habe und was dann zu geschehen hat, eindeutige Feststellungen in der Verfassung gibt. Ich lade den Herrn Abgeordneten Tödling ein, sich dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen zu bedienen (*lebhafter Beifall bei der SPÖ*), die dann in Kraft treten, wenn ein solcher Verdacht vorliegt oder begründet ist. Es gibt ja ganz genaue Festlegungen hierüber, wenn derart gravierende Beschuldigungen gegen ein Mitglied der Bundesregierung erhoben werden.

Zweitens möchte ich ausdrücklich sagen, daß ich nur meiner Auffassung Ausdruck gegeben habe, daß der Auftrag, den der Gesetzgeber erteilt, der ist, daß die Zahl der Waffenübungen 60 Tage nicht übersteigen darf, und daß ich der Meinung bin, daß das ein Limit ist, das der Gesetzgeber festgelegt hat. Das kann eine irrtümliche Auffassung sein. Ich leite daraus den Schluß ab. (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) Auch hier gibt es, wenn es Meinungsverschiedenheiten geben sollte, entsprechende Möglichkeiten.

Auf der anderen Seite möchte ich darauf verweisen — das habe ich damals schon getan —, daß der Gesetzgeber auch bezüglich der Schulgesetze gewisse Aufträge erteilt hat, die sich im Laufe der Jahre als technisch nicht so leicht zu bewerkstelligen herausstellten. So hat das Reichsvolksschulgesetz seinerzeit schon vor langem verlangt, daß es überall die entsprechenden Turnäle zu geben hat, eine Forderung des Gesetzes, die bis heute noch nicht überall durchgeführt werden konnte. (Abg. Dr. H a i d e r: Schöne Aussichten!)

Ich habe mich lediglich auf die technischen Schwierigkeiten gestützt, habe aber erklärt, daß es Sache des Ressortministers ist, sich um die Verwirklichung der entsprechenden Bestimmungen zu kümmern. Bringt er es zustande, dann ist es gut; bringt er es nicht zustande, wird man sich darüber unterhalten müssen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler.

Wir gelangen nunmehr zur 2. Anfrage. Es ist dies die Anfrage des Herrn Abgeordneten Staudinger (*ÖVP*) an den Herrn Bundeskanzler.

2/M

Wie hoch ist der Finanzbedarf der verstaatlichten Industrie?

Präsident: Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Zunächst möchte ich der Klarstellung wegen annehmen, daß es sich bei der Frage nach dem Finanzbedarf der verstaatlichten Industrie offenbar nicht nur um den Finanzbedarf für ein Jahr, sondern um den für jetzt voraussehbaren Finanzbedarf handelt.

Nach den Berechnungen — ich kann mich ja nur auf Informationen stützen, die mir gegeben werden; ich bin ja nicht in der Lage, mich in diese Fragen direkt einzumischen, ich kann also nur Fragen stellen und Fragen weitergeben — werden für den Zeitraum 1971 bis 1975 ungefähr 28 Milliarden Schilling gebraucht werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten.

Abgeordneter Staudinger: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Hinsichtlich dieser 28 Milliarden Schilling Investitionen in das Anlagevermögen lesen wir in den Zeitungen, daß etwa 17,5 Milliarden aus dem sogenannten cash-flow aufgebracht werden können. Hinsichtlich der restlichen 10,5 Milliarden sind seitens der OIAG noch unter der Zeit des Herrn Generaldirektors Kothbauer etliche Aktionen erfolgt. So hat Generaldirektor Kothbauer am 14. Oktober 1970 dem Herrn Finanzminister wegen einer Dotierung im Budget geschrieben. Die OIAG hat am 23. Juni 1971 an Sie, Herr Bundeskanzler, ein Schreiben gerichtet und erwähnt, es müßten insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß im Budget 1971, von der Bergbauförderung abgesehen, keine Mittel für die OIAG vorgesehen gewesen seien, für die Strukturverbesserung im Budget 1972 645 Millionen Schilling enthalten sein.

Nun hören wir, Herr Bundeskanzler, daß im Budget 1972 für die OIAG unter dem Titel der Strukturverbesserung keine Mittel im Haushalt vorgesehen sind. Ist dies richtig, Herr Bundeskanzler?

Präsident: Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Ich bin nicht in der Lage, heute genaue Budgetziffern für das Budgetjahr 1972 anzugeben, aber es wird das ja in ganz kurzer Zeit möglich sein. Ich kann jedoch so viel sagen, daß für das Jahr 1971 auf die Dividendenausschüttung durch die OIAG an den Eigentümer Bund verzichtet wurde und daß für das Jahr 1972 ein anderer Weg beschritten

Bundeskanzler Dr. Kreisky

werden wird. Es wird zur Dividendenausschüttung kommen, weil das sichtbarer ist, aber es ist beabsichtigt, den gesamten Betrag der OIAG wieder für Zwecke der Kapitalaufstockung zur Verfügung zu stellen.

Im übrigen habe ich zusammen mit dem Herrn Finanzminister, weil wir hier wegen der Übernahme von Garantien eine gewisse Verantwortung haben, der OIAG einige Grundsätze zur Finanzierung übermittelt, von denen ich glaube, daß sie dem kommerziellen Charakter der Betriebe eher entsprechen als andere Lösungen, die erst als allerletzte in Betracht kämen.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten. Bitte.

Abgeordneter Staudinger: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Hinsichtlich der Dividenden erwähnt Generaldirektor Kothbauer in dem von mir bereits angeführten Brief vom 14. Oktober 1970: Nur unter der Voraussetzung, daß die OIAG etwa 150 bis 200 Millionen Schilling Dividende zu zahlen in der Lage sein sollte, wäre eine Zuwendung seitens des Bundes von jährlich 650 bis 750 Millionen Schilling erforderlich.

Wenn ich mich an dem orientiere, was hier gesagt ist, und an der Größenordnung von 150 bis 200 Millionen Schilling, dann ist also die Belassung der Dividende in der OIAG zweifellos ein unzureichendes Mittel, die Finanzierungslücke zu stopfen.

Ich möchte Sie fragen, ob hinsichtlich der von Ihnen angedeuteten Finanzierungsmöglichkeiten etwa wieder an die mehrfach angekündigte Aktienemission gedacht ist.

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Eine Aktienemission ist meinerseits nie angekündigt worden, und es ist an sie auch nicht gedacht.

Es hat sich um folgende fünf Vorschläge gehandelt, die seitens der Bundesregierung gemacht wurden:

Erstens einmal wird der OIAG empfohlen, daß sie sich um eine konsequente Ausnutzung des Fremdfinanzierungsspielraumes bemüht, wie das andere Unternehmungen auch tun müssen.

Zweitens hätte sie sich ihren Tochtergesellschaften gegenüber um eine Politik verstärkter Dividendenausschüttungen zu bemühen, um so besser disponieren zu können.

Drittens sollen die Dividendenleistungen verwendet werden, um die erforderlichen Kapitalerhöhungen durchzuführen.

Viertens soll der inländische Kapitalmarkt durch die OIAG im Wege der Emission von Industrieanleihen in Anspruch genommen werden.

Fünftens hat die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es beträchtliche steuerliche Erleichterungen etwa durch den gespaltenen Körperschaftsteuersatz gibt. Zur Ausnutzung dieser Erleichterungen bietet ja das OIG-Gesetz eine Handhabe.

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Wir kommen nun zur 3. Anfrage, der Anfrage der Frau Abgeordneten Doktor Hubinek (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

3/M

Welche Maßnahmen planen Sie angesichts des alarmierenden Ansteigens der Rauschgiftkriminalität?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Inneres Rösch: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben, beginnend mit Herbst des Jahres 1970, die ganze Zeit des Jahres 1971 eine sehr intensive Schulung jener Beamten durchgeführt, die sich mit der Abwehr von Rauschgift beschäftigen.

Im Oktober dieses Jahres haben Beamte des Bundesministeriums für Inneres und der Bundespolizeidirektion an einem sehr instruktiven Seminar für Rauschgiftabwehr in Washington teilgenommen, und wir versuchen nunmehr, die Erkenntnisse und die Methoden, die dort vorgetragen wurden, auf die österreichischen Exekutivorgane zu übertragen.

Es wird zu Beginn des Jahres 1972, wahrscheinlich mit 1. Februar, eine Zentralstelle für Rauschgiftbekämpfung im Bundesministerium für Inneres eingerichtet werden. Sinn und Zweck dieser Einrichtung ist, daß von dieser Zentralstelle aus auch diejenigen Stellen, die sich in den Bundesländern mit diesen Dingen beschäftigen, koordiniert, angewiesen und zusammengefaßt werden können.

Daß alle diese Maßnahmen offensichtlich doch eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben, dürfte wohl die Aktion vom letzten Samstag beweisen, bei der es in Wien gelungen ist, den größten Rauschgiftschmuggel der letzten Zeit in Österreich aufzuklären, indem 72 kg Haschisch in einer Wiener Wohnung beschlagnahmt wurden. Ich werte das als einen gewissen Erfolg all der Bemühungen, die von Seiten des Bundesministeriums für Inneres und der

Bundesminister Rösch

Polizeidirektion Wien auf diesem Gebiet durchgeführt wurden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Ich bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Dr. Marga Hubinek: Herr Bundesminister! Wenn auch der Drogenmißbrauch sicherlich nicht jene Zahlen erreicht wie in anderen Staaten, so ist er doch alarmierend. Sie kennen ja die Zahlen der Kriminalstatistik, derzu folge von einem Jahr auf das andere, von 1969 auf 1970 die Delikte um fast 300 Prozent gestiegen sind und im Folgejahr 1970/71 um fast 230 Prozent. Ich glaube, wir sind uns einig, daß man verstärkt auch Präventivmaßnahmen setzen sollte.

Darf ich Sie nach Präventivmaßnahmen konkret fragen: Sie haben ja sicherlich verfolgt, welche Maßnahmen die Münchener Polizei setzte. Einerseits hat sie eine sehr schockierende Ausstellung unter dem Motto ins Leben gerufen: „Du machst Dich kaputt, und der Händler macht Kasse“, um damit ein bissel der Drogenideologie zu begegnen und die Kehrseite zu zeigen; zweitens gibt es fliegende Kommissionen, die sofort dann, wenn eine Meldung erstattet wird, daß Rauschgift über die Grenzen geschmuggelt wird, oder wenn Rauschgift den Besitzer wechselt, zum Einsatz gelangen. Was halten Sie von diesen konkreten Präventivmaßnahmen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Ich glaube, sehr geehrte Frau Abgeordnete, daß alle diese Maßnahmen natürlich überlegenswert sind. Ich bitte nur zu berücksichtigen, daß die rechtliche Situation der Bundesrepublik anders ist als bei uns in Österreich. Wir haben auf diesem Gebiet eine ganz exakte Kompetenzteilung zwischen dem Bundesministerium für soziale Verwaltung und der sogenannten Suchtgiftkommission, mit Suchtgiftkatalog usw. auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Exekutivbehörden, deren Aufgabe es ist, die Verfolgung vorzunehmen. Die Aufklärung, die präventiven Schutzmaßnahmen, die ja, wie Sie selbst angedeutet haben, wahrscheinlich auf diesem Sektor nicht in erster Linie in Polizeimaßnahmen, sondern in psychotherapeutischen Maßnahmen bestehen, in Aufklärung, beginnend von der Schule bis in alle jene Gemeinschaftsorgane, in denen man sich mit solchen Fragen beschäftigt, sind ein Kompetenzbestand für das Bundesministerium für soziale Verwaltung und werden von dort, soviel wir wissen, auch sehr intensiv wahrgenommen. Wir haben in Österreich erst vor kurzer Zeit eine eigene Aufklärungswoche in diesen Fragen durchgeführt. Wie Sie wissen, hat sie der Herr Bundespräsident mit einer sehr ein-

drucksuellen Rede eröffnet, und wir glauben, daß auch von dieser Seite her diese Aufklärung und diese Maßnahmen in, so scheint es mir, ausreichendem Maße durchgeführt werden.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek: Herr Bundesminister! Ich glaube, getrennte Kompetenzen sollten keine Entschuldigung dafür sein, daß wir verschiedene Maßnahmen unterbleiben lassen.

Darf ich, Herr Bundesminister, Ihnen noch die konkrete Frage stellen: Werden Sie initiativ werden, damit die Bundesregierung auch die wirksame UNO-Konvention aus dem Jahre 1964 beschließt? Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß diese UNO-Konvention über Narkotika, die auch Verbotsnormen setzt, bisher im Kampf gegen den Rauschgifthandel eine sehr wirksame Hilfe darstellte. Werden Sie in dieser Hinsicht initiativ werden?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrte gnädige Frau! Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich will mich nicht entschuldigen, aber ich bitte das Hohe Haus doch, zu verstehen, daß eine Fragestellung an einen nicht kompetenten Minister nur so beantwortet werden kann, daß er sagt: Ich habe keine Kompetenz! Denn es würde im gegenteiligen Fall ja mit Sicherheit zu einer sehr scharfen Kritik des Hohen Hauses führen, wenn ich meine Kompetenzen überschritte.

Im gegenständlichen Fall der UNO-Konvention, muß ich leider sagen, ist es ebenfalls nicht so, daß ich überhaupt eine Initiative ergreifen könnte. Die Initiative liegt bei dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung — auf Grund des Gesetzes, das das Hohe Haus hier vor einiger Zeit beschlossen hat.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Wir kommen nun zur 4. Anfrage, zu der des Herrn Abgeordneten Dr. Broesigke (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

6/M

Welche Vorkehrung wird getroffen werden, um im Falle der beabsichtigten Auflösung der Stadtpolizei von Krems (Übernahme in den Gendarmeriedienst) eine dienst- und besoldungsrechtliche Schlechterstellung der betroffenen Beamten zu vermeiden?

Präsident: Ich bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage der Übernahme von Beamten der Stadtsicherheitswache von Krems

Bundesminister Rösch

in die Bundesgendarmerie ist, wie Sie ja wissen, durch einen Beschuß des Gemeinderates der Stadtgemeinde Krems aufgeworfen worden. Die rechtlichen Voraussetzungen sollen durch einen Gesetzentwurf geschaffen werden, der zurzeit der Begutachtung unterliegt, und zwar wegen der Möglichkeit, daß auch die Bundesgendarmerie in Städten mit eigenem Statut den Sicherheitsdienst übernehmen kann.

Wir haben den Beamten bei den bisherigen Verhandlungen zugesichert, daß sie auf keinen Fall eine Schlechterstellung gegenüber den übrigen Bundesbediensteten erfahren werden.

Die Problematik liegt nun darin, daß ein Teil dieser Beamten von Krems jedoch besser — gestellt ist. Ich glaube, ich habe auch Ihr Verständnis dafür, daß es nicht möglich ist, nunmehr eine kleine Gruppe von Beamten bei einer Übernahme besserzustellen als alle übrigen im Bundesdienst Beschäftigten. Das ist auch nicht möglich.

Auf der anderen Seite aber ist es so, daß niemand von den Beamten Angst zu haben braucht, daß er geschädigt wird, da er ja ein pragmatisiertes Dienstverhältnis mit der Stadtgemeinde Krems hat und von der Stadtgemeinde Krems weiterhin beschäftigt werden muß, auch dann, wenn er nicht mehr im Exekutivdienst tätig sein sollte.

Schließlich gibt es noch Schwierigkeiten, da bei einzelnen Beamten die Anstellungserfordernisse für eine Bundesanstellung nicht erfüllt sind. Ich habe die Absicht, sofern diese Beamten ihre Übernahme wünschen, einen derartigen Antrag der Bundesregierung zur Nachsichterteilung für diese mangelnden Anstellungserfordernisse vorzulegen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Broesigke: Herr Bundesminister! Es ist Ihnen wohl bekannt, daß sämtliche Beamten der Stadtpolizei Krems ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit die Übernahme in die Gendarmerie wegen der von Ihnen erwähnten Problematik ablehnen. Sind Sie dessenungeachtet der Meinung, daß die Zuteilung zur Gendarmerie im Wege eines Bundesgesetzes ohne Rücksicht auf die dadurch eintretende dienstrechtliche Schlechterstellung erzwungen werden soll?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Hier scheint ein Mißverständnis vorzuliegen. Durch Bundesgesetz kann überhaupt nichts erzwungen werden. Keiner der Beamten kann meiner Überzeugung nach gezwungen werden, seinen Dienstplatz von der Stadtgemeinde Krems zur Bundesgendarmerie zu wechseln.

Es kann das alles nur auf freiwilliger Basis geschehen. Ich wiederhole: Die Beamten stehen in einem pragmatisierten Dienstverhältnis mit der Stadtgemeinde Krems, und die Stadtgemeinde Krems haftet natürlich für diesen Vertrag, den sie mit ihren Bediensteten eingegangen ist, in vollem Umfang. Die Stadtgemeinde Krems kann gar nicht einen Beamten gegen seinen Willen entlassen oder überstellen. Ich bin daher der Meinung: Das Bundesgesetz, von dem ich gesprochen habe, soll nur die Möglichkeit bieten, daß diese Beamten überstellt werden können, aber niemals einen Zwang auf diese Beamten ausüben.

Präsident: Noch eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Broesigke: Herr Bundesminister! Diese Problematik ist natürlich klar, daß der einzelne Bedienstete an seinem Dienstverhältnis zur Stadt Krems festhalten kann. Es ist aber ohne Zweifel doch das Ziel der Polizeiverwaltung, diese bisherigen Stadtpolizisten von Krems weiter für den Sicherheitsdienst zur Verfügung zu haben. Es wäre daher wohl auch zweckmäßig, nach einer Lösung zu suchen, bei der der einzelne Beamte nicht an dem Dienstverhältnis zur Stadt Krems festhält und dadurch für den Sicherheitsdienst verlorengeht.

Sie wissen, Herr Bundesminister, daß es auch die Möglichkeit gäbe, in Krems ein Bundespolizeikommissariat oder die Expositur eines Bundespolizeikommissariates zu errichten, womit die dortigen Bediensteten einverstanden wären. Ich darf Sie daher fragen, ob nicht in Anbetracht dieser Sachlage doch im Bundesministerium für Inneres die Möglichkeit geprüft werden kann, das Problem auf diese Weise zu lösen.

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf vielleicht noch einmal darauf hinweisen: Es ist nicht die Absicht des Bundesministeriums für Inneres ausschlaggebend gewesen, diese Beamten zu übernehmen oder eine Gendarmeriedienststelle dort zu errichten. Der Wunsch ging von der Stadtgemeinde Krems aus. Ich habe Ihnen das ja auf Ihre Anfrage mit Schreiben vom 3. September mitgeteilt. Alles, was wir hier besprechen, ist eigentlich in diesem Schreiben schon beantwortet, also zwischen uns ausgetauscht worden, mit Ausnahme der letzten Frage betreffend die eventuelle Errichtung eines Bundespolizeikommissariates. Diese Meinung ist mir offiziell bis heute überhaupt noch nicht zugegangen. Wohl habe ich sie inoffiziell vor ungefähr vierzehn Tagen das erste Mal gehört. Wir überprüfen derzeit, ob

Bundesminister Rösch

dies möglich ist. Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß sich der Rechnungshof wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Errichtung neuer Behörden ausgesprochen hat. Man muß also jetzt prüfen, inwieweit ein solcher Schritt sinnvoll ist.

Aber ohne mich jetzt endgültig festlegen zu wollen, kann man, glaube ich, eines sagen: Die besoldungsrechtlichen Probleme, um die es den Beamten jetzt geht, die das Haupthindernis sind, wie Sie jetzt sagen, werden durch eine solche Lösung nicht geregelt, denn auch bei der Sicherheitswache, bei einer eventuellen Errichtung eines Bundespolizeikommissariates bestehen ganz genau dieselben Schwierigkeiten. Letztlich ist es noch eine Frage, ob die Landesregierung Niederösterreich zustimmen wird, daß wir dort ein Bundespolizeikommissariat errichten. Denn auch das könnte wahrscheinlich nur im Einvernehmen geschehen, da ja bei der Gendarmerie zurzeit noch die Landesregierung eine gewisse Kompetenz hat. Ob die Landesregierung ohneweiters diese Kompetenz aufgibt, weiß ich nicht. Geprüft wird die Frage zurzeit auf Grund dieser inoffiziellen Mitteilung, die mir vor ungefähr vierzehn Tagen zugegangen ist.

Präsident: Danke.

Wir kommen zur 5. Anfrage, der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kranzlmayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

4/M

In welchem Ausmaß wurde bei den Wahlen zum Nationalrat am 10. Oktober 1971 von der in der Nationalrats-Wahlordnung erstmals vorgesehenen Vorzugsstimme Gebrauch gemacht?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in der Sitzung der Hauptwahlbehörde vom 22. Oktober berichtet, daß bei den Wahlen zum Nationalrat insgesamt 51.611 Stimmzettel abgegeben wurden, auf denen ein Kandidat der vom Wähler bezeichneten Partei angegeben war. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen stellen sie 1,13 Prozent dar.

Davon entfielen auf die Sozialistische Partei 23.879 solcher Stimmen, auf die Österreichische Volkspartei 24.656, auf die Freiheitliche Partei 2556, auf die Kommunistische Partei 469 und auf die nur in Wien kandidierende Wahlpartei „offensiv links“ 51 Stimmzettel.

Diesen Bericht habe ich damals der Hauptwahlbehörde mitgeteilt. Die Details über diesen Bericht sind so umfangreich, daß ich glaube, ich würde die Fragestunde damit zu

sehr belasten, wenn ich sie vorlesen würde. Ich bin aber selbstverständlich gerne bereit, Ihnen diese Details zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Herr Abgeordneter, eine Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Dr. Kranzlmayr: Danke, Herr Bundesminister. Ich will nicht auf Details eingehen.

Aber sind Sie nicht auch der Meinung, daß dieses System, das Sie mit der Neuschaffung der Nationalrats-Wahlordnung als fortschrittlich gepriesen haben, eigentlich rückschrittlich ist? Wenn ich die Zahlen vergleiche, die früher bei Reihungen und Streichungen gewesen sind, so betrug die höchste Zahl einmal 4,2 Prozent. Noch im Jahre 1970 waren es immerhin 1,67 Prozent; also 77.757 Reihungen und Streichungen haben die Wähler vorgenommen. Sind Sie nicht auch der Meinung, Herr Bundesminister, daß dieses System der Vorzugsstimmen praktisch einen Rückschritt bedeutet?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Ich glaube, sehr geehrter Herr Abgeordneter — Sie selbst haben ja schon die Vergleichszahlen vorgebracht —: Ein allzu großer Unterschied ist zahlenmäßig zwischen den Reihungen und Streichungen und den Vorzugsstimmen nicht. Die Differenz beläuft sich auf 0,5 Prozent, also auf ein halbes Prozent in der Unterschiedlichkeit. Das ist also nicht sehr bedeutungsvoll.

Die zweite Frage — ein Rückschritt — würde die andere Frage aufwerfen: Was hätte man anderes tun sollen? Hätte man das bisherige System des Reihens und Streichens lassen sollen? — Das war nicht möglich. Das war aus technischen Gründen nicht möglich, aber insbesondere auch nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen. Es war gerade das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, das sehr massiert erklärte: Das Aufrechterhalten des Reihens und Streichens sei verfassungsrechtlich unmöglich und sehr bedenklich. Das heißt also: Es war dieses System mit den Vorzugsstimmen wahrscheinlich dasjenige, das am ehesten noch praktikabel gewesen ist.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Dr. Kranzlmayr: Herr Minister! Ich ziehe jetzt den Schluß: Das vorhergehende System des Reihens und Streichens war sicherlich nicht sehr befriedigend, insbesondere — das ist mir auch bekannt — was die verfassungsrechtliche Bedenklichkeit betrifft. Aber zweifellos ist auch das nunmehr eingeführte System der Vorzugsstimmen auch nicht — in keiner Weise — befriedigend; es ist keinesfalls ein Fortschritt.

Dr. Kranzmayr

Nun meine Frage an Sie als Ressortchef: Haben Sie irgendwelche anderen Vorstellungen ins Auge gefaßt, um den von den Wählern — wenn wir die Pressestimmen anschauen, wissen wir das — sehr energisch vorgebrachten Forderungen nach Verpersönlichung und Demokratisierung des Wahlrechtes Rechnung zu tragen, die Sie uns, dem Hohen Hause, in Form einer Novelle mitteilen werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Ich darf dazu folgendes sagen, Herr Abgeordneter: Wenn Sie meinten, das bisherige System sei nicht befriedigend gewesen, so muß ich noch einmal feststellen: Es war verfassungswidrig. Also nicht nur unbefriedigend, sondern verfassungswidrig. (Abg. Dr. Kranzmayr: Beides, habe ich gesagt!) Das schwerwiegender Argument, glaube ich, ist also schon die Verfassungswidrigkeit, schwerwiegender als der Umstand, ob einem etwas zusagt oder nicht.

Zur zweiten Frage: Ich habe nicht die Absicht, eine Novellierung der Nationalrats-Wahlordnung in der nächsten Zeit dem Parlament vorzuschlagen.

Präsident: Wir kommen zur 6. Anfrage. Es ist dies die des Herrn Abgeordneten Dr. König (OVP) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

5/M

Welche Konsequenzen werden Sie aus der Entführung unschuldiger Staatsbürger durch Verbrecher zum Zwecke der Zusicherung freien Geleites ziehen?

Präsident: Ich bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, war dieser Ausbruch sozusagen eine neue Art der Kriminalität in Österreich. Die Exekutive hat dabei eine Vorgangsweise gewählt, die zuerst einmal das Ziel der Sicherung unschuldigen Lebens und der Vermeidung von Blutvergießen hatte.

Nunmehr wurden alle diese Anordnungen und Weisungen in einem Protokoll und in Niederschriften zusammengefaßt. Es wird die Aufgabe der Exekutivorgane in den nächsten Tagen und Wochen sein, zu überprüfen, welche Anordnungen richtig und welche Anordnungen falsch waren und wo man es besser machen könnte. Es wird versucht, ein gewisses Modell für ähnliche Fälle dieser Art zu erarbeiten, wobei aber klargestellt sein muß, daß es kein perfektes Modell gibt, weil jedem anderen sich wiederholenden Fall wahrscheinlich wiederum mit den entsprechenden Maßnahmen begegnet werden muß und die Ent-

scheidung immer bei den zuständigen Organen im jeweiligen Augenblick liegen wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter DDr. König: Herr Bundesminister! Für uns ist diese Frage keineswegs ein Politikum, aus dem man billiges politisches Kapital schlagen möchte, wie das die „Arbeiter-Zeitung“ zu Unrecht dem Abgeordneten Zeillinger vorgeworfen hat. Ich meine, daß dazu die Frage viel zu ernst ist. Aber Hunderttausende in unserem Land sind heute in ernster Sorge. Immer noch ist der dritte Mann in Freiheit. Ich glaube sagen zu dürfen: Wären die letzten Geiseln, die Kinder nicht freigelassen worden, dann hätte sich die Geiselnahme wahrscheinlich noch weiter fortgesetzt. Und die Tatsache, daß ein Funkstreifenwagen, der nur mit einem Mann besetzt war, gekidnappt wurde, wirft doch die ernste Frage nach der Personalsituation bei der Exekutive auf.

Herr Bundesminister! Wir wissen um die schwierige Personalsituation, aber Sie sind dafür zuständig, und diese Verantwortung kann Ihnen niemand abnehmen. Welche Maßnahmen werden Sie außer der Aufnahme eines Protokolls und dem Studium der Fakten auf dem Sektor des Personals unternehmen, um die Sicherheit auf unseren Straßen zu gewährleisten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Ich weiß, und Sie wissen es auch, daß in der nächsten Nationalratssitzung eine Debatte über diese Frage im Hohen Haus abgeführt wird. Ich glaube, ich kann mich also jetzt kurz fassen.

Ich darf zuerst einmal sagen, daß es sicherlich unterschiedliche Auffassungen geben kann, ob das Vorgehen der Exekutive richtig oder falsch gewesen ist. Das ist unbestritten. Ich glaube, ehrlich gestanden, nicht, daß man sagen kann: Hätte man es so und so gemacht und wäre das und das gewesen, dann würde es so und so gewesen sein! Es ist eben nicht so gewesen, und man muß von den Tatsachen ausgehen.

Das heißt also, und das möchte ich besonders betonen: In der letzten Station war keine Geiselsituation mehr vorhanden. Wenn ich von den Kindern absehe, die aber dann nicht mehr drinnen waren, war der Schluß keine Komplizierung mehr.

Zweitens die Personalsituation: Die Personalsituation ist nicht nur auf Grund dieses Vorfalls aktuell geworden, im Gegenteil, bei diesem Vorfall hat es sehr wenig Personal-

Bundesminister Rösch

schwierigkeiten gegeben, weil wir ja auf die Einberufung der Bereitschaften und so weiter zurückgreifen konnten. Aber sicherlich ist es eine ernste Frage, wie man für die Wiener Sicherheitswache das notwendige Personal bekommen wird. Daraüber zerbrechen sich jetzt schon sehr viele Leute den Kopf. Auch mein Amtsvorgänger hat sich vier Jahre lang vergeblich den Kopf darüber zerbrochen — der Personalstand ist immer weiter abgesunken.

Wir sind jetzt so weit, daß wir eher zu einem Stillstand des Absinkens kommen. Allerdings ist das noch immer nicht befriedigend. Es müßte bergauf gehen. Ich hoffe, daß wir aus den Untersuchungen des Instituts des Herrn Professors Dr. Bruckmann, die Ende des Jahres fertig werden, so viele Erkenntnisse gewinnen, daß wir versuchen können, zu einer Aufstockung des Personalstandes zu kommen.

Ich darf erwähnen, daß die Personalknappheit auf diesem Sektor keine österreichische Erscheinung allein ist. Es ist fast eine internationale Erscheinung. Es geht allen Großstädten Europas ebenso, daß sie zu wenig Personal auf diesem Sektor bekommen. Aber nicht nur auf dem Exekutivssektor. Es gibt auch einige andere Berufssparten, in denen das so ist. Aber ich bin überzeugt davon, daß bei der im Hause in einigen Tagen stattfindenden Debatte darüber ja noch ausführlich geredet werden wird.

Präsident: Noch eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter DDR. König: Herr Bundesminister! Zunächst einmal glaube ich, doch einen Widerspruch in Ihrer Feststellung zu sehen. Sie sagten: In dem konkreten Anlaßfall bestand kein Personalproblem; Sie konnten auf die Bereitschaften zurückgreifen. Aber die Tatsache, daß eine Funkstreife nur mit einem Mann besetzt war, läßt doch eher den Schluß zu, daß es sich hier sehr wohl um ein Personalproblem handelt, was Sie dann im zweiten Teil Ihrer Ausführungen — und darin sehe ich den Widerspruch — auch bestätigt haben. Das enthebt natürlich den verantwortlichen Minister nicht der Aufgabe, die Problematik zu lösen. Ich möchte aber meine zweite Zusatzfrage für ein anderes Gebiet verwenden.

Herr Bundesminister! Es ist in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Straftaten wiederholt sehr zersetzende Kritik an der Exekutive geübt worden, und es ist — so meine ich — nicht mit aller Deutlichkeit dieser zersetzenden Kritik entgegengetreten worden. Wie kann man erwarten, daß man das Nachwuchsproblem löst, wie kann man genügend junge Leute finden,

die bereit sind, ihr Leben für die Sicherheit der Staatsbürger einzusetzen, wenn man hier nicht auch für das Ansehen jener, die man dafür gewinnen will, entsprechend einzutreten bereit ist?

Ich glaube, das ist ein sehr, sehr ernstes Problem, mit dem sich sicher das Hohe Haus im Rahmen der Debatte wird befassen müssen. Aber dieses Problem, Herr Bundesminister, können Sie als zuständiger Ressortchef natürlich nicht auf das Parlament übertragen, sondern das Parlament muß hier schon an Sie die Frage richten, was Sie dazu zu sagen haben.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch die Frage stellen, ob Sie gesetzliche Initiativen für notwendig halten und welche.

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Es sind also, glaube ich, vier Fragen gewesen. (Heiterkeit.)

Zur ersten Frage: Ihr Schluß, daß die Besetzung des Funkstreifenwagens mit einem Mann auf Personalmangel zurückzuführen war, ist falsch. Die Debatte wird es ergeben, warum dieser Funkstreifenwagen zu dem gegebenen Zeitpunkt nur mit einem Mann besetzt gewesen ist. (Abg. Zeillinger: Welche Debatte?) Es wird doch am Freitag — soviel ich weiß, ist das vereinbart — eine Debatte über diese Frage stattfinden, und in dieser Debatte ... (Abg. Zeillinger: Jetzt weichen Sie aus!)

Herr Abgeordneter! Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Fragestunde ist, hier eine wirkliche Diskussion abzuführen. (Abg. Zeillinger: Das sind einseitige Erklärungen!) Ich war daher der Meinung, daß dann bei dieser Debatte die Gelegenheit besteht, ausführlicher dazu Stellung zu nehmen. (Abg. Zeillinger: Das ist keine Debatte! Der Justizminister spricht! Wir haben zu schweigen!) Mir ist mitgeteilt worden ... (Abg. Zeillinger: Wann ist das?) Ich bitte um Entschuldigung, mir ist gesagt worden, daß mit den Klubs die Eröffnung einer Debatte am Freitag vereinbart worden ist. (Abg. Zeillinger: Der neue Stil Kreiskys!) Vielleicht ist das ein Irrtum.

Darf ich also weitergehen. (Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Präsident: Bitte, der Herr Minister ist am Wort.

Bundesminister Rösch (fortsetzend): Ich bitte noch einmal um Entschuldigung, Herr Abgeordneter Zeillinger. Mir ist gesagt worden, es ist vereinbart worden, daß diese Debatte am Freitag abgeführt wird. (Abg. Zeillinger: Es ist überhaupt nichts vereinbart worden! In der Präsidialkonferenz ist gar nichts vereinbart worden! Bitte keine falschen Infor-

Bundesminister Rösch

mationen für die Presse! Hier stimmt vieles nicht, Herr Minister!)

Ich stelle fest: Ich bin falsch informiert. (Abg. Zeillinger: In Vöslau ist das dem Broda eingefallen! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Darf ich vielleicht die übrigen Fragen überspringen, damit nicht die ganze Fragestunde von mir belegt wird.

Zur Frage gesetzlicher Maßnahmen: Gesetzliche Maßnahmen wurden ja vom Parlament bereits in einem Entschließungsantrag betreffend das Polizeibefugnis- und -organisationsgesetz gefordert, das den organisatorischen und rechtlichen Rahmen der Exekutive in Österreich neu festlegen soll.

Was die zweite Frage betrifft, das Entgegentreten diskriminierenden Äußerungen gegenüber und so weiter, insbesondere der Presse, so gestehe ich offen, daß ich mich hier etwas schwer tue. Ich habe einige Male versucht, den zuständigen Zeitungen eine Gegenstellungnahme zu schicken, sie haben sie aber nicht gebracht. Es ist sehr schwierig, wenn in der Presse etwas falsch dargestellt wird, sich dagegen zur Wehr zu setzen, wenn eine Richtigstellung nicht gebracht wird, es sei denn mit einer Entgegnung.

Ich darf aber sagen: Ich selbst bin absolut der Meinung, daß man Entgegnungen in solchen Fällen nicht durchführen soll. Sie sind also, wie ich glaube, auch nicht immer mit den Auffassungen des Hohen Hauses konform.

Präsident: Ich danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: Wir kommen zur 7. Anfrage, zu einer Anfrage des Herrn Abgeordneten Doktor Reinhart (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

27/M

Wird es auch im heurigen Winter wieder zu einem Abkommen zwischen den ÖBB und der Hucketransgesellschaft zur Autobeförderung über den Arlberg kommen?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Verkehr Frühbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Österreichischen Bundesbahnen stellen für die Durchführung des Huckepackverkehrs auf dem Arlberg lediglich das rollende Material bei und erbringen die Beförderungsleistung. Die Entscheidung über eine Wiederaufnahme des Huckepackverkehrs über den Arlberg liegt daher nicht bei den Österreichischen Bundesbahnen, sondern bei der Hucketransgesellschaft. Ein

Antrag dieser Firma liegt nach den Informationen der Österreichischen Bundesbahnen bis jetzt nicht vor.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Reinhart:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Aus den Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland weiß man, daß der Hucketransverkehr nur über längere Strecken von den Frächten angenommen wird. Am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland wurde aber auch deutlich, daß Investitionen für den Hucketransverkehr von der öffentlichen Hand übernommen werden müssen. Im Leber-Plan wurden beispielsweise Niederflurwagen und Investitionen an Bahnhöfen für den Hucketransverkehr à fonds perdu zur Verfügung gestellt, und zwar mit dem Argument, daß damit der Straßenverkehr von Schwertransporten entlastet wird.

Ich erlaube mir deshalb die Frage: Ist daran gedacht, den Hucketransverkehr dadurch zu intensivieren beziehungsweise aufrechtzuerhalten, daß er auf längere Strecken ausgedehnt und aus öffentlichen Mitteln subventioniert wird?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Frühbauer: Es ist richtig, daß die nicht volle Auslastung dieser Transportart über den Arlberg zum Teil darauf zurückzuführen war, daß die von der Gesellschaft vorgeschriebenen Frachtraten den Spediteuren zu hoch erschienen und daß man auf einer so kurzen Strecke anscheinend nicht die Vorteile dieser Transportart voll ausnützen kann. Es wurden daher Reduktionen am Tarif vorgenommen, die aber auch zu keinem positiven Ergebnis führten; das war eine Absenkung von 1000 S auf 700 S.

Die Gesellschaft hat daraufhin Studien in der Richtung betrieben, inwieweit längere Relationen von den Spediteuren angenommen werden würden.

Ich habe gleichzeitig in der Interministeriellen Kommission zur Fortentwicklung des Verkehrskonzeptes den Auftrag erteilt, an ein Forschungsinstitut eine solche Studie darüber zu vergeben, welche Relationen für einen solchen Verkehr in Frage kämen.

Gleichzeitig wird derzeit, soweit ich informiert bin, mit der Deutschen Bundesbahn und mit den Italienischen Staatsbahnen über ein Projekt verhandelt — zum Teil wird das auch erprobt —, einen Streckenabschnitt von Köln bis Verona über den Brenner miteinzubeziehen. Eine Entscheidung ist aber noch nicht gefallen.

Bundesminister Frühbauer

Eine Förderung, wie sie in Deutschland aus den Mitteln der Straßenverkehrsabgabe der Deutschen Bundesbahn jährlich zur Verfügung stand, ist den Österreichischen Bundesbahnen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Huetransgesellschaft hat sich aber mit einem solchen Ersuchen an das Finanzministerium gewandt.

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundesminister.

Anfrage 8 ist eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Zeillinger (FPO) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

19/M

Werden Sie alle geeigneten Maßnahmen ergriffen, um jenen Rückschritt hinsichtlich der Dienstleistungen der Post, dessen Ankündigung in der Öffentlichkeit mit Recht Unmut hervorgerufen hat, zu vermeiden und die Postzustellung an Samstagen weiterhin zu gewährleisten?

Präsident: Ich bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Frühbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei der Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung ist eine Kommission aus Vertretern der Generaldirektion und der Zentralen Personalvertretung gebildet worden, die mit der Aufgabe betraut ist, die Möglichkeit der Einführung der Fünftagewoche im Postbetriebsdienst zu prüfen.

Zu den Arbeiten dieser Kommission sind auch Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, des Zeitungsherausgeberverbandes und der Österreichischen Postsparkasse beigezogen worden. Die Kommission hat ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen, sodaß auch noch keine Entscheidung darüber zurzeit gefällt werden kann, in welcher Form der Postdienst am Samstag endgültig gestaltet wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Zeillinger: Herr Bundesminister! Sie haben jetzt gesagt: Es ist noch nicht geklärt, wie die Zustellung der Post am Samstag gestaltet wird. Daraus muß ich also indirekt schließen, daß bei Ihnen doch noch die Absicht besteht, die Samstagzustellung einzustellen. Darf ich Sie als Minister, der Sie einer Regierung angehören, die sich gerne als fortschrittlich und modern bezeichnet, fragen, ob tatsächlich, nachdem vor 214 Jahren — man kann sehr schwer sagen, einer Ihrer Amtsvorgänger, es war nämlich Maria Theresia — am 4. Juni 1757 mit Erlaß die Verfügung getroffen wurde, daß die Post an allen Tagen zu zustellen ist, Sie nun — wenn ich Ihre Worte richtig verstehe — 1971 die Absicht haben, wieder in das Jahr 1757 zurückzufallen. Damals war nämlich die Post nur vier- und fünf-

mal zustellig. Das wäre also ein Rückschritt um 214 Jahre.

Ist Ihnen bekannt, daß Österreich damit das einzige Land in Europa, wahrscheinlich auch auf der ganzen Welt wäre, wo am Samstag keine Post zugestellt wird?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Frühbauer: Mir ist bekannt, daß Österreich damit das erste Land in Europa wäre, wenn man Luxemburg als Land in diesem Ausmaß ausschließt. Auf der Welt wären wir nicht das erste Land, weil in Neuseeland die Fünftagewoche eingeführt ist. (Abg. Mitterer: Das moderne Österreich!)

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Zeillinger.

Abgeordneter Zeillinger: Die Zustellung der Post ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sondern auch für die Informationsfreiheit der Bevölkerung. Die Allgemeinheit sieht das, wie Sie aus dem unfreundlichen Echo in der Öffentlichkeit ersehen haben, als eine bewußte und gezielte Einschränkung dieser Regierung an, da die Öffentlichkeit dann nicht mehr in gewohnter Weise informiert werden kann.

Darf ich Sie fragen, ob Sie entschlossen sind, trotz der Proteste eine Maßnahme zu treffen, die den Großteil der österreichischen Öffentlichkeit am Samstag von der Möglichkeit, Informationen durch die Presse zu bekommen, ausschließt? Sind Sie bereit, einen solchen Weg als Minister dieser Regierung zu gehen?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Frühbauer: Ich habe in meiner Aussprache mit dem Zeitungsherausgeberverband zugesichert, daß ich der Kommission diese Bedenken, die es hier gibt und die allgemein vorhanden sind — ich habe das ja schon vorher oftmals zum Ausdruck gebracht —, mit dem Auftrag übermitteln werde, eine Lösung anzustreben, die einerseits sowohl der Forderung der Postgewerkschaft auf Einführung der Fünftagewoche im Postbetriebsdienst Rechnung trägt, andererseits aber auch diese Möglichkeit der Informationsfreiheit gewährleistet.

Präsident: Wir kommen zur 9. Anfrage. Es ist dies eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Pay (SPO) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

28/M

In welchem Stadium befinden sich die Vorbereitungsarbeiten für den Bau des Postamtsgebäudes in Köflach?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Frühbauer: Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen am 27. Juli schriftlich mitgeteilt, daß die im Jahre 1967 umgebauten und erweiterten Räumlichkeiten für das Postamt, auf lange Sicht gesehen, zufolge des vorhandenen Flächenausmaßes, das zur Verfügung steht, nicht ausreichen werden, daß es auch erwartungsgemäß zu einem Notstand im Wählamt kommen wird und daß demzufolge ein gemeinsames Post- und Wählamt für Köflach geplant wird. Die Planung wird derzeit von der Post- und Telegraphendirektion Graz ausgearbeitet.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Pay: Ich habe deshalb diese neuerliche Anfrage gestellt, weil mir von Vertrauensmännern dieses Postbereiches mitgeteilt worden ist — inwieweit das stimmt, weiß ich natürlich nicht —, daß man scheinbar jetzt seitens der Post- und Telegraphenverwaltung in der Steiermark die Absicht hat, die Planung und den Neubau dieses Postamtes noch auf weitere Jahre hinauszögern. Deshalb habe ich neuerlich diese Anfrage an Sie gestellt.

Kann ich nun dezidiert erfahren, Herr Bundesminister, wann die Planungsarbeiten abgeschlossen werden können?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Frühbauer: Ich werde das überprüfen lassen und Ihnen das nach Feststellung mitteilen, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß natürlich der Postamtsbau unmittelbar im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Wählamtsbaues gesehen werden muß und erst dann die Realisierung möglich wird, wenn auf Grund der Situation der derzeitigen Unterbringung des Wählamtes der Neubau notwendig geworden ist.

Präsident: Die 10. Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Thalhammer (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

29/M

Ist an eine Erweiterung der Schließfachanlagen am Wiener Westbahnhof, die praktisch dauernd belegt sind, gedacht?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Verkehr Frühbauer: Herr Abgeordneter! Nach den Mitteilungen der Österreichischen Bundesbahnen ist derzeit nicht daran gedacht, die Schließfachanlagen in Wien-Westbahnhof zu erweitern.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Gibt es für diese Nachricht der Österreichischen Bundesbahnen eine Begründung?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Frühbauer: Nach den Erhebungen der Österreichischen Bundesbahnen seien die Schließfächer, die am Westbahnhof vorhanden sind — es handelt sich um insgesamt 108 — in der Hochsaison zu 90 Prozent und in der reiseschwächeren Zeit nur zu 50 Prozent ausgelastet. Es habe zwar einmal zwischenzeitlich eine gewisse Schwierigkeit gegeben, weil 20 Schließfächer nicht benutzt werden konnten, da die Schlüssel in Verlust geraten sind und erst aus Deutschland die notwendigen Exemplare nachbestellt werden mußten. Im übrigen verweist die Bahnverwaltung auf den Umstand, daß neben den Schließfächern den Reisenden selbstverständlich immer die Gepäcksaufbewahrung zur Verfügung steht.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Ich möchte die Erhebungen der Bundesbahnen bezüglich der Auslastung der Schließfächer nicht in Zweifel ziehen, aber meine eigenen Wahrnehmungen und die meiner Kollegen sprechen eine andere Sprache. Man kann hinkommen, wann man will, die Schließfächer sind meistens belegt, und auch die Gepäcksaufbewahrung, die durch Personen bedient wird, ist kein Ausgleich, denn sie ist nicht durchgehend benützbar, sondern sie schließt um 24 Uhr und beginnt erst wieder um 3 Uhr morgens ihren Dienst. Es ist bei unseren Terminen ohneweiters möglich, und das nicht nur für uns, sondern auch für die gesamte Bevölkerung und die Benutzer der Bundesbahnen, daß gerade während dieser drei Stunden ein Gepäckstück gebraucht wird.

Ich bin daher schon der Meinung, daß es notwendig wäre — und dies entspricht auch dem modernen Trend einer Selbstbedienung —, die Zahl der Schließfachanlagen zu vermehren.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister, ob unter diesen Gesichtspunkten nicht doch noch eine Untersuchung in dieser Hinsicht stattfinden könnte.

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Frühbauer: Bitte, ich darf richtigstellen, daß die Benützung der Gepäcksaufbewahrung nur in der Zeit möglich ist, in der der Bahnhof geöffnet ist. Denn die Wiener Kopfbahnhöfe werden nachts gesperrt, sodaß dann auch die Schließfächer nicht zugänglich sind. Ich bin aber gerne bereit, in Ihrer Richtung noch einmal eine Prüfung vorzunehmen,

Nationalrat XIII. GP — 3. Sitzung — 10. November 1971

49

Bundesminister Frühbauer

ob eine zusätzliche Aufstellung von Schließfächern möglich wäre.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: Wir kommen zur 11. Anfrage, der Anfrage des Herrn Abgeordneten Meißl (FPO) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

17/M

Haben Sie die Konsequenzen, die sich aus einer Abschaffung der Postzustellung an Samstagen für Handel, Gewerbe und Industrie ergeben würden, in Ihrem Ressort bereits einer eingehenden Prüfung unterzogen lassen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundesminister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Das Bundesministerium wurde offiziell nicht damit befaßt; ich habe aber selbstverständlich mit der Bundeshandelskammer diesbezügliche Besprechungen aufgenommen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Ich bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Ich glaube, das reicht nicht aus. Sie sollten auch mit Ihren Ministerkollegen Fühlung nehmen. Haben Sie in dieser Richtung schon Schritte unternommen?

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Selbstverständlich, Herr Abgeordneter. Ich bin mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr in ständigem Kontakt. (*Heiterkeit.*)

Präsident: Noch eine Frage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Das glaube ich Ihnen gerne, nur würde mich sehr, sehr interessieren, welche Maßnahmen Sie im Sinne meiner Anfrage vorsehen würden, wenn es dazu kommen sollte, hier die notwendige Entlastung vor allem für den Fremdenverkehr zu bringen. Ich glaube, daß es nicht möglich ist, daß wir als ausgesprochenes Fremdenverkehrsland in Europa vorausgehen mit der Einführung einer Fünftagewoche, das heißt keiner Zustellung am Samstag.

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Solange mir keine konkreten Vorschläge seitens des Herrn Verkehrsministers unterbreitet werden, wie die Zustellung erfolgen kann, kann ich natürlich auch keine „Wenn-Probleme“ mit ihm besprechen.

Präsident: 12. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Teschl (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

25/M

Welche Auffassung vertreten Sie hinsichtlich der an Sie herangetragenen Pläne, an der Donau eine große Zellulosefabrik zu errichten?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Ich habe sofort, als sich der Projektant bei mir gemeldet hat, veranlaßt, daß im Ministerium eine Untersuchungsgruppe eingesetzt wurde, um die entsprechenden Vorarbeiten für dieses Projekt zu leisten.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Teschl:** Herr Bundesminister! Ihnen ist bekannt, daß die Zellulosefabrik Hinterberg vor einigen Tagen plötzlich geschlossen wurde und 370 Dienstnehmer vor dem Winter arbeitslos wurden.

Das unter Umständen geplante Zellulosewerk an der Donau hätte zur Folge, daß alle übrigen Zellstofffabriken Österreichs geschlossen werden müßten. Die Schließung dieser Betriebe würde eine katastrophale Auswirkung auf die Infrastruktur jener Gemeinden und Gebiete haben, wo diese Fabriken sind.

Ich frage Sie, Herr Minister: Sind Sie bereit, leitende Herren der Papierindustrie einzuladen, um mit ihnen ein Koordinierungsgepräch bezüglich einer Umstrukturierung der österreichischen Papier- und Zellstoffindustrie vorzunehmen und zu diesem Gespräch auch Vertreter der Arbeitnehmer einzuladen?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Ich bin dazu nicht nur bereit, sondern ich habe das bereits veranlaßt. In der Grundsatzgruppe wird in der nächsten Woche eine diesbezügliche Besprechung stattfinden.

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundesminister.

Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 1/A der Abgeordneten Mondl und Genossen betreffend Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Nationalrates dem Finanz- und Budgetausschuß und

Präsident

Antrag 2/A der Abgeordneten Hobl und Genossen betreffend die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Nationalrates dem Bautenausschuß.

Ich ersuche nun den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Zeillinger: Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerschutzgesetz) (3 der Beilagen),

Bundesgesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln und bestimmten Gebrauchsgegenständen (Lebensmittelgesetz) (4 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend entgeltliche und unentgeltliche Veräußerungen und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (5 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der Pyhrn Autobahn im Abschnitt St. Michael bis Deutsch Feistritz (Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz) (6 der Beilagen),

Bundesgesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes (7 der Beilagen)

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft (8 der Beilagen).

Präsident: Die vom Schriftführer verlesenen Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBI. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1972), samt Beilage (Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1970) (III-2 der Beilagen) weise ich dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

**Erklärung des Bundesministers für Justiz
Dr. Broda**

Präsident: Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, gebe ich bekannt, daß sich der Herr Bundesminister Dr. Broda zur Abgabe einer Erklärung zum Wort gemeldet hat. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Justiz Dr. Broda: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Ausbruch von drei Strafgefangenen aus der Straf-

vollzugsanstalt Stein sind der gesamten österreichischen Öffentlichkeit bekannt. Sie werden Gegenstand des Beweisverfahrens in den bereits anhängigen Strafverfahren gegen die zwei in Haft befindlichen Ausbrecher bilden. Über die organisatorischen und allenfalls auch disziplinären Maßnahmen, die auf Grund der in diesen Tagen offenkundig gewordenen Mängel in sachlicher und in persönlicher Hinsicht im Bereich der Justiz zu treffen sind, werde ich nach Abschluß der im Gang befindlichen Ermittlungen berichten.

Hohes Haus! Wir werden mit großem Nachdruck und der gebotenen Raschheit den tiefen Ursachen, die zu den Vorfällen am 4. November 1971 in der Strafvollzugsanstalt Stein geführt haben, nachgehen, und wir werden uns nicht damit begnügen, nur die äußeren Anlässe, die den Ablauf der bekannten Kausal-Kette von Ereignissen schließlich ausgelöst haben, zu registrieren. Wir werden vielmehr in unsere Untersuchungen die ganzen vielschichtigen Probleme der Anhaltung von Strafgefangenen, die langjährige Freiheitsstrafen verbüßen, einbeziehen, damit wir gesicherte Grundlagen dafür gewinnen, welche organisatorischen und praktischen Lehren wir ziehen müssen.

Darüber hinaus fühle ich mich aber schon heute verpflichtet, das Hohe Haus bei dieser Gelegenheit über die Gründe meiner Entscheidung als Bundesminister für Justiz am 4. November 1971 zu informieren. Ich tue das im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Inneres, mit dem ich in den vergangenen Tagen in fortlaufender, ständiger Verbindung gestanden bin.

Hohes Haus! Am Nachmittag des 4. November um 17 Uhr 55 erreichte mich das dringende telefonische Ersuchen des Anstaltsleiters von Stein, Hofrat Kosak — der seit 35 Jahren im Justizwachdienst steht und seit 15 Jahren Direktor der Anstalt ist —, ihn zu ermächtigen, zum Schutz des Lebens der beiden Geiseln die Ausfahrt der Ausbrecher mit den Geiseln aus der Anstalt zu gestatten.

Ich habe Hofrat Kosak diese Vollmacht erteilt, im eigenen Wirkungskreis — jedoch im Einvernehmen mit dem inzwischen in der Anstalt eingetroffenen Leiter der Strafvollzugssektion des Bundesministeriums für Justiz — die ihm richtig erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Der Empfehlung des Anstaltsleiters schlossen sich der ebenfalls in der Anstalt anwesende Präsident des Kreisgerichtes Krems und der Leiter der Staatsanwaltschaft Krems an.

Ich übernehme daher die volle Verantwortung für die von der Anstaltsleitung gegen-

Bundesminister Dr. Broda

über den Ausbrechern ab diesem Zeitpunkt, zu dem sich zwei Geiseln, darunter eine 26jährige Frau und Mutter, in den Händen der Ausbrecher befanden, gewählte Vorgangsweise, und ich stehe zu den getroffenen Maßnahmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im konkreten Fall mußte entschieden werden, was höher zu stellen war: das im Augenblick und unmittelbar bedrohte Leben von Menschen — gemeint sind die Geiseln, die sich in der Gewalt der Ausbrecher befanden — oder die Gefahr, die der Allgemeinheit durch eine Freilassung der Ausbrecher drohte. Die Justizbehörden haben sich in diesem konkreten Fall — mit meiner vollen Deckung — für den Schutz des unmittelbar und gegenwärtig bedrohten Lebens entschieden. Dabei hatte ich als Leiter des Justizressorts auch jene ausländischen Beispiele der letzten Monate vor Augen, die weltweites Entsetzen ausgelöst haben.

Natürlich bestand in diesen hektischen Nachmittags- und Abendstunden des 4. November 1971 niemals auch nur der geringste Zweifel darüber, daß die Ausbrecher bei Anwendung von Waffengewalt die Anstalt nicht lebend verlassen hätten. Aber damit wäre unlösbar die Gefährdung des Lebens der Geiseln und noch weiterer Menschen verbunden gewesen. Die gleiche Frage hätte sich nach Meinung aller an Ort und Stelle anwesenden Justizfunktionäre auch für den Fall des unbefristeten passiven Zuwartens gestellt. Darum haben wir auch diese Variante nicht weiter verfolgt.

Nachdem diese Grundsatzentscheidung — ich wiederhole es noch einmal: unter voller Ministerverantwortlichkeit, der ich mich stelle — gefällt worden war, konnte das Ziel des weiteren Verhaltens der Justiz- beziehungsweise Sicherheitsbehörden in den nachfolgenden Stunden und Tagen nur sein, das Leben der bedrohten Geiseln zu schützen und die endgültige Flucht beziehungsweise das Untertauchen der Ausbrecher ohne Gefährdung des Lebens der Geiseln zu erschweren beziehungsweise zu verhindern. In diese Richtung ist dann die hinhaltende Zermürbungstaktik durch die Sicherheits- und Justizbehörden nicht zuletzt durch psychologische Beeinflussung gegangen.

Es war dabei Pflicht der Behörden und ihrer Organe, sich sowohl von unbedachten Augenblicksreaktionen als auch von Reaktionen aus Vergeltungsdrang freizuhalten und alles diesem Zweck unterzuordnen.

Zu dem sehr ernsten Problem der Gefahr von Beispielsfolgen möchte ich sagen: Das Hohe Haus kann versichert sein, daß die erforderlichen anstaltsinternen Sicherungsmaß-

nahmen getroffen werden, um ähnliche Gewaltakte von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen. Im übrigen war der schließliche Mißerfolg, mit dem auch dieses Ausbruchsunternehmen zu einem wesentlichen Teil bereits geendet hat, ein tauglicheres Mittel, um eine Wiederholung zu vermeiden, als ein spektakulärer Schußwaffengebrauch, der nur zu leicht sehr tragische Folgen nach sich ziehen kann.

Ich benütze noch einmal die Gelegenheit, um vor dem Hohen Haus, so wie es schon die Bundesregierung getan hat, allen jenen, die berufsmäßig oder freiwillig selbstlos und mutig auch unter Hintansetzung des eigenen Lebens dazu beigetragen haben, daß Blutvergießen vermieden und die endgültige Flucht von bisher zwei Gewalttätern auch tatsächlich verhindert wurde, zu danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Der Gesetzgeber hat auf Grund lange zurückreichender Vorarbeiten durch die einstimmige Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes in der XI. Gesetzgebungsperiode die Weichen für die weitere Reform des österreichischen Strafvollzuges gestellt. Die Justizverwaltung arbeitet seit Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes am 1. Jänner 1970 intensiv an der Durchführung des neuen Gesetzes in der Praxis.

Die wesentliche Aufgabe, mit der wir dabei konfrontiert werden, besteht darin, die Erfordernisse rechtsstaatlichen Verfahrens, die jetzt auch für den Strafvollzug gelten, und die Verpflichtungen, die Österreich mit dem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention übernommen hat, mit der Wirklichkeit des Strafvollzugs und dem Alltag in den Strafvollzugsanstalten in Übereinstimmung zu bringen. Das erfordert ein Umdenken für uns alle, für das gesamte Personal des Strafvollzugs, sehr viel geduldige Erziehungsarbeit und auch die Bewältigung von sehr viel Mehrarbeit für alle Beteiligten.

Wir sind dennoch fest entschlossen, den uns erteilten einstimmigen Auftrag des Gesetzgebers seinem Geist und Inhalt nach voll zu erfüllen, wobei wir einzelne Etappen der Durchführung des Strafvollzugsgesetzes im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Praxis etwas anders durchführen wollen, als es ursprünglich vorgesehen war. Wir werden diesbezüglich sehr bald dem Hohen Nationalrat entsprechende Vorschläge vorlegen.

An Sofortmaßnahmen zur Erleichterung der Lage in der Strafvollzugsanstalt Stein an der Donau wurde seit den Vorfällen vom 4. des Monats folgendes veranlaßt:

Bundesminister Dr. Broda

Der Häftlingsstand soll insbesondere durch Verlegungen in andere Anstalten in der nächsten Zeit auf den Normalstand von 900 gesenkt werden. Die bisherige Form der Vorführung von Häftlingen zur Gewährung von Akten-einsicht wurde eingestellt, bis eine personal-sparende Durchführung entsprechend den Erfordernissen der Sicherheit gewährleistet werden kann. In Übereinstimmung mit dem Dienststelleausschuß des Justizwachepersonals wurde verfügt, daß der Wachdienst im Gesperr der Anstalt während des normalen Tagdienstes ohne das Tragen von Schußwaffen versehen werden wird, wie das schon bisher in den anderen großen Anstalten gehandhabt wurde. Die Alarmanlagen werden ausgebaut und Sprechfunkanlagen für das Justizwache-personal angeschafft werden. Die zahlreiche Aufstockung des Aufsichtspersonals einschließlich des Fürsorgedienstes wird systematisch fortgesetzt werden. Der psychiatrische Beratungsdienst mit dem Ziel der besseren Individualisierung im Strafvollzug und der Aussonderung von Häftlingen, die zur An-haltung im normalen Strafvollzug nicht geeignet sind, wird verstärkt werden. Der ärztliche Leiter der Sonderanstalt Mittersteig, Oberarzt Dr. Sluga, wird schon in den nächsten Tagen die Anstalt besuchen. Wir haben ihn gebeten, uns die ihm zweckmäßig erscheinen-den Vorschläge zu machen.

Hohes Haus! Abschließend möchte ich noch sagen: Unsere Bevölkerung hat einen berech-tigten Anspruch auf Sicherheit und Schutz vor Verbrechen. Ich nehme meine heutigen Aus-führungen zum Anlaß, um dem Hohen Haus zu erklären, daß die Justizbehörden und in gleicher Weise die Sicherheitsorgane ihr Äußerstes tun werden, um der Bevölkerung dieses Gefühl der Sicherheit und des Schutzes vor krimineller Aktivität zu geben und zu bewahren. Wir brauchen dazu keine Ideologie von „Law and order“. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden in demokratischer und rechts-staatlicher Weise, mit Festigkeit und unter Einsatz von rationalen Maßnahmen diesen Weg der Verbrechensbekämpfung gehen. Ich nenne in diesem Zusammenhang die im Straf-gesetzentwurf, den wir nächste Woche dem Hohen Haus zuleiten werden, vorgesehenen besonderen Strafdrohungen gegen die moder-nen Erscheinungsformen der Kriminalität und die sichernden Maßnahmen gegen rückfällige Straftäter. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abgeordnete Doktor Koren zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (OVP): Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, über diese Erklärung des Herrn Justizministers in

der nächstfolgenden Sitzung eine Debatte abzuhalten.

Präsident: Sie haben diesen Antrag gehört. Ich lasse über ihn abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dieser Antrag ist ein-stimmig angenommen.

Die Debatte wird in der Sitzung am Freitag, dem 12. November 1971, nach der Budgetrede des Herrn Bundesministers für Finanzen stattfinden.

Debatte über die Erklärung der Bundes-regierung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Debatte über die Er-klärung der Bundesregierung.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Unter den Aufgaben, die eine Regierung im Laufe einer Amtsperiode zu erfüllen hat, gehört die Regierungserklärung, gehört die Aufzählung dessen, was man zu tun und womit man den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu gefallen gedenkt, noch zu den leichtesten. Die Schwierigkeiten beginnen dann, wenn es gilt, das Notwendige zu tun.

Das spätere Urteil auch über diese Regie-rung wird sich daher nicht nur auf den Inhalt ihrer Ankündigungen, sondern auch auf die Qualität ihres Verhaltens, auf ihre Handlun-gen und ihre Unterlassungen stützen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung unter anderem auch zur Kontrolle und Überwachung der Machtaus-übung Stellung genommen und wörtlich ge-sagt:

„Dazu gehört aber auch die Bereitschaft der Regierung, sich die Kontrolle durch die Par-teien im demokratischen Staat nicht nur ge-fallen zu lassen, sondern sich ihr auch bereit-willig zu unterwerfen.“

Wir möchten diese Feststellung keineswegs als überflüssig betrachten, nur halten wir sie für eine demokratische Regierung als selbst-verständlich. In den ersten zwei Jahrzehnten der Zweiten Republik kam der Kontrolle der Regierung durch das Parlament allein schon deswegen eine geringere Bedeutung zu, weil die beiden großen Parteien sich auch auf der Ebene der Koalitionsregierung gegenseitig zu kontrollieren imstande waren. Aus guten Gründen erschien selbst damals in vielem eine Aufwertung des Parlaments dringend geboten.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Im dritten Jahrzehnt der Zweiten Republik hat sich der Schwerpunkt der Kontrolle der Regierung eindeutig auf die parlamentarische Ebene verlagert. Das war so in den Jahren 1966 bis 1970, als die ÖVP allein die Regierung stellte, und das wird auch 1971 und in den folgenden Jahren nicht anders sein.

Bei der konstituierenden Sitzung haben die Präsidenten des Nationalrates nach ihrer Wahl die Symbole ihrer Parteien abgelegt. Das war mehr als eine Geste. Und so hoffen wir auch, daß es mehr als eine Geste war, wenn der Herr Bundeskanzler ausdrücklich von der Bereitwilligkeit sprach, mit der sich diese Regierung der Kontrolle unterwerfen will.

Ich möchte hier ohne jeden parteipolitischen Unterton, allein als Österreicher und als Demokrat feststellen: Irren ist menschlich. Der Irrtum des einzelnen kann schwerwiegend für den einzelnen sein. Der Irrtum einer Regierung aber kann schwerwiegend für das ganze Volk sein. Betrachten Sie deshalb, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, unsere Kontrolltätigkeit nicht als einen Akt persönlicher Feindseligkeit, sondern als die Erfüllung einer demokratischen Pflicht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir werden Sie nicht leistungsfertig, aber, wenn notwendig, mit aller Härte kritisieren. Sie haben vom österreichischen Volk einen Vertrauensvorschuß in einem Ausmaß verlangt und auch erhalten, der es Ihnen ermöglicht, den politischen Weg, den Sie auf dem Boden unserer Verfassung gehen wollen, auch tatsächlich zu gehen.

Nun aber gibt es keine Ausrede mehr. Sie können jetzt arbeiten. Wir aber werden Ihre tatsächlich erbrachten Leistungen kontrollieren und Ihre Fehlleistungen kritisieren. Dazu verpflichtet uns nicht nur die Rolle der Opposition. Dazu verpflichtet uns die Funktion dieses Hohen Hauses als Volksvertretung. Dazu verpflichtet uns die demokratische Ordnung, in der nicht die Regierten den Regierenden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, sondern in der die Regierenden den Regierten Rechenschaft über ihr Tun und Lassen schuldig sind.

Hohes Haus! Die Opposition hat ihre Kontrollfunktion nicht nur dann auszuüben, wenn die Regierung bereits Handlungen gesetzt hat, sondern auch schon dann, wenn die Regierung zu erkennen gibt, welche Handlungen sie zu setzen beabsichtigt. Unter dieser Perspektive beginnt mit der Debatte über die Regierungserklärung die Kontrolltätigkeit der Oppositionsparteien.

Nun zur Regierungserklärung selbst: Die Länge dieser Erklärung hat immerhin dazu geführt, daß in der Berichterstattung, auch

in der „Arbeiter-Zeitung“, vom Sonntag von „Kreiskys 14.000 Worten“ die Rede war. Das stört mich an und für sich nicht, was die Länge der Regierungserklärung betrifft. 14.000 Worte können zuviel, aber auch zuwenig sein. Wir sind jedenfalls nach sorgfältigem Studium dieser Erklärung über die Regierungspolitik der nächsten vier Jahre zu dem Schluß gekommen, daß mit so vielen Worten mehr gesagt hätte werden können, und wir möchten das auch begründen.

Meine Damen und Herren! Wir stellen dabei durchaus in Rechnung, daß eine Regierungserklärung im Grunde genommen nicht viel mehr als eine Absichtserklärung sein kann. Aber es kommt doch entscheidend darauf an, inwiefern sie die Absichten der Regierung — Absichten, nämlich ganz Bestimmtes in ganz bestimmten Zeiträumen zu tun — auch tatsächlich erkennen läßt.

Ich möchte mich bei meiner Stellungnahme zu den 14.000 Worten des Herrn Bundeskanzlers auf drei Schwerpunkte beschränken. Ich stelle erstens fest, daß diese 14.000 Worte den Ernst der Situation, der sich die Regierung gegenübersieht, nicht wirklich erkennen läßt oder vielleicht auch nicht ganz erkennen lassen will. Mit einem Wort: Hier wird beschönigt! Ich stelle zweitens fest, daß mit diesen 14.000 Wörtern zwar viele Einzelheiten mit großer Liebe und Umsicht aufgezählt, die größten Probleme aber ausgesprochen lieblos und oberflächlich behandelt wurden. Mit einem Wort: Hier wurde abgelenkt! Und ich stelle drittens fest, daß zwar mit diesen 14.000 Wörtern zahlreiche gesellschaftspolitisch relevante Fragen angeschnitten, nicht aber die Grundsätze für ihre Lösung mit genügender Deutlichkeit behandelt wurden. Mit einem Wort: Hier wird vertuscht!

Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst die Feststellung begründen, daß die am 5. November in diesem Haus abgegebene Erklärung den Ernst der Situation nicht wirklich erkennen läßt oder vielleicht auch nicht ganz erkennen lassen will. Diese 14.000 Worte waren ein seltsames Gemisch von Selbstbewährung, Beschönigung und besorgten Hinweisen. Ich zitiere im folgenden nach der bei der Abgabe der Erklärung vorliegenden hektographierten Fassung.

Ein echtes Bild der Situation kann man sich nicht machen, wenn auf Seite 22 mit den Wachstumsziffern des Jahres 1970 argumentiert wird. Sie gehen weder auf das Konto der Tätigkeit des Kabinetts Kreisky I noch kennzeichnen sie wirklich die gegenwärtige Situation.

Ebensowenig kann man sich ein echtes Bild der Situation machen, wenn auf Seite 23 die Preissteigerungsrate plötzlich nicht mehr an

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Hand des Verbraucherpreisindex, sondern auf Grund einer „Deflator“-Berechnung dargestellt wird, wobei internationale Vergleichszahlen aus den Jahren 1969 und 1970 geboten werden. Entscheidend für die Bevölkerung bleibt der Verbraucherpreisindex, dessen Warenkorb in seiner Zusammensetzung auf den Konsumerhebungen basiert. Und entscheidend sind nicht internationale Vergleichszahlen aus den Jahren 1969 und 1970, sondern die Tatsache, daß dieser Verbraucherpreisindex im Juli dieses Jahres um 4,4 Prozent, im August um 5,2 Prozent und im September, wie wir jetzt wissen, um 5,35 Prozent höher war als im vergangenen Jahr.

Und ein echtes Bild der Situation kann man sich auch nicht machen, wenn auf Seite 24 von einer „Phase sich entspannender Konjunktursituationen“ die Rede ist und dem künftigen Budget der Titel „Konjunkturausgleichsbudget“ verliehen wird. Dieses Budget steht heute nicht zur Debatte. Tatsache aber ist, daß von unseren Haupthandelspartnern Italien praktisch einen Wachstumsstillstand zu verzeichnen hat und in der Bundesrepublik die maßgebenden Konjunkturforschungsinstitute zumindest eine Wachstumspause, wenn nicht eine Rezession prognostizieren. Tatsache ist, daß wir 1972 in Österreich mit keinem auch nur annähernd so starken Wachstum wie 1970 mehr rechnen können. Tatsache ist ferner, daß im Jahre 1970 noch rund 81 Prozent unserer Importe durch Exporte gedeckt wurden, im ersten Halbjahr 1971 aber nur mehr rund 75 Prozent. Und Tatsache ist schließlich, daß sich der alarmierende Preisauftrieb von über 5 Prozent noch um ein weiteres Prozent verstärken würde, wenn man nur die in Aussicht genommenen Tarifkorrekturen bei den Bundesbahnen, bei der Wiener Straßenbahn und beim Strom, ohne ihre indirekte Auswirkung auf die Preise, in Rechnung stellt.

Hohes Haus! Welches Bild der Gesamtsituation ergibt sich daraus? — Ein Wachstumsrückgang bei Verstärkung des Preis- und Kostenauftriebs und eine daraus sich ergebende Verschlechterung unserer Wettbewerbsfähigkeit, die nicht ohne Auswirkung auf den Staatshaushalt, die Handels- und Zahlungsbilanz und auch die Beschäftigungslage bleiben kann, wenn nicht der Ernst dieser Situation voll erkannt wird und wenn die Regierung dieser Situation nicht mit einem Gesamtkonzept begegnet.

Die 14.000 Worte des Herrn Bundeskanzlers vermitteln weder in der Diagnose ein geschlossenes Bild, noch lassen sie auch nur ansatzweise eine Therapie erkennen, die eine gesunde Wirtschaftsentwicklung verbürgt. Wir müssen die Erklärung des Herrn Bundes-

kanzlers in diesem Punkt als unbefriedigend bezeichnen.

Ich komme zur Begründung meiner nächsten Feststellung, daß mit diesen 14.000 Wörtern zwar viele Einzelheiten mit großer Umsicht aufgezählt, die größten Probleme aber ausgesprochen oberflächlich behandelt wurden. Dafür am Beginn nur ein kleines, aber doch bezeichnendes Beispiel:

Der Herr Bundeskanzler hat uns auf den Seiten 27 und 28 seiner Erklärung 13 Zeilen lang über die Ausarbeitung eines elektronischen kriminalpolizeilichen Informationsystems informiert, eine Zukunftsmusik, die dann durch den Ausbruch aus der Strafanstalt Stein etwas übertönt wurde. Aber darüber wird ja noch gesondert gesprochen werden.

Nur drei Zeilen länger waren seine Äußerungen zur verstaatlichten Industrie. Sie waren keineswegs neu, sondern nur eine Erinnerung an seine Rede bei der Hauptversammlung der OIAG, ergänzt durch ein Zitat aus dem Artikel III Abs. 1 des von uns beschlossenen OIAG-Gesetzes.

Hohes Haus! Doch nun zu einer noch viel größeren, nicht minder umzulänglich behandelten Frage, die für unser Land in diesem Jahrzehnt bestimmd sein wird. Es ist dies die Frage der Teilnahme Österreichs am größeren europäischen Markt, die Frage unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zur EWG, zu dem durch die historische Entscheidung der Regierung Heath möglich gewordenen „Europa der Zehn“.

Diese Frage ist nicht nur von größter Tragweite für die Zukunft unseres Landes, sondern auch durch die vorgestern gefaßten Beschlüsse in Brüssel von brennender Aktualität.

Die sozialistische Regierung — das stelle ich hier fest — hat diese Fragen seit April 1970 nicht ernst genug genommen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Mit der Integration befaßte Mitglieder der österreichischen Bundesregierung sind seit dieser Zeit entweder überhaupt nicht oder seit vielen Monaten nicht in Brüssel gewesen.

Auch der Herr Bundeskanzler hat in seinen 14.000 Wörtern diesem Thema nur 123 Worte gewidmet. Ja ich habe mir die Mühe gemacht, das nachzuzählen, denn es sind ja nur ganze 17 Zeilen auf den Seiten 17 und 17 a.

Meine Damen und Herren! Wären wir eine böswillige Opposition, dann würden wir hier die Frage stellen, welche Überlegungen für diese Bundesregierung bei der Bewertung des Themas EWG maßgebend gewesen sein könnten.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Aber diese Frage ist für uns viel zu ernst, als daß wir es nicht echt bedauern würden, daß man sich in dieser Erklärung mit ihr in so flüchtiger und oberflächlicher Weise auseinandersetzt. Und wir bedauern, daß es die österreichische Bundesregierung in den letzten Monaten unterlassen hat, eindrucks vollere Schritte zu setzen, um auf die Formulierung des Verhandlungsmandates noch vor seiner Erteilung einen stärkeren Einfluß zu nehmen.

Weder das nunmehr beschlossene Verhandlungsmandat für das Interimsabkommen noch die bisherigen Vorstellungen für ein Globalabkommen sind befriedigend. Dazu kommt noch, daß die Vereinigten Staaten die GATT-Konformität der beabsichtigten Regelung bezweifeln — eine Intervention, mit der der Herr Bundeskanzler offenbar in Fehleinschätzung der Lage nicht gerechnet hat. Ich erinnere an sein Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk vor wenigen Tagen.

Die Bundesregierung wird bei den Verhandlungen mit der EWG dafür zu sorgen haben, daß dieses Abkommen den gesamten Industriesektor umschließt und auch den Bedürfnissen der österreichischen Landwirtschaft gebührend Rechnung trägt. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Wir halten eine Berücksichtigung der österreichischen Landwirtschaft im Rahmen eines Vertrages zwischen Österreich und der EWG für unerlässlich. Österreichs Landwirtschaft genießt bei einer Reihe von Produkten Weltruf. Wir haben unsere Absatzmärkte im Ausland auch in jahrelanger zielstrebiger Arbeit aufgebaut. Es genügt nicht, in der Regierungserklärung lediglich darauf hinzuweisen, „daß auch die legitimen Interessen der österreichischen Landwirtschaft Berücksichtigung finden“ müssen, ohne daß entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.

Wir haben mit einiger Besorgnis von den Tendenzen gehört, daß von EWG-Seite gerade jene Wirtschaftszweige wie die Papier- und Edelstahlindustrie, die zu den integrationsfreudigsten gehören, benachteiligt werden sollen, während die österreichische Wirtschaft auch auf Gebieten, wo sie nicht die gleichen natürlichen Standortvorteile aufzuweisen hat, dem Konkurrenzdruck der Europäischen Gemeinschaft ausgesetzt werden soll.

Ausnahmen vom generellen Zollabbauplan beschwören, wie die Intervention der Vereinigten Staaten gezeigt hat, die Gefahr herauf, daß die GATT-Konformität eines derartigen Abkommens bezweifelt werden kann. Gegenüber der EWG müßte neuerlich darauf hingewiesen werden, daß Österreich ein chronisches Handelsbilanzdefizit aufweist und

daß dieses fast ausschließlich gegenüber dem EWG-Raum besteht.

Vielleicht wäre es Aufgabe der österreichischen Bundesregierung, in der gegenwärtigen Situation nach Westen ebenso deutlich wie nach Osten klarzumachen, daß die politische Stabilität, die Österreich durch seine Neutralität in diesem Raum Europas garantiert, auf der erreichten wirtschaftlichen Prosperität beruht. (Beifall bei der ÖVP.) Jeder Rückschlag auf diesem Gebiet kann auch die innere und äußere Stabilität unseres Landes bedrohen. In diesem Sinn muß die Aufrechterhaltung der Neutralität und der Abschluß eines Abkommens zur Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem Gemeinsamen Markt als wichtiger politischer Faktor für die Aufrechterhaltung stabiler Verhältnisse betrachtet werden. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Was die Frage Südtirol anbelangt, so fällt es meiner Partei umso leichter, die Intentionen der Bundesregierung, wie sie in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommen, zu billigen, ihnen zu folgen und sie zu unterstützen, als der sogenannte Operationskalender und das „Paket“ eine Materie darstellen, die in mühevoller Kleinarbeit von unseren Parteifreunden, dem früheren Außenminister Dr. Tončić und insbesondere vom derzeitigen UNO-Botschafter und früheren Außenminister Dr. Waldheim, verhandelt und gegen das Votum der heutigen Mehrheitspartei im Parlament im Dezember 1969 genehmigt wurde.

Es erfüllt die Österreichische Volkspartei mit einer gewissen Genugtuung, daß etwas, was der Sozialistischen Partei noch im Dezember 1969 als unannehmbar erschien, vier Monate später von der sozialistischen Minderheitsregierung als brauchbare Grundlage einer Beilegung des Konflikts mit Italien betrachtet wurde und schließlich auch dieser Bundesregierung als richtiger Weg für die Zukunft erscheint.

Was die Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz betrifft, so haben wir stets die Auffassung vertreten, daß die Konferenz dann zustande kommen soll, wenn sie allen interessierten Staaten offensteht und wenn sie „wohlvorbereitet“ ist. Die Abgrenzung der Konferenzthematik wird deshalb eine besonders wichtige Aufgabe darstellen. Die europäischen Völker würden es nicht verstehen, wenn eine Konferenz, die den Namen Sicherheitskonferenz trägt, nicht zum Beispiel auch das Problem einer ausgewogenen Truppenverminderung diskutieren würde.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Ich muß in diesem Zusammenhang allerdings noch eine grundsätzliche Anmerkung zur Frage der Außenpolitik machen. Wir werden die Bundesregierung, schon aus Gründen der Überzeugung von der Richtigkeit unserer Vorstellungen, überall dort unterstützen, wo wir von einer Kontinuität der österreichischen Außenpolitik sprechen können. Man wird aber, meine Damen und Herren, von einer gemeinsamen Außenpolitik so lange nicht sprechen können, solange die Regierung außenpolitische Entscheidungen trifft, auf die wir vorher keinen Einfluß ausüben konnten. Bei der Kontinuität treten Sie in unsere Fußstapfen. Bei einer Gemeinsamkeit aber müßten Sie Ihre Schritte im Einvernehmen mit uns setzen. Nachträglich können wir die von Ihnen getroffene Entscheidung nur kontrollieren und je nach Sachlage billigen oder aus guten Gründen ablehnen.

Nun zur Frage der Landesverteidigung. Dazu möchte ich, Hohes Haus, folgendes sagen: Auch hier scheint mir der Hinweis der Seiten 15 und 15 a über die Notwendigkeit einer umfassenden Landesverteidigung, auf ein unserer Lage angepaßtes Verteidigungskonzept und eine auf dieses Konzept abgestimmte, mit 1. Dezember 1971 beginnende Umstrukturierung nicht zu genügen. Hier wird der Volksvertretung viel weniger gesagt, als in offenbar für die Öffentlichkeit bestimmten Gesprächen lanciert wird. Es soll hier anscheinend ein Papier geben, das sich gut liest, sich also offenbar nicht mehr im Panzerschrank des zuständigen Ministers befindet. Aber es soll auch der Satz in diesem Papier stehen — ich zitiere —: „Die Intensität der Ausbildung wird in erster Linie von den finanziellen Gegebenheiten und von der Stärke des Kaderpersonals bedingt.“

Meine Damen und Herren! In den 14.000 Worten des Herrn Bundeskanzlers wurde darüber kein Wort verloren. Tatsache ist jedenfalls, daß beim Kaderpersonal eine alarmierende Abwanderung eingesetzt hat, daß die Zahl der Reserveoffiziersanwärter schlagartig zurückgegangen ist und daß die Zahl der Durchdiener weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Es ist also heute nicht einmal sicher, ob wir ein funktionierendes Ausbildungsheer haben werden, ganz zu schweigen von der Neutralitätsschutztruppe, die der erste Verteidigungsminister des Kabinetts Kreisky I seinerzeit noch gefordert hat.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Landesverteidigungsrat, wie das auch von uns wiederholt verlangt wurde, sich mit diesen Problemen noch zu befassen haben wird. Wir glauben aber auch, daß die Volksvertretung und die Öffentlichkeit ein Recht darauf haben,

in dieser im vorletzten Wahlkampf so spektakulär behandelten Frage eine Antwort zu erhalten, wie es um das Bundesheer und damit um die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität heute bestellt ist. (Zustimmung bei der ÖVP.) Diese Antwort, Herr Bundeskanzler, sind Sie uns in Ihren 14.000 Worten schuldig geblieben.

Ich möchte nun zu meiner dritten Feststellung kommen, daß nämlich mit diesen 14.000 Worten wohl zahlreiche gesellschaftspolitisch bedeutsame Fragen angeschnitten, die ihrer Lösung zugrunde liegenden Grundsätze aber nicht mit genügender Deutlichkeit ausgesprochen wurden.

Ich möchte mich zuerst, Herr Bundeskanzler, mit einigen Schlagworten auseinandersetzen, die den Eindruck erwecken, daß wir uns in Österreich gewissermaßen in einem Jahre Null befinden, in dem bestimmte Probleme überhaupt zum ersten Mal gesehen und einzig und allein von einer sozialistischen Regierung mit Erfolg angepackt werden.

Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer Erklärung ebenso wie im Wahlkampf den „Kampf gegen die Armut“ proklamiert. Das ist ein Ziel, zu dem auch wir uns voll und ganz bekennen. Wir sind nur nicht bereit, die Geschichtslüge zu verbreiten, daß mit diesem Kampf gegen die Armut in Österreich erst jetzt begonnen wird. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.) Dagegen verwahren wir uns nicht nur als mandatsstärkste Partei der Jahre 1945 bis 1970, mit deren Stimmen alle Sozialgesetze von der Invaliden- und Angestelltenversicherung über das ASVG, das GSPVG, das LZVG, die Pensionsdynamik, die Bauernpension und die Erhöhung der Witwenrente — auch diese! — beschlossen wurden. (Zustimmung bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren! Wir verwahren uns dagegen auch als Koalitionspartner der Sozialminister, die Ihre Partei, Herr Bundeskanzler, zwanzig Jahre gestellt hat und die nicht im Interesse einer Aufwertung Ihrer Person jetzt in den Augen der Öffentlichkeit abgewertet werden sollen! (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)

Und wenn wir schon beim Kampf gegen die Armut sind, Herr Bundeskanzler, dann gestatten Sie mir den Hinweis, daß im August bei einer Steigerung des Verbraucherpreisindex um 5,2 Prozent der Pensionistenindex um 6,2 Prozent gestiegen ist. Eine inflationistische Politik macht gerade die Ärmsten ärmer, Herr Bundeskanzler! (Zustimmung bei der ÖVP.) Ich darf Ihnen deshalb empfehlen, in Ihren Kampf gegen die Armut der 360.000 Ausgleichszulagenempfänger, der 60.000 Kriegsopferwitwen und der 29.000 Dauerbefürsorgten auch eine Politik der

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

größeren Geldwertstabilität mit einzubeziehen.
(*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie haben auch den Kampf gegen das „Sterben vor der Zeit“ als gesellschaftliche Aufgabe bezeichnet. Auch bei der Erreichung dieses Ziels werden wir Sie voll und ganz unterstützen. Wir glauben nur, Herr Bundeskanzler, daß die 10.467 Verkehrstoten der letzten fünf Jahre wenig von Ihren 14.000 Wörtern haben, wenn Sie sich auf die Feststellung erschütternder Tatsachen beschränken, aber nicht bereit sind, Maßnahmen gegen die Verkehrsumfälle, wie wir sie zum Beispiel in einem Initiativantrag zur Beseitigung der Gefahrenstellen auf Bundesstraßen vorgeschlagen haben, zu ergreifen.

Wir betrachten gleich Ihnen auch die Zahl der 16.421 Menschen, die in den letzten zehn Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden sind, keineswegs als ein Faktum, mit dem sich die Politik abzufinden hat oder zu dessen Änderung sie nichts beizutragen vermag. Es ist bedauerlich, daß Österreich mit 21,9 Selbstmorden je 100.000 den Rekord hält. Es steht aber — auch das muß man sagen — damit keineswegs einsam an der Spitze, denn die Zahl für Schweden, Herr Bundeskanzler, liegt mit 21,6 je 100.000 nur ganz geringfügig dahinter.

Das beweist doch, daß wir solche ernsten Fragen nicht auf einen simplen Nenner bringen können. Einsamkeit im Alter ist ein Problem, das nur zum Teil durch Einsatz finanzieller Mittel gelöst werden kann, und zu einem nicht geringen Teil eine Frage dessen ist, was der Mitmenschen seinem Nächsten schuldig bleibt.

Doch davon abgesehen wäre auch hier mehr zu sagen gewesen, als daß die österreichische Wohlfahrtspolitik hier neue Wege gehen wird. Ein wesentlicher Fortschritt wäre hier ein weiterer Abbau der Ruhensbestimmungen in der Altersversicherung (*Zustimmung bei der ÖVP*), weil wir dem Motiv des „Sich-allein-Fühlens“ nicht allein durch künstlich geschaffene Geselligkeit in Heimen und Pensionistenklubs begegnen können. Es gibt noch viele ältere Mitbürger, die durchaus in der Lage und auch bereit sind, etwas zu leisten, und durch diese Selbstbestätigung leichter vor seelischen Erkrankungen geschützt werden können.

Das alles beweist, daß Gesellschaftspolitik nicht allein durch Schlagworte Fortschritte erzielen kann, und es hat auch keine Partei das Recht, nur ihre eigene Politik als fortschrittlich zu bezeichnen und jeder aus einer anderen Gesinnung und nach anderen Grundsätzen betriebenen Politik das Recht auf Fortschrittlichkeit abzusprechen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Erklärung eine Reihe weiterer Fragen aufgeworfen.

Ich beginne mit einem aktuellen Beispiel. Sie haben, allerdings in Ihrer Erklärung vom 20. April 1970, zur Frage der Wohnbauförderung Stellung genommen. Und Sie sagten damals:

„Es ist daher die Grundlage der Wohnbauförderung so zu gestalten, daß in Österreich jährlich um 5000 Wohnungen mehr gebaut werden können.“

Jährlich um 5000 Wohnungen mehr, damit, wie es in Ihrer Wahlpropaganda 1970 noch hieß, in zehn Jahren nicht 50.000 Wohnungen, sondern 100.000 Wohnungen mehr und neu gebaut werden können.

Es muß Ihnen bei der Abgabe der damaligen Erklärung sicherlich bewußt gewesen sein, daß Wohnungen nicht von einem Tag auf den anderen gebaut werden können. Trotzdem haben Sie nicht etwa die Einschränkung gemacht, daß mit diesem Bau von mehr Wohnungen erst später gerechnet werden kann. Sie haben vielmehr die Bevölkerung in dem Glauben gelassen, daß der Wohnungsrekord der ÖVP-Regierung von 50.000 neuen Wohnungen jährlich von der SPO-Regierung zuerst mit 55.000 Wohnungen, dann mit 60.000 Wohnungen und so weiter alljährlich um 5000 Wohnungen übertroffen werden wird.

Sie, Herr Bundeskanzler, sind nun in Ihrer letzten Erklärung vom 5. November wesentlich vorsichtiger geworden. Sie sagen lediglich:

„Die Bundesregierung wird neuerlich einen Gesetzentwurf unterbreiten, der die Möglichkeit schaffen soll, unter Bedachtnahme auf die gegebene finanzielle Lage des Bundes eine höhere Anzahl von Wohnungen als bisher zu fördern.“

Ich frage Sie also, Herr Bundeskanzler: Beabsichtigt das Kabinett Kreisky II so wie das Kabinett Kreisky I jährlich 5000 Wohnungen mehr zu bauen? Ja oder nein oder wieviel dazwischen?

Beabsichtigt die Regierung ein Wohnbauförderungsgesetz in der alten Fassung oder in einer neuen Fassung dem Nationalrat vorzulegen? Wenn in einer neuen: Nach welchen der von Ihnen in der letzten Pressekonferenz angedeuteten Grundsätzen?

Wir stellen diese Frage nicht mutwillig, weil wir Kritik um der Kritik willen üben wollen. Sie sitzen doch mit Ihrem Bautenminister und Ihrem Finanzminister nicht erst seit heute auf dieser Regierungsbank, son-

Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

dern schon fast seit 19 Monaten. Können Sie nicht oder wollen Sie nicht sagen, was die Zielvorstellungen Ihrer Regierung auf einem gesellschaftspolitisch so bedeutenden Gebiet wie dem der Förderung oder Diskriminierung der Eigentumsbildung sind?

Es würde den Rahmen dieser Debatte bei weitem sprengen, würden wir überall dort Fragen stellen, wo uns Ihre 14.000 Worte keine Antwort gegeben haben. Ich bringe deshalb dafür nur noch einige kurze Beispiele. So stellen Sie auf Seite 23 eine kühne Behauptung auf. Ich zitiere:

„Zweifellos könnte eine weitere Dämpfung des Preisauftriebes ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum erreicht werden, wenn die Regierung das von ihr gewünschte preispolitische Instrumentarium durch Verbesserung des Preisregelungsgesetzes erhielte.“

Herr Bundeskanzler! Das ist nicht nur eine Absichtserklärung, das ist eine Unterstellung. Denn in diesen Worten steckt indirekt die Behauptung, daß ein Preisauftrieb nur dann ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums bekämpft werden kann, wenn man sich dirigistischer Methoden bedient. Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Bundeskanzler. Es gibt doch Schulbeispiele dafür. Länder, die Ihnen politisch sogar sehr nahe stehen, haben auf diese Weise weder die Preise in den Griff bekommen noch ein Steigen der Arbeitslosenzahl verhindert. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf Schweden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie dürfen es sich bei künftigen Erklärungen nicht mehr so einfach machen. Was stellen Sie sich zum Beispiel unter der „optimalen Kombination von Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum“ vor, von der Sie auf Seite 25 reden? Ist es Ihrer Meinung nach eine optimale Kombination, wenn gegenwärtig das Wachstum zurückgeht und der Preisauftrieb zunimmt? Der einzige, der einen scheinbaren Vorteil aus dieser Kombination zieht, ist gegenwärtig der Herr Finanzminister, der über die Progression der Lohn- und Einkommensteuer von der schnelleren Drehung der Lohn- und Preisschraube profitiert. Für ihn, Hohes Haus, hat die inflationistische Entwicklung offenbar den Vorteil, daß er Steuern „geräuschlos“ erhöhen kann, ohne etwas tun zu müssen und ohne daß jemand es verhindern könnte. Aber wo führt denn das hin? Werden nicht gerade deshalb die Lohnforderungen um so höher geschraubt und die Auswirkung dieser Lohnerhöhungen auf die Preise umso stärker sein? Und wird das nicht letzten Endes über höhere Personallasten,

höhere Transferzahlungen und höhere Investitionskosten auch wieder den Staatshaushalt treffen? Ist das nicht auch ein „längerfristiger Zusammenhang“, von dem Sie auf Seite 25 unter Bezugnahme auf die Budgetpolitik sprechen? (Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz.)

Und schließlich: Was sollen die Ankündigungen auf dem Gebiet der Rechtsreform auf den Seiten 28 und 29? Hier haben Sie, Herr Bundeskanzler, nicht einmal das revidiert, was Ihnen der Leiter des Ressorts zweifellos nur als Arbeitsunterlage auf den Tisch gelegt hat. Ist es dem Nationalrat und der Öffentlichkeit wirklich zumutbar, nur über die Titel eines Dutzends von Gesetzesvorlagen informiert zu werden, nicht aber über die gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die dahinterstecken? Ist es mit dem Begriff „Abschluß der Großen Strafrechtsreform“ wirklich getan?

Bekennen Sie sich beispielsweise dazu, daß gegen eine asoziale Kleinkriminalität, die oft nur die Vorschule für schwere Delikte ist, in Zukunft nur mehr Geldstrafen verhängt werden sollen? Sind Sie der Meinung, daß bei der Bemessung von Geldstrafen in Zukunft eine Progression eingeführt werden soll, die im Extremfall vom einfachen Preis bis zum 500fachen bei ein und demselben Delikt führen könnte?

Sie haben am Schluß Ihrer 14.000 Worte von einer „tiefgreifenden Humanisierung unseres gesellschaftlichen Lebens“ gesprochen, zu der die Ideen des Sozialismus in den letzten 100 Jahren beigetragen haben. Wir wollen den Beitrag der Sozialistischen Partei zu den Errungenschaften der Zweiten Republik keineswegs leugnen oder auch nur schmälern. Aber wären Sie nicht auch eine Antwort schuldig, nach welchen Ideen Sie die Gesellschaft in Zukunft umgestalten wollen: Nach sozialistischen, sozialdemokratischen oder nach Ihren eigenen Ideen, wie es den Anschein hat? Welche Ideen aber sind das? Hat die Volksvertretung nicht das Recht, hier und jetzt zu erfahren, welche Politik Sie in den nächsten Jahren wirklich betreiben wollen?

Wir stellen diese Frage mit umso größerer Berechtigung, als Sie ja, im Besitz der absoluten Mehrheit, sowohl die Einkommensumverteilung als auch die Eigentumsstruktur dieses Landes, das System der Familienbeihilfe und der Wohnbauförderung, kurzum die gesamte, keineswegs unter Verfassungsgarantie stehende Wirtschafts- und Sozialordnung grundlegend verändern können. Und wir stellen sie auch deshalb, weil Sie am Beginn Ihrer Erklärung anklingen ließen, daß dort, wo es um Ihre Zielsetzungen geht, Ihre

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Kompromißbereitschaft eine Grenze finden wird.

Hohes Haus! Ich möchte zusammenfassend feststellen: Die Erklärung, die der Herr Bundeskanzler am 5. November abgegeben hat, bietet zwar in ihren Einzelheiten eine Fülle von Anhaltspunkten für das, was diese Regierung zu tun beabsichtigt. Sie bietet aber nur wenig Anhaltspunkte dafür, auf welche Weise die Regierung ihre Absichten zu verwirklichen gedenkt. Und sie enthält so gut wie keinen Anhaltspunkt dafür, wie die Regierung mit den Schwierigkeiten, die zweifellos bereits vorhanden sind und noch auf uns zukommen werden, fertig werden will.

Lassen Sie mich deshalb hinsichtlich des letzten Punktes, ich gebe zu, nur eine Hypothese aufstellen. Schließlich haben wir einigen Grund zu der Annahme, daß diese alt-neue Regierung ein machtpolitisch ebenso gut durchkalkuliertes Risiko sein will wie die Minderheitsregierung, mit der Sie ja bis auf drei Regierungsmitglieder praktisch identisch sind.

Wir haben es in der kurzen, hinter uns liegenden Gesetzgebungsperiode erlebt, daß die sozialistische Minderheitsregierung den Zeitpunkt ihres Absprungs in Neuwahlen sehr sorgfältig gewählt hat und auch wählen konnte, weil für die vorzeitige Auflösung des Nationalrates auch die Abgeordneten der freiheitlichen Oppositionspartei gestimmt haben. (Abg. *U 1 b r i c h: War das verboten?*) Das nächste Mal haben es die sozialistischen Abgeordneten jedoch allein in der Hand, diese Gesetzgebungsperiode zu beenden.

Das letzte Mal war für die Wahl des Zeitpunktes der Parlamentsauflösung zweifellos auch die Überlegung maßgebend, daß eine Abschwächung der Konjunktur und — wie es heute ja auch die Bevölkerung weiß — eine ganze Flut zurückgestauter Tarif- und Preis erhöhungen zu erwarten ist.

Auch beim nächsten Mal wird man seitens der Regierungspartei sicher nicht einen für die Regierung ungünstigen Zeitpunkt für die Parlamentsauflösung wählen. (Abg. *S e k a n i a: Ihren Empfehlungen werden wir folgen!* — Abg. Dr. *K o r e n: Eine gute Idee!*) Eine gewisse Zielvorstellung läßt sich dabei schon heute aus der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers herauslesen.

1972 wird wieder ein Jahr der Teuerung (*Zwischenruf bei der ÖVP*) und, wenn es nach der Regierung geht, noch immer kein Jahr der Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression sein, möglicherweise aber ein Jahr neuer Mehrbelastungen für die Bevölkerung. Der Herr Bundeskanzler hat sich nicht nur nicht gegen eine Erhöhung der Bun-

desbahntarife oder der Stromtarife ausgesprochen, er hat sogar angedeutet, daß diese Regierung das österreichische Volk mit der Frage konfrontieren werde, was ihm seine Gesundheit wert ist. Mit anderen Worten: Die Regierung scheint bereit zu sein, für 1972 eine gleich starke oder noch stärkere Teuerung in Kauf zu nehmen, sie ruft bei Bahn, Strom oder Straßenbahntarifen keineswegs nach einer verschärften Preiskontrolle (*Zustimmung bei der ÖVP*) — und sie hofft gleichzeitig aus der inflationistischen Entwicklung über die Lohn- und Einkommensteuer und allenfalls auch noch durch andere Steuererhöhungen Gewinn zu ziehen. So also hofft diese Regierung über die Runde des Jahres 1972 zu kommen, wobei man Klagen über die Teuerung einfach mit dem Argument begegnen wird, daß die Erhaltung der Arbeitsplätze noch viel wichtiger sei.

1973, im Jahr der ersten Landtagswahlen — von denen die oberösterreichische vom Herrn Bundeskanzler erst am letzten Wochenende als entscheidend für die Regierung hervorgehoben wurde —, will man dann endlich die Lohn- und Einkommensteuerprogression mildern, gleichzeitig aber wird man sich das, worauf man bei diesen direkten Steuern verzichtet, durch die indirekte Besteuerung unter dem Titel Mehrwertsteuer wieder zu holen versuchen. Der Herr Bundeskanzler hat sich ja schon ausdrücklich von der früheren sozialistischen Auffassung, direkte Steuern seien gut und indirekte schlecht, distanziert. Mit einem entsprechend hohen Satz der Mehrwertsteuer könnte die Regierung auf Kosten der Konsumenten zu Milliarden kommen, ohne daß die Konsumenten gleich merken, daß sie über höhere Preise in erster Linie höhere Steuern für den Staat bezahlen. Mit einer geschickten Propaganda könnte man sogar die Kaufleute und Unternehmer zu den Prügelnkänen solcher Preiserhöhungen machen. (*Zwischenruf bei der ÖVP*) Auf diese Weise könnte man auch über die Runde des Jahres 1973 kommen und immer noch den optischen Eindruck erwecken, diese Regierung biete der Bevölkerung mehr, obwohl in Wirklichkeit die Belastung der Bevölkerung durch Verteuerung der Lebenshaltung und Verschärfung der indirekten Steuern eine immer größere wird. (*Ruf bei der ÖVP: Transparenz!*)

Sollte das gelingen, dann könnte sehr wohl, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, schon das Jahr 1974 zum Wahljahr werden (Abg. *S e k a n i a: Herr Dr. Schleinzer, man merkt Ihre Angst!*), etwa mit der Begründung, dieses Jahr sei durch vier Landtagswahlen ohnehin schon ein großes Wahljahr, sofern man nicht überhaupt so wie im Juli dieses Jahres auf eine echte Begründung verzichtet.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Meine Damen und Herren! Ich sage das nicht, weil ich glaube, daß sich diese Regierung im Besitze der absoluten Mehrheit alles leisten kann.

Es wird sehr viel auf die öffentliche Meinung und nicht zuletzt auf die Argumente der beiden Oppositionsparteien in diesem Hause ankommen. Ich glaube nicht, daß die österreichischen Wähler bereit sein würden, Wahlen nur noch als Wiederholungs- und Bestätigungswahlen im Interesse der Sozialistischen Partei aufzufassen, wenn diese versuchen sollte, einen Prozeß der stillen Kollektivierung in Gang zu setzen (*Heiterkeit bei der SPÖ*), und wenn der einzelne merken sollte, daß ihm nur deshalb mehr gegeben wird, weil ihm vorher mehr genommen wurde. (*Zustimmung bei der ÖVP*) In der Fluchtlinie einer solchen Politik könnte am Ende der einzelne auch „alles“ vom Staate bekommen, vorausgesetzt, daß er schon vorher auch „alles“ dem Staate gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es besteht im Grunde genommen auch für Sie kein Grund, das mit einem solchen Lachen abzutun, denn auch Sie wissen genauso gut wie wir, daß alles das keine Theorien sind. (*Ruf bei der SPÖ: Phantasie!*) Die Nachrichten aus Schweden beweisen das. Schweden hat die größte Steuerbelastung von allen Staaten der Welt. Sie beträgt annähernd 50 Prozent des Bruttonationalproduktes. Hinzu kommt, daß die direkten Steuern bei höheren Einkommen 85 Prozent erreichen. Diese Steuerrichtung ist Weltrekord. Und unter dem Titel „Inflation und Steuern fressen den Wohlfahrtsstaat“ hat eine angesehene Tageszeitung am 17. Juli 1971 geschrieben: „Das System des Wohlfahrtsstaates ist in Schweden bereits so überdreht, daß es sich zunehmend selbst verzehrt und immer unsozialer wird.“ Das sind die Tatsachen.

Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck feststellen: Nur stärkeres Wachstum der Wirtschaft bei größerer Stabilität des Geldwertes könnte uns aus dem Teufelskreis von inflationistischer Entwicklung und immer stärkerer Gesamtsteuerbelastung herausführen. Gerade für eine solche Politik bietet aber diese Regierungserklärung wenig Hoffnung, nicht zuletzt deshalb, weil Nivellierung und Wachstum nicht Hand in Hand gehen können, denn Wachstum setzt Leistungswillen, Initiative und Risikobereitschaft voraus (*Beifall bei der ÖVP*), während auf der anderen Seite Nivellierung zur Verkümmерung dieser Eigenschaften führt. Das soll keine Unterstellung, wohl aber eine nicht unbegründete Warnung sein.

Es mag populär sein, zu Wählern nur wie zu Konsumenten der Politik, wie zu Kindern

über ihre Wünsche zu sprechen. Das österreichische Volk hat aber zu Beginn der Zweiten Republik auch eine weniger schön klingende, dafür aber offenere Sprache verstanden. Wenn auch heute Nachkriegsnot und Wiederaufbau weit hinter uns liegen, so liegen doch auch in Zukunft nicht weniger große Aufgaben vor uns. Das Wort „Europareife“ läßt sie anklingen. Es sollte aber auch ausgesprochen werden, daß es der Anstrengungen aller bedürfen wird, um diesen Zustand zu erreichen. Es wird uns nichts mehr geschenkt werden. Wir werden uns unseren Platz im Europa von morgen mit harter Arbeit und im scharfen Wettbewerb erringen müssen.

Wir wünschen als Österreicher unserem Land und unserem Volk, daß wir auch in den siebziger Jahren alle Prüfungen so gut bestehen und ähnlich große Erfolge erzielen mögen wie in den Jahren nach 1945. Noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen, darüber abschließend zu urteilen.

Eines aber steht heute schon fest: Die klaren Verhältnisse, die die Wähler am 10. Oktober geschaffen haben, werden den Wählern auch bei den nächsten Wahlen ein klares Urteil ermöglichen. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP*) Die Überraschung durch vorzeitige Wahlen ist Ihnen, Herr Bundeskanzler, gelungen. Eine Überraschung der Wähler aber wird bei den nächsten Wahlen auch einem Dr. Kreisky nicht mehr möglich sein. (*Beifall bei der ÖVP* — Abg. *S e k a n i n a: Aber Herr Dr. Schleinzer!*) Dafür zu sorgen, Herr Bundeskanzler, daß Sie nur dann Erfolg haben, wenn Sie ihn auch verdienen, und dafür zu sorgen, daß diese Regierung abgelöst wird, wenn sie versagen sollte, das wird mit zu der Pflicht gehören, die wir als große Oppositionspartei im Namen unserer Wähler, aber auch im Namen der Bevölkerung in den nächsten Jahren mit ganzer Kraft erfüllen werden. (*Anhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Dr. Maletta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gratz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Gratz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte eine Rede aus der Situation heraus, in der sich der Vorsitzende der großen Oppositionspartei befindet, hinsichtlich der Rhetorik nicht überbewerteten, noch dazu, wo ich inhaltlich einige Anhaltspunkte gefunden habe, die den vorbereiteten Teil meiner Rede geradezu so aussehen lassen, als ob Sie mir vorher Ihre Thematik gesagt hätten (*Abg. Dr. K o r e n: Das ist Kundendienst, Herr Kollege!*), nämlich die Frage nach den Grundsätzen, die dieser Regierungserklärung unter anderem zugrunde liegen.

Nationalrat XIII. GP — 3. Sitzung — 10. November 1971

61

Gratz

Ich möchte einleitend aber doch sagen, daß man bei allem Verständnis für Rhetorik doch daran denken sollte, daß das Wort „übertölpeln“ davon kommt, daß der Gegner, dem man das antut, ein Tölpel ist, und das den österreichischen Wählern zu sagen, ist vielleicht nicht ganz angebracht. (Abg. *Se k a n i n a: Er ist ja ein Werft-Ingenieur, er versteht ja von dem nichts!*)

Aber, wie gesagt, lassen wir das beiseite und lassen wir auch das beiseite, was am Schluß auch in einer Art rhetorischen Überschwanges die Ankündigung einer zumindest Österreich betreffenden Weltuntergangsstimmung war, wie: Wer weiß, was jetzt alles Schreckliches passieren wird! — Dieses Thema hat doch schon bei zwei Nationalratswahlen nichts mehr genutzt. Wen soll es hier im Nationalrat beeindrucken? (Beifall bei der SPÖ.) Noch dazu, wo wir am Beginn einer vier Jahre dauernden Gesetzgebungsperiode stehen.

Ich möchte auch nicht auf Ihre Oppositionsrede gegen die schwedische Regierungspolitik eingehen. Dazu ist hier nicht der Platz und nicht der Anlaß, sondern jetzt inhaltlich auf einige der Dinge, die ich mir vorbereitet habe und die Sie — offenkundig liegt das in der Thematik eines solchen ersten Debattentages — inhaltlich auch bereits erwähnt haben.

Wir haben hier zum zweiten Mal in der Geschichte der Republik eine Regierung vor dem Nationalrat, die allein auf Grund der Vorschläge der Sozialistischen Partei Österreichs zusammengesetzt ist. Zum ersten Mal allerdings in der Geschichte Österreichs ist dies eine Regierung, die sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Nationalrates stützen kann.

Noch etwas ist einmalig an dieser Situation. Es hat schon viele Regierungen gegeben, die sich auf das Vertrauen einer Mehrheit dieses Hauses stützen konnten. Aber hier steht nun zum ersten Mal eine Einparteien-Regierung vor dem Nationalrat, die sich auch auf das Vertrauen einer Mehrheit des österreichischen Volkes stützt. (Beifall bei der SPÖ.) 50,04 Prozent der Wähler haben der Sozialistischen Partei Österreichs den Regierungsauftrag erteilt und damit, wie Sie, Herr Dr. Schleinzer, auch gesagt haben, klare Verhältnisse geschaffen. Ich habe das jetzt einleitend nicht gesagt, um hier im Nationalrat zu triumphieren, denn auch hier wäre die Gegenfrage gerechtfertigt, so wie ich Sie Ihnen zuerst gestellt habe: Wen wollen Sie hier damit beeindrucken?, sondern ich habe dieses Thema erwähnt, weil das Wahlergebnis Antwort auf die Frage gibt, ob man nicht ein Wahlrecht konstruieren sollte, das, wie es so schön bei den Politologen heißt, *mehrheitsfördernd* ist.

Was bedeutet denn dieser etwas verschleierte Ausdruck „mehrheitsfördernd“? Mehrheitsfördernd wird ein Wahlrecht genannt, welches einer Partei, die nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich hat, dennoch im Parlament eine Mehrheit gibt. Lassen Sie mich offen aussprechen, daß ich das für schlecht halte. Ich möchte nicht für die Demokratie überhaupt oder für andere Länder Patentrezepte angeben, weil man hier mit Vorschlägen vorsichtig sein soll. Ich möchte nur sagen, daß meine Partei und ich persönlich es für richtig halten, daß eine Partei dann im Nationalrat die Mehrheit hat, wenn auch die Mehrheit der Wähler für diese Partei ihre Stimme abgegeben hat. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)

Lassen Sie mich noch einmal hier wiederholen, was meine Fraktion bereits bei der Novellierung der Nationalrats-Wahlordnung, bei der Förderung einer möglichst weitgehenden Durchsetzung des Prinzips des Verhältniswahlrechtes gesagt hat. Die Anhänger der sogenannten Mehrheitsförderung durch das Wahlrecht sagen: Das Wichtigste für einen Staat ist eine echte Mehrheit im Nationalrat. Wir sagen Ihnen, daß unserer Ansicht nach das wichtigste in einem Staat ist, daß das Parlament die Meinung der Menschen dieses Landes auch widerspiegelt. Das wichtigste ist, daß eine Minderheit nicht schon bei den Wahlen durch das Wahlrecht ausgeschieden wird, sondern daß der Wille der Menschen dieses Landes in diesem höchsten und souveränen gesetzgebenden Forum zum Ausdruck kommt.

Wenn daher in Zukunft ein halber Sektor dieses Hauses aufsteht und für ein Gesetz, für eine Resolution oder für einen anderen Beschuß stimmt, dann handelt diese Mehrheit legitimiert durch die Mehrheit der Wähler. Jedoch: Wir wissen, und Bundeskanzler Doktor Kreisky hat es namens der Bundesregierung ausgedrückt, daß diese Mehrheit in der Demokratie nicht nur Rechte gibt, sondern auch große Verpflichtungen auferlegt.

Die Frage ist also: Wie wird sich diese Regierung mit einer absoluten Mehrheit der Wähler und dieses Hauses hinter sich gegenüber dem Nationalrat verhalten?

Ich begrüße hier die Ankündigung des Bundeskanzlers, daß sich die Bundesregierung der Verantwortung gegenüber dem Nationalrat als dem souveränen Organ der Gesetzgebung und Kontrolle bewußt ist (Abg. Dr. K o r e n: *Steht in der Verfassung!*), daß sie nicht nur, weil es die Bundesverfassung verlangt, sondern weil es die Regierung auch selbst will, kooperieren wird und sich selbstverständlich — ich betone das Wort „selbstverständlich“,

Gratz

weil dies in einer Demokratie wirklich selbstverständlich ist — der Kontrolle und der Souveränität dieses Hauses unterwerfen wird.

Gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung: Ich bin froh darüber, daß wir diese Selbstverständlichkeit auch bei uns zur Kenntnis nehmen und akzeptieren.

Ich habe in diesem Haus oft gesagt: Das, was mir 'am englischen Parlament so impo-niert, ist die Tatsache, daß dort nicht in jeder zweiten Sitzung die Demokratie beschworen wird und nicht darüber gesprochen wird, daß man in einer Demokratie lebt, weil dies eine Selbstverständlichkeit ist; schließlich spricht man ja bei Debatten auch nicht darüber, daß man atmet. Ich bin froh darüber, daß wir dieses Klima der Selbstverständlichkeit des Lebens in der Demokratie haben und es nicht mehr notwendig haben, hier im Nationalrat ununterbrochen die Demokratie selbst und ihre Ideale zu beschwören. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Die Ankündigung der Regierung bedeutet also mehr als die Ankündigung, den formalen Erfordernissen der Bundesverfassung und der Geschäftsordnung Genüge zu tun.

Die Bundesregierung hat eindeutig erklärt, daß sie die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen dieses Hauses in Sachfragen suchen wird: Natürlich ist der Nationalrat mit seinen Ausschüssen der Ort, an dem diese Zusammenarbeit gesucht und auch gefunden werden kann.

Hohes Haus! Ein Rückblick auf den Nationalrat der XII. Gesetzgebungsperiode zeigt, daß 167 Gesetze von allen drei Parteien dieses Hauses gemeinsam, 7 Gesetze von Sozialistischer Partei und Österreichischer Volkspartei, daß 16 Gesetze von Sozialistischer Partei und Freiheitlicher Partei und 10 von Österreichischer Volkspartei und Freiheitlicher Partei gemeinsam beschlossen wurden.

Allein das zeigt doch, daß die Meinungsbildung zu Sachfragen nicht während einer ganzen Gesetzgebungsperiode genau abgegrenzt ist und bei jeder Abstimmung gleich ist, sondern daß sogar in der überwiegenden Mehrzahl der Materien schließlich und endlich gemeinsame Entscheidungen, sei es dreier oder zweier Fraktionen dieses Hauses, getroffen werden können.

Ich hoffe sehr, daß die angekündigten Reparaturarbeiten im Trockendock, Herr Generalsekretär, nicht so viel Energien der ÖVP in Anspruch nehmen, daß sie keine Zeit für die parlamentarischen Arbeiten erübrigen kann. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie unterschätzen unsere Energien!) Ich habe die Hoffnung ausgedrückt, weil wir auf diese Arbeit hier im

Nationalrat großen Wert legen. Ich möchte ernst werdend dazu sagen: Ich nehme mir bei dem, was ich jetzt, Herr Kollege, sage, die Legitimation daraus, daß ich dasselbe damals als Vorwurf gegen die ÖVP-Regierung und gegen die ÖVP-Mehrheit in der Zeit der ÖVP-Mehrheit gesagt habe, nämlich daß das Tempo der Gesetzgebungsarbeit letzten Endes von der Regierung und ihrer Mehrheit bestimmt wird. Und gerade deswegen, weil ich das 1966 bis 1970 als Antwort auf die Regierungspropaganda, die damals gelautet hat: Wir bringen nichts weiter, weil uns die SPÖ nicht regieren hilft!, sagte, stelle ich auch jetzt fest: Wir nehmen in Anspruch, das Tempo der Arbeit bestimmen zu können.

Dazu noch einige Erläuterungen:

Wir haben seinerzeit, von 1966 bis 1970, als Opposition Maßnahmen der Regierung inhaltlich kritisiert, für schlecht befunden, die Regierung selbst auch für schlecht befunden. Das ist das selbstverständliche Recht jeder Opposition. Wir haben aber niemals bestritten, daß die Mehrheit des Nationalrates das Recht hat, jene Beschlüsse zu jenem Zeitpunkt zu fassen, die der Regierung und ihrer Mehrheit aus der Zielsetzung der Regierungserklärung richtig erscheinen.

Als geradezu selbstverständlich — das ist das nächste, was ich sehr deutlich betonen will — bitte ich aber meine Ankündigung aufzufassen, daß die Mehrheit dieses Hauses dabei auf zügiges Arbeiten Wert legen wird, aber jedenfalls zu den an sich in der Geschäftsordnung vorgesehenen Maßnahmen, wie etwa Beschniedung von Debatten und ähnlichem, nicht greifen wird, weil wir das nicht für richtig halten. Wir haben uns ja als Opposition gegen derartige Maßnahmen der seinerzeitigen Regierungspartei vehement in der Öffentlichkeit zur Wehr gesetzt. (Abg. Dr. Koren: *Fristsetzung ist eleganter!*) Eine Fristsetzung ist, soweit sie die Arbeit innerhalb der Frist ermöglicht, in der Geschäftsordnung vorgesehen. (Abg. Dr. Koren: *Ist in der Geschäftsordnung vorgesehen!*)

Ich stehe hinsichtlich der Beschniedung von Debatten auf demselben Standpunkt, auf dem wir bereits im Herbst 1966 als Opposition gestanden sind, als Sie in einem Ausschuß „Schluß der Debatte“ beschlossen haben.

Ich hoffe sehr, daß Sie jetzt, im November dieses Jahres, hinsichtlich der Fristsetzung nicht bereits auf einem anderen Standpunkt stehen als im Juli dieses Jahres, als Sie solche Fristsetzungen beschlossen haben. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: *Haben wir alle gemacht!*) Sie haben sie mitbeschlossen!

Gratz

Meine Damen und Herren! Die klaren Verhältnisse, die wir nun haben, bedeuten auch — man soll das auch ankündigen —, daß das Suchen nach einer Zusammenarbeit nicht bedeuten kann, daß man Entscheidungen, weil eine einheitliche Meinung nicht gefunden werden kann, etwa vier Jahre lang aufschieben könne, damit dann mit Recht die Opposition fragt: Warum ist die Regierungserklärung nicht erfüllt worden?

Die Legitimation der Mehrheit besteht eben auch darin, daß, wenn eine gemeinsame Meinung nicht gefunden werden kann, die Mehrheit zum Fällen einer Entscheidung auch eingesetzt werden kann. Das sollte man meiner Ansicht nach — deswegen tue ich es — ebenso offen ankündigen wie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen.

Ich brauche dabei nicht zu betonen, daß die Schnanken der Mehrheit, die in den Minderheitsrechten und in der Bundesverfassung statuiert sind, selbstverständlich geachtet werden, nicht wegen der formalen Grenzen, sondern weil sie ein immanenter Bestandteil des demokratischen Lebens sind. Wir wissen ganz genau — ich sage das als Sprecher der Mehrheit ganz offen —, daß eine Mehrheit zur Tyrannisierung der Minderheit führen kann.

Es geht daher darum, die Mehrheit so einzusetzen — und so bitte ich diese Ankündigungen aufzufassen —, daß die Mehrheit ihren politischen Willen durchsetzen kann, aber die Minderheitsrechte selbstverständlich achtet.

Lassen Sie mich zwischendurch zum Einsetzen der Mehrheit und zu den verschiedenen Stellungnahmen hier im Haus noch einige Feststellungen treffen. Das ist, wie die Kollegen in diesem Hause wissen, manchmal schon geradezu mein Hobby im Zusammenhang mit der politischen Bildung geworden. Es hat keinen Sinn, von außen immer an die politischen Parteien zu appellieren, sie mögen das Parteinteresse zurückstellen und das Staatsinteresse berücksichtigen. Ich wiederhole hier kurz das, was ich persönlich schon oft gesagt habe: Die politische Bildung sollte den Menschen endlich vermitteln, daß die Existenz von Parteien auf die Tatsache zurückgeht, daß es keinen Computer gibt, der das allgemeine Beste objektiv feststellen könnte, sondern daß es eben verschiedene menschliche Ansichten darüber gibt, was für den Staat und für die Allgemeinheit wirklich das Beste ist.

Auf den Richter über das Handeln der Regierung nach vier Jahren hat sowohl der Bundeskanzler als auch der Sprecher der Oppositionspartei, Herr Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer, hingewiesen.

Das Einsetzen der Mehrheit, wann immer es hier bei Abstimmungen erfolgt, muß schließlich nach dem Ablauf der Gesetzgebungsperiode vor den Wählerinnen und Wählern dieses Landes verantwortet werden. Sie haben dann auf Grund der Regierungspolitik, der Ergebnisse der Politik die Möglichkeit zu sagen, ob dieser Einsatz der Mehrheit gerechtfertigt war oder nicht.

Gerade dadurch, daß sich diese Entscheidungen hier im Nationalrat im Lichte der Öffentlichkeit abspielen, haben die Österreicherinnen und Österreicher die Gelegenheit, nach vier Jahren echt ihre Entscheidung fällen zu können.

Hohes Haus! Im Zusammenhang mit der Mehrheit der Sozialistischen Partei Österreichs im Nationalrat möchte ich heute in der ersten parlamentarischen Debatte der XIII. Gesetzgebungsperiode auf ein Thema eingehen — und auch hier scheint es so, als hätten Sie mir, Herr Dr. Schleinzer, geradezu das Stichwort geliefert —, das ich als Sprecher der sozialistischen Oppositionspartei in den Jahren von 1966 bis 1970 oft behandelt habe, nämlich die Frage, wie die Kontrollrechte des Nationalrates verbessert werden können. Ich habe als Sprecher der Opposition darauf hingewiesen, daß die staatsrechtliche Theorie oft die Tatsache übersieht, daß seit den Zeiten der konstitutionellen Monarchie ein Wandel eingetreten ist, indem es damals einen echten Interessenkonflikt zwischen der Regierung auf der einen Seite, die vom Kaiser ernannt war, und der Gesamtheit des Abgeordnetenhauses auf der anderen Seite gab, während heute es doch so ist, daß von der politischen Zielsetzung her die Regierung mit der sie unterstützenden Regierungsfraktion eine geistige Einheit darstellt und interessenmäßig der Opposition gegenübersteht. Ich habe als Sprecher der Opposition 1966 bis 1970 darauf hingewiesen, daß es daher sinnlos ist, die Kontrollrechte nur der Mehrheit des Nationalrates zu überantworten. Und zwar — ich sage das sowohl für die Zeit der ÖVP-Alleinregierung als auch für die Zeit der SPÖ-Mehrheit — nicht, weil wir glauben, daß die Parlamentarier der Regierungspartei jedenfalls die Augen schließen vor allem, was die Regierung tut, sondern weil wir glauben, daß es institutionell nicht möglich ist, der Mehrheit des Parlaments allein die Kontrollrechte über jene Regierung einzuräumen, die nur als Regierung bestehen kann, weil diese Parlamentsmehrheit sie unterstützt.

Ich habe damals verlangt, daß einige Kontrollrechte, die dem Parlament als Ganzem zustehen, auf eine qualifizierte Minderheit übertragen werden, um die Tatsächlichkeit und

Gratz

Wirksamkeit der Kontrolle zu gewährleisten. Ich habe damals — wenn ich nur ein Beispiel bringen darf — ausgeführt, daß etwa ein Drittel, ein Abgeordneter mehr als ein Drittel dieses Hauses, Verfassungsänderungen verhindern kann, daß eine einfache Mehrheit in einem einfachen Gesetz über Verfassungsänderungen beschließen kann. Das bedeutet dann, daß dieses Gesetz verfassungswidrig ist. Wir haben dann das unwürdige Schauspiel, daß die Minderheit dieses Hauses, die die Verfassungswidrigkeit, wenn sie formell richtig als Verfassungsgesetz eingebracht worden wäre, hätte verhindern können, daß diese qualifizierte Minderheit dann bei Landesregierungen bitteln gehen muß, ob die bereit sind, das Gesetz vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten. Ich habe daher damals angeregt, eine Verfassungsänderung zu machen, daß diese Minderheit des Hauses, die ein Verfassungsgesetz, eine Verfassungsänderung verhindern kann, unmittelbar das Recht bekommen soll, beim Verfassungsgesetzgerichtshof die Verfassungswidrigkeit einfacher Gesetze mit einer Beschwerde zu bekämpfen. Die Anregung wurde damals nicht aufgegriffen, ich wiederhole sie jetzt als Sprecher der Mehrheitspartei: Ich lade die beiden anderen Fraktionen dieses Hauses ein, einen Initiativ- antrag gemeinsam mit uns einzubringen, der dieses Kontrollrecht statuiert. Ich gehe weiter und sage: Überprüfen Sie alle Anträge aus den Jahren 1966 bis 1970, die von meiner Fraktion damals eingebracht wurden, um die Kontrollrechte der Minderheit zu stärken, wir werden jederzeit bereit sein, diesen Anträgen beizutreten und hier im Haus dafür zu stimmen, daß diese Kontrollrechte verwirklicht werden. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich hoffe, Herr Dr. Schleinzer, daß diese meine Ausführungen, absichtlich sehr ohne Pathos vorgebracht, besser als jede pathetische Zurückweisung Ihrer Befürchtungen bekräftigen, mit welchem Stil die Mehrheit dieses Hauses die parlamentarische Arbeit zu beginnen und durchzuführen gewillt ist. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich möchte, Hohes Haus, ebenso die Bereitschaft meiner Fraktion bekunden, mitzutun bei einer Geschäftsondernungsreform, bei einer tatsächlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ein Ziel, das dankenswerterweise Präsident Benya bei seiner Antrittsrede auch als eines seiner Ziele erwähnt hat. Wir möchten davon absehen, einen Antrag auf Änderung der Geschäftsondernung einzubringen, weil wir glauben, daß es nicht gut wäre, ein Wettrennen um die Priorität bei Parlamentsrechten zu veranstalten. Wir sind sehr froh, wenn wir Übereinstimmung darüber finden, daß die Fraktionen dieses Hauses sich

gemeinsam überlegen, was zur Verbesserung der Geschäftsondernung, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Mitglieder dieses Hauses getan werden kann.

Ich habe hier von der Rolle des Parlaments in der Demokratie gesprochen, und ich möchte sagen, daß diese Ausführungen, diese Vorschläge auf unsere Überzeugung zurückgehen, daß eine Verbesserung der demokratischen Einrichtungen, eine Verlebendigung der Demokratie nur über eine Verbesserung der parlamentarischen Arbeitsbedingungen, über eine Aufwertung der Rolle des Nationalrates geschehen kann. Ich möchte zu dieser Aufwertung des Nationalrates auch sagen, daß ich es sehr begrüßt habe, daß die ganze Fraktion es unterstützt hat, daß der Bundesminister für Justiz heute diese Erklärung abgegeben hat, und zwar, weil wir tatsächlich glauben, daß bei der ersten sich bietenden Gelegenheit bei solchen Vorfällen dieses Haus als erstes zu informieren ist.

Ich möchte hier auch in aller Öffentlichkeit sagen, warum die Bundesminister Broda und Rösch die Teilnahme an der abendlichen FernsehSendung abgesagt haben; das heißt, abgesagt ist ein schlechter Ausdruck, denn sie haben überhaupt nie zugesagt, sie sind nämlich nicht gefragt worden, das kann man übersehen, weil es ja sehr dringend war. Aber wir bitten, ich sage das ohne Polemik gegen das Fernsehen — es ist achtenswert, daß ein solches Thema unmittelbar der Bevölkerung nahegebracht werden soll —, auch um Verständnis dafür, daß zwei Bundesminister bei der Debatte über eine Erklärung der Bundesregierung dieses Hauses nicht verlassen, sondern hierbleiben, bis diese Debatte beendet ist. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Nun, Hohes Haus, zur Regierungserklärung selbst. Ich kann nicht auf alle Detailkritik des Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer eingehen. Ich möchte sagen: Soweit es die Kritik an der mangelnden Ausführlichkeit ist — nämlich dort, wo Sie sagen, hier werden nur Titel von Regierungsvorlagen verlesen, warum nicht der Inhalt —: Die Regierungserklärung wäre noch etwas länger geworden, aber dort, wo es sich um angekündigte Regierungsvorlagen handelt, hat ja dieses Haus dann die Möglichkeit, bei der Regierungsvorlage selbst ins Detail zu gehen.

Ich möchte nur zu einem Punkt, nämlich Landesverteidigung, noch sagen — Sie haben selbst darauf hingewiesen —: Wir haben mit gutem Grund einen Landesverteidigungsrat, der sich im Detail mit den kommenden Maßnahmen beschäftigen soll, weil es eben Dinge gibt, von denen wir alle bei der Schaffung des Wehrgesetzes akzeptiert haben, daß sie

Gratz

nicht in aller Breite, in aller Öffentlichkeit diskutiert werden können. Herr Dr. Schleinzer, ich nehme an, daß es auch das Motiv der Vertraulichkeit war und das Wissen, daß es ja den Landesverteidigungsrat gibt, das Sie bewogen hat, bei Ihren 107 Punkten das Bundesheer in fünfseihalb Zeilen zu erwähnen, indem Sie gesagt haben: „6. Durchführung der Umstellungen im Bundesheer unter Berücksichtigung der für die Sicherheit des Landes notwendigen flankierenden Maßnahmen sowie Ausbau der umfassenden Landesverteidigung.“ Herr Dr. Schleinzer! Gegenüber dem war die Regierungserklärung ein ganzes Lexikon von Detailmaßnahmen. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ*. — *Abg. Dr. Prader: Kollege Gratz, dann haben Sie den Passus nicht gelesen, wenn Sie das jetzt behaupten!*) Herr Dr. Prader! Ich habe auch die Regierungserklärung Klaus hier. Ich möchte jetzt nicht eine nachträgliche Oppositionsrede zur Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Klaus halten, denn schließlich und endlich haben Sie ja verloren, weil Sie auch das unter anderem nicht erfüllt haben. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ*. — *Abg. Dr. Prader: Der Passus war ein Rekord an Inhaltslosigkeit!*) Herr Dr. Prader! Vielleicht kommen wir bei der Debatte im Haus zum Kapitel Landesverteidigung noch einmal darauf zu sprechen, wie im einzelnen gerade bei der Landesverteidigung das Erbe war, das diese Regierung angetreten hat. Ich möchte jetzt dazu nicht ins Detail gehen.

Hohes Haus! Jetzt noch ganz kurz zum Inhalt der Regierungserklärung. Ich möchte meine Debattenrede nicht zu lange ausdehnen. Der Redner der Österreichischen Volkspartei konnte in der Debatte zur Regierungserklärung am 29. April 1970 noch mit Recht feststellen, daß der Wahlerfolg der Sozialistischen Partei, was die Bundespolitik betrifft, nicht auf Grund vergangener Regierungserfolge, sondern auf Grund von Programmen erfolgte, weil die SPÖ eben vier Jahre in Opposition war. Aber die Mehrheit von über 50 Prozent der österreichischen Wähler erreichte diesmal die Sozialistische Partei nicht auf Grund von Programmen allein, sondern auf Grund der Tatsache, daß sich alle Wähler eineinhalb Jahre lang davon überzeugen konnten, daß für uns die tatsächliche Leistung der Regierung auf den Wahlprogrammen beruht, daß bei uns die Identität von Wahlprogramm und Regierungsleistung vorhanden ist. Es mag andere Parteien geben, die Programme von Propagandaexperten machen lassen und nach vier Jahren interessiert nachsehen, ob zufällig davon etwas verwirklicht wurde. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir das, was wir den Wählern vor den Wahlen an

Arbeitsleistung versprochen haben, auch verwirklichen, und nichts weniger — und jetzt komme ich zu den Befürchtungen oder, sagen wir, zu den „apokalyptischen Visionen“ des Herrn Dr. Schleinzer —, aber in der Demokratie, was die Verwirklichung betrifft, auch um nichts mehr, als in der Regierungserklärung an grundsätzlichen Änderungen angekündigt wurde.

So hat der Bundeskanzler in einigen Reden darauf hingewiesen, daß der Wählerauftrag auf das Wahl- und Regierungsprogramm der SPÖ ausgerichtet ist und nicht auf die Schaffung eines sozialistischen Österreichs — was immer Schreckliches sich manche unter diesem Begriff auch vorstellen mögen.

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat aber ebenso am Schluß der Regierungserklärung gesagt, die Regierung lasse sich bei ihrer Reformarbeit „von sozialdemokratischen Grundsätzen leiten“. Und auf diese Bemerkung möchte ich eingehen, weil sie sicher Anlaß zu Interpretationen und, wie man gesehen hat, auch zu Spekulationen ist. Ich möchte jetzt keine Programmdebatte hervorrufen, obwohl es vielleicht diesem Hause ganz gut täte, sich einmal grundsätzlich über einige dieser Dinge zu unterhalten.

Herr Dr. Koren, wenn ich mich zurücknenne — weil Sie lächeln —, mit „grundsätzlich“ würde ich aber etwas mehr meinen als die großartige Zitatensammlung des ÖVP-Klubs über Äußerungen sozialistischer Politiker in der „Zukunft“ in den letzten 25 Jahren. Wenn schon eine Grundsatzdebatte, dann muß dabei schon etwas mehr herausschauen.

Zuerst möchte ich sagen, Hohes Haus, daß die 14.000 Worte, das heißt, daß die Länge und Detailliertheit der Regierungserklärung noch nicht Ausdruck sozialdemokratischer Grundsätze, aber jedenfalls Ausdruck des Respektes vor dem Parlament ist. Denn hier hat eine Regierung nicht nur in allgemeinen diplomatischen Formulierungen geschwieg, sondern sie hat gesagt, was sie vier Jahre lang zu tun gedenkt. (*Zustimmung bei der SPÖ*.)

Ich möchte nicht — eigentlich möchte ich schon, nur ist mir die Zeit nicht geblieben — vergleichen, wie wenig in dieser Regierungserklärung diese berühmten Formulierungen von „Augenmerk schenken“ und „Aufmerksamkeit zuwenden“ und so weiter vorkommen im Vergleich zu Regierungserklärungen früherer Bundesregierungen, um wieviel hier mehr konkrete Ankündigungen enthalten sind.

Die Regierung hat mit dieser Regierungserklärung, die natürlich lang war, absichtlich, vorsätzlich jetzt schon den Maßstab geliefert, nach dem sie in vier Jahren gemessen werden

Gratz

wird. Und gerade das macht es jetzt notwendig, aus der Fülle der Einzelmaßnahmen beispielsweise die sozialdemokratischen Grundsätze aufzuzeigen, weil ja jetzt sicher nicht Zeit für eine lange Analyse der Regierungserklärung ist.

Hier können Sie auf den 33 eng beschriebenen Seiten der Regierungserklärung einen Grundsatz sehen, nämlich den Grundsatz, daß der Mensch, der einzelne in diesem Land lebende Mensch mit seinen Problemen, Wünschen und mit seinen Zukunftsträumen Mittelpunkt und einziger Maßstab der Politik sein soll.

Ich weiß, daß diese Formulierung oft und von vielen verwendet wird, aber es geht um den Beweis, Hohes Haus, daß dieses Prinzip dieses wahrhaft humane Prinzip, den Maßnahmen der Regierungserklärung zugrunde liegt.

Lassen Sie mich bitte einige Beispiele bringen, ohne in Details einzugehen, zu denen ja noch andere Redner meiner Fraktion zu Wort kommen werden.

Die Regierungserklärung beginnt mit dem Ziel, ein Staat der Wohlfahrt für alle zu wenden, und meint damit nicht, daß materieller Reichtum und materielle Bedürfnisbefriedigung das Alpha und Omega der Politik sein sollen, sondern daß die Abwesenheit von materieller Not die Voraussetzung für die geistige Entfaltung des Menschen ist. Das ist nicht neu — auch wenn es oft bezweifelt wird. Es haben immer schon die im Wohlstand Lebenden versucht, den Armen zu sagen, daß Reichtum nicht glücklich macht, und wir erleben ja auch in letzter Zeit, daß die Bewohner komfortabler Appartements den Bauern nahelegen, wie schön es wäre, wenn sie ihre Bauernhöfe nicht modernisierten, sondern so naturverbunden wohnen blieben. Also auf diese Argumente möchte ich nicht eingehen.

Aber, um auf den Grundsatz zurückzukommen, es hat, wie Sie sich durch Nachlesen überzeugen können, schon Nietzsche geschrieben — ich nenne jetzt absichtlich keinen sozialistischen Theoretiker —, daß die Reichen leichter klüger sein können, nicht weil zwischen Besitz und Oberfläche des Gehirns Zusammenhänge bestehen, sondern weil die Reichen Zeit haben, über die schönen Dinge des Lebens nachzudenken, weil sie nicht darüber nachzudenken brauchen, woher sie das Essen bekommen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, Hohes Haus, es geht heute nicht mehr darum, die entsetzliche Not der damaligen Zeit zu beseitigen, aber es geht darum, ob eine Gesellschaft, in der eine Erhöhung der Autoversicherungsprämien mehr

Staub aufwirbelt als eine Brotpreiserhöhung, es zulassen kann, daß für Hunderttausende ihrer Mitbürger der Brotpreis dennoch ein Problem ist. Mit einem Wort, es geht der Regierung darum, den Grundsatz durchzusetzen, daß relative Armut, wenn sie unverschuldet ist, eine Schande für die gesamte Gesellschaft ist und beseitigt werden muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte noch ein zweites Beispiel kurz bringen. Über die Fragen des Wohnungsbaues und besonders die Fragen der Beschaffung des Baugrundes für Wohnungen wird noch ein Fraktionskollege von mir im Detail sprechen. Hier geht es darum, aufzuzeigen, welche Grundsätze dahinter liegen. Wir hoffen zum Beispiel sehr, daß es in den Fragen der Beschaffung des Baugrundes für Wohnungen und der Erneuerung alter, abgewohnter, miserabler Stadtteile in Zusammenarbeit aller in diesem Hause Gesetze geschaffen werden, die natürlich das Eigentum respektieren, aber gleichzeitig die Tatsache berücksichtigen, daß — anders als Stahl und Plastik und andere Industrieerzeugnisse — Grund und Boden nicht vermehrbar ist.

Jeder Mensch in Österreich, der eine Wohnung sucht, könnte in Wirklichkeit die Autos beneiden. Wenn die Autos in Österreich mehr Lebensraum brauchen, das heißt Straßen, dann sind gesetzliche Vorschriften da, um den Grund dafür zu beschaffen. Wenn ein Mensch Lebensraum braucht, das heißt Wohnungen, dann sind diese Vorschriften nicht da. Man könnte sagen: Wie schön ist es, in Österreich zu leben, wenn man ein Auto ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Wäre es nicht an der Zeit, Hohes Haus, die Menschen bezüglich ihres Lebensraumes zumindest den Autos in diesem Lande gleichzustellen? Und in diesem Sinne ersuchen wir dann um Ihre Zusammenarbeit.

Es ist das auch — das wurde schon erwähnt — die erste Bundesregierung, die über die materielle Vorsorge hinausgeht und sagt: Zerbrechen wir uns den Kopf, wieso wir, Gott sei Dank, relativ höhere Pensionen in diesem Lande habe als je zuvor (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Bürgermeister von Wien!) — Herr Kollege! Ich könnte ja hier das Niveau senken, aber ich tue es nicht — und trotz dieser relativ hohen Pensionen gleichzeitig eine größere Selbstmordquote auch unter den alten Leuten als je zuvor.

Hohes Haus! Hier sagt eine Regierung: Was nützt Geld allein, wenn die Vereinsamung und seelische Not des einzelnen von der Gemeinschaft ignoriert werden? Die Regierung bietet — wie Sie zu Recht sagen — keine Patentrezepte an, sondern die Ankündigung, daß wir gemeinsam nachdenken wollen, was hier

Gratz

geschehen könnte, um im Menschen, auch im alten Menschen, eben nicht nur jemanden zu sehen, dem man genügend Geld geben muß, damit er nicht verhungert und sich seine Wohnung leisten kann, sondern einen Menschen, der noch immer ein gesellschaftliches Wesen ist. Ihre Vision von lauter Gesellschafts- und Altersheimen — zwangsweise Einweisung hat so herausgeklungen — stimmt nicht. (Abg. Dr. Schleiner: Aber, aber!)

Wir wollen einfach sagen: Denken wir nach, was wir tun können, damit wir nicht nur die materiellen Bedürfnisse befriedigen, sondern auch diese Menschen als Menschen sehen, die unter dem Problem der Vereinsamung ebenso leiden wie jeder andere. Nehmen wir uns auch dessen an. (Abg. Schrotter: Das hat Doktor Schleiner genau gemeint!) Herr Kollege, dann freue ich mich! Wunderbar! Dann haben wir bereits einen von sicherlich vielen Punkten, die kommen werden und bei denen wir uns zu gemeinsamem Handeln finden werden.

Ich möchte jetzt etwas abkürzen. Ich bitte mir nicht vorzuwerfen, daß ich jetzt nicht alle Beispiele aufgezählt habe. Gerade weil Sie die Fragen der Gesundheitspolitik angeführt haben, möchte ich dazu sagen: Ich bin froh, daß die Regierung erklärt hat, daß es dem Menschen nichts nützt, Teil einer expandierenden Industriegesellschaft zu sein, wenn ihm die Industrialisierung, die er ja selbst für seinen wachsenden Lebensstandard will, die Luft und das Wasser vergiftet und ihm die Reklameindustrie einredet, zum Glück bedürfe es die staatlich erlaubten Suchtgifte Nikotin und Alkohol.

Ich möchte hier gar nicht schon zu Einzelaufnahmen der Regierung Stellung nehmen. Ich möchte nur sagen, daß es durchaus sozialdemokratischen Grundsätzen entspricht, wenn wir meinen, daß es zum Wesen der menschlichen Freiheit gehört, daß es erlaubt sein muß, lieber Schnaps zu trinken, als über Politik zu diskutieren. Es gehört aber nicht zum Wesen der Freiheit, daß das Schnapstrinken billig sein muß und dann die Allgemeinheit für die Opfer und deren Familien aufkommen muß. Das ist die Basis. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Zu den Umweltfragen möchte ich von Anfang an klarstellen, daß wir uns zweier Dinge bewußt sind: Im dichtbevölkerten Kontinent Europa sind die Probleme letztlich nur auf europäischer Ebene lösbar, weil erstens Luft und Wasser keiner Grenzkontrolle unterliegen und durch staatliche Zollorgane jedenfalls nicht gereinigt werden können. (Abg. Dr. Koren: Aber unsere Seen schon!) Die Seen schon, natürlich! Es gibt einige Dinge, die man tun kann. Ich weise nur

darauf hin, weil gerade hier oft gesagt wird, man habe das übersehen.

Zweitens — das wird Sie auch interessieren, weil man uns oft vorwirft, das zu übersehen — weil nicht die Industrie eines Staates allein die höheren Kosten tragen kann, die sich aus höherem Aufwand zum Schutz der Umwelt ergeben, und dadurch gegenüber jenen Staaten, denen die Gesundheit der Staatsbürger weniger wert ist als die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, in einen Kostenanteil geraten. Wir sind uns dieser Problematik bewußt. Letztlich werden wir — auch das soll man deutlich aussprechen, um nicht gerade das zu tun, was oft gesagt wird: Es werden nur Versprechungen abgegeben — unser Land nur reihalten können, wenn die Menschen erkennen, daß eine gesunde Umwelt ebenso Geld kostet wie alles andere und daß es trotzdem noch rentabler ist, ebenso wie es rentabler ist, eine Straßenbeleuchtung aus Steuermitteln zu haben, als jeden Staatsbürger aufzufordern, sich selbst eine Taschenlampe zu kaufen.

Hohes Haus! Ich möchte darauf hinweisen, daß die Grundsätze auch für den Teil der Regierungserklärung über Bildungs- und Kulturpolitik gelten, nämlich daß jeder einzelne Mensch in diesem Lande — und insbesondere bei Bildungspolitik jedes einzelne Kind dieses Landes — die gleiche Chance haben soll. Hier wird uns oft gesagt, das verhindere die Elitenbildung. Hohes Haus! Über Elitenbildung kann ich ein anderes Mal philosophieren. Aber ich weiß nur, wie man auf gar keinen Fall Eliten bildet: indem man nämlich einem Prozentsatz unserer Kinder überhaupt nicht die Chance gibt, zu zeigen, was sie können. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Worum es geht, ist, die Chance zu geben, daß der einzelne jede, auch die höchste Bildung erwerben kann. Ob der einzelne diese Chance nützt — dessen sind wir uns ebenso bewußt wie alle anderen in diesem Haus —, hängt letztlich auch von seiner Begabung und seinem Leistungswillen ab. Wir sind froh, daß die Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik, die Rechts- und Verwaltungsreform ebenso wie die Wirtschaftspolitik diesen Grundsätzen folgen.

Ich kürze jetzt ab, weil ich den Rednern der Opposition nicht zuviel Redezeit wegnehmen will. Es geht darum — weil hier gelacht wird —, daß die Redner der Regierungspartei nicht so lange sprechen, daß die Opposition auch gegenüber der Öffentlichkeit ins Hintertreffen gerät. Ich bitte, mir dann nicht vorzuwerfen, daß ich auf die anderen Punkte der Regierungserklärung in bezug auf Erfüllung

Gratz

sozialdemokratischer Grundsätze nicht eingegangen bin. Ich kann mich ein andermal noch immer dazu zu Wort melden.

Hohes Haus! Ich möchte nur sagen: Letzten Endes liegt dieser Regierungserklärung zugrunde, daß wir den einzelnen Menschen nicht dem Staate oder irgendwelchen theoretisch konstruierten Idealen unterordnen wollen, sondern wir sind der Ansicht, daß der Staat und die gesamte staatliche Tätigkeit nur dann gut und moralisch vertretbar sind, wenn sie dem einzelnen Menschen in diesem Lande dienen. Diesem Ziel dient die Regierungserklärung.

Hohes Haus! Ich bitte, mir noch eine Minute Redezeit wegen Südtirol zu gestatten, weil Sie, Herr Dr. Schleinzer, die Frage angeschnitten haben: Wieso führt die Regierung das „Paket“ durch, wo sie doch als Opposition ...

(*Abg. Dr. Schleinzer: So habe ich das nicht gesagt!*) Es ist gesagt worden. Sicherlich nicht im gleichen Wortlaut, denn ich habe kein fotografisches Gedächtnis, und ich habe auch keinen eingebauten Kassettenrecorder. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Begrüßt, Herr Kollega!*) Sie haben es begrüßt, ironisch begrüßt (*Abg. Doktor Schleinzer: Nein, mit Freude begrüßt!*) — ich nehme es gerne zur Kenntnis: mit Freude begrüßt —, daß die Regierung das „Paket“ durchführt, haben aber dann gefragt — ich darf es so formulieren —, wieso denn die Opposition seinerzeit so vehement dagegen war. (*Abg. Dr. Schleinzer: Keine Frage, nur eine Feststellung!*) Ich beantworte es Ihnen trotzdem, wenn es auch nur eine Feststellung und keine Frage war.

Wir haben dieses „Paket“ deswegen abgelehnt, weil es einmalig war, wie dieses Haus behandelt wurde. Ich habe damals gesagt: Das gehört zu den Parlamentsrechten. Ich habe damals gesagt, die Vorgangsweise sei einmalig: Da wird der Hauptausschuß — der bedeutendste Ausschuß des Nationalrates — extra nach Wien geholt, damit er darüber befindet, wieviel das rieselfreudige Spezialsalz der Österreichischen Salinen kostet. — Das ist Parlamentsrecht!

Damals verweigerte dann die Mehrheit dieses Hauses, daß sich ein anderer Ausschuß in vertraulicher Sitzung über die Hintergründe des obengenannten Pakets informieren kann. Dann liest ein Minister zwei Schriftwechsel vor, und dann steht die Mehrheit dieses Hauses auf und sagt nach abgeführter Debatte: Zur Kenntnis genommen. Die Zuweisung an einen Ausschuß ist nicht möglich. — Deswegen waren wir dagegen! (*Abg. Dr. Prader: Nein!*) Ich bitte, meine Rede nachzulesen. Wir waren deswegen dagegen, weil ich gesagt habe, man

gibt uns nicht die Möglichkeit dazu. (*Abg. Dr. Schleinzer: Da ist die Rede des damaligen Oppositionsführers zuständig!* — *Abg. Dr. Kotzina: Lesen Sie die Rede des Abgeordneten Kreisky nach!*) Ich bin bereit, alle Reden nachzulesen. Hohes Haus! Ich kann mich immerhin noch ein zweites Mal zu Wort melden. (*Abg. Dr. Prader: Es war ganz anders!*)

Es ist ein bissel traurig, daß Sie nicht verstehen, daß ich herausschälen will, worum es damals gegangen ist. (*Abg. Schrotter: O ja!*) Sagen Sie nicht immer: O ja!, wenn ich sehe, daß Sie es nicht verstehen! (*Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ.* — *Von der Galerie werden Flugzettel heruntergeworfen.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Wenn die Galerie sich einmischt, dann werde ich sie räumen lassen!

Abgeordneter Gratz (*fortsetzend*): Hohes Haus! Ich möchte in meiner Rede fortfahren und nur folgendes sagen: Ich habe damals als Sprecher meiner Partei zu diesem Südtirolpaket eine ganze Reihe von schwerwiegenden Bedenken vorgebracht, aber — ich bitte genau nachzulesen — die Ablehnung bei der Abstimmung erfolgte deswegen, weil man uns nicht die Gelegenheit gegeben hatte, diese Bedenken, von denen vielleicht manche in einer vertraulichen Sitzung hätten zerstreut werden können, in einem Ausschuß mit dem zuständigen Minister zu beraten. Während man damals, wie ich schon gesagt habe, jede Konvention über die zollbegünstigte Einfuhr von Olsardinen in den Handelsausschuß oder den Außenpolitischen Ausschuß schickte, ist man mit dieser wichtigen Sache ins Plenum gegangen und hat gesagt: Ausschuß — interessiert uns nicht. Annahme. — Deswegen waren wir damals dagegen.

Aber daß diese Regierung nunmehr, wenn das Paket vereinbart wurde, nach dem Grundsatz der internationalen Politik „Pacta sunt servanda“ vorgeht, wird man ihr sicherlich nicht zum Vorwurf machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Regierung hat, wie ich zu Beginn gesagt habe, in einer langen Regierungserklärung die Maßstäbe gesetzt, nach denen sie in vier Jahren beurteilt werden kann und beurteilt werden will. Die Mehrheit dieses Hauses hat — und das bitte ich meiner Rede zu entnehmen — erklärt, daß wir die Kontrollrechte des Parlaments nicht nur achten, sondern verstärken wollen zugunsten der Minderheit, daß wir in Sachfragen zur Kooperation ebenso bereit sind, wie wir es in den letzten eineinhalb Jahren waren, weil wir überzeugt sind, daß trotz aller Rhetorik, die eben zu diesem

Gratz

Haus, zum Parlament dazu gehört, daß trotz aller dieser Rhetorik, die manchmal übertreibt und manchmal extrem ist, letzten Endes alle Abgeordneten dieses Hauses das Interesse unseres Landes und seiner Menschen an die erste Stelle stellen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein sorgfältiges Studium der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II gestaltet sich deswegen außerdentlich schwierig, weil derselben im Vergleich zur Regierungserklärung 1970 jede Systematik fehlt. 1970 war das Bemühen um eine Systematik und Übersichtlichkeit noch gegeben. Genau das fehlt der nunmehr zur Diskussion stehenden Regierungserklärung.

Diese Unübersichtlichkeit und Asystematik geht so weit, daß einzelne Themenkreise so abgehandelt sind, daß sie plötzlich unterbrochen werden, wie etwa das Gebiet der Wirtschaftspolitik, wo zwischendurch auf den Einsatz der Politessen verwiesen wird, um dann mit einer grundlegenden Absichtserklärung zur Rechtsreform fortzufahren. Man kann nur der Erwartung Ausdruck geben, daß das Kabinett Kreisky II bei der Verwirklichung des Inhaltes der Regierungserklärung mehr Systematik an den Tag legt, als das bei der Formulierung derselben der Fall war.

Sicher ist es nicht Sache einer Oppositionsfaktion, der Bundesregierung über Form und Inhalt einer Regierungserklärung Vorschriften zu machen. Gleichwohl stellt sich die freiheitliche Opposition die Frage, warum der Herr Bundeskanzler dieses Mal ausgerechnet den asystematischen Weg gedanklicher Unordnung gewählt hat, obwohl ihm eigentlich für eine sorgfältige Auffassung der Regierungserklärung genügend Zeit zur Verfügung gestanden wäre.

Ich stehe auf Grund der getroffenen Maßnahmen der letzten beiden Tage auch unter dem Eindruck, daß sich der Herr Bundeskanzler nach der Abgabe der Regierungserklärung nicht ganz wohl in seiner Haut fühlt. Warum bin ich dieser Meinung? Weil es der Herr Bundeskanzler am Montag dieser Woche für notwendig erachtet hat, im Rahmen einer Pressekonferenz zusätzliche Erklärungen zur Regierungserklärung abzugeben, die uns Abgeordneten zur Beurteilung der Regierungserklärung heute leider nicht zur Verfügung stehen. Interessanterweise setzte Dr. Kreisky einige Tage nach Abgabe der Regierungserklärung eine Ministerratsklausur in Bad Vöslau an, um nachträglich die Prioritäten

und die Rangordnung für die Regierungserklärung festzulegen.

Ich habe gestern im „Abendjournal“ das Hörfunkinterview des Herrn Bundeskanzlers sehr aufmerksam verfolgt, konnte aber trotz Ankündigung keinen Rangordnungskatalog für die Einordnung in die Regierungserklärung erkennen. Herr Bundeskanzler, für die Abgeordneten ergibt sich die Pflicht, Ihre Regierungserklärung sehr sorgfältig zu studieren und ebenso sachlich einzuschätzen. Dabei ergeben sich Schwierigkeiten, weil Sie in Ihrer Regierungserklärung II zwar außerdentlich viel gesagt haben, es aber sehr unübersichtlich sagten.

Wir Freiheitlichen haben ein eminentes Interesse daran, festzustellen, wie auf Grund der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky I nach der Erklärung des Kabinetts Kreisky II weitergearbeitet werden soll. Sie, Herr Bundeskanzler, haben sich damit beholfen, daß Sie in die Regierungserklärung II eine Generalklausel eingebaut haben, die sich auf die Regierungserklärung 1970 bezieht.

Nun darf ich bei den sehr fairen und überaus interessanten Ausführungen des Herrn Klubobmannes der sozialistischen Fraktion anknüpfen. Es stimmt, Herr Abgeordneter Gratz, Ihre Artikulation und Akzentuierung als Klubobmann der sozialistischen Mehrheitsfraktion unterscheidet sich sehr wohl von der, die seinerzeit der Herr Abgeordnete Dr. Withalm namens der ÖVP-Fraktion vorgenommen hatte, als sie von 1966 bis 1970 die absolute Mehrheit hatte.

Auch der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung den Oppositionsparteien dieses Bereitschaftsfundament der Zusammenarbeit dargeboten und das im besonderen mit der Notwendigkeit eines Klimas der Nüchternheit und der Sachlichkeit unterstrichen, was Sie heute, Herr Klubobmann Gratz, bereits praktiziert haben.

Der Herr Bundeskanzler sprach sich auch dafür aus, daß er jede Initiative dieses Parlaments zum Ausbau der Kontrolle unterstützen würde. Wir Freiheitlichen haben keinen Grund, dieser theoretischen Absichtserklärung zu mißtrauen, müssen aber mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß es abzuwarten gilt, ob die Praxis mit der angekündigten Theorie übereinstimmen wird.

Herr Abgeordneter Gratz, die personelle Zusammensetzung der Bundesregierung beeinflußt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Es wird im Falle des einen Ressorts leichter sein, solche Absichten zu verwirklichen, als im Falle eines anderen Ressorts. Somit werden

Peter

wir auf die Unterstützung angewiesen sein, die Sie uns als Klubobmann der Mehrheitsfraktion anzubieten in der Lage sein werden.

Aber die Ausübung einer wirkungsvollen parlamentarischen Kontrolle hängt weitgehend von den Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten ab. Gestatten Sie mir, daß ich am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode mit allem Nachdruck unterstreiche, daß es keine Waffengleichheit zwischen Legislative und Exekutive gibt, denn die Arbeitsbedingungen dieses Nationalrates sind so katastrophal, daß man sie mit denen der Bundesverwaltung überhaupt nicht vergleichen kann. Dieses Hohe Haus hat einen sehr hohen historischen und darüber hinaus auch musealen Wert. Aber dieses Haus ist keine Arbeitsstätte für ein modernes Parlament, wobei ich Ihnen noch einräume, daß die derzeitigen Arbeitsbedingungen der freiheitlichen Fraktion sogar etwas besser sind als die der beiden anderen Parteien des Nationalrates.

Ich darf ergänzend darauf hinweisen, daß natürlich die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten der parlamentarischen Arbeit in Bereichen der Sozialpartner haben, in denen wir Freiheitlichen nicht verankert sind. Ich habe nicht die Absicht, einer gemeinsamen Überlegung der Präsidialkonferenz zugreifen und die **Parlaments- und Geschäftsordnungsreform** heute in den Einzelheiten abzuhandeln, halte es aber mit allem Nachdruck für dringend geboten, daß nicht nur die Reform der Geschäftsordnung, sondern die des gesamten Parlaments unverzüglich in Arbeit genommen wird.

Ich darf mich in diesem Zusammenhang auch an den Herrn Bundeskanzler wenden, da er ja der nominelle Klubobmann der sozialistischen Fraktion ist, auch von Seite der Verwaltung her diese Absicht mit allen Kräften zu unterstützen, damit in absehbarer Zeit bessere Arbeitsbedingungen für den Ausbau der Kontrolle geschaffen werden können.

Was der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer in seinen Ausführungen meiner Meinung nach nicht berücksichtigt hat, möchte ich in einem wesentlichen Punkt nachholen. Der Herr Bundeskanzler ist jener Politiker Österreichs, der das Wort „Transparenz“ bisher am öftesten in den Mund genommen hat und der diese Transparenz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens dieser Republik stets mit Nachdruck fordert. Aber gerade diese Transparenz, Herr Bundeskanzler, vermisste ich in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II.

Transparent wäre meines Erachtens eine Regierungserklärung, in deren groben Um-

rissen festgehalten wird, was im ersten, im zweiten, im dritten und im vierten Jahr der Gesetzgebungsperiode im Rahmen der zu erwartenden budgetären Möglichkeiten verwirklicht werden sollte. Natürlich kann das nur eine Rohübersicht, ein grober Überblick sein, aber gerade ein so auf Transparenz bedachter Bundeskanzler wie Sie, Herr Doktor Kreisky, hätte sich unbedingt dieser Mühe unterziehen müssen.

Transparent wäre auch eine Regierungserklärung, in der angeführt wird, was man an längerfristigen Maßnahmen einzuleiten beziehungsweise in Angriff zu nehmen beabsichtigt.

Transparent wäre es gewesen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie uns endlich ein Konzept zur Sanierung der kranken verstaatlichten Unternehmungen vorgelegt hätten und wenn sich die Regierung nicht immer auf die OIAG ausreden würde, denn in der OIAG geht es hinsichtlich dieses Reformkonzeptes gerade in den letzten Wochen und Monaten drunter und drüber. Einmal soll die Reform der verstaatlichten Eisen- und Stahlbereiche auf der Schiene der Bundesstraße 17 erfolgen. Kaum aber hat ein maßgeblicher Repräsentant der OIAG das Konzept der Bundesstraße 17 vertreten und kehrt in die anderen Eisen- und Stahlbereiche zurück, gibt er schon wieder eine gegenteilige Erklärung ab.

Und wenn Sie, Herr Bundeskanzler, in der Regierungserklärung auf den einschlägigen Text des OIAG-Gesetzes verwiesen haben, wonach die Aufgabe der Branchenzusammensetzung innerhalb von vier Jahren vollzogen werden muß, so sollte die Bundesregierung endlich ein Konzept vorlegen, dessen Realisierung in Angriff genommen werden kann.

Transparent wäre es gewesen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie sich konkret über die Möglichkeiten zur Strukturverbesserung unserer Wirtschaft geäußert hätten.

Transparent wäre es auch gewesen, wenn Sie sich der Mühe unterzogen hätten, uns Ihre Auffassungen zur Investitionsförderung der österreichischen Wirtschaft darzulegen.

In wenigen Tagen schon werden wir an Hand der nüchternen Ziffern des Bundesfinanzgesetzes 1972 in der Lage sein, zu beweisen, wie wenig von all den Verheißen im ersten Viertel der Gesetzgebungsperiode verwirklicht werden kann, die der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II gemacht hat.

Ich glaube auch, Herr Bundeskanzler, daß Sie den Untertitel für Ihre Regierungserklä-

Peter

rung vergessen haben. Ich könnte ihn mir so vorstellen: „Die Thesen der Sozialistischen Partei für die nächsten 30 Jahre“. So umfangreich und vielgestaltig war das, was Sie uns in Ihrer Rede dargeboten haben.

Darf ich mich nun mit dem Generalziel der SPÖ-Regierungserklärung beschäftigen: Es ist der Staat der Wohlfahrt für alle, wie Sie es formulierten. Wir möchten als freiheitliche Fraktion diese Formulierung ändern: Anstelle des Staates der Wohlfahrt stellen wir den Staat des Wohlstandes.

Herr Bundeskanzler! Wir Freiheitlichen sind gegen eine Wohlfahrt, für die alle Bürger zahlen müssen, damit sie gleichgeschaltete und staatlich genormte Almosenempfänger werden.

Ihre Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, enthält aber auch keinen Hinweis darüber, wie die Expansion des Wohlstandes in Österreich gesichert werden soll. Ihre Regierungserklärung verschweigt, daß der Wohlstand verdient werden muß, ehe er gerecht auf alle Bürger verteilt werden kann. Daher ist die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II ein Verteilungskatalog ohne Finanzierungs- und Erarbeitungskonzept. Wir vermißten in der Zeit der sozialistischen Minderheitsregierung, daß den Verteilungsmaßnahmen entsprechende Erarbeitungsmaßnahmen entgegengestellt wurden. Diese Kritik müssen wir heute bei der Debatte zur Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II mit gleichem Nachdruck wiederholen.

Herr Bundeskanzler! Ihre Regierungserklärung huldigt einem Grundirrtum unserer Zeit: nämlich der Überbetonung ökonomischer bei Vernachlässigung der geistigen Aspekte.

Und jetzt darf ich die SPÖ-Regierungserklärung in Parallele zur Österreichischen Volkspartei bringen. Dr. Kreiskys Regierungserklärung ist auch ÖVP-infiziert. (Abg. Dr. Kohlmaier: Schlecht?) Ja, das ist schlecht, Herr Dr. Kohlmaier! Denn die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II stellt eigentlich nichts anderes als eine Parallele zu den 107 Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei dar. Sie haben nur vergessen, Herr Bundeskanzler, sich selbst die Frage vorzulegen, die Sie Herrn Dr. Schleinzer bei der Fernsehdiskussion im Wahlkampf gestellt haben: Wo bleibt der 108. Punkt, der Aufschluß darüber gibt, wie all das, was Sie uns in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II dargelegt haben, finanziert und bedeckt werden soll? (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.) Herr Bundeskanzler! Sie machen denselben Fehler, den Sie Ihrem politischen Gegner, also der ÖVP, vorgeworfen haben.

Darf ich Sie in diesem Zusammenhang mit der Bitte, in Hinkunft bei der Vorlage von Konzepten und Finanzierungsprogrammen rascher zu sein, auf das Wort des chinesischen Weisen Mong-Tse verweisen, der sagte: Der Edle liebt es, langsam in seinen Reden und rasch in seinen Handlungen zu sein. — Darf ich Sie bitten, Herr Bundeskanzler, das Versäumnis rasch nachzuholen, dann wird man die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II besser einschätzen und beurteilen können, als es bisher möglich war.

Und nun muß ich der Kreisky-These des „Staates der Wohlfahrt für alle“ die Antithese der Freiheitlichen Partei entgegenstellen: nämlich den geistig und wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Leistungsstaat, der den Wohlstand schafft und ihn für alle Bürger sichert!

Zur Verwirklichung des Leistungsstaates wird die freiheitliche Fraktion folgende Schwerpunkte in der kommenden Gesetzgebungsperiode vertreten:

1. Differenzierung des Einkommens nach persönlicher Leistung, nicht Nivellierung ohne Leistungsbezug.
2. Durch Vorrang für Wirtschaftswachstum zu Europalöhnen, nicht Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft durch Lizitationspolitik des Staates.
3. Durch echten Wettbewerb zu Höchstleistungen der Wirtschaft, nicht Treibhausatmosphäre durch Konkurrenzverhinderung.
4. Endliche Gleichstellung der Verstaatlichten mit allen anderen Betrieben, nicht Aufrechterhaltung ideologischer Barrieren oder parteipolitischer Einflußzentren.
5. Eine konzertierte Fremdenverkehrspolitik der Gebietskörperschaften, nicht planloses Nebeneinander und Gegeneinander.
6. Umstellungsförderung mit staatlicher Hilfe, nicht strukturkonservierende Erhaltungssubventionen.
7. Sachliche Mitsprache des Staates im Wirtschaftsprozeß, nicht staatliche Ohnmacht oder staatliche Allmacht.
8. Ein modernes, der europäischen Wirtschaft angepaßtes Gewerberecht, nicht Versteinerung von Vorrechten und Zunftordnungen.
9. Gleichberechtigung des Bauernstandes mit den übrigen Berufsgruppen, nicht staatliches Gängelband durch Subventionen.
10. Ein einheitliches Arbeitsrecht, nicht Vertiefung der Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten.

Peter

11. Ein sparsamer Staat durch moderne Verwaltung, nicht weiteres Verschleppen der Verwaltungsreform.

12. Raumplanung und Raumordnung durch koordinierte Beschlüsse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, nicht steigende Rechtsunsicherheit durch Kompetenzstreitigkeiten.

13. Umweltschutz durch Staat und Wirtschaft, nicht wachsende Gefährdung aller durch das Verzögern notwendiger Entscheidungen.

14. Erweiterung und Verbesserung der Bildungseinrichtungen, nicht Reformalibi durch wachsende Quantität.

15. Gezielte Forschungsförderung durch Staat und Wirtschaft, nicht Verzettelung der dafür möglichen Mittel.

16. Wohnungsbau als Teil aktiver Familienpolitik, nicht als Monopol von Gebietskörperschaften und Genossenschaften.

17. Steuerreform nach dem Prinzip gerechter Lastenverteilung, nicht Aufrechterhaltung der Steuerungsgerechtigkeit aus Gewohnheit.

18. Förderung der Eigentumsbildung bei allen Staatsbürgern, nicht steuerliche Bestrafung desjenigen, der sich Eigentum erarbeitet hat.

19. Reform des Bundesheeres mit dem Ziel größtmöglicher Verteidigungskraft, nicht Beschränkung auf die durchgeführte Dienstzeitverkürzung.

Das ist die Diskussionsgrundlage, von der aus wir freiheitlichen Abgeordneten mit den Kollegen der zwei anderen Fraktionen ins Gespräch zu treten beabsichtigen. Wir werden sowohl Regierungsvorlagen der sozialistischen Partei als auch Initiativanträge der Österreichischen Volkspartei unterstützen, wenn der Inhalt derselben weitgehend mit freiheitlichen Zielsetzungen in Übereinstimmung steht.

Ich darf, Herr Bundeskanzler, noch einen sehr nachhaltigen Vorwurf gegenüber der Regierungserklärung zum Ausdruck bringen: Sie verspricht so viel, daß sie unendlich viele Hoffnungen in der Bevölkerung weckt, daß sie Wünsche aktiviert und daß sie ebenso eine Fülle von Forderungen nach sich ziehen wird, von denen ich der Meinung bin, daß Sie, Herr Bundeskanzler, mit der Bundesregierung nicht in der Lage sein werden, die von Ihnen geweckten Hoffnungen auch zu erfüllen.

In diesem Sinn ist die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II nicht nur ein Verteilungs- und Versprechungskatalog, sondern, Herr Bundeskanzler — das möchte ich Ihnen am Beginn der Gesetzgebungsperiode mit

Nachdruck in Erinnerung rufen —, auch ein Instrument der Preistreiberei! Denn je mehr Sie versprechen, umso mehr sorgen Sie selbst dafür, daß die Preise angeheizt werden. (Zustimmung bei der FPÖ.) Und von jetzt weg werden Sie keine Gelegenheit mehr haben, sich auf die anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses auszureden.

Bestürzt sind wir, daß im Übergang von der sozialistischen Minderheits- zur sozialistischen Mehrheitsregierung auf dem Gebiet der Außenpolitik Dinge passiert sind, die wir Freiheitlichen nicht gutheißen können.

Herr Bundeskanzler! In den letzten Wochen und Monaten ist jener Kontakt verloren gegangen, den der Herr Außenminister bisher mit den anderen Fraktionen gepflogen hat. Die uns Freiheitlichen unverständliche Haltung bezüglich des Ausschlusses Taiwans aus der UNO mußten wir bedauerlicherweise den Tageszeitungen entnehmen. Es war bisher nicht die Art des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, die Oppositionsfraktionen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Er hat es aber im gegenständlichen Fall getan, und es wird zweifelsohne eine Meinungsäußerung der Bundesregierung zu diesem Gegenstand notwendig sein. Soll das Bemühen beibehalten werden, gemeinsame Grundsätze der Außenpolitik zu postulieren und zu praktizieren, oder rückt die Bundesregierung von der bisher geübten Praxis ab?

Die ersten negativen Folgeerscheinungen des mir unverständlichen Verhaltens in der Formosa-Frage haben die Vereinigten Staaten von Amerika Österreich bereits präsentiert.

Wir Freiheitlichen sind auch sehr besorgt, daß das Globalmandat der EWG eine sehr einschränkende und sehr nachteilige Formulierung hinsichtlich der österreichischen Landwirtschaft enthält. Die unklare Haltung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage beunruhigt uns. Die unverständliche Haltung Frankreichs darf ich zum Anlaß nehmen, davor zu warnen, sich hinsichtlich der österreichischen Außenpolitik gegenüber Frankreich nicht weiter jenen Illusionen hinzugeben, denen sich vorangegangene Außenminister weitestgehend hingegeben haben. Gerade das jüngste Verhalten Frankreichs in der Frage des Globalmandates der EWG verstärkt meine Skepsis. Vor allem deswegen, weil sich Frankreich unmißverständlich gegen eine Einbeziehung der österreichischen Landwirtschaft in das EWG-Globalabkommen ausgesprochen hat.

Nun zurück zum Herrn Bundeskanzler. Sie haben im Wahlkampf einen Terminus technicus stark strapaziert: die Europareife Öster-

Peter

reichs und seiner Wirtschaft. Ich möchte diese Formulierung als einen der größten Kreisky-Gags des letzten Wahlkampfes bezeichnen oder, wenn Sie wollen, auch als einen sozialistischen Spätzünder.

Die Europareife hat Dr. Kreisky sehr, sehr spät, wenn nicht in manchen Punkten schon zu spät entdeckt.

Gerade diese vor der ganzen Bevölkerung Österreichs dargelegte Forderung des Herrn Bundeskanzlers nach der Europareife Österreichs und seiner Wirtschaft nahm ich zum Anlaß zu prüfen, wie es der Herr Bundeskanzler in seiner letzten Regierungserklärung mit dieser Europareife Österreichs gehalten hat. Auf den Seiten 10, 17 a und 22 derselben finden sich die diesbezüglichen Hinweise. Sie lauten:

„Zu den grundlegenden Voraussetzungen der Europareife gehört ein Bildungs- und Erziehungssystem, das den Erfordernissen unserer sich ständig wandelnden Welt entspricht.“

Der Grundsatz ist richtig. Das in der Regierungserklärung Aufgezeigte über Bildungspolitik, Wissenschaft und Forschung, Herr Bundeskanzler, ist weder ein Konzept noch ein Weg zu den von Ihnen in der Regierungserklärung dargelegten Zielen.

Aus der Seite 17 a zitiere ich:

„Es ist die Überzeugung der Bundesregierung, daß sich Österreichs Beteiligung an der europäischen Integration in dem Maße frictionsfrei gestalten wird, als es gelingt, Österreich auf vielen Gebieten europareif zu machen.“

Wann aber, Herr Bundeskanzler, werden Sie dem Parlament sagen, wie Sie glauben, Österreich und seine Wirtschaft europareif machen zu können? Auch die Ministerratsklausur von gestern, also das Nachziehverfahren zur Regierungserklärung, hat darüber keinen Aufschluß gegeben.

Ich zitiere weiter aus Seite 22 der Regierungserklärung:

„Die Bundesregierung hat sich in ihrer Wirtschaftspolitik ... das Ziel gesetzt, die Europareife Österreichs herbeizuführen.“

Der Grundsatz ist wieder richtig. Wege zum Ziel werden jedoch nicht aufgezeigt.

Dieses Bekenntnis zur Europareife in Ihrer letzten Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, hat einen überaus starken deklamatorischen Charakter, ohne konkrete Wege zur Erlangung des europäischen Ziels aufzuzeigen.

Ich erlaube mir, heute das in Erinnerung zu rufen, was freiheitliche Abgeordnete in den letzten 15 Jahren auf dem Gebiet der Europapolitik in diesem Hohen Hause vertreten haben und was sie weiter vertreten werden. Weiter vertreten werden mit dem Ziel und mit dem Ersuchen an die beiden anderen Fraktionen, so rasch wie möglich ein gemeinsames Konzept mit dem Ziel zu erarbeiten, Österreich rasch europareif zu machen!

Wir Freiheitlichen meinen, daß man nicht nur für ein offenes Europa eintreten soll, sondern daß man das Fernziel des europäischen Bundesstaates heute schon für die nachrückenden Generationen im Auge haben müßte.

Wir bekennen uns zur gemeinsamen Sicherheit durch ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage einer echten Friedensordnung.

Wir Freiheitlichen sind für die Offnung der EWG für die Neutralen mit dem Ziel der Europawirtschaft. Wir wissen gerade auf Grund der jüngsten Intervention der USA, wie notwendig es ist, auf diesem Gebiet mehr als in der Vergangenheit zu tun.

Die alten Währungssysteme sollen in absehbarer Zeit durch eine einheitliche Europawährung ersetzt werden.

Was aber kann, Herr Bundeskanzler, Österreich auf dem Gebiet der Freizügigkeit Europas durch Beseitigung von Pässen, Zöllen und anderen bürokratischen Hemmnissen tun?

Wie sieht es, Herr Bundeskanzler, mit den gemeinsamen Bestrebungen hinsichtlich einer einheitlichen europäischen Hochschulplanung aus? Welche Zielvorstellungen hat die österreichische Bundesregierung dazu?

Welche Initiativen ergreift die österreichische Bundesregierung zur Realisierung eines gesamteuropäischen Raum- und Verkehrsordnungskonzeptes?

Wie wird die Bundesregierung die Möglichkeiten des Donauraumes auf dem Gebiete der Wirtschafts-, der Verkehrs- und der Kulturpolitik besser nutzen, als es in der Vergangenheit möglich war?

Und welche Möglichkeiten sehen Sie über Ihre Regierungserklärung hinaus für eine gesamteuropäische Entwicklungshilfe? Sie haben viel über die Entwicklungshilfe gesagt. In diese Richtung hin haben Sie sich aber nicht geäußert.

Wie steht die Bundesregierung zu der alten freiheitlichen Forderung nach Schaffung eines einheitlichen europäischen Volksgruppen-

Peter

rechtes zur Regelung der Minderheitenprobleme auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes?

Und ich glaube, wir stimmen in einer weiteren Forderung mit allen drei Fraktionen des Hohen Hauses dahingehend überein, daß man auch bestrebt sein sollte, von den bestellten Abgeordneten des Europarates im Laufe der Zeit zu frei gewählten Abgeordneten des Europaparlaments zu kommen. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Wie, Herr Bundeskanzler, ist Ihre Identifikationsklausel in der letzten Regierungserklärung auszulegen? Ist sie so zu verstehen, daß der volle Inhalt der Erklärung des Kabinetts Kreisky I auch für die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II gültig ist? Und wenn diese Gültigkeit bestehen sollte, muß ich Ihnen eine weitere Frage unterbreiten. Vergleicht man die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II mit der des Kabinetts Kreisky I, dann zeichnet sich die Regierungserklärung des Jahres 1970 nicht nur durch eine bessere Systematik und Übersichtlichkeit aus, sondern auch durch weitaus präzisere und klarere Formulierungen, die aber in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II in vielen entscheidenden Punkten stark verwässert werden. Damit aber stimmt die Generalklausel nicht, Herr Bundeskanzler: Ist es die verwässerte Regierungserklärung 1971, die jetzt zur Diskussion steht, oder bleibt die präziser formulierte Regierungserklärung 1970 aufrecht?

Darf ich nur aus dem Gebiet der Steuer- und Wirtschaftspolitik einen einzigen Punkt herausgreifen. Es gibt deren Dutzende in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II. 1970 hieß es im Abschnitt Steuer- und Budgetpolitik unter anderem: „Die Bundesregierung wird sich in der Budgetpolitik vom Ziel der Förderung des Wirtschaftswachstums, einer sozial gerechten Einkommensverteilung, der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Kaufkraft des Schillings leiten lassen. Das bedeutet, daß sie in ihrer Finanz- und Steuerpolitik vor allem auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen wird.“

In der Regierungserklärung 1971 erfolgte die Reduzierung auf folgende Formel: „Für eine Wirtschaftspolitik, die Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum zu kombinieren trachtet, sind gesunde Staatsfinanzen von ausschlaggebender Bedeutung.“

Der aktive, fördernde Charakter des Wirtschaftswachstums, der der Erklärung von 1970 eigen ist, ist in der Erklärung 1971 nicht mehr vorhanden. Die gleichen Verwässerungen sind

auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Wohnbauförderung, des Umweltschutzes, der Bildungspolitik, der Landesverteidigung, der Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik feststellbar.

Herr Bundeskanzler! Ist Ihnen aufgefallen, daß im Agrarteil Ihrer Regierungserklärung die Forstwirtschaft völlig ignoriert wurde und daß Sie die Bedeutung und die Aufgaben der Forstwirtschaft Österreichs mit keinem Satze erwähnten?

Das tristeste Kapitel der Regierungserklärung ist jenes der Energiepolitik. Ich stelle fest, die Energiepolitik haben Sie in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II nicht einmal ignoriert. Darf ich die sozialistischen Abgeordneten an jene Zeit erinnern, in der sie in Opposition zur ÖVP-Alleinregierung des Bundeskanzlers Klaus standen? Darf ich daran erinnern, daß Sozialisten und freiheitliche Abgeordnete gemeinsam harte Kritik am damaligen Ressortchef Dr. Bock übten, weil er dem Nationalrat kein Energiekonzept unterbreitet hat?

Herr Bundeskanzler! Sie haben nicht nur kein Energiekonzept unterbreitet, sondern Sie haben die Energiepolitik in Ihrer Regierungserklärung völlig ignoriert. Gerade in diesen Tagen, Herr Bundeskanzler, sind wir in Ranshofen mit besonderen Energieschwierigkeiten konfrontiert. Herr Bundesminister Frühbauer erklärte schon vor einem halben Jahr, daß die Verbilligung des Strompreises für Ranshofen eine Realität sei. Bis heute ist diese Zusage nicht eingelöst. Ranshofen kämpft noch immer mit Stromschwierigkeiten. Es hat seine 16 Groschen pro Kilowattstunde noch nicht erhalten. Durch Wasserknappheit wurde Ranshofen in Energienot getrieben. Nun steht dieses verstaatlichte Unternehmen vor der Frage: Wie hält es den Betrieb aufrecht und wie verhindert es in Teilbereichen Kurzarbeit? Nur dann ist dies möglich, wenn Ranshofen in die Lage versetzt wird, aus den Ostblockstaaten oder aus Italien zusätzliche Energie zu importieren. Allerdings müßte das unter finanziellen Voraussetzungen geschehen, denen Ranshofen nicht gewachsen ist.

Herr Bundeskanzler, wie soll die österreichische Wirtschaft ihrer Aufgabe gerecht werden, wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, ihr die Energie unter Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die finanziell tragbar sind.

Besonders harte Kritik muß ich an der Bildungspolitik der Bundesregierung anbringen. 1970 ist die Forderung nach der Bildungsplanung noch in der Regierungserklärung enthalten, 1971 nicht mehr. Schließen wir also

Peter

ein, daß in diesem Teil die Regierungserklärung von 1970 gilt. Ich bezweifle dennoch, Herr Bundeskanzler, daß Österreich in der Lage sein wird, eine zielführende Bildungsplanung ohne Bildungsforschung zu betreiben. Man kann, auf weite Sicht gesehen, kein taugliches Bildungskonzept entwickeln, wenn die derzeitige österreichische Bundesregierung, so wie alle anderen zuvor, die Bildungsforschung ignoriert.

Nun schauen wir uns ganz kurz, nachdem die Zeilentheorie vom Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer schon sehr eingehend behandelt worden ist, nur in einem Punkt die Gewichtigkeit der Themenbehandlung nach der Zahl der Zeilen an: Für das sehr interessante und sehr notwendige Thema der Entwicklungshilfe sind 43 Zeilen in der Regierungserklärung aufgewendet, während die offenen Steuerfragen mit sage und schreibe 23 Zeilen abgetan wurden.

Herr Bundeskanzler! Wir stehen vor notwendigen Entscheidungen und schwerwiegen den Problemen auf dem Gebiet der Neuordnung unseres Steuensystems. Und in einer derartigen Situation kann man meines Erachtens, will man Transparenz schaffen, derartige Probleme nicht mit einer derartigen Handbewegung abtun, wie Sie es in Ihrer Regierungserklärung taten.

Ein Manko beider Regierungserklärungen, der von 1970 und jener von 1971, Herr Bundeskanzler, muß ich Ihnen in Erinnerung rufen: Wir erwarten von dieser Bundesregierung — die vorangegangene hat auch keine Stellungnahme dazu abgegeben — endlich einmal eine regierungsoffizielle Stellungnahme zur Thematik der Unabhängigkeit des österreichischen Rundfunks. Hier liegt von Ihrer Seite dem Hause gegenüber bis zur Stunde keine ausreichende und befriedigende Meinungsäußerung vor.

Ich fasse mein Urteil über die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II zusammen:

Die Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II enthält teilweise gutklingende, aber unverbindliche Gemeinplätze.

Die Regierungserklärung stellt auf dem Gebiet der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik ein Gestüpp leerer Floskeln dar.

Die Regierungserklärung enthält — das sei mit allem Nachdruck noch einmal unterstrichen — keine klare Rangordnung hinsichtlich der zu lösenden Probleme.

Die Regierungserklärung klingt wie des Kanzlers Wunderhorn.

Wir Freiheitlichen glauben aber nicht, daß es dem Herrn Bundeskanzler möglich sein wird, politische Wunder zu vollbringen. Wir

stehen vor härtester Arbeit, die wir dann besser leisten können, wenn die Regierung konkreter als bisher ihre Auffassungen dem österreichischen Nationalrat darlegt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Vielleicht vorerst einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Klubobmannes Gratz, der mich zu zwei Feststellungen angenegt hat.

Zunächst, Herr Klubobmann: Es ist erfreulich, wenn Sie sich hier so eingehend mit Fragen der Verbesserung der parlamentarischen Arbeit, mit Fragen der Verbesserung der parlamentarischen Kontrolltätigkeit und mit Fragen der Weiterentwicklung des Parlamentarismus befaßt haben.

Ich habe allerdings den Eindruck, daß Sie mit diesen zwar sehr wichtigen und interessanten, aber doch nicht unmittelbar mit der Regierungserklärung im Zusammenhang stehenden Ausführungen eher versucht haben, von dieser Regierungserklärung abzulenken, als die Aufmerksamkeit dieses Hohen Hauses und der Öffentlichkeit auf den Inhalt — oder sagen wir: den mangelnden Inhalt — der Regierungserklärung zu lenken. Das möchte ich feststellen, ohne die Bedeutung dessen, was Sie, Herr Abgeordneter Gratz, gesagt haben, im mindesten herabsetzen zu wollen.

Das zweite, worauf ich eingehen möchte, ist Ihre sehr problematische Feststellung durch eine Zitierung, daß es den weniger Wohlhabenden nicht so leicht möglich ist, sich mit geistigen und kulturellen Fragen auseinanderzusetzen, weil sie weniger Zeit haben, darüber nachzudenken, als die Wohlhabenden.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir in die Lage versetzt würden, uns durch eine entsprechende Untersuchung einmal darüber klarzuwerden, wie sich heute das Verhältnis zwischen persönlicher Arbeitszeit und Wohlstand in Österreich verhält. Ich glaube, wenn wir eine solche Untersuchung über das heutige Österreich haben — wo auch etwa die Mitglieder der Bundesregierung einbezogen werden, die sicher keine 40-Stunden-Woche haben, sondern die eine viel längere Arbeitszeit zu bewältigen haben —, so würde sich herausstellen, daß die selbständigen Erwerbstätigen, die in der Industrie und in der Wirtschaft tätigen Manager, Techniker und so weiter heute diejenigen sind, die die größte Arbeitsleistung — zeitgemäß — erbringen, sodaß ich vor der Vereinfachung warnen würde zu sagen: Der

Dr. Kohlmaier

Wohlhabende hat heute noch mehr Zeit als der Nichtwohlhabende. Ich würde davor warnen, eine so oberflächliche Betrachtung anzustellen, und zwar angesichts der sich ständig ändernden gesellschaftlichen Struktur.

Meine Damen und Herren! Es gibt verschiedene Möglichkeiten, einer Kritik, die man auf eine Aussage erwarten muß, vorzubeugen. Die eine ist, daß man eine so gute Leistung erbringt, daß auch der böswilligste Kritiker nichts finden könnte. Die zweite und wesentlich bequemere Lösung ist die, daß man klare Standpunkte vermeidet, weil es dann einfach nichts zu kritisieren gibt.

Die alt-neue sozialistische Regierung hat diesen zweiten Weg beschritten. Der Bundeskanzler hat es fertiggebracht, die bisher nichtsagendste und gleichzeitig längste Regierungserklärung abzugeben, also die große Kunst, es zustande zu bringen, ohne wirklich etwas zu sagen, zwei Stunden zu reden. Vor uns liegt eine endlose Aneinanderreihung von Phrasen und abgegriffenen Gemeinplätzen. Kein neuer Gedanke, keine faszinierende Idee, kein eindrucksvolles Konzept, keine überzeugende Hinwendung auf die Bewältigung der großen Aufgaben, die uns die Zukunft stellt.

Seit wann ist ausgerechnet Dr. Kreisky vorsichtig geworden? Seit wann sichert er sich perfekt ab und vermeidet jedes Wagnis, indem er die ausgetretenen und sicheren Wege geht, anstatt unerschlossenes Gebiet zu betreten? Wo ist wirklich etwas Neues in dieser Regierungserklärung? Wo ist auch nur die Spur einer neuen Idee in dieser Regierungserklärung zu finden? In der „Zukunft“ Nr. 17/1971 hat es doch noch geheißen, daß die SPÖ mit einem „kühnen“ Programm vor die Wähler trete. Nun zeigt sich, daß diese Behauptung sehr kühn war, allerdings nicht das Programm. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich möchte noch einmal sagen: Wahrscheinlich, Hohes Haus, ist es Vorsicht und die vermeintlich geschickte Vermeidung der Kritik. Wahrscheinlich spielt aber auch eine große Rolle, daß die Sozialistische Partei endgültig den kritischen Punkt in der Entwicklung überschritten hat, nämlich den Beginn der echten Arbeits- und Bewährungsphase. Nach der Zeit der Versprechungen, der Besserwisserei, der Ankündigungen, jetzt, wo die volle Last der Verantwortung auf den Schultern dieser Bundesregierung ruht, versucht man, diese Last, die zu tragen man sich so gedrängt hat, durch eine farblose und rein pragmatische Regierungserklärung wiederum zu verkleinern.

Erinnern Sie sich noch daran, meine Damen und Herren — und der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer hat ja bereits darauf hinge-

wiesen —, daß es einmal eine Zeit gab, in der die Sozialistische Partei ganz präzise Aussagen darüber gemacht hat, wie viele Wohnungen in Österreich gebaut werden sollten?

Ich möchte das, was Dr. Schleinzer sagte, noch ergänzen. Im sozialistischen Wohnbauprogramm wurde festgestellt, zwischen 1970 und 1980 würden 775.000 Wohnungen gebaut werden, ausgehend davon, daß jährlich um 5000 Wohnungen mehr zu bauen wären, aufstockend auf einer jährlichen Bauleistung von 55.000 Wohnungen im Jahr. Das war das Wohnbauprogramm der Sozialisten.

Das Signal an die Wähler war also klar: Die Sozialistische Partei regieren lassen, sollte eben die Erfüllung dieses ganz bestimmten, zahlenmäßig präzise genannten Programms über die Erhöhung des Wohnbaues bedeuten.

Heute, wo die Sozialisten in die Lage versetzt sind, ihr Programm auch wirklich allein zu verwirklichen, wird nicht mehr mit konkreten Zahlen operiert. Der Staatsbürger, der sozialistisch gewählt hat, damit diese Zahl von Wohnungen gebaut wird, wird mit Entschuldigungen über die mangelnde Wohnbauleistung des Vorjahres und allgemeinen Phrasen über die Notwendigkeit von mehr Wohnungen abgespeist.

Diese Flucht in die Phrase, meine Damen und Herren, ist überhaupt ein Rezept, das in dieser Regierungserklärung der Verlegenheiten dauernd angewendet wird. Was ist, Herr Bundeskanzler — oder Herr Vizekanzler; Sie können das sicher in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers beantworten —, die „Erstellung eines Gesamtkonzeptes für alle Zweige der Sozialversicherung“? Was sind „neue Wege in der Wohnbauförderung“?

Wie wollen Sie den Kampf gegen den Verkehrsstod führen? Sie beklagen nur, daß viele Menschen durch Verkehrsunfälle ums Leben kommen. Das wissen wir alle. Darauf wurde heute bereits hingewiesen. Aber dazu brauchen wir ja keine Regierungserklärung. Eine Regierungserklärung müßte uns aber Auskunft darauf geben, wie Sie diesem Problem beikommen wollen.

Die Österreichische Volkspartei hat ja einen konkreten Gesetzentwurf über die Beseitigung der Gefahrenstellen auf den Bundesstraßen eingebracht. Sie können nun sagen, meine Damen und Herren von der SPÖ: Das ist nicht der richtige Weg. — Darüber können wir diskutieren, obwohl wir glauben, es ist der richtige Weg. Sie aber haben offenbar überhaupt keine Vorstellung, und so retten Sie sich dadurch über Ihre Ideenlosigkeit, daß Sie brav Statistiken aufzählen, die jeder von uns in der entsprechenden Literatur nachlesen kann.

Dr. Kohlmaier

Herr Bundeskanzler, beziehungsweise Herr Vizekanzler! Es ist sehr freundlich, daß Sie uns genau mitteilen, wie hoch die Lebenserwartung in verschiedenen Staaten der Erde ist. Damit haben Sie unter Beweis gestellt, daß die Regierung in der Lage ist, die Unterlagen der Weltgesundheitsorganisation hier vor dem Hohen Haus zu zitieren. Wenn Sie uns aber nicht sagen, wie Sie Ihren Kampf gegen das Sterben vor der Zeit führen wollen, so hoffen Sie offenbar, daß die Österreicher nicht nur den politischen Fähigkeiten des Bundeskanzlers vertrauen, sondern auch seiner Fähigkeit, Wunder zu wirken.

Was bedeutet die Phrase: „Es wird notwendig sein, das Spitalswesen auf eine neue Grundlage zu stellen?“ Wenn man Ihren Oppositionsreden etwa des Jahres 1969 zugehört hat, so mußte man damals den Eindruck gewinnen, Sie haben diese neue Grundlage schon parat. Immerhin arbeitete damals das Sozialministerium und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger bereits gemeinsam an einem solchen Spitalsplan. Sie hätten ihn in den letzten eineinhalb Jahren ja verwirklichen oder, wenn er Ihnen nicht paßt, einen neuen machen können. Aber Sie flüchten auch in dieser lebenswichtigen Frage wiederum in die inhaltsleere Hülse von vagen programmatischen Gemeinplätzen, und so geht es überall weiter.

Herr Kollege Sekanina! Wir verlangen in den 107 Vorschlägen, die Sie gerade nachlesen, daß dieser vom Hauptverband und vom Ministerium entwickelte Plan erfüllt wird. Ich kann Ihnen die Suche erleichtern. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Umfang Ihrer Aussagen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, scheint umso kleiner zu werden, je größer Ihre Möglichkeit wird, Ihre guten Vorsätze auch zu halten. Ich denke hier etwa an den Umweltschutz. Frau Minister Leodolter ist leider nicht hier, auch nicht bei der Fernsehdiskussion. Es gab einmal ein Humanprogramm, auf das Sie sehr stolz waren, das wir im sachlichen Inhalt durchaus gewürdigt haben und mit dem Sie auf Wählerfang gegangen sind. Das große Humanprogramm, das eigentlich fast ein Buch war, ist in der Regierungserklärung auf einen lächerlichen Absatz zusammengeschrumpft, in dem Sie „die Schaffung geeigneter organisatorischer und rechtlicher Grundlagen für Maßnahmen zum Schutz vor gesundheitsschädlichen Umweltseinflüssen“ fordern.

Auch von der Finanzierung scheinen Sie ja keine sehr klaren Vorstellungen zu haben, denn Sie lassen uns in den diesbezüglichen

Ausführungen die Wahl, ob das Verursacherprinzip angewendet wird oder dort, wo sich dieses Prinzip nicht anwenden läßt, der Einsatz öffentlicher Mittel nicht ausgeschlossen werden kann. Also auch hier wieder keine klare Auskunft, kein Mut zu klaren Bekennissen, sondern das mutlose Ausweichen vor jeder definitiven und klaren Aussage.

Von der Regierungsklausur allerdings haben wir jetzt gehört, daß Sie an eine stärkere Besteuerung von Rauchwaren und alkoholischen Getränken denken. Das ist erfreulicherweise klarer, obwohl man fragen muß, warum Sie nicht schon in der Regierungserklärung diese Wege der Finanzierung aufgezeigt haben.

Wenn der Herr Klubobmann Gratz vom Respekt vor dem Parlament gesprochen hat, dann muß ich fragen: Was ist das für ein Respekt, wenn man hier vor dem Hohen Haus eine Regierungserklärung abgibt, über die Finanzierung nur leere Phrasen sagt und einige Tage später in einer Regierungsklausur die Presse wissen läßt, wie man diese Wege beschreiten will? Das ist kein Respekt vor dem Parlament! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Libal: Regen Sie sich nicht künstlich auf!) Herr Kollege Libal! Selbst wenn ich mich noch so anstrengt: so wie Sie sich aufregen können, werde ich das nie erreichen! (Bravo!-Rufe und Beifall bei der ÖVP.)

Dieser Weg der Finanzierung durch Erhöhung der Preise für Rauchwaren und alkoholische Getränke ist diskussionswürdig. Ich möchte aber zwei Überlegungen hier anführen, die auch nicht übersehen werden dürfen. Zunächst muß man bedenken, daß Rauchwaren und alkoholische Getränke heute schon ganz außerordentlich stark besteuert sind, viel mehr als andere Güter des Verbrauchs. Also der Konsument trägt heute schon mit dem Preis eine viel größere Steuerlast, sodaß man mit einer neuerlichen Steuererhöhung ein Ausmaß von steuerlicher Belastung dieser Waren erreichen könnte, das bedenklich ist.

Vergessen wir auch nicht, daß etwa die Produktion inländischer alkoholischer Getränke, wie des Weines oder auch des Biers, Hunderttausenden Bauern und anderen unselbstständig und selbstständig Erwerbstätigen Arbeit und Brot gibt und daß man das Produkt, das diese Menschen herstellen, nicht diskriminieren darf. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum zweiten sollte man, wenn man hier ein Verursacherprinzip verwirklichen will, Frau Minister, bedenken, daß es zum Beispiel mäßige und nicht mäßige Konsumenten von alkoholischen Getränken gibt. Wenn Sie ein-

Dr. Kohlmaier

fach den Preis von alkoholischen Getränken erhöhen, so bestrafen Sie auch den, der durchaus maßvoll und verantwortungsvoll, sagen wir, hin und wieder ein Viertel Wein trinkt. Die Frau Gesundheitsminister wird aber sicher bestätigen — ich hoffe, sie widerspricht mir jetzt nicht —, daß der sehr mäßige Genuss etwa unseres guten inländischen Weines bei einem gesunden Menschen nicht nur gesundheitlich unbedenklich ist, sondern dem Wohlbefinden durchaus zuträglich. (Zwischenruf des Abg. Horr.) Aber auch diesen verantwortungsvollen Konsumenten unserer guten heimischen Produkte, Herr Kollege Horr, belästen Sie, wenn Sie nur einfach sagen: Höhere Alkoholsteuer! Das ist nicht der richtige Weg. (Abg. Horr: Für die Gesundheit auf alle Fälle!)

Das Geld hat leider kein Mascherl, Herr Kollege Horr! Wenn Sie da mehr Steuer einheben, so garantiert uns niemand, daß Sie das nicht für etwas anderes ausgeben, was für den Staat gar nicht so gesund ist. (Abg. Gratz: Sie wären schon tot, wenn der Wein schädlich wäre, Herr Horr! Da haben Sie recht! — Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Noch ein anderes Beispiel der Phrase ohne Inhalt. Die Regierung wird sich angeblich auch des Instruments der Sozialpolitik bedienen, den Standard der Bauern an den der anderen Bürger anzugeleichen. Ich wiederhole: Die Regierung hat gesagt, sie will den Standard der Bauern an den der anderen Bürger angleichen. Sind Sie bereit, einem Gesetz zuzustimmen, wonach die Bauernzuschüsse an die Pensionen nach heutigem Standard herangeführt werden? Solche konkreten Auskünfte interessieren die Menschen draußen, aber nicht das allgemeine Herumreden.

Oder was die österreichischen Familien betrifft. Was meinen Sie mit Überprüfung des gegenwärtigen Systems der Gewährung der Familienbeihilfe? Haben Sie nicht schon in der Zeit Ihrer Opposition das Interesse und die Zeit gefunden, dieses System der Familienbeihilfen zu überprüfen? — Übrigens hat sich der Herr Gratz gerühmt, daß von allgemeinen Floskeln, wie „Überprüfen“ und so weiter, in der Regierungserklärung nichts zu finden ist. Hier wird ein Überprüfen verlangt. Das sei nur am Rande vermerkt. — Wenn nein, warum haben Sie es nicht wenigstens nachgeholt seit der Zeit, seit der Bundeskanzler als Vorsitzender des Familienpolitischen Beirates tätig ist und sich mit dieser Materie befassen mußte?

Aber selbst wenn Sie es bisher noch nicht überprüft haben, dann müßte man doch wenig-

stens jetzt hören können, in welche Richtung Ihre Überprüfungen gehen werden. Denn man entschließt sich ja nur dann zu einer Überprüfung eines Systems, wenn man Mängel wahrnimmt und beseitigen will. Die österreichischen Familien möchten aber heute von Ihnen hören: Wem wollen Sie wann wieviel mehr geben oder wieviel weniger geben?

Warum drücken Sie sich um die Aussage, meine Damen und Herren von der sozialistischen Regierung, ob Sie die Pläne des Finanzministers aufgreifen oder nicht aufgreifen wollen? Ich meine die Steuerentlastung für die Familien abzuschaffen und dafür die Familienbeihilfen um 120 S zu erhöhen? Damit würden Sie aber alle jene Österreicher treffen und schädigen, die den Kampf gegen die Armut schon selbst geführt haben und nicht auf die Regierung gewartet haben und die mehr als 3000 bis 4000 S im Monat verdienen. Die würden Sie mit diesem Plan schädigen. Aber darüber wird in der Regierungserklärung keine Auskunft gegeben, sondern es wird nur von „Überprüfen“ gesprochen. Wir wären sehr, sehr interessiert daran zu wissen, in welche Richtung diese Überprüfung gehen wird.

Was meinen Sie, Herr Vizekanzler, wenn Sie sagen, daß Sie das Leistungsrecht der Krankenversicherung sichern wollen? Wodurch ist es gefährdet? Doch nicht am Ende durch die Frau Gesundheitsminister! Das könnte ich mir nicht vorstellen.

Wie wollen Sie den Alkohol-, Nikotin- und Suchtgiftmisbrauch eindämmen? Was verstehen Sie unter „repressionsfreier Unterrichtspraxis“? Das wäre ein Wort, das man einmal vom Fremdländischen lösen sollte und uns ein bißchen in praktischen Aussagen erläutern sollte. Da bin ich nicht wie Gratz fürs Grundsätzliche, sondern für ganz klare, detaillierte, praktische Ausführungen. (Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Auf welche Weise werden Sie dem Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten besondere Unterstützung angedeihen lassen?

Sie wollen mit „besonderen Maßnahmen“ die erforderliche Hilfestellung für einen wirtschaftlich gesunden Alpenraum sichern. Welche besonderen Maßnahmen sind das?

Es wäre mehr gewesen, wenn Sie weniger Probleme angerissen hätten, dafür aber wirklich gesagt hätten, was Sie unternehmen wollen. Aber das hätte, wie bereits festgestellt, entweder aufdecken müssen, daß Sie noch keine klaren Vorstellungen haben, oder aber bewirkt, daß Sie dann Ihre Zielsetzungen der Kritik der Öffentlichkeit hätten aussetzen

Dr. Kohlmaier

müssen. Sie reden hier nur von Transparenz und bieten uns eine Regierungserklärung, die mehr an „Das verschleierte Bild von Sais“ erinnert als an sonst etwas. (Beifall bei der ÖVP.) Mangelnde Qualität wollen Sie mit Quantität ausgleichen.

In diesem Zusammenhang: Kollege Sekanna hat die 107 Vorschläge in der Hand gehabt, und der Herr Bundeskanzler hat noch vor wenigen Wochen unser Wahlprogramm, diese 107 Vorschläge, als Monsterprogramm bezeichnet. Sie haben keinen unserer Vorschläge inhaltlich bekämpft, sich mit dem Inhalt unserer Ideen nicht auseinandergesetzt. Und das, obwohl wir in unserem Wahlprogramm ganz klare Vorschläge gebracht haben, wo sich jeder, der sich die Mühe der Lektüre gemacht hat, darunter genau vorstellen konnte, was wir meinen. Sie haben es sich nur leicht gemacht und gesagt, es sei zuviel und es wäre zu teuer.

Wenn ich aber damit Ihre Regierungserklärung, zu deren Vortrag Sie zwei Stunden gebraucht haben, vergleiche, muß ich mich fragen: Welchen Maßstab wendet der Bundeskanzler eigentlich bei der Beurteilung der Frage an, ob ein Programm ein Monsterprogramm ist oder nicht?

Weil ich schon bei den 107 Vorschlägen bin. Wenn wir Ihr Regierungsprogramm lesen, kann ich nur sagen: Wiedersehen macht Freude. Die wenigen griffigen Punkte, die Sie in Ihrem Programm haben, haben Sie nämlich aus unseren angeblich „unmöglichen“ 107 Vorschlägen übernommen. (Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit bei der SPÖ.) Ihre Minister, die Ihnen die Bestandteile für die Regierungserklärung zugeschickt haben (Zwischenruf bei der SPÖ) — ich werde es beweisen, Sie werden es gleich hören, Sie werden nur staunen, meine Herren, warten Sie ein paar Minuten —, mit Seite a und so — das scheinen die Verspäteten gewesen zu sein, die man dann hat hineinheften müssen, als auf die Matrize schon die Seitenzahl geschrieben war —, müssen noch immer unter dem Eindruck der Lektüre unseres Wahlprogramms gestanden sein — auch der Staatssekretär Veselsky.

Wir haben vorgeschlagen, die einzelnen Systeme der Sozialversicherung einander weiter anzugeleichen. Sie sprechen davon, daß die differenten Rechtsnormen in den einzelnen Pensionssystemen einander angeglichen werden. Ein bissel hat man es schon verändert.

Wir verlangen im ersten Kapitel unserer 107 Vorschläge, daß regelmäßige Untersuchungen und organisierte Vorbeugungsmaßnahmen

Aufgabe der Krankenversicherung werden sollten. Sie sagen, daß Krankheitsfrüherkennung und Vorsorgeuntersuchungen Bestandteil des Leistungsrechts der sozialen Krankenversicherung werden soll.

Wir verlangen im selben Kapitel einen ärztlichen Alarmdienst beziehungsweise die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum durch Einführung eines mobilen Funkärztedienstes. Sie schlagen die Einnistung des ärztlichen Notdienstes und die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum vor.

Wir haben im Kapitel Bilden und Forschen, Ziffer 12, verlangt, daß die Ausgaben für Forschung auf 1,5 bis 2 Prozent des Brutto-nationalproduktes erhöht werden. Sie meinen, es wird angestrebt, den Anteil am Brutto-nationalprodukt für Wissenschaft und Forschung — jetzt dürfen Sie raten — auf 1,5 bis 2 Prozent zu erhöhen. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Wie sich die Bilder gleichen! Sie haben es mir nicht geglaubt, aber vielleicht glauben Sie es jetzt. Hätten Sie aber nur mehr von uns übernommen, dann hätten Sie nicht so viele unklare, verwaschene und phrasenhafte Punkte in Ihrem Programm. Denn überall, wo Sie auf unsere Vorschläge gegriffen haben, sind die wenigen Flecken in Ihrer Landkarte, die nicht weiß sind, sondern wo man sich orientieren kann.

Leider haben Sie einen Punkt aus unseren 107 Vorschlägen nicht übernommen, dessen Bedeutung allen Menschen klar ist, die an eine wirkliche Gesellschaftsreform glauben, nämlich die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Aber selbst wenn Sie den gesellschaftspolitischen Inhalt, den Versuch, die Teilung der Gesellschaft in Eigentümer und Nicht-eigentümer zu überwinden, ablehnen, sollten Sie doch wenigstens daran denken, daß die Vermögensbildung notwendig sein könnte, um die Sparquote nicht absinken zu lassen. Denn heuer in Alpbach ist es bereits von einem namhaften Wirtschaftswissenschaftler gesagt worden: Der Sparer reagiert nicht kurzfristig auf die Inflation, aber langsam und unausweichlich. Diese Entwicklung muß man der voraussichtlichen Entwicklung des Bedarfs an Investitionskapital gegenüberstellen, um die eigentlichen Probleme unserer Wirtschaft klarzulegen.

Auf diese Weise, meine Damen und Herren, ist Ihre Regierungserklärung unbefriedigend, aber wohl nicht nur für die Opposition. Was mag wohl ein überzeugter Sozialist empfinden, wenn er nach dem sozialistischen Gehalt forscht? Bevor Sie mit Ihrer Regierungserklä-

Dr. Kohlmaier

nung schließen — schade, daß Gratz nicht hier ist, ich möchte mich mit seinen Ausführungen auch etwas befassen —, haben die sozialistischen Zuhörer dann mit dem eleganten Schluß die Beruhigung erhalten, daß sich die Regierung von sozialdemokratischen Grundsätzen leiten läßt.

Hier möchte ich vorerst die Frage einfügen: Sind Sie eine sozialistische oder sind Sie eine sozialdemokratische Regierung? Gibt es einen Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen? Wenn nein: Warum wurde dem Vorschlag des Bundeskanzlers nicht stattgegeben, die Umbenennung der Partei durchzuführen? Dann wäre es ja wurscht gewesen! Wenn ja, meine Damen und Herren ... (Ruf bei der SPÖ: *Sorgen haben Sie!*) Ja, Ihre Sorgen sind leider durch die Mehrheit die Sorgen der Österreicher geworden. Das ist es, weshalb wir uns damit befassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn aber sozialistisch und sozialdemokratisch nicht dasselbe ist — ich weiß ja nicht, wie Sie das auffassen, das müssen Sie selbst wissen; Kollege Libal, kommen Sie dann, und erzählen Sie es uns, das wäre sehr interessant ... (Zwischenruf bei der SPÖ.) Aber die Österreicher wollen wissen, ob sie ihre Stimmen einer sozialistischen oder einer sozialdemokratischen Partei gegeben haben. Die Regierungserklärung sagt darüber leider nichts aus. Wir wollen es aber rechtzeitig erfahren, bevor wir die Auswirkungen sehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn es also einen Unterschied zwischen sozialistisch und sozialdemokratisch gibt, warum verwendet der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung dann den falschen Begriff?

Im übrigen ist die Regierungserklärung, das möchte ich schon feststellen, das wird Sie vielleicht beunruhigen oder auch beruhigen, weder sozialistisch noch sozialdemokratisch, Kollege Ulbrich. Denn sie ist mangels Profilierung, wie ich bereits dargelegt habe, überhaupt weltanschaulich oder vom politisch Grundsätzlichen her nicht einzuordnen. Natürlich können Sie uns jetzt entgegenhalten, wir sollten froh sein, daß diese Regierungserklärung nichts Sozialistisches enthält. Wir wären es auch, wenn wir die Überzeugung hätten, daß Sie dem Sozialismus nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten abschwören würden. Dann wären wir froh über diese Sache. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir würden lieber gegen einen Gegner treten, der mit offenem Visier kämpft und sagt, was er ist. (Abg. Libal: *Ihr seid ja im Rückzug!*) So müssen wir uns aber mit

einer Sozialistischen Partei auseinandersetzen, deren Obmann eine fade Aneinanderreihung von politischen Problemstellungen bringt, am Schluß eine kleine Pflichtübung absolviert, indem er von Sozialdemokratie spricht, im übrigen aber hofft, daß das möglichst unbemerkt bleibt.

Was soll man überhaupt halten von einer Partei, die dadurch zur Macht kommt, daß sie ihre politische Substanz verleugnet, von einer Partei, deren Obmann beschwichtigend umherläuft, wenn jemand aus seinen Reihen auf die Idee kommt, von dieser politischen Substanz auch wieder einmal zu reden, wie dies Häuser vor der Wahl getan hat? (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme noch einmal zurück zu den Anleihen, die Sie von uns genommen haben. In diesem Licht muß man auch Ihre Äußerung sehen, daß Sie Anregungen, die in diesem Haus gebracht werden, aufmerksam verfolgen und prüfen werden. Auch darin kommt eine gewisse Passivität Ihrer Regierungserklärung zum Ausdruck. Wenn Sie von der Fruchtbarkeit Ihrer politischen Ideen so überzeugt wären, müßte Ihnen doch in erster Linie daran liegen, in den nächsten Jahren aus der Fülle Ihrer Gedanken zu schöpfen und sie verwirklichen zu können. (Abg. Wodica: *Das lassen Sie unsere Sorge sein!*) Oder erwarten Sie sich vielleicht, daß wir auch in den nächsten Jahren als Ratgeber der Regierung auftreten und Ihnen aus diversen Verlegenheiten helfen?

Daß wir weiter miteinander im Gespräch bleiben, sollte wohl ein selbstverständlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie sein. Alle, die 1966 bis 1970 als Sozialisten in verantwortlicher Stelle tätig waren, wissen, wie sehr sich die Österreichische Volkspartei, die damals die absolute Mehrheit hier im Hause hatte, um Übereinstimmung bemühte und wie viele Stunden damit verbracht wurden, wo es immer nur möglich war, diese Übereinstimmung herzustellen. (Abg. Libal: „Schluß der Debatte“!) Wir freuen uns, daß Sie diesem guten Beispiel der ÖVP-Regierung in der Zeit Ihrer Alleinregierung folgen werden.

Interessant wäre auch die Beleuchtung der Frage, welche Zukunft die Sozialpartnerschaft oder Wirtschaftspartnerschaft, also das konstruktive Zusammenwirken der Interessenvertretungen, für eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik in der kommenden Gesetzgebungsperiode hat. Ich glaube, darauf wird noch mein Kollege Mussil zu sprechen kommen.

Dr. Kohlmaier

Meine Damen und Herren! Bei der kritischen Beurteilung der Regierungserklärung müssen wir leider wieder feststellen, daß Sie auch das Prinzip der Täuschung anwenden. Dafür gibt es zwei sehr aktuelle und markante Beispiele:

In der einzigen wirklich konkreten sozialdemokratischen Aussage der Regierung kündigen Sie an, daß Sie bereits zum 1. Jänner 1972 die Hausstandsgründungsbeihilfe von 15.000 S verwirklichen werden. Sie haben leider nicht dazugesagt — wiederum nicht —, daß Sie gleichzeitig die Steuererleichterung für die Hausstandsgründung abschaffen wollen. Da Sie das aber tun werden, bekommen nur jene Ehepaare 15.000 S, die keine Steuer zahlen und daher von einer Steuerabsetzung nicht profitieren. Also nur ein geringer Teil der Österreicher, dessen Einkommen unter dem steuerlichen Existenzminimum liegt, bekommt 15.000 S. Bei allen anderen Österreichern verringert sich diese Beihilfe um den Betrag, der nach Ihrem Vorschlag eine zusätzliche Steuerbelastung bringt.

Das wird in vielen Fällen, meine Damen und Herren — man schätzt, bei etwa einem Drittel der Einkommensbezieher —, sogar bedeuten, daß ein Negativsaldo herauskommt, daß Sie also mit der einen Hand 15.000 S geben, aber mit der anderen Hand einen höheren Betrag vom Finanzminister wieder nehmen lassen. Wenn Sie das aber verschweigen, täuschen Sie die Staatsbürger, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Es hätte aber diese Klarheit, diese Transparenz über die Absicht der Regierung, eine Steuererleichterung abzuschaffen, absolut nicht an die Stelle Ihrer Regierungserklärung gepaßt, wo Sie auf sehr ungenierte Art die sozialistischen Gewerkschafter in Ihrer sozialdemokratischen Partei wissen lassen, daß im Jahre 1972 keine Milderung der Steuerprogression erfolgt.

Herr Vizekanzler! Sie haben in Ihrer Regierungserklärung eine gewisse Liebe zur Statistik gezeigt. Liefert Sie uns eine Zahl nach: Um wieviel ist die durchschnittliche Steuerbelastung der Arbeiter und Angestellten von 1970 auf 1971 gestiegen, und um wieviel wird sie im kommenden Jahr nach den Vorausberechnungen weiter steigen? Liefert Sie uns diese Statistik in Ihrer statistikfeindlichen Regierungserklärung nach. Das wird die Österreicher noch mehr interessieren als etwa die Statistik über gewisse gesundheitliche Daten in ausländischen Staaten, so interessant das auch sein mag.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie dies in Ihre Statistik aufgenommen hätten, dann würde auch das 15.000-S-Zuckerl nicht mehr helfen, denn es ist wieder der bittere Beigeschmack der Abschaffung einer steuerlichen Entlastung enthalten.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch ein interessanter logischer Widerspruch in der Regierungserklärung, der darin besteht, daß die Regierung auf der einen Seite den Preisauftrieb bagatellisiert und auf der anderen Seite seine Bekämpfung zu einem der wichtigsten Programmpunkte macht. Gleichzeitig wird aber auf eine sehr wichtige konkrete Möglichkeit verzichtet, rasch etwas gegen den Preisauftrieb zu tun und eine sofortige spürbare Linderung seiner Auswirkung auf breiteste Bevölkerungsschichten herbeizuführen, nämlich die Durchführung einer Steuerreform für das Jahr 1972.

Meine Damen und Herren! Es ist unerträglich, daß die Teuerung alle Bevölkerungskreise einschließlich der Pensionisten in Steuerkategorien hineintreibt, die man seinerzeit für Wohlhabende und Reiche festgesetzt hat. Ich trage daher folgenden Entschließungsantrag vor und bitte, ihn in Behandlung zu nehmen. Ich bin sicher, daß dieser Antrag das Wohlwollen der höchsten sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre hier in diesem Hause finden wird.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Doktor Haider, Graf und Genossen zur Regierungserklärung betreffend die Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression.

Die ungewöhnlich stark steigenden Einnahmen des Bundes aus der Lohnsteuer im Zusammenhang mit der fortschreitenden Geldentwertung haben für den Staatsbürger zu einer nahezu unerträglichen Belastung geführt. Wenn diese Entwicklung im nächsten Jahr nicht verstärkt fortgesetzt werden soll, erweist sich eine Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression per 1. 1. 1972 als unerlässlich.

Außerdem wäre eine Stärkung der Kaufkraft des Schillings durch eine Entlastung auf der Lohn- und Einkommensteuerseite im Hinblick auf die im nächsten Jahr zu erwartende Konjunkturentwicklung erheblich richtiger und wirksamer als der Versuch, durch eine expansive Ausgabenpolitik konjunkturstützend zu wirken. Weiters könnte eine Steuermilderung auch zu einer Entlastung der Einkommenspolitik im Jahre 1972 beitragen.

Dr. Kohlmaier

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Hohen Hause eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Milderung der unerträglichen Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer per 1. 1. 1972 vorsieht.

In formeller Hinsicht wird beantragt, über diesen Entschließungsantrag eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Ich komme zum zweiten Beispiel einer man gelnden Offenheit. Sie reden in der Regierungserklärung wieder von den Gratisschulbüchern. Was bedeutet gratis? Gratis bedeutet, daß man etwas umsonst bekommt. Bücher werden aber nicht umsonst abgegeben, denn die Buchdrucker, die Papierhändler und die Zehntausenden Menschen, die in der graphischen Wirtschaft tätig sind, die wollen ja schließlich und endlich auch leben.

Sie nennen die Schulbücher in Ihrem Plan nicht deswegen Gratisschulbücher, weil sie in Zukunft nichts kosten werden, sondern weil Sie nur eine einfache Umstellung vornehmen. Sie lassen nicht die einzelnen Eltern für die Schulbücher ihrer Kinder zahlen, sondern Sie lassen alle Eltern gemeinsam aus dem Familienfonds die Schulbücher zahlen. Letzten Endes führt das aber zu einem Verlust der Eltern, denn das Geld, das aus dem Familienfonds für Schulbücher ausgegeben wird, fehlt bei der nächsten Beihilfenerhöhung.

Ich weiß, daß Sie das sehr beunruhigt, meine Damen und Herren. Dafür ersparen sich aber die Gemeinden und die Länder dieses Geld, die heute den Eltern kostenlose oder verbilligte Schulbücher zur Verfügung stellen. Sie zwingen also auf diese Weise die Eltern dazu, die Gemeinden mit ihrem Geld zu unterstützen.

Genau dasselbe spielt sich derzeit bei den Plänen der Bundesbahnen ab, die Schülerfahrkarten exorbitant zu verteuern. Auch Schülerkarten sind nicht gratis. In Wirklichkeit zahlen die Familien das Geld aus ihrem Fonds. Hier hat die öffentliche Meinung endlich begriffen, worum es geht, und diesen Plänen, die Bundesbahnen aus dem Familienfonds zu sanieren, wurde ein energisches Nein entgegengerufen! Der Bundeskanzler ist vorläufig zurückgewichen.

Für uns gibt es nur eine einzige saubere Lösung dieser Frage: echte Schülerfreifahrten durch Übernahme aus staatlichen Mitteln und Verwendung der freiwerdenden

Mittel im Familienfonds für eine spürbare Familienbeihilfenerhöhung. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine Scheinmaßnahme dieser Regierungserklärung ist leider auch die Schaffung eines Gesundheitsministeriums. Sicherlich, die Bedeutung der Gesundheitspolitik rechtfertigt ein Ministerium, und die Regierung weist mit Recht darauf hin, daß es eine Reihe von Staaten gibt, die ein solches Gesundheitsministerium haben. Es wäre durchaus in Ordnung, wenn Sie jetzt ein Gesundheitsministerium gründen, wenn das Sozialministerium, das bisher die Gesundheitspolitik betreut hat, in Aktivität sozusagen ersticken würde und wenn ihm sozusagen die gesundheitpolitischen Nähte platzen.

In Wirklichkeit war die Gesundheitspolitik das Gebiet, auf dem die sozialistische Minderheitsregierung bisher total versagt hat. Der Sozialminister und Vizekanzler Häuser hat es unterlassen, Gesundheitspolitik zu betreiben. Denn er hat nur eine einzige gesundheitspolitische Gesetzesänderung hier im Hause durchbringen können, eine kleine Novelle, nämlich die Aufnahme des LSD in die Liste der Suchtgifte. Das war alles!

Sie haben also auch nicht aus fehlender Gesundheitspolitik ein neues Ministerium geschaffen und auch nicht aus betriebener Gesundheitspolitik. Wir müssen fürchten, daß Ihre gesundheitspolitische Pleite dieselbe bleibt, egal ob Sie eine Sektion im Sozialministerium nicht beschäftigen oder ein eigenes Ministerium nicht beschäftigen. (Abg. Herta Winkler: Was habt denn ihr in vier Jahren gemacht?) Wir wollen aber Leistungen sehen und nicht neue Minister, Herr Bundeskanzler. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir mißtrauen auch den Erklärungen, daß das neue Ministerium nichts kostet. Frau Minister! Sie nehmen es mir bitte nicht übel und fassen es nicht persönlich auf: Aber bevor Sie überhaupt noch in die Lage kommen werden, etwas gegen die Umweltverschmutzung zu tun, wird Ihr zusätzliches Dienstauto einen zusätzlichen Beitrag zur Luftverschmutzung durch Abgase erbringen. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Das ist ein armseliges Argument!)

Ihre Regierungserklärung, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, war lange, aber gleichzeitig auch langweilig. Sie läßt die Bevölkerung und die Opposition im unklaren darüber, was Sie wirklich zu tun beabsichtigen und was Sie leisten wollen und können. Wir werden Sie an diese Leistungen erinnern, sie messen, und die Bevölkerung wird ihr Urteil nach diesen Leistungen sprechen. (Zwischenruf des Abg. Ulrich.)

Dr. Kohlmaier

Nervös ist der Kollege Ulbrich heute! Es ist unangenehm. Ich kann es mir vorstellen. Ich würde mich an Ihrer Stelle auch nicht wohl in meiner Haut fühlen.

Was Sie uns in der Regierungserklärung präsentiert haben, war ungenügend, verwaschen, nichtssagend und eine Häufung von Gemeinplätzen. Wir fürchten, daß auch das Produkt Ihrer Bemühungen entsprechend mangelhaft sein wird.

Für Sie kommt jetzt die Zeit Ihrer Bewährung, die Zeit, wo nicht reden gilt, sondern handeln, die Zeit, wo hinter den Phrasen und Verschleierungen die harte Bewährung hervortreten wird.

Nicht nur die Opposition, sondern auch die ganze Bevölkerung wird Sie aus der Verantwortung, um die Sie jetzt etwa fünf Jahre gekämpft haben, nicht entlassen können. Und in den nächsten Jahren wird sich erweisen, ob Sie die Erwartungen erfüllen können, die Erwartungen, die Sie nicht in der Regierungserklärung, aber schon früher erweckt haben, und es wird nicht mehr allzu lange dauern, bis die Österreicherinnen und Österreicher wissen, wo und wie Sie bei der Erfüllung Ihrer weitgesteckten Ziele versagt haben. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. L i b a l: Auf ins Trockendock der ÖVP.)

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen, betreffend die Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression, ist genügend unterstützt und steht daher mit zur Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Er hat das Wort.

Abgeordneter Sekanina (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Erklärung der Bundesregierung, die der Herr Bundeskanzler am 5. November 1791 dem Hohen Haus vorlegte, nahmen Fragen der sozialen Sicherheit und Fragen der Sozialversicherung im speziellen einen wesentlichen Platz ein. Es wird für Sie, meine Damen und Herren, auf Grund meiner Tätigkeit im Rahmen der Sozialversicherung, aber auch im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation verständlich sein, daß ich mich in meinem Diskussionsbeitrag in erster Linie mit diesen Fragen und mit diesen Problemen beschäftigen möchte.

Bevor ich dies aber tue, erscheint es mir wichtig und wesentlich, auf einige Aussagen einzugehen, die von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei hier dem Hohen Hause vorgetragen wurden und die sich mit der

Regierungserklärung im speziellen, aber auch mit der politischen Situation im allgemeinen befaßt haben.

Es ist mitunter erschütternd, wie schnell Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei die Realität vergessen. Herr Dr. Kohlmaier — ich weiß nicht, ob er noch hier im Saale ist (Ruf bei der SPO: Er ist schon hinausgegangen!) —, der außerordentlich mit seiner „Werft“-Tätigkeit beschäftigt ist, damit er das ramponierte Schiff der ÖVP wieder in Ordnung bringen kann, tritt also an dieses Rednerpult, stellt sich hieher und tut so, als ob inzwischen nichts gewesen wäre. Es wird sicherlich für Sie, meine Damen und Herren, gut sein, wenn ich Sie an die Aussagen Ihres ehemaligen Generalsekretärs und Bundesparteiobmannes Dr. Withalm erinnere, die er hier von sich gegeben hat, als er in diesem Haus zu einem Zeitpunkt das Wort genommen hat, als Sie die absolute Mehrheit hatten. Darum möchte ich nur festhalten, weil es die Realität ist und weil Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, das so gerne übersehen möchten, weil Sie es nicht zur Kenntnis nehmen möchten:

Am 10. Oktober 1971 hat Ihnen die österreichische Bevölkerung eindeutig und unmißverständlich den zweiten Platz in diesem Staat zugeteilt und nichts anderes! (Beifall bei der SPO.) Das ist seit diesem Zeitpunkt gültig. (Abg. Mitterer: Und deshalb dürfen wir nicht mehr reden?)

Das ist die politische Realität, die Sie nicht verkraften können, Herr Abgeordneter Mitterer! Darf ich Sie an Ihre Prophezeiungen erinnern, nicht an Ihre persönlichen, sondern an die Prophezeiungen Ihrer Kollegen! (Abg. Mitterer: Deshalb dürfen wir nicht mehr reden?) Herr Dr. Krainer ist jetzt nicht anwesend. Hier stand er, und erklärte mit großem Pathos: „Am 10. Oktober wird bei der österreichischen Bevölkerung der Groschen fallen.“ Er ist gefallen, aber auf Ihre Köpfe, nicht auf unsere, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! (Erneuter Beifall bei der SPO.)

Sie kommen heute hierher und reden über die Regierungserklärung. (Abg. Mitterer: Ah, das dürfen wir nicht?) Natürlich, wenn Sie etwas zu sagen haben oder nichts zu sagen haben, hören wir uns das sicherlich an, Herr Abgeordneter Mitterer. (Abg. Prader: Ist eh ganz Wurscht, was man sagt!) Ich weiß, daß Sie nervös sind, weiß, daß Sie aufgereggt sind. (Abg. Mitterer: Warum sollen wir nervös sein?) Natürlich, wenn ich so oft verlieren würde wie Sie, würde ich auch nervös sein, meine Damen und Herren der Öster-

Sekanina

reichischen Volkspartei! (*Heiterkeit bei der SPÖ*)

Sie haben oft verloren! Herr Minister Prader, erinnern Sie sich? (Abg. Dr. Prader: „Klare Verhältnisse“) Klare Verhältnisse haben wir jetzt eindeutig geschaffen. Begonnen hat es bei Ihnen im Jahre 1967 mit den Landtagswahlen in Oberösterreich. So ist das weitergegangen. Was haben Sie dieser Bevölkerung alles prophezeit, was eintreten wird, welche Situationen entstehen werden, wenn die Sozialisten in diesem Staate die Mehrheit erhalten oder wenn die Sozialistische Partei gar die absolute Mehrheit erreichen wird! Es nützt Ihnen nichts, Sie können sich noch so ärgern, Sie können noch so dagegen aufbegehren, die österreichische Wählerschaft hat entschieden: Wir haben die absolute Mehrheit, wir werden die Regierungspolitik betreiben, die wir der Bevölkerung schon vor den Wahlen vorgebrachten haben.

Jetzt ist Dr. Kohlmaier, der Schnellschreiber, leider noch immer nicht da. Ich sage Ihnen gleich, Herr Abgeordneter Mitterer, warum ich ihn mit „Schnellschreiber“ tituliere. Doktor Kohlmaier ist hieher gegangen und hat gemeint, wir hätten in unserer Regierungserklärung — Kollege Fachleutner, darf ich Ihnen das auch sagen — wesentliche oder bestimmte Punkte von Ihren 107 Vorschlägen abgeschrieben. Darf ich Herrn Dr. Kohlmaier etwas sagen? — Er ist wirklich mit der Reparatur des Schiffes in seiner Werft so beschäftigt, daß er alles vergißt. Er vergißt im Augenblick alles!

Ich muß Sie doch daran erinnern, daß Sie es gewesen sind, meine Damen und Herren, die in Ihrer Notsituation keinen anderen Ausweg mehr gesehen haben, als unser Humanprogramm im Rahmen dieser 107 Vorschläge zu zitieren. (*Heiterkeit bei der ÖVP*. — Abg. Dr. Prader schlägt die Hände über seinem Kopf zusammen.) Wollten Sie jetzt applaudieren, Herr Dr. Prader? Ich warte sehr gerne auf Ihren Applaus! Die Bevölkerung hat ja bewiesen, was sie am 10. Oktober 1971 von Ihnen und Ihren Programmen, von Ihren Überlegungen, von Ihren 107 Vorschlägen hält.

Ich bin nicht Ihr Propagandachef. Dann würden Sie vielleicht besser dastehen. (*Heiterkeit*.) Ich weiß schon, daß Sie das ärgert. (Abg. Kern: *Da wären wir noch schlechter gefahren!*) Kollege Kern, bitte nicht zu prophezeien. Ich habe Ihnen schon gesagt, Sie sind schlecht beraten, wenn Sie zuviel prophezeien.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Sie haben diese 107 Punkte der Öffentlichkeit vorgelegt. Sie waren vor-

sichtig. Sie haben das so klein geschrieben, daß man es kaum lesen konnte, weil Sie befürchtet haben, daß Sie vielleicht doch noch in die Situation kämen, das zu halten und zu verwirklichen, was Sie vorgetragen haben.

Darf ich auf die allgemeinen Erklärungen des Herrn Dr. Kohlmaier noch näher eingehen. Er hat, wenn ich es richtig notiert habe, gemeint: Es gibt keine klaren Standpunkte in der Regierungserklärung, sie ist nichtssagend, klare Aussagen werden vermieden, sie beinhaltet vor allem Phrasen, Gemeinplätze; auf einmal — so meinte Dr. Kohlmaier — ist Bundeskanzler Dr. Kreisky sehr vorsichtig geworden.

Welchen Anstrengungen sich Dr. Kohlmaier unterzieht, um sich unsere Köpfe zu zerbrechen! Tag und Nacht denkt er darüber nach, welcher Unterschied zwischen „sozialistisch“ und „sozialdemokratisch“ ist. Von einem Generalsekretär der großen Oppositionspartei hätte man im Zusammenhang mit der Regierungserklärung klarere Aussagen erwartet. Nicht wir haben Gemeinplätze produziert, nicht wir haben Phrasen gedroschen. Herr Doktor Kohlmaier hat sich hierher gestellt und hat allgemein erklärt, das sei nichts, das sei nicht zu gebrauchen.

Wir erwarten uns von dieser Oppositionspartei, daß sie vor allem in diesem Zustand, in dem sie sich jetzt befindet ... (Abg. Doktor Prader: *Wir sind ganz gut!*) Meine Damen und Herren, Sie schauen lieb aus! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*.) Wenn Sie all das in der nächsten Zeit reparieren wollen, dann können wir Sie daran nicht hindern. Es steht fest: Sie haben eine Reparaturzeit von mindestens vier Jahren.

Unter anderem hat Herr Dr. Kohlmaier konkret gefragt: Herr Vizekanzler, was meinen Sie denn mit der finanziellen Sicherung der sozialen Krankenversicherung in Österreich? — Das sagt ein Funktionär der Österreichischen Volkspartei, der viele Jahre hindurch — ich sage das aus meinem eigenen Erleben — gerade im Sozialversicherungsbereich tätig gewesen ist! Er hätte fairerweise doch fragen müssen: Welche Bedeckungsvorschläge meinen Sie in dieser Regierungserklärung, wenn Sie von der Sanierung der Krankenversicherung reden? — Ich werde auf dieses Problem noch mit wenigen Worten zurückkommen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei.

Ich bin froh darüber, daß Kollege Graf soeben bei der Tür hereinkommt, er hat nämlich im Zusammenhang mit einer humorvollen Bemerkung gemeint: Wenn der Wein schädlich

Sekanina

wäre, dann wäre unser Kollege Horr schon längst tot. — Ich möchte das nicht bestreiten. (*Heiterkeit.*) Lassen Sie mich bitte das, was ich sagen will, zu Ende sprechen. Vielleicht lachen Sie dann nicht mehr so laut. Aber Ihr Mandatsstand ... (Abg. *Graf: Es war gar nicht bösartig gemeint!*) Ich weiß, Kollege Graf, Sie sind sicher ein sehr toleranter Mensch. (Abg. *Skriftek: Ach nein, das kann man nicht sagen!*) Ich darf noch einmal wiederholen: Sie haben gemeint, unser Kollege Horr wäre schon längst tot, wenn der Wein schädlich wäre. — Ihr Mandatsstand würde auch nicht mehr 80 betragen, würde das, Kollege Graf, zutreffen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* — Abg. *Graf: Sie haben den Humor verloren!*) Ich habe überhaupt nicht den Humor verloren. Kollege Graf, ich versichere Ihnen: Auf Grund des erzielten Wahlresultates und auf Grund des derzeitigen Mandatsstandes hält der Humor bei mir sicher wieder vier Jahre lang an. (Abg. *Graf: Ich dehne aus: Wenn Whisky tödlich wäre, dann wäre ich auch nicht mehr da!* — *Heiterkeit.*) Ich könnte Ihre Mandatszahl jetzt wieder reduzieren, würde ich dieses Getränk auch in die Argumentation miteinbeziehen.

Ich darf nun zu den Ausführungen des Herrn Dr. Schleinzer kommen. Herr Doktor Schleinzer hat in seinen Bemerkungen vor allem die 14.000 Worte sehr oft zitiert. Er hat dies in seinem Diskussionsbeitrag zum Teil verbindlich, dann wieder fragend, zum Teil unwissend vorgetragen, stellenweise hat er sogar eine gewisse Härte produziert. Er hat auch auf die Funktion des Parlaments hingewiesen. Er meinte, seitens der Regierung müsse die Bereitwilligkeit zur Kontrolle gegeben sein. Dann hat er unter anderem gesagt, es gebe für diese Bundesregierung **keine Ausreden mehr.**

Er meinte, von seinem Standpunkt und von Ihrem Standpunkt aus, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, beinhaltete diese Regierungserklärung eigentlich drei wesentliche Aussagen: Zum Teil beschönigt sie, zu einem anderen Teil lenkt sie von großen Problemen ab, und drittens vertuscht sie.

Ich darf sagen, daß ich noch nicht zusammengezählt habe, wie viele Worte Herr Doktor Schleinzer in seiner Aussage verwendet hat. Ich möchte doch konkret sagen: Er hat uns nicht gesagt, wie in diesem oder jenem Punkt die Aussage seiner Vorstellung nach gewesen sein müßte.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie vergessen schon wieder zu schnell: Sie haben doch jahrelang

in diesem Staate die Hauptverantwortung getragen. Sie haben von 1966 bis 1970 die Alleinverantwortung getragen und tun heute so, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, als wären wir nicht in die Lage versetzt, die Fehlleistungen, die Sie in diesem Zeitabschnitt produziert haben, zu reparieren.

Herr Dr. Schleinzer stellte sich hier und sprach über das Bundesheer, er sprach über die mangelnde Funktionsfähigkeit des Bundesheeres, über den chaotischen Zustand, der seiner Ansicht nach in diesem Bundesheer herrsche. Er hat aber vergessen — er dürfte auch mit der Reparatur seines Schiffes beschäftigt sein —, daß er lange genug Verteidigungsminister war. Er hätte unter seiner Regierungszeit manches von dem erledigen können, was er heute in wenigen Tagen von einer sozialistischen Alleinregierung verlangt und begehrte. (*Beifall bei der SPÖ.* — Abg. Dr. *Prader: Ihr habt alles kaputt gemacht! Das braucht ihr nicht mehr reparieren!*)

Meine Damen und Herren! Es wäre natürlich verlockend, auch noch von der Regierungszeit des Herrn Abgeordneten Dr. Prader zu reden. (Abg. Dr. *Prader: Bitte!*) Es wäre durchaus nicht uninteressant, aufzuzeigen, was da passiert ist. Doch die Öffentlichkeit hat erlebt, was in diesem Hause an Unzulänglichkeiten auf diesem Gebiete aufgezeigt wurde. Es erscheint mir durchaus nicht notwendig, mich jetzt mit diesen Problemen im Zusammenhang mit der Person des Herrn Abgeordneten Doktor Prader auseinanderzusetzen. Wir werden ja noch oft genug Gelegenheit dazu haben. (Abg. Dr. *Prader: Ich habe schon sehr gefürchtet, daß ich heute nicht genannt werde!*) Ich darf Ihnen versprechen, daß ich diese Absicht nicht hatte; ich habe sie auch nicht für die Zukunft. Warum soll ich Sie, Herr Dr. Prader, nicht nennen? Es ist auch für mich angenehm, an Zeiten der Fehlleistungen der Österreichischen Volkspartei möglichst oft zu erinnern, und Sie repräsentierten sie in einem erheblichen Ausmaß. (Abg. Dr. *Prader: Darüber werden wir noch reden!*)

Ich komme nun zu einem Problem, das ich auch als Gewerkschaftsfunktionär behandeln will, zu einem Problem, das Zehntausende und Hunderttausende österreichische Arbeitnehmer und darüber hinaus die gesamte österreichische Öffentlichkeit interessiert. Ich meine damit die Fragen der Preisentwicklung, die Fragen der Preisstabilität, die Fragen des Geldwertes, ich meine damit ein Problem, das, wie ich bereits betont habe, für die gesamte österreichische Öffentlichkeit von größter Bedeutung und Wichtigkeit ist.

Sekanina

Die Sprecher der Österreichischen Volkspartei haben uns im Zusammenhang mit der letzten Regierungserklärung, aber auch im Zusammenhang mit der Regierungserklärung vom April 1970 und in den folgenden Monaten immer wieder vorgehalten, daß wir auf dem Sektor der Preisentwicklung sehr wenig tun und daß es an der Zeit wäre — der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier sollte das auch wieder ausdrücken —, Maßnahmen zu setzen.

Sie, meine Damen und Herren, vor allem aber die Abgeordneten des Wirtschaftsbundes, werden ja in relativ kurzer Zeit beweisen können, wie Sie es meinen.

Das Spiel, das Sie, Herr Dr. Mussil, von diesem Platz aus betrieben haben, wird sich aufhören. Sie haben sich als Generalsekretär der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft von diesem Platze aus an die Öffentlichkeit gewandt und gesagt: Seht her, was das für eine Regierung ist, was das für eine Partei ist, die die Regierung unterstützt! Nichts machen sie gegen die Preisentwicklung! Es geschieht überhaupt nichts! Es wird immer katastrophaler, es wird immer ärger! — Das erklärten Sie. (Abg. Kern: Jetzt machen Sie schon etwas!) Kollege Kern! Ich möchte Ihnen empfehlen, sich nicht schon am Beginn der Legislaturperiode in diesem Maße aufzuregen. Sie müssen ja noch vier Jahre durchstehen, und das ist eine lange Zeit für eine sozialistische Regierung. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Herr Dr. Mussil! Ich darf Sie noch einmal zitieren. Sie haben erklärt, es geschehe nichts gegen die Preisentwicklung. Aber dann, wenn es darum gegangen ist, entsprechende Maßnahmen zu setzen und vor allem gesetzliche Maßnahmen in die Wege zu leiten, um damit den Versuch zu unternehmen, zu einem gewissen Teil auf die Preisentwicklung Einfluß zu nehmen, haben gerade Sie von diesem Rednerpult aus, aber auch in öffentlichen Versammlungen immer wieder erklärt: Das ist nicht möglich! Das ist mit einer freien Wirtschaft nicht vereinbar, das ist diktatorisch, das ist Ostpolitik, und ähnliche Dinge mehr. — Herr Dr. Mussil! Sie werden ja in relativ kurzer Zeit beweisen können, wie Sie sich eine Lösung dieser Probleme vorstellen.

Im übrigen darf ich Ihnen sagen: Wir werden bald wieder Gelegenheit haben, auf einer anderen Ebene Verhandlungen zu führen. Ich werde mich an Ihre Argumente im Zusammenhang mit der Preisentwicklung gerne erinnern. Da werden Sie und Ihre Unternehmer eine Freude haben, wenn Sie all das bezahlen müssen, was Sie aufgezeigt haben. (Abg. Graf: Ist das eine Drohung, Herr Sekanina?)

Nein, eine Feststellung! Warum sollte ich drohen? Bei dieser Mehrheit braucht man nicht zu drohen; sie ist gegeben. Da brauchen Sie sich, Herr Abgeordneter Graf, überhaupt nicht den Kopf zu zerbrechen.

Ich wollte in diesem Zusammenhang besonders die Preispolitik erwähnen. Ich habe nicht die Aufgabe, hier im Namen des sozialistischen Abgeordnetenklubs eine grundsätzliche Stellungnahme abzugeben. Aber als Abgeordneter und auch als Funktionär der Interessenvertretung der Arbeitnehmer erlaube ich mir, meine Damen und Herren, zu dem Initiativantrag des Herrn Dr. Kohlmaier Stellung zu beziehen. (Abg. Dr. Mussil: Entschließungsantrag!) Entschließungsantrag. Ich danke Ihnen herzlichst für die Korrektur, ich bin sehr froh, daß Sie mir so aufmerksam folgen, Herr Doktor Mussil. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.) Diesen Zwischenruf habe ich nicht verstanden, ich hätte gerne darauf geantwortet.

Aber darf ich zu diesem Entschließungsantrag etwas sagen? Herr Dr. Kohlmaier hat formuliert, mit Richtungsblick auf die Reihen der sozialistischen Abgeordneten: Die sozialistischen Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften werden die hellste Freude mit diesem Entschließungsantrag haben. — Herr Dr. Kohlmaier ist wirklich nicht über das Verantwortungsbewußtsein sozialistischer Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften informiert, sonst könnte er nicht zu solchen Aussagen kommen. (Abg. Hahn: Das hat doch der Gewerkschaftsbundpräsident gesagt! — Abg. Kern: Das hat der Benya gesagt!)

Ich darf als Abgeordneter zu diesem Problem meine Meinung äußern, und es bleibt Ihnen überlassen, ob Sie das zur Kenntnis nehmen oder nicht, das ist ja nicht mehr meine Angelegenheit. Und bitte nicht zu zitieren, was ein anderer gesagt hat oder was eventuell irgendwo formuliert wurde. Ich bin bei Ihren Formulierungen sowie bei Ihren Prophezeiungen vorsichtig. Das stimmt nämlich nie, was Sie hier prophezeien oder formulieren, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. Ich als Abgeordneter rede hier für meinen Wahlkreis, und ich rede mich nicht auf jemand anderen aus. Ich habe hier eine Meinung, und die vertrete ich. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen so ist — das kann ich nicht beurteilen —, für meinen Teil kann ich es jedoch sagen. Wir werden noch Gelegenheit haben, uns hier rhetorisch auseinanderzusetzen. Ich hoffe nur, daß Sie dann so klar und deutlich Ihre Aussagen tätigen. Ich weiß nicht, ob Sie berechtigt sind, diese Aussagen dann zu machen, aber ich für meine Person möchte zu diesem Problem Stellung beziehen.

Sekanina

Wir haben in diesem Staat eine Finanzsituation übernommen, die Sie produziert haben. Sie hatten mehr als zwei Jahrzehnte den Finanzminister in der Regierung gestellt, und Sie haben mehr als zwei Jahrzehnte auch die volle Verantwortung dafür getragen. Ich weiß schon, daß Sie das nicht hören wollen, aber es trifft zu. (Abg. Dr. Haider: *Sie haben das 20 Jahre mitbeschlossen!*) Herr Dr. Haider, auch Sie darf ich bitten, sich diese Aussage anzuhören, damit Sie wissen, welchen Weg wir gehen wollen.

Wir haben von Ihnen eine finanzielle Situation übernommen, die wir im Laufe der Tätigkeitsperiode in Ordnung bringen müssen. (Abg. O f e n b ö c k: *Das ist die große Ausrede!*) Das ist keine Ausrede! Das, was ich jetzt sage, vertrete ich in aller Öffentlichkeit, Kollege Ofenböck. Das vertrete ich in aller Öffentlichkeit, weil wir uns nicht dazu hergeben, den österreichischen Arbeitnehmer, den es in erster Linie betrifft, hier mit Phrasen abzuspeisen. Wir werden dem österreichischen Arbeitnehmer, auch wenn wir namentlich abstimmen, bei jeder sich uns bietenden Gelegenheit — für meinen Bereich darf ich das sagen — auch ganz klar und deutlich erklären, warum wir so und so vorgehen. (Abg. K e r n: *Bis zur nächsten Wahl!*) Wir sind, Kollege Kern, durchaus einverstanden mit einer Reform im Steuerwesen, auch wir treten dafür ein, daß es zu einer Milderung der Progression kommt, aber unter Beachtung der derzeitigen Möglichkeiten im Rahmen des Budgets, das Sie ja für das Finanzjahr 1972 in wenigen Tagen in seinem Umfang und in seinem Inhalt kennenlernen werden!

Ich darf aber auch auf eine Aussage des Herrn Abgeordneten Peter zu sprechen kommen. (Abg. O f e n b ö c k: *Das war schon alles?*) Seien Sie nicht ungeduldig. Wenn Sie fragen: „Das war alles?“, wenn das für Sie zu wenig ist ... (Abg. O f e n b ö c k: *Wenn das eine Erklärung für die Ablehnung der Milderung der Progression war, dann war es sehr wenig, muß ich sagen!*) Sie hätten aufpassen müssen. Sie erwarten von uns, daß wir diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben. Ich habe Ihnen erklärt, wie wir uns verhalten werden. Alles andere hier in der persönlichen Diskussion abzuklären, würde doch weit den Rahmen einer Debatte im Hohen Hause sprengen. Ich habe Ihnen gesagt, welche Einstellung wir haben. Kollege Ofenböck, ich kann mir vorstellen, daß Sie durchaus in der Lage sind, das als eine Erklärung und die Aussage dieser Erklärung zu registrieren.

Aber ich möchte nun zu einer Aussage des Abgeordneten Peter kommen. Der Herr Abge-

ordnete Peter hat unter anderem in der Aneinanderreihung von Punkten, die er hier vorgebrachten hat, vom Leistungslohn gesprochen, von konkurrenzfähiger Wirtschaft, von Gleichstellung der verstaatlichten Industrie und vom gleichen Arbeitsrecht. Wenn ich das so zitiere, Herr Abgeordneter Peter, und wenn ich das so beurteile, wie das von Ihnen hier gesagt wurde, kann ich mir vorstellen, daß es bei diesem Problem gar nicht so weltweite Differenzen gibt.

Nur eine einzige Frage erschien mir nicht ganz klar ausgedrückt, die uns in Zukunft durchaus interessieren würde. Sie haben von Gleichstellung der verstaatlichten Industrie gesprochen. Ist hier anzunehmen und zu meinen, daß sie zur Gänze reprivatisiert werden soll, oder gibt es also — ich frage, ich attackiere Sie durchaus nicht persönlich — ... (Abg. P e t e r: *Führung nach gleichen wirtschaftlichen Grundsätzen!*) Ich darf Ihnen sagen: Der verstaatlichten Industrie hat man jahrelang diese Möglichkeit genommen; damals war die Mehrheitsfraktion der Österreichischen Volkspartei maßgeblich daran beteiligt. (Abg. Dr. M u s s i l: *Sie haben die Verstaatlichte in ein Getto hineingeführt!*) Herr Dr. Mussil! Sie waren maßgebend beteiligt, daß sich die verstaatlichte Industrie jahrelang nicht in die Finalindustrie ausdehnen konnte, ein Grund mehr, warum sie mitunter in solche Schwierigkeiten gekommen ist.

Aber nun, meine Damen und Herren, zum letzten Punkt. In Zusammenhang mit der Regierungserklärung wurde auch ein Bereich der Sozialversicherung erwähnt, von dem ich meine, daß er von außerordentlicher Wichtigkeit für Zehn- und Hunderttausende Österreicherinnen und Österreicher ist, das ist die soziale Krankenversicherung. Es wäre verlockend, hier im Detail die Entwicklungstendenzen, die vergangenen Situationen, vor allem die finanziellen Verhältnisse dieses Bereiches der Sozialversicherung aufzuzeigen. Ich möchte aber den Debatten und Diskussionen im Rahmen der Budgetdebatte nicht vorgreifen. Wir werden zu diesem Zeitpunkt Gelegenheit haben, uns auch mit den Detailfragen in diesem Bereich im konkreten zu beschäftigen.

Ich habe persönlich im Zusammenhang mit der notwendigen Reform der österreichischen Krankenversicherung, ich meine die soziale Krankenversicherung, am Gewerkschaftstag meiner Organisation — das heißt der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter — konkret meine Auffassung kundgetan, und ich möchte nicht versäumt haben, das auch heute als einen konkreten Beitrag im Zusammenhang mit der Regierungserklärung auszusprechen.

Sekanina

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, meine Damen und Herren, daß die finanziellen Anforderungen, die an diesen Versicherungsträger oder an diesen Versicherungszweig gestellt werden, enorm sind.

Im Jahre 1960 betrugen die Ausgaben in der gesamten österreichischen Sozialversicherung rund 13,4 Milliarden Schilling, und sie erhöhten sich bis zum Jahre 1970 auf rund 44 Milliarden Schilling. Aus diesen Größenordnungen sehen Sie auch die enormen Entwicklungen, die im Bereich der Sozialversicherung im allgemeinen und der Krankenversicherung im besonderen aufgetreten sind.

Ich bin der Auffassung, wir müssen den Mut haben, in jenen Bereichen der Sozialversicherung zu möglichst baldigen Reformen zu kommen, wo es im Interesse der Tätigkeit dieser Versicherungsträger erforderlich ist. Ich bin der Auffassung, daß wir in den verschiedensten Bereichen — und die Enquête über die soziale Krankenversicherung hat es bewiesen —, daß wir in den verschiedensten Zweigen dieser Versicherungsträger diese Reformen möglichst bald in Angriff nehmen müssen. Ich erwarte von dieser Bundesregierung, daß wir gerade jetzt auf Grund dieser politischen Möglichkeiten und Verhältnisse eine zielführende, möglichst rasche und für die Zukunft auch erfolgreiche Reform der sozialen Krankenversicherung anstreben.

Ich kann heute nicht im Detail über diese oder jene Fragen in diesem Bereich reden, aber ich möchte doch im Interesse der österreichischen Arbeitnehmer und der davon betroffenen Bevölkerungskreise überhaupt sagen, daß es sinnvoll, zweckmäßig und notwendig sein wird, gerade in diesem Bereich, wie ich bereits betont habe, zu möglichst baldigen Ergebnissen zu kommen. Das wird in der Öffentlichkeit zu Diskussionen führen. Ich habe das schon im Rahmen des Wahlkampfes bemerkt.

Eine Aussage in diesem Bereich führt gleich zu erheblichen Verdächtigungen in bezug auf das, was man meint. Wenn man das Wort „Selbstbehalt“ in den Mund nimmt, ist man nicht gefeit, in Grund und Boden verdammt zu wenden. Wenn man auf der anderen Seite sagt, daß die soziale Krankenversicherung nun auch ihre Lasten, die sie zu tragen hat, möglichst gleichmäßig verteilen muß, dann ist man auch nicht davor gefeit, einer heftigen Attacke ausgesetzt zu sein. Ich glaube aber im Interesse der sozialen Sicherheit sagen zu dürfen: Es ist eine der konkreten Aussagen dieser Regierungserklärung, daß es für uns zweckmäßig sein wird, sich gerade um dieses Problem, das so gravierenden Charakter hat

— natürlich neben den Fragen der Wirtschaftspolitik und der anderen Belange, die so deutlich in dieser Regierungserklärung ausgesprochen wurden —, zu kümmern.

Ich habe hier als sozialistischer Abgeordneter vor allem zu den Meinungsäußerungen der Redner der Österreichischen Volkspartei Stellung bezogen. Ich habe mich aber durchaus auch bemüht, den Standpunkt der Sozialistischen Partei in dieser oder jener Frage deutlich klarzustellen.

Ich darf noch einmal wiederholen: Wir haben auch — von meiner Warte aus beurteilt, und das wird sicherlich nochmals geschehen — zu diesem Entschließungsantrag unsere Meinung konkret geäußert. Wir sind nicht damit einverstanden, eine Augenblickspolitik zu betreiben.

Wir haben der österreichischen Bevölkerung während des Wahlkampfes — oder der Wahlwerbung — auf Grund unserer Programme unsere Ansichten kundgetan. Wir haben ihr klar gesagt, welche Vorstellungen wir haben. Wir haben um klare Verhältnisse gebeten. Wir haben diese klaren Verhältnisse von der österreichischen Wählerschaft erhalten. Wir werden entsprechend diesem Auftrag in dieser Legislaturperiode unsere Arbeit im Interesse der österreichischen Bevölkerung durchführen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Melter. Er hat das Wort.

Abgeordneter Melter (FPO): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man die Regierungserklärung überprüft, so kommt man zum Ergebnis, daß sich der Herr Bundeskanzler wohl sehr um die Formulierung bemüht hat. Man ist aber überrascht, wenn man zwischen der Regierungserklärung 1970 und jener aus dem Jahre 1971 vergleicht anstellt.

Ist das vielleicht darauf zurückzuführen, daß für die Regierungserklärung — jedenfalls nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers — seinerzeit 1400 Sachverständige zur Verfügung gestanden haben und daß diese allenfalls im Laufe der Strapazen verlorengegangen sind, sodaß man jetzt zu dem Ergebnis gelangte, daß eine Bundesregierung, die 18 Monate im Amt war, nicht befähigt ist, eine neue Regierungserklärung zustande zu bringen, in der sie konkret ihre Ziele darlegt und in der sie ausführt, wie diese Ziele zu erreichen sind?

Die Bundesregierung und der Herr Bundeskanzler haben hier versäumt, ihre Erfahrungen aus den vergangenen 18 Monaten zu werten. Sie — die Damen und Herren der Regierung — haben es unterlassen, zu sagen,

Melter

welche Ziele Sie genau anstreben, in welchen Zeitabschnitten, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen.

Das ist aber etwas sehr Wesentliches. Und erst dann haben eine Opposition und auch die Bevölkerung die Möglichkeit, zu beurteilen, ob diese Ziele angemessen und ausreichend sind und ob die Wege, die beschritten werden sollen, tatsächlich als zielführend bezeichnet werden können.

Wir Freiheitlichen dürfen darauf hinweisen, daß wir der Regierung Kreisky I sehr viele Möglichkeiten eröffnet haben, insbesondere im Bereich der sozialpolitischen Entwicklung. Wir haben sehr maßgeblich daran mitgewirkt, daß diese Entwicklung vernünftig vonstatten gegangen ist. Wir haben damit erreicht, daß sehr vieles im Interesse großer Bevölkerungsgruppen verwirklicht und sichergestellt werden konnte.

Es wurde erklärt, daß die Regierung Kreisky II die soziale Sicherheit in den Vordergrund stelle und daß es erste Aufgabe dieser neuen Regierung wäre, die Armut zu beseitigen. Es wurde dabei nicht gesagt, was Armut ist, sondern es wurde nur darauf hingewiesen, daß es ein relativer Begriff wäre. Herr Kreisky sagt nicht, wann er annimmt, daß wenigstens die finanzielle, die wirtschaftliche Armut überwunden wäre. Und auch der Herr Vizekanzler, von dem man durchaus nicht sagen kann, daß er in seinen Äußerungen bescheiden und zurückhaltend wäre, hat es nicht vermocht, für diese Regierungserklärung Beiträge zu liefern, die einem sachlichen Beurteiler etwa die Möglichkeit eröffnen würden, zu einem Ergebnis zu gelangen.

Man hat mit vielen Worten schöne Umschreibungen gefunden, ohne klar und deutlich und vor allen Dingen erkennbar zu werden und ohne die Gelegenheit zu geben, etwa einer Regierung Kreisky II sagen zu können, das und das steht konkret in der Regierungserklärung, und sie hat es nicht erfüllen können.

Herr Vizekanzler! Wo sehen Sie die Wohlfahrt für alle? Wie wollen Sie diese Wohlfahrt für alle verwirklichen?

Nun wird etwa aufgezählt, daß die 360.000 Ausgleichszulagenempfänger in den Pensionsversicherungen, die 60.000 Kriegerwitwen, die eine Zusatzrente beziehen, und die 29.000, die Dauerbefürsorgte wären, als bedürftig anzusehen sind. Ich glaube, daß es außer diesen Kreisen noch ganz erhebliche Bevölkerungsgruppen gibt, die ebenfalls auf Einkommen angewiesen sind, die niedriger sind als die 1528 S, die derzeit die Grenze für den Ausgleichszulagenanspruch darstellen.

Nun wird in der Regierungserklärung gesagt, man wolle mit schrittweisen Maßnahmen diese Personengruppe aus der wirtschaftlichen Not herausführen, ihre Armut beseitigen. Wie groß sind die Schritte, Herr Vizekanzler? Wie sehen die Maßnahmen aus, die vorgesehen sind?

Etwa so, wie sie sich im Ihrem Entwurf für eine Novelle zum Kriegsopfersversorgungsgesetz darstellen, daß etwa ein zu 80 Prozent Kriegsbeschädigter in der dritten Etappe, also im Juli 1974, eine Aufbesserung von ganzen 3 S bekommen soll? Sind das Ihre schrittweisen Maßnahmen zur Beseitigung einer Notlage? Oder haben Sie vielleicht doch etwas mehr als 3 S im Auge? 3 S kann man wirklich in jedem Budget für alle Notleidenden verkrafsten! Aber ob ihnen damit geholfen ist, muß man sehr wohl bezweifeln.

Sie sagen also nicht, welche Maßnahmen Sie im Auge haben und in welcher Zeitfolge Sie sie durchzuführen beabsichtigen. Vom Ausmaß ist gar keine Rede. Würde man etwa nur um den für den einzelnen relativ bescheidenen Betrag von 100 S monatlich bei dem Personenkreis aufbessern, der genannt worden ist, so würde das einen Mehraufwand von 630 Millionen Schilling im Jahr zur Folge haben.

Sind Sie also bereit, wenigstens für das nächste Jahr diese 630 Millionen Schilling zusätzlich im Budget einzusetzen, um die Notlage dieses Personenkreises in dem bescheidenen Ausmaß zu mildern, oder sind Sie nicht bereit? Das wäre sehr interessant. Ich glaube, daß Sie kurz vor der Bekanntgabe des Budgets, das ja schon im Parlament liegt, als Bundesregierung denn doch die Möglichkeit gehabt hätten, hier sehr konkret darzustellen, was Sie echt zu tun beabsichtigen.

Sie schreiben auch, daß Sie im Bereich der Sozialversicherung die Auffassung vertreten, es müsse Vorsorge getroffen werden, daß diejenigen, die sich in der Sozialversicherung betreuen lassen wollen, einen angemessenen Ersatz für verlorengegangenes Arbeitseinkommen erhalten sollen. Sie sagen dann auch, daß einerseits soziale Gesichtspunkte, andererseits versicherungsrechtliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen wären. „Sozial“ steht bei Ihnen im Vordergrund! Heißt das, daß im Bereich der allgemeinen Sozialversicherung eine Nivellierung angestrebt wird? Mehr abseits vom Leistungsdenken? Abseits auch von der Solidarität, die darauf fußt, daß unter gleichen Voraussetzungen, die jeder schaffen kann, auch etwa gleiche Leistungen zu erfolgen haben? — Hier findet sich doch ein gewisser Widerspruch.

Melter

Gerade auch wieder am Beispiel Ihrer Ausarbeitung einer Novelle zum Kriegsopferversorgungsgesetz muß man etwa feststellen, daß Sie bei dem Kriegerwitwen absolut nicht daran denken, einen Ersatz für verlorengegangenes Arbeitseinkommen des gefallenen Ehegatten vorzusehen. Denn für die Grundrentenverbesserung haben Sie nichts übrig. Dort fehlt dieses „Vielleicht-Prinzip“. Es ist nicht unterstrichen, nicht herausgestellt. Man kann also nicht klar beurteilen, was der Herr Bundeskanzler und Sie als sein Souffleur in diesen Fragen sich etwa vorstellen.

Sie haben auch nicht genannt etwa die Heimkehrer, die auch Ersatzansprüche geltend machen können für verlorengegangenes Einkommen, die auch im Rahmen internationaler Verpflichtungen Berücksichtigung finden müssen. Aber davon kein Wort. Das Thema ist offensichtlich für Sie abgeschrieben. Die Leistungen der Kriegsgefangenen sind absolut nicht der Rede wert, für eine sozialistische Mehrheitsregierung genauso wenig wie für die frühere Minderheitsregierung.

Sie sagen, es ist ein Gesamtkonzept für alle Zweige der Sozialversicherung möglich. Herr Vizekanzler! Wenn Sie dies vor eineinhalb Jahren gesagt hätten, im April 1970, so wäre das ohne Beanstandung durchgegangen. Aber Sie haben jetzt eineinhalb Jahre Zeit gehabt in Ihrer Position als Vizekanzler und Sozialminister. Man sollte denken, in diesen eineinhalb Jahren hätten Sie genügend Zeit gehabt, dieses Konzept auszuarbeiten und im Rahmen der Regierungserklärung als Ihre Absichten auf den Tisch zu legen. (Beifall bei der FPÖ.) Warum, Herr Vizekanzler, sind Sie plötzlich so zurückhaltend, schüchtern und bescheiden, etwas, was Ihrer Natur an und für sich widerspricht?

Ich würde die Auffassung haben, gerade jetzt, wo Sie die Mehrheit haben, können Sie ohne Rücksichtnahme etwa auf die anderen Fraktionen sagen, wie Sie sich eine Neuregelung vorstellen. Aber Sie haben verschwiegen, welche Absichten Sie haben.

Sie haben auch verschwiegen, daß Sie ein Konzept haben. Bedeutet das Verschweigen, daß Sie kein Konzept haben? Man müßte es fast annehmen, denn wenn diese Annahme nicht gerechtfertigt wäre, dann wäre die Annahme gerechtfertigt, daß Sie das Parlament, die Volksvertretung, in die Irre führen wollen und daß Sie damit auch im Widerspruch zur Erklärung des Herrn Bundeskanzlers stehen, der da sagt, er wolle mit allen Fraktionen im Hause diskutieren.

Diskutieren kann man aber nur über Tatsachen, nicht aber über Ideen, die verschwom-

men dargelegt werden, ohne konkrete Darstellung der Problematik und ihrer Lösungsmöglichkeiten.

Wir fragen uns, warum diese Regierungserklärung so wenig beinhaltet bezüglich der Arbeitnehmer. Es wird hier wohl allgemein von einer Angleichung des Arbeitsrechtes gesprochen. Sie sagen aber nicht, welche Angleichungen vorgenommen werden sollen. Kennen Sie keine Probleme in diesem Zusammenhang oder wollen Sie sie wiederum nicht sagen? Gerade die Arbeiter wären doch daran interessiert zu hören, was diese Mehrheitsregierung der Sozialistischen Partei in diesem Bereich zu unternehmen gedenkt, um ihre alten Versprechungen einzulösen. Tun Sie etwas, wann, was und in welcher Form?

Gerade hier haben Sie die Möglichkeit, dafür Vorsorge zu treffen, daß nicht in absehbarer Zeit die heute im Erwerbsleben Stehenden wieder als arme Leute bezeichnet werden müssen, weil die Voraussetzungen nicht geschaffen wurden, während der Erwerbstätigkeit so viel Einkommen zu erzielen, daß es möglich ist, gesunde wirtschaftliche Verhältnisse für jeden Staatsbürger zu schaffen, daß es möglich ist, Einkommen und Vermögen zu bilden und darüber selbst zu verfügen.

Sie sagen nicht, was Sie sich als Mindesteinkommen vorstellen. Was ist ein Mindesteinkommen für die gesamte Bevölkerung? Wie wollen Sie das sicherstellen? Denken Sie daran, daß jedem österreichischen Staatsbürger ohne Rücksicht darauf, ob er erwerbstätig war oder nicht, dieses Mindesteinkommen von Staats wegen zu sichern ist, eine sogenannte Volkspension für alle? Wollen Sie das einführen und haben Sie in diesem Zusammenhang etwa die Idee, nachdem man die Ausgleichszulagen geschaffen hat, dafür eine einzige Anstalt einzurichten, die darüber zu befinden hat und die auch auszuzahlen hat und zu sagen, daß dort, wo diese Mindesteinkommensgrenze überschritten wird, Pensionen bezahlt werden und daß das andere nur Ausgleichszulagen oder im wesentlichen Ausgleichszulagen sind? Es wäre sehr interessant für die Volksvertretung, diese Vorstellungen kennenzulernen, denn nur dann kann man dazu Stellung nehmen und sagen, ob man das für eine zielführende Lösung hält oder ob man andere Zielsetzungen zu verfolgen hat.

Sie führen keinerlei Abgrenzung durch, was soziale Leistung und was Versicherungsleistung ist. Hier den Grenzbetrag kennenzulernen, wäre auch wieder sehr wissenswert, damit man sich danach ausrichten kann.

Sie sagen wohl, Sie streben ein einheitliches Pensionsrecht an. Steht damit im Zusammen-

Melter

hang die Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalten etwa aus Ersparnis- und Vereinfachungsgründen? Das müssen Sie ausführen. Dafür sollten Sie konkrete Maßnahmen vorschlagen. Das sollte schon in der Regierungserklärung drinnen stehen, damit man weiß, was diese Regierung will.

Es findet sich keine Bemerkung etwa über die Ruhensbestimmungen, ihren Aus- oder Abbau. Sie schwiegen sich aus, obwohl dies in den vergangenen Jahren immer ein Streithema gewesen ist, ein Streithema, das in erster Linie von uns Freiheitlichen immer wieder aufgegriffen worden ist und bei dem wir nach vielen Mühen erreicht haben, daß uns schließlich auch die ÖVP auf diesem Wege gefolgt ist. Es ist neu auch bei der ÖVP, daß sie erkannt haben nach unseren Darlegungen, daß die Ruhensbestimmungen leistungshemmend sind, daß man aber im Gegenteil in einer modernen Wirtschaft Leistungsanreize geben muß, um Mehrleistungen zu erzielen und um bessere Verhältnisse herzuführen.

Es ist auch eine Aufgabe dieser Bundesregierung, durch derartige Leistungsanreize unter anderem auch älteren Menschen die Gelegenheit zu geben, ihr Leben durch Aufgaben nach der Pensionierung zu erfüllen, indem man ihnen nicht durch Strafen weitere Leistungen vergällt.

Kein Wort findet sich in dieser Regierungserklärung über die Vermögensbildung und über die Schaffung von Privateigentum. Ich glaube, gerade dieses Thema ist insbesondere für die Arbeitnehmer von größter Bedeutung. Hier sagen Sie nichts, wie Sie diese Vermögensbildung zu fördern beabsichtigen. Im Gegenteil, man muß annehmen, daß Ihr ganzes Verhalten darauf hinweist, die breite Streuung von Vermögen durch Besserung der Einkünfte interessiere Sie nicht, sondern Sie wollen nur die besseren Einkünfte zur Steigerung Ihrer Staatseinnahmen und zur Steigerung von Einnahmen verschiedener sonstiger Institutionen heranziehen, um so mehr Einfluß ausüben zu können.

Sie bringen eine steuerliche Belastung, die unerträglich ist, die konfiskatorisch wirkt. Wenn man etwa weiß, daß das Lohnsteueraufkommen vom August des vergangenen Jahres zum August des heurigen Jahres um beinahe 20 Prozent gestiegen ist, also weit über der Steigerung des Bruttosozialproduktes liegt, dann weiß man, wie sehr dieser Staat an den Preissteigerungen und an den Lohn- und Gehaltserhöhungen profitiert. Sie tun nichts dagegen.

Im Gegenteil, der Herr Bundeskanzler ist gerade in diesem einen Punkt konkret gewesen, indem er erklärt hat, daß für 1972 eine steuerliche Entlastung nicht in Aussicht genommen werden würde.

Meine Damen und Herren! Gerade die durch eine denartige Politik der Regierung bewirkte Preissteigerung ist etwas, was den Armen am meisten auf der Haut brennt. Sie sind hauptverantwortlich dafür. Sie meinen wohl, allein durch ein Preisregelungsgesetz Vorsorge treffen zu können. Es ist bekannt, daß sich diese Vorstellung nicht verwirklichen läßt. Nicht einmal die östlichen Staaten haben es trotz ihrer Staatswirtschaft zustandegebracht, Auftriebstendenzen zu mildern und zu hemmen. Sie sollten in Aussicht nehmen, marktwirtschaftliche Möglichkeiten zu fördern, um die Preisentwicklung zu dämpfen und um billigere Waren anzubieten.

Sie werden im Gegenteil durch die in Aussicht genommenen Maßnahmen sehr maßgeblich dazu beitragen, daß neue Bewegung in die Preisentwicklung kommt. Denken wir insbesondere an Ihre Absichten bezüglich des Strompreises, denken wir insbesondere an die Erhöhung der Tarife von Bahn und Post.

All dies sind Maßnahmen, die die Regierung zu verantworten hat und wo sie maßgeblich Einfluß nimmt auf die Preisentwicklung. Sie als Bund und als Gebietskörperschaften verwalten ja annähernd 40 Prozent des Bruttonationalproduktes. Gerade in diesem sehr maßgeblichen Bereich sind Sie in der Preisentwicklung entscheidend tätig, hier trifft Sie auch die volle Verantwortung, die Sie nicht auf die Privatwirtschaft abschieben können.

Sie haben im vergangenen Jahr einiges zur Arbeitsmarktpolitik gesagt und dort einige Vorschläge gemacht. Heuer wird dieses Thema nicht angeschnitten. Ist es vielleicht darauf zurückzuführen, daß man schon im Budget 1971 manche Ansätze gegenüber dem Vorjahr erheblich gekürzt hat, sodaß man in diesem Bereich nicht ausreichend tätig sein kann und zur Kenntnis nehmen muß, daß gerade fehlende Maßnahmen in diesem Bereich erhebliche Sorgen in verschiedenen Bereichen hervorrufen, wo die Lage verschiedener Wirtman es gerne hätte und wo vor allen Dingen in vielen Wirtschaftsbereichen die schaftsbetriebe nicht mehr so gefestigt ist, wie Entwicklungsaussichten und die Chancen der Produktivität äußerst beschränkt sind und man sehr schnell daran gehen sollte, Umstellungsmaßnahmen zu treffen?

Sie sagen nicht, was Sie hier zu tun gedenken. Sie sagen auch nichts zum Problem der Gastarbeiter, ein Problem, das immer größere

Melter

Bedeutung gewinnt hinsichtlich des Arbeitskräftebedarfes, des Arbeitskräfteeinsatzes, der angemessenen Unterbringung, der Sicherheitsverhältnisse, der Gesundheitsverhältnisse. Kein Wort darüber. Sie ersparen es sich, sich festzulegen, um nicht gebunden zu sein. Aber die Öffentlichkeit würde sehr gerne wissen, welche Wege Sie zu beschreiten beabsichtigen.

Sie sagen auch nichts zu den Fragen der allgemeinen Steuerpolitik. Wollen Sie mit Ihren Steuern, mit Ihren progressiven Steuern dazu beitragen, daß die Eigentumsbildung immer mehr erschwert wird, daß überhaupt eine Änderung der Einkommensordnung eintritt? Wollen Sie die Vermögen so stark belasten, daß es auch für einen kleinen un interessant wird, sich Vermögen zu erarbeiten und anzulegen? Oder wollen Sie vielleicht doch im Laufe der Zeit, weil es notwendig ist, die Eigentumsbildung fördern, um damit den Leistungswillen zu stärken und damit weiters die Wirtschaft anzukurbeln und jedem mehr Sicherheit zu vermitteln, damit er den wirtschaftlichen Gefährdungen des Lebens Paroli bieten kann?

Wir Freiheitlichen haben in der vergangenen Periode maßgeblich dazu beigetragen, daß wenigstens in einem beschränkten Bereich eine Entlastung eingetreten ist; ich verweise hier auf die Entsteuerung der Überstundenzuschläge. Das sehen wir als ganz fühlbaren Erfolg an und würden es begrüßen, wenn diese Dämpfung der Progression auch für die Grundbezüge erfolgen würde.

Welche Absichten haben Sie mit der steuerlichen Belastung der Familien? Denken Sie vielleicht doch daran, daß hier für manche die Situation unerträglich geworden ist und daß trotz des Versprechens der 15.000 S die Verlockung, Familien zu gründen, gar nicht mehr so groß ist, daß aber andererseits die Familien die Grundlagen des Staates und der Gesellschaftsordnung sind. Sie haben wohl eine Staatssekretärin für Familienbelange installiert. Die Frau Staatssekretär mußte vor dem Fernsehen erklären, daß ihr noch keine Mittel für die Betreuung der Familien zur Verfügung stehen. Sie haben sich also nur ein Aushängeschild zugelegt, ohne den Familien echt etwas zu bringen. Sie haben sogar die Armut in diesem Bereich deklariert, denn eine Staatssekretärin für Familienpolitik ohne Geld ist wahrlich arm. (Beifall bei der FPÖ.) Sie haben also nur einer guten Optik einen Dienst geleistet, ohne tatsächlich etwas zu tun.

Sie sagen sehr unverbindlich, daß die Beihilfen laufend erhöht werden müßten. Wie schnell der Lauf sein wird, ist die große Frage. Es ist die Frage, ob man diesen Lauf seitens der Oppositionsparteien nicht immer

etwas fördern muß, damit Sie überhaupt in diesem Bereich etwas tun. Was ist unter „laufend“ zu verstehen? Darunter kann sich kein Familienerhalter vorstellen, was er im Laufe der Legislaturperiode von dieser SPÖ-Regierung tatsächlich an Leistungsverbesserungen zu erwarten hat. Denn das, was im Laufe der vergangenen zwei Jahre geschehen ist, kann man wohl nicht als Leistungsverbesserung bezeichnen, sondern nur als Ausgleich für die Preissteigerungen. Wenn man also laufende Beihilfenerhöhungen im Auge hat, sollte konkret gesagt werden, was für einen Lauf sich diese Bundesregierung vorstellt.

Die Bundesregierung hat auch verschwiegen, wie sie etwa mit dem Vermögen der Familien umzugehen beabsichtigt. Was tut die Bundesregierung mit den Reserven des Familienlastenausgleiches? Zu Zeiten der ÖVP-Alleinregierung wurde erhebliche Klage darüber geführt, daß die Regierung dieses Vermögen nicht verzinsen. (Abg. Herta Winkler: Was heißt verzinsen? Ausgeräumt haben Sie es!) Herr Bundeskanzler! Denken Sie an eine Verzinsung des Vermögens des Familienlastenausgleiches? Sie sollten konkret auf die Frage antworten: Verzinsen Sie das Vermögen der Familien im Familienlastenausgleich? Wenn Sie es nicht tun, dann waren Ihre Vorwürfe vor zwei, drei, vier und fünf Jahren nicht zu Recht erhoben, weil Sie nicht ehrlich waren. Denn wenn Sie diese Vorwürfe ernst gemeint haben, müssen Sie dann, wenn Sie selbst die Mehrheit haben, im Sinne Ihrer seinerzeitigen Vorwürfe eine Korrektur vornehmen. Aber die Bundesregierung schweigt sich darüber aus. Es ist also sehr zweifelhaft, ob sie diese Korrektur in Angriff nehmen wird.

Die Sozialisten nehmen auch sehr gern das Wort der Solidarität in den Mund. Im Sinne der Solidarität im Bereich der Familien, müßte man denken, wäre es dann auch notwendig, daß alle jene, die aus diesem Familienlastenausgleich Leistungen erhalten, zu Einlagen verpflichtet werden. Und wenn sich nun Bund, Länder und Gemeinden Aufwendungen für Familienlasten ersparen, wie etwa bei den Schulfahrtbeihilfen, sollte man doch annehmen, daß aus diesem Bereich zumindest angemessene Beiträge in den Familienlastenausgleich geleistet werden.

Aber auch dazu sagt der Herr Bundeskanzler, obwohl er Vorsitzender des Familienpolitischen Beirates ist, kein Wort. Es wird nur herausgenommen, ohne alle Familien gleichmäßig zu betreuen.

Die Sozialisten haben immer für die Frauen einiges übrig gehabt und haben auch nun erstmals drei Frauen in die Bundesregierung

Melter

berufen. Man hätte daher annehmen können, daß man auch einige Worte zu den Frauen sagt.

Was verspricht diese Regierung den Frauen? Man sieht nichts davon in der Regierungserklärung. (Abg. *Herta Winkler*: Seite 28 und 29!) Man war hier vor den Wahlen wesentlich offener als dann, als man Verantwortung zu übernehmen hatte und man nun als Mehrheitsregierung diese Versprechungen auch einlösen könnte. Wir vermissen insbesondere Ausführungen etwa über Teilzeitregelungen, Maßnahmen, die es auch Müttern wenigstens teilweise ermöglichen würden, etwas zum Haushaltsbudget beizutragen.

Über die Hausfrauen wird nichts gesagt, nicht einmal an eine allgemeine Unfallversicherung für Frauen hat man gedacht, jedenfalls hat man nichts darüber gesagt. Die Frauen erwarten aber gewisse Äußerungen der Regierung. Nicht der Vertreter der Regierungspartei, die Regierung hätte etwas darüber verlauten lassen müssen.

Wenn der Herr Abgeordnete Sekanina hier seine persönliche Meinung vertreten hat, so ist das sein volles Recht, es ist ihm unbekannt. Aber wenn er Wünsche angemeldet hat, so ist es erstaunlich, daß diese seine Wünsche in der Regierungserklärung keine Verankerung gefunden haben. Man muß daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß seine Wünsche von der Regierung nicht ernst genommen worden sind und daß die Regierung nicht daran denkt, diese Wünsche zu erfüllen?

Wir denken dabei auch an die Witwenpensionen. Die sozialistischen Vertreterinnen haben sich seinerzeit bei der Einführung des zehnprozentigen Zuschlages sehr energisch dafür eingesetzt, daß die Einkommensbeschränkung fällt, daß sie nicht verankert wird. Bei der Festlegung der 60 Prozent Witwenpension ist die Einkommensgrenze geblieben. (Zwischenruf der Abg. *Herta Winkler*.) Frau Kollegin Winkler, wir sind auch für die Beseitigung dieser Einkommensbeschränkung eingetreten, genauso wie bei den Ruhensbestimmungen, aber Ihre Regierung hat in den vergangenen 18 Monaten diesbezüglich nichts getan, und auch in der Regierungserklärung für die kommende Zeit wird nichts dazu gesagt.

Nun noch einiges auch zum Wohnungsproblem. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß entgegen den Erwartungen das Ausmaß des Bauvolumens im Jahre 1970 erheblich zurückgegangen ist und daß die Grenze von 50.000 neuen Wohnungen pro Jahr bei weitem nicht erreicht werden konnte. Für das Jahr 1971 sind noch keine Zahlen bekannt.

Die Regierung hatte 55.000 Wohnungen versprochen und eine weitere Steigerung von je 5000 pro Jahr. Das war vor 18 Monaten, da war man sehr konkret. Aber in der neuen Regierung ist man sehr zurückhaltend geworden, sehr, sehr zurückhaltend.

Worauf ist das zurückzuführen? Auf Erfahrungen, die man in den vergangenen 18 Monaten gesammelt hatte? Auf Erfahrungen, die etwa darauf hinauslaufen, daß man bei den eingetretenen Steigerungen, insbesondere bei den Baukosten eine Bewältigung dieses Programms nicht oder kaum finanzieren kann? Die Regierung hat jedenfalls nicht mehr erklärt, daß sie auf Grund ihrer Zielvorstellungen nun wirklich jedes Jahr zusätzlich 5000 Wohnungen mehr bauen würde.

Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß es sehr viele überalterte Wohnungen gibt. Leider hat er unterlassen, zu sagen, wo sich diese überalterten Wohnungen konzentrieren. Sind nicht etwa dort die meisten überalterten oder abgelebten Wohnungen, wo Sozialisten maßgeblich bestimmen, etwa in Wien seit Jahrzehnten, etwa in Landeshauptstädten wie Linz und Graz, wo die größten Schwierigkeiten bestehen? Warum haben Sie dort die Situation nicht bereinigt, obwohl Sie in der Mehrheit waren, obwohl Sie die Möglichkeiten hatten, Vorsorge zu treffen? Sollen nun auf Bundesebene auf Kosten jener Bundesländer, die früher initiativ geworden sind, die früher mehr Eigenleistungen gefordert und auch erbracht haben, nun in diesen sozialistischen Ballungsgebieten mehr Bundesmittel eingesetzt werden, auch auf Kosten jener leistungsbewußten Arbeitnehmer in den Bundesländern, die sich bisher unter größten Opfern um eine Verbesserung der Wohnungssituation bemüht haben?

Wir haben dem „Kurier“ entnehmen können, und zwar einem Artikel des Herrn Willi Grotte, daß in Wien die schlechteste Wohnbauförderung ist, obwohl Sie dort seit Jahren für eine Verbesserung eingetreten sind. Wir fragen nun, welche Bestrebungen unterstützen Sie am meisten? Die Eigentumsförderung in Arbeitnehmerhand auch auf dem Wohnungssektor? Oder nur den Haupteinfluß und den Ausbau der Genossenschaften und der Gemeinden? Kein Wort findet sich für den aufmerksamen Beobachter, der wissen will, wohin der Weg führen soll.

Das gleiche gilt für die regionalen Entwicklungskonzepte. Hier fragen wir uns: Worauf wartet die Bundesregierung? Will sie wieder so wie in den vergangenen 18 Monaten die guten Ratschläge seitens der anderen Fraktionen verwerten und als eigenen Erfolg

Melter

herausstellen, ohne sich durch vorherige Festlegungen zu fixieren, um so den Wählern die Möglichkeit zu eröffnen, kritisch zu beurteilen, wer gute, zielführende Vorschläge hat?

Ich möchte zum Abschluß kommen und sagen: Herr Bundeskanzler, Sie haben es neuerlich verstanden, mit unbestimmten Ausführungen zum Teil sicher auch große Hoffnungen zu wecken. Als Menschenfreund würde ich es sicher sehr gerne sehen, daß es nicht vielen geht wie Mondsüchtigen, die einem schönen Traum nachjagen und erwachen, wenn sie auf der Nase liegen. Als Volksvertreter muß ich aber doch der Enttäuschung darüber Ausdruck geben, daß sich die 1400 Sachverständigen offensichtlich abgemeldet haben und Sie nach einer 18monatigen Regierungstätigkeit ein Programm vorgelegt haben, das so hohl geworden ist, daß eine Zielsetzung der Regierungsarbeit nicht erkannt und damit auch nicht positiv beurteilt werden kann.

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß man sich mit den politischen Realitäten im Interesse der Gesamtbevölkerung auseinanderzusetzen hat, daß man keine Illusionen wecken darf, daß man nicht von der Hand in den Mund leben darf und daß eben deshalb von der Regierung ein klares Programm erwartet werden könnte, und ich hoffe, daß Sie in Ihrer abschließenden Stellungnahme zur Regierungserklärung sich diesbezüglich doch noch einige Festlegungen einfallen lassen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler Ing. Häuser. Er hat das Wort.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. Häuser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Lauf der bisherigen Diskussion sind eine Reihe von Feststellungen getroffen worden, die im konkreten persönlich an mich gerichtet waren, respektive die mein Ressort betreffen. Ich möchte zur Vereinfachung auch der Diskussionsabwicklung auf einzelne dieser konkreten Anfragen eingehen.

Fürs erste, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich sagen — und das jetzt aus der Erfahrung einer doch längeren Parlamentstätigkeit —, daß wohl keine Regierung imstande ist, ein Regierungsprogramm vorzulegen — ob es kurz und grundsätzlich oder etwas ausführlicher ins Detail gehend ist —, zu dem es keine Fragen mehr gibt; es wird immer wieder noch Fragen geben, die in einer Regierungserklärung nicht behandelt worden sind, weil man ganz einfach die Fülle der Probleme nicht darstellen kann und weil es noch weniger möglich ist, in die Details der Probleme, wie sie jetzt hier angeschnitten worden sind, einzugehen.

Aber eine Klarstellung, vor allem auch für meinen Bereich, möchte ich machen. Es ist immer wieder oder mehrfach gesagt worden, daß die Regierungserklärung 1971 so völlig anders sei, zum Teil sei sie nebuloser, sie sei viel breiter gehalten und sage nichts aus, während die Regierungserklärung 1970 ganz exakte Zielvorstellungen gehabt hätte.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, bitten, zu beachten, daß es in der Regierungserklärung — es steht das auf Seite 3 — deutlich heißt:

„Die neue Bundesregierung identifiziert sich mit der Regierungserklärung vom 27. April 1970, und sie wird bestrebt sein, die in ihr enthaltenen Ziele in den nächsten vier Jahren schrittweise zu erfüllen.“

Das heißt mit anderen Worten, daß all das, was jetzt hier auch in der Debatte als positive Ausführung der Regierungserklärung 1970 aufgefaßt wird, im Rahmen dieser Regierungserklärung mit zur Diskussion steht.

Nun zu einer zweiten grundsätzlichen Frage. Es wird gemeint, man habe zu wenig Detailzielsetzungen angeführt. (Abg. Doktor Mussi: Zuviel!) Ja, da sind eben die Meinungen verschieden. Ich erinnere mich sehr genau, daß man bei der letzten Regierungserklärung und während der Funktionsperiode von 1970 bis 1971 immer wieder gesagt hat, diese Regierung solle nicht Einzelmaßnahmen setzen, sondern sie solle die Probleme, die großen Probleme, die vor uns liegen, einer Lösung zuführen. Heute wird nun festgestellt: Die Probleme werden zwar hier angeschnitten, aber man gehe nicht ins Detail.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man auf diesem Gebiet eben dann mit der Materie konfrontiert wird, in dem Moment, wo sie im Rahmen der Legistik dem Parlament zur Diskussion gestellt wird.

Nun zu einigen konkreten Anfragen und Feststellungen.

Es ist sowohl vom Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer als auch von den Herren Abgeordneten Melter und Dr. Kohlmaier zur Frage „Beseitigung der Armut“ Stellung genommen worden. Herr Dr. Schleinzer hat gemeint, daß damit gleichsam eine Geschichtslüge aufgetischt werde, denn der Kampf gegen die Armut sei immer schon geführt worden. Wieso werde er also jetzt erst begonnen? Und Herr Abgeordneter Melter hat gemeint: Wo liegt denn die sachliche Beurteilung, und wann wird sie überwunden?

Ich darf fürs erste feststellen: 1956 ist die Ausgleichszulage eingeführt worden, damals mit 460 S. Sie ist bis 31. 12. 1965 und 915 S

Vizekanzler Ing. Häuser

angestiegen, das ist eine durchschnittliche jährliche Steigerung von 10 Prozent. Vom Dezember 1965 bis zum 1. 1. 1970, wo wir bereits eine Dynamisierung dieser festgesetzten Richtsätze gehabt haben, ist sie angestiegen von 915 S auf 1283 S. Das waren fünf Jahre, meine Damen und Herren. Fünfmal Dynamisierung! Und im Durchschnitt ist dieser Richtsatz um 8 Prozent pro Jahr gestiegen.

Sie haben dann — das kann ich sachlich feststellen — im Jahre 1969 mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1970 eine Sonderregelung im Zusammenhang mit der 55prozentigen Witwenpension getätigt, und zwar mit 50 S. Das war eine Erhöhung um 4 Prozent.

Darf ich Ihnen sagen, wie der erste Schritt — und das sage ich jetzt beiden Anfragern — zur Bekämpfung der Armut ausgesehen hat? Wir haben vom 1. 7. 1970 bis zum 1. 7. 1971 eine Steigerung des Richtsatzes der Ausgleichszulage von 1333 S auf 1528 S — 195 S plus oder 14½ Prozent! Das meinen wir damit. (Beifall bei der SPÖ.) Damit möchte ich auch die Klarstellung getroffen haben, daß wir schrittweise im Rahmen der budgetären und wirtschaftlichen Möglichkeiten eine solche Verbesserung jener Bevölkerungsschichten herbeiführen wollen, die der Hilfe des Staates so dringend bedürfen. (Rufe bei der ÖVP: Witwenrenten!) Ich wende bei konkretem Anlaß Ihnen auch meine Auffassung dazu sagen. Ich möchte jetzt in diese Debatte nicht eingreifen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer hat den Abbau der Ruhensbestimmungen neuerlich urgiert und hat gemeint, daß man damit die Einsamkeit der alten Menschen bekämpfen könnte. Ich möchte hier, bitte, nur eine Feststellung treffen: Ich bitte, sich die Zahlen anzusehen, wie viele der alten einsamen Menschen physisch und psychisch überhaupt in der Lage sind, eine Arbeit aufzunehmen. Man möge also dieses Problem mit einem völlig andersgearteten Problem nicht in Zusammenhang bringen.

Nun zu den Fragen bezüglich der Reformen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier hat gemeint: Was heißt „Erstellung eines Gesamtkonzeptes in der Sozialversicherung“? Der Herr Kollege Melter hat ebenfalls gemeint: Wenn Sie das 1970 etwa als Forderung aufgestellt hätten, wäre es verständlich, aber dann hätten Sie es ja in den 18 Monaten schon vornehmen können.

Ich darf meinen beiden Kollegen sagen: Wir haben das 1970 aufgestellt. Ich könnte Ihnen auch wörtlich vorlesen, was in der Regierungserklärung 1971 steht. Aber wir haben in diesen 18 Monaten auch auf diesem

Gebiete gearbeitet. Mich wundert es, daß der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier die Frage hier angeschnitten hat: Was soll denn das sein? Er selbst hat, zumindest eine Zeitlang, in diesem Bereich aktiv mitgearbeitet. Bei der Enquête der Krankenversicherung, einem Teilbereich der Sozialversicherung, haben wir durch viele Monate in fünf Arbeitskreisen solche Gesamtkonzepte zu erstellen versucht. Der Teil Krankenversicherung ist also vorbereitet und abgeschlossen. Wir werden daraus die entsprechenden logistischen Konsequenzen ziehen. Das meinen wir mit der Feststellung, die wir hier für einzelne Bereiche vorgelegt haben.

Nun zur Frage der Statistik. Man sagte, wir seien eine statistikfreudige Regierung und hätten das Parlament über die Lebenserwartung informiert. Aber Herr Dr. Kohlmaier meinte, es fehle dazu die Konsequenz, wie wir beitragen wollen, daß es zu einer besseren Lebenserwartung kommt. Ich möchte Sie nicht aufhalten. Ich verweise auf Seite 7 der Regierungserklärung. Dort ist eine ganze Fülle konkreter Maßnahmen, soweit sie überhaupt in den Kompetenzbereich der Regierung und damit in mein Ressort fallen, aufgezählt. Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, daß die praktische Durchführung für das gesamte Krankenhauswesen, aber auch für das gesamte Gesundheitswesen in die Länderkompetenz fällt, und es muß daher dort die weitere praktische Arbeit geleistet werden.

Wir hätten den Spitalsplan in den ein- bis einhalb Jahren nicht verwirklicht. — Ich habe mehrfach hier von dieser Bank aus dazu Stellung genommen. Ich möchte heute sagen: Der Spitalsplan ist auch in der Regierung von 1966 bis 1970 behandelt worden. Ich habe das vorige Parlament darüber informiert, daß es 14 Sitzungen gegeben hat, von 1966 bis April 1969, und dann ist diese Initiative, dieser geschaffene Beirat eingeschlafen — ich darf es so wörtlich sagen —; es ist diese Angelegenheit in keiner Weise weiter vorwärtsgetrieben worden.

Wir haben über den Obersten Sanitätsrat einmal die grundsätzliche Festlegung, ob auch von medizinischer Sicht der Plan für die Neuerstellung unseres gesamten Krankenanstaltenwesens akzeptabel ist. Wir haben nun in Vorbereitung — in einigen Ländern sind diese Vorbereitungen bereits sehr weit gediehen — Landespläne, die wir dann, wenn alle Länder mit dieser Planerstellung fertig sind, entsprechend werden koordinieren müssen.

Bezüglich des Umweltschutzes ist hier vom Herrn Dr. Kohlmaier bekräftelt worden (Abg. Dr. Mussi): Nicht den Ausdruck „bekritisieren“

Vizekanzler Ing. Häuser

verwenden!) — ist festgestellt worden —, daß nur ein lächerlicher, kurzer Absatz enthalten ist, während im Humanprogramm so viel steht. Meine Damen und Herren! Auch hierüber ist schon so viel gesprochen worden.

Zur konkreten Frage, ob nach dem Verursacherprinzip oder von der öffentlichen Hand die Mittel zu erbringen sind: Es ist sehr deutlich in der Regierungserklärung ausgedrückt, daß wir uns grundsätzlich zum Verursacherprinzip bekennen und daß nur dort, wo dieses Verursacherprinzip nicht erfaßt werden kann, Maßnahmen der öffentlichen Hand notwendig werden.

Auch zu dem Vorwurf, daß wir uns etwa nicht rechtzeitig an die Öffentlichkeit gewandt haben, wie das alles zu bedecken sei, sondern dies erst vor kurzem vom Herrn Bundeskanzler in einer Fernsehdiskussion aufgerollt worden sei, verweise ich auf die Regierungserklärung, wo dieser Fragenbereich ebenfalls bereits angeführt ist.

Eine kleine Randbemerkung darf ich mir erlauben. Wenn man die Gründung eines neuen Ministeriums lediglich von der Warte her sieht, ob damit ein Dienstauto mehr und damit ein Auto mehr für die Umweltverschmutzung gegeben ist, dann darf ich Sie auch in dieser Hinsicht beruhigen. Es gibt kein Dienstauto m e h r, sondern das ist vom Ressort des Sozialministeriums.

Aber ich glaube, das ist gar nicht die Problematik, sondern man müßte doch vielmehr die Notwendigkeit erkennen, daß hier gezielte Maßnahmen für all die gesundheitlichen Notwendigkeiten ergriffen werden.

Ganz besonders bedauere ich, daß die Frage an mich gerichtet wurde, wie das Leistungsrecht in der Krankenversicherung zu sichern sei und wodurch es gefährdet ist. Meine Damen und Herren! Sie alle, die Sie länger dem Parlament angehören, wissen, daß wir uns seit eh und je in bestimmten Zeitabständen immer wieder mit der finanziellen Situation der Krankenversicherung beschäftigen. Wenn die entsprechende finanzielle Situation nicht gegeben wird, dann wird das bestehende Leistungsrecht gefährdet.

Dazu kommt, daß wir doch seit Jahr und Tag — das kann ich hier gleich verbinden — immer wieder aus diesen gesundheitlichen Zielsetzungen heraus die Forderung nach Gesundenuntersuchungen, nach Maßnahmen im Leistungsrecht der Krankenversicherung aufgestellt haben. Wir glauben daher, daß das eine unbedingte Notwendigkeit wäre.

Aber auch hier dem Herrn Dr. Kohlmaier einen kleinen Hinweis. Er hat also gemeint,

daß die Regierung von den 107 Punkten abgeschrieben hätte. Ich habe hier das Regierungsprogramm 1970. Ich möchte zwei konkrete Punkte daraus verlesen, weil auch hier die 107 Punkte und das Regierungsprogramm taxativ gegenübergestellt wurden.

Ich darf sagen, was 1970 in der Regierungserklärung gestanden ist:

„Ausbau und Sanierung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, wobei der Einrichtung des ärztlichen Notdienstes und den Problemen der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein wird.“

Nächster Absatz:

„Gezielter Ausbau von Vorsorgeuntersuchungen und der Maßnahmen zur Krankheitsfrüherkennung.“

Ich bitte nun zu vergleichen, wie weit Ihr Text der 107 Punkte mit dem Regierungsprogramm 1970 in Einklang steht.

Das nur am Rande und als eine entsprechende Klarstellung.

Ich bin dann sehr konkret gefragt worden, wie wir uns zu der Steuerentwicklung stellen werden. Wenn wir so viel Statistik betreiben, dann mögen wir doch auch sagen, wie die steuerliche Entwicklung im letzten Jahr vor sich gegangen ist. Ich bin gerne bereit, dem Herrn Dr. Kohlmaier gleich jetzt diese Antwort für die Lohnsteuer zu geben.

Ich nenne die Zahlen bis 1971. Wir haben noch keinen Abschluß, aber die Gegenüberstellung von 1970 zur Prognose 1971, das heißt zum Voranschlag, kann ich natürlich sagen. Es wird eine Erhöhung von 10,1 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf 11,6 Milliarden Schilling, inklusive des 10prozentigen Zuschlages von 11,2 Milliarden Schilling auf 12,7 Milliarden Schilling erfolgen. Das ist also, Herr Dr. Kohlmaier, bei der Lohnsteuer von 1970 auf 1971 eine Steigerung um 1,5 Milliarden Schilling oder 14 Prozent.

Aber ich habe mir in der Zwischenzeit auch ausgerechnet, wie groß die Entwicklung von der letzten Steuerreform 1968 bis zum Jahre 1970, also in den letzten zwei Jahren war, in denen die ÖVP regiert hat. Wir hatten 1968 ein gesamtes Lohnsteueraufkommen von 7,1 Milliarden Schilling. 1970 hatten wir inklusive des 10prozentigen Zuschlages ein solches von 11,2 Milliarden Schilling, das ist in zwei Jahren eine Steigerung um 4090 Millionen Schilling oder 55 Prozent.

Und jetzt darf ich vielleicht doch ganz kurz ... (Abg. Zeillinger: Haben Sie einen neuen Finanzminister?) 4090 Millionen

Vizekanzler Ing. Häuser

Schilling mehr, das sind 55 Prozent. So viel betrug innerhalb von zwei Jahren die Steigerung des Aufkommens an Lohnsteuer. Ich spreche im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister dazu. (Abg. *Zeillinger: Sie sind aber nicht Finanzminister!*) Aber ich darf, wenn ich konkret gefragt werde, konkret antworten, geschätzter Herr Abgeordneter Zeillinger! (Abg. *Zeillinger: Geschäftsordnung!*) Herr Dr. Kohlmaier hat an mich die Frage gerichtet, wie ich als Vizekanzler dazu stehe, und dazu darf ich auch die Antwort geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Sonstigen möchte ich sagen, daß wir bei den einzelnen Maßnahmen, die wir konkret im Laufe der Legislaturperiode treffen werden, auch zu dem, was im Regierungsprogramm enthalten ist, das Einvernehmen und den Kontakt mit den anderen Parteien herstellen werden. Ich glaube daher, daß alle Detailfragen bei diesen Beratungen einer Erledigung zugeführt werden können. — Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Professor Dr. Koren. (Abg. *Zeillinger: Was das Fernsehen alles ausmacht! Zur Gesundheit haben Sie nichts gewußt, Herr Vizekanzler!*)

Abg. Dr. **Koren** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! — Herr Kollege Zeillinger, ich warte gerne noch ein bißchen! (Abg. *Zeillinger: Entschuldigen Sie!*)

Herr Vizekanzler! Als Sie auf die erste Regierungserklärung Ihrer Regierung aus dem Jahre 1970 verwiesen haben und dabei wieder den Zusammenhang mit den 107 Punkten herstellen wollten, mußte der Herr Bundeskanzler leicht schmunzeln, denn er kennt die Geschichte und weiß, daß mindestens die Hälfte der Regierungserklärung des Jahres 1970 aus dem Beitrag stammt, den wir damals bei den Regierungsverhandlungen in den sieben Wochen der Auseinandersetzungen als unsene Vorstellungen präsentiert hatten. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß es sich um unsere Vorstellungen handelt, die Sie — dagegen hatten wir nichts einzuwenden — in Ihr Regierungsprogramm übernommen haben.

Meine Damen und Herren! Zum dritten Mal in fünf Jahren beschäftigt sich heute der Nationalrat mit dem Programm einer Regierung, die nur von einer Partei gebildet wird. Die Tatsache der Einparteienregierung ist das Gemeinsame dieser drei Anlässe. Dagegen haben sich entscheidende Grundlagen und Voraussetzungen für die Führung und Gestaltung der Politik unseres Landes in dieser Zeit grundlegend verändert.

Bis 1966 war das politische Aktionsverständnis der großen Parteien auf die Zusammenarbeit in Regierung und Parlament hin orientiert. Im politischen Bewußtsein der Bevölkerung hat dann zwar in den letzten Jahren vor 1966 die Einschätzung der Form, der Begleiterscheinungen und der Ergiebigkeit der Koalition gelitten, nicht aber die vorherrschende Meinung über die Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit der großen politischen Kräfte in diesem Land. So war damals auch die Debatte 1966, als die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei begonnen hat, weitgehend von dem Gedanken beherrscht, daß eine gefährliche Zäsur der innenpolitischen Entwicklung Österreich drohe.

Besonders Sie, Herr Bundeskanzler, haben damals in Ihrer Rede vom 22. April 1966 vor dem Nationalrat mit sehr großer Eindringlichkeit auf die drohende Gefährdung des innenpolitischen Friedens hingewiesen, die österreichische Tragödie der Ensten Republik anklingen lassen und schließlich das Regieren mit einem Vorsprung von fünf Mandaten als ein fragwürdiges Unterfangen eingestuft.

Die folgenden Jahre haben dann das Trauma aus der politischen Vergangenheit Österreichs gelöst, die Arbeitsfähigkeit einer knappen Parlamentsmehrheit bewiesen und, wie ich glaube, das Demokratieverständnis in diesem Land gefestigt. Ohne Übertreibung darf ich wohl sagen, daß ohne diese Phase der österreichischen Innenpolitik das Experiment der dann folgenden Alleinregierung ohne parlamentarische Mehrheit nicht denkbar gewesen wäre. Über die materielle, über die sachliche Problematik dieser Periode ist oft genug gesprochen worden. Ihre Folgen werden in der absehbaren Zukunft deutlicher werden als uns lieb ist und noch ausreichend zu diskutieren sein.

Hier aber geht es nur darum festzustellen, wieweit diese eineinhalb Jahre wiederum nun neue Voraussetzungen geschaffen und veränderten Denkweisen Eingang in das politische Verständnis in Österreich ermöglicht haben. Ich will bei Gott keine umfassende Analyse der parlamentarischen Situation in der vergangenen Gesetzgebungsperiode anstellen. Einige Feststellungen mögen Sie mir aber bitte erlauben:

In breiten Schichten der österreichischen Bevölkerung haben die letzten eineinhalb Jahre das Verständnis für die im Interesse der Erhaltung und Sicherung der Demokratie notwendige Funktionsteilung zwischen Regierung und Opposition in bedenklicher Weise gestört.

Dr. Koren

Durch die Tatsache, daß die Regierung im Parlament keine Mehrheit hatte, sind die Oppositionsparteien in eine Verantwortungsrolle gedrängt worden, die mit ihrer entscheidenden Aufgabe in der Demokratie — nämlich mit der Kontrolle der Machtausübung durch die Mehrheit — im Widenspruch gestanden ist.

Das entscheidende Problem für die Weiterentwicklung und für die Sicherung der Demokratie ist jedoch die Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der Ausübung der Macht. Denn wir leben heute, meine Damen und Herren, in einer Gesellschaft und in einer Zeit, die eine ungeheure Zunahme der Gemeinschaftsaufgaben mit sich bringt. Der Staat greift heute zunehmend und immer mehr in Lebensbereiche regelnd und ordnend ein. In wenigen Jahrzehnten ist die staatliche Verwaltung in ihrem Wirkungsbereich auf ein Vielfaches angewachsen. Wirtschaftspolitik, Regionalpolitik, Einkommensverteilung, Bildung, Umwelt, Gesundheit sind heute zentrale Einflußsphären politischer Tätigkeit geworden. Und ich stimme mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß auch außerhalb der staatlichen Verwaltung neue und größere Einflußbereiche laufend entstehen und sich ausweiten. Ich denke dabei allerdings nicht nur so wie er in der Regierungserklärung an die Konzentration wirtschaftlicher Macht, sondern mindestens in gleicher Weise an Körperschaften und Organisationen, die im steigenden Maße umfassende Aufgaben erfüllen, aber nur am Rande und oft sogar außerhalb der staatlichen Verwaltung stehen.

Die stetige Zunahme und die Ausweitung der Aufgaben- und Arbeitsbereiche bedeutet zwangsläufig das Entstehen neuer Machtbereiche und von mehr Macht.

Ich möchte hier nur am Rande bemerken, daß ich mich nicht ganz der Meinung anschließe, die Kollege Gratz hier vor kurzem geäußert hat: Man solle nicht immer von der Demokratie reden. Ganz im Gegenteil: Wir haben dieses Reden nicht in Schwung gebracht, sondern über die Demokratie geredet hat vor allem in der letzten Phase, in der letzten Gesetzgebungsperiode diese Regierung und der Herr Bundeskanzler. Ich glaube, daß diese ganze Diskussion um die weitere Entwicklung der Demokratie, die ja gerade der Herr Bundeskanzler betreibt und die er sich mit den nun zumindest nicht sehr inhaltsreichen Schlagworten „Transparenz“ und „Demokratisierung“ sehr wohl zunutze gemacht hat, letztlich von diesem Problem zunehmender Machtkonzentration in unserer modernen Gesellschaft ausgelöst wird.

Das Gegengewicht kann aber, glaube ich, nicht in Schlagworten oder in dem Versuch gefunden werden, neben den demokratischen Einrichtungen „Pseudotransparenz“ oder „scheinodemokratische Einrichtungen“ zu schaffen, wie es in der zurückliegenden Gesetzgebungsperiode doch mehrmals versucht worden ist.

In der parlamentarischen Demokratie sind Regierung und Regierungsmehrheit die legitimen Träger und Verwalter der von den Wählern übertragenen Macht und Verantwortung, die Opposition, das heißt die Minderheit, die einzige berufene Kontrollinstanz dieser Macht. Unsere wichtigste Aufgabe wird es in den nächsten Jahren sein, diese Kontrollfunktion mit allem Nachdruck und erheblich stärker zur Geltung und Wirkung zu bringen als in der verzerrten parlamentarischen Situation von 1970/71.

Wir nehmen deshalb sehr aufmerksam jenen Passus der Regierungserklärung zur Kenntnis, der heute schon einmal zitiert wurde, den ich aber dennoch nochmals wiederholen möchte. Er lautet:

„Dazu gehört natürlich auch die Bereitschaft der Regierung, sich die Kontrolle durch die politischen „Parteien im demokratischen Staat nicht nur gefallen zu lassen“ — was ich leicht überheblich finde —, „sondern sich ihr auch bereitwillig zu unterwerfen.“

Und es heißt weiter: „Diese Bundesregierung wird sich bereit finden, alle jene Maßnahmen zu akzeptieren, die den Parteien dieses Hauses verstärkte Möglichkeiten der Kontrolle des politischen und damit des öffentlichen Lebens bieten.“

Herr Bundeskanzler, Sie gestatten, daß wir diese Ihre, scheinbar so großherzige Erklärung doch mit einiger Skepsis und einem Schuß gesunden Mißtrauens entgegengenommen haben. Mit Skepsis und Mißtrauen vor allem aus zwei Gründen:

Einmal deshalb, weil Sie uns in den letzten eineinhalb Jahren mehr als einmal gezeigt haben, wie wenig Sie das Kontroll- und Fragerecht in diesem Hause schätzen. So ungewöhnlich freigiebig Sie Informationen an die Öffentlichkeit geben, so zugeknöpft haben Sie sich diesem Haus gegenüber gezeigt.

Ein Beispiel, ein einziges, mag für viele stehen: Als Sie im vergangenen Frühjahr mit dem Finanzminister in der deutschen Bundesrepublik waren, waren damals Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen reichlich mit ausführlichen Interviews über Zahl, Ablauf und über die Gegenstände Ihrer Gespräche versorgt.

Dr. Koren

Die Antwort aber, die Sie meinem Kollegen Graf auf die schriftliche parlamentarische Anfrage vom 20. Mai des Vorjahres am 14. Juni gegeben haben, ist, glaube ich, wert, im Wortlaut verlesen zu werden. Sie haben damals auf die Frage: „Was war der Inhalt dieser Gespräche und was waren die Ergebnisse?“, die Antwort gegeben: „Fragen von beiderseitigem Interesse.“

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube nicht, daß diese Antwort auch nur einigermaßen mit dem von mir zitierten Passus der Regierungserklärung in Einklang zu bringen ist, und ich glaube, daß diese Antwort kein überzeugender Beweis für Ihre Bereitschaft ist, sich der parlamentarischen Kontrolle bereitwillig zu unterwerfen.

Zum zweiten, Herr Bundeskanzler, erlaube ich mir Skepsis aus folgendem Grund: Sie sprechen in beiden zitierten Passagen Ihrer Erklärung von der Kontrolle durch die „politischen Parteien“ und nicht etwa von der Kontrolle durch „die Oppositionsparteien“ oder die „Opposition“ schlechthin. Nun schätze ich Ihre Formulierungskunst viel zu hoch, als daß ich an einen Flüchtigkeitsfehler der Formulierung denken könnte. War die gewählte Formulierung Absicht — und ich bitte, mich zu korrigieren, wenn ich falsch vermute —, dann bedeutet die Formel „politische Parteien“ offensichtlich das ganze Parlament oder, anders ausgedrückt, dessen Mehrheit.

Schon heute aber — und das ist von einem Vorredner schon zum Ausdruck gebracht worden — krankt das Kontrollrecht des Parlaments daran, daß entscheidende Elemente dieses Kontrollrechtes nur mit Mehrheitsbeschlüssen des Hauses wirksam werden können. Hier liegt ein echter Widerspruch im System unserer parlamentarischen Demokratie, weil es der Mehrheit, die die Regierungsmacht stützt, auch den entscheidenden Hebel der Machtkontrolle in die Hand legt.

Ich bin sehr dankbar, daß heute hier zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Regierungsfraktion hier nicht von den Standpunkten abrückt, die sie, zwar nicht als Ganzes, aber durch einzelne ihrer Vertreter, in früheren Jahren zum Ausdruck gebracht hat. Ich werde mir später noch erlauben, auf dieses Thema ein wenig näher einzugehen. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Seien Sie aber versichert, Herr Bundeskanzler: Wir werden sehr bald auf diese Frage auch konkret zurückkommen. Dann wird es an Ihnen liegen zu bestimmen, ob Ihre Erklärung zum Nennwert, oder — dem allgemeinen Inflationstrend folgend — mit einem kräftigen Disagio eingelöst werden wird. Denn wir

betrachten die Kontrolle Ihrer Arbeit, Ihrer Ziele und Ihrer Handlungen, ebenso aber Ihrer Unterlassungen als eine vorrangige Aufgabe.

Und wir werden weiter in diesem Haus keine Opposition um der Opposition willen betreiben. Die 80 Abgeordneten meiner Fraktion vertreten 44 Prozent der für die Parlamentsparteien abgegebenen Wählerstimmen. Wir haben hier das Vertrauen dieser Wähler zu rechtfertigen und eine Politik zu vertreten, für die diese Wähler votiert haben. Als Minderheit können wir unsere Vorstellungen von der Lösung gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Probleme nur auf zwei Arten deutlich machen: Einmal in der Konfrontation mit und der sachlichen Kritik an den Absichten und Vorschlägen der Regierung, und weiter dort, wo auf Seiten der Regierungspartei die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu Kompromissen vorhanden ist, an der gemeinsamen Gestaltung der parlamentarischen Entscheidungen mitzuwirken.

Wir sind jederzeit zu einer solchen sachlichen Zusammenarbeit auf der Basis einer echten Kompromißbereitschaft zu haben, so wie wir die gleiche Kompromißbereitschaft in allen Gesetzgebungsperioden der Zweiten Republik unter Beweis gestellt haben.

Ich möchte aber ebensowenig mißverstanden werden: Die Verantwortung für die Sachentscheidungen in diesem Haus trägt nun die Regierungspartei ausschließlich und allein.

Der Herr Bundeskanzler hat ausdrücklich erklärt, daß die von ihm ausgedrückte Kompromißbereitschaft, die er allerdings verklausuliert von der Zustimmung seiner Fraktion abhängig gemacht hat — sie ist inzwischen in ähnlich verklausulierter Form weitergegeben worden —, dort endet, wo seine Zielvorstellungen nicht mehr erreicht werden können.

Ich will danach, weil diese Zielvorstellungen bislang zu wenig bekannt geworden sind oder sich zu oft geändert haben, noch kein Urteil über die voraussichtliche Bandbreite dieser Kompromißbereitschaft abgeben. Wir werden in den kommenden Wochen sehr bald und ausreichend Gelegenheit haben, diese Frage zu prüfen.

Was allerdings heute Kollege Gratz, wenn auch in einem sehr freundlichen Ton, gesagt hat, ist nicht übermäßig ermutigend. Denn wenn ich nicht falsch verstanden habe, dann haben Sie von einer „zügigen Verhandlungsführung“ gesprochen. Ich glaube, daß niemand in diesem Haus jemals daran gezweifelt hat, daß in allen Phasen der letzten Zeit sehr zügig verhandelt worden ist, daß aber dennoch nicht alle parlamentarischen Wünsche erfüllt wer-

Dr. Koren

den konnten, weil einfach das Arbeitsvolumen größer als die Arbeitsmöglichkeit ist. Wenn ich unter „zügig“ nun verstehen sollte, daß viel mehr auf das Tempo gedrückt werden soll auf Kosten einer sachlichen Prüfung, dann, glaube ich, werden wir dazu kaum unsere Zustimmung geben können.

Keinesfalls aber können wir Zusammenarbeit so interpretieren lassen, wie das der Herr Bundeskanzler vor wenigen Tagen auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei in Enns getan hat, nämlich als einen Kuhhandel mit Verfassungsgesetzen, wie er selbst sagte. Dann würden wir Ihnen, Herr Bundeskanzler, sehr bald sagen müssen, daß wir dazu nicht zu haben sind. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Gestatten Sie mir ein paar Reflexionen zum Inhalt der Regierungserklärung. Ich glaube, es gehört zum Wesen einer Regierungserklärung, daß sie wohl die Absichten, die Schwerpunkte und die wichtigsten Ziele der antretenden Regierung zum Ausdruck bringt, notwendigerweise aber in den konkreten Aussagen über Inhalte, über Zeitvorstellungen doch über weite Strecken unverbindlich bleiben muß, weil die Regierung ja erst an die Arbeit gehen muß. Diesmal trifft das allerdings nicht ganz zu, denn diese Regierung ist ja seit eineinhalb Jahren ohne Pause im Amt gewesen.

Ich glaube, daß man weitere Feststellungen treffen kann, die belegen, daß jene Erklärung, die heute zur Debatte steht, nicht einfach in das übliche Beurteilungsschema eingeordnet werden kann, weil sie einfach in zu vielen Merkmalen aus dem Rahmen fällt: Der Länge nach — das wurde schon oft betont —, der Zahl der Ankündigungen nach und der Zahl der angeführten Sachbereiche nach schlägt sie alle Rekorde. „14.000 Worte“ — auch das wurde schon gesagt — ist wirklich der treffende Titel, der einem Tageszeitungskommentar vorangestellt wurde.

Diese Überfülle des Inhaltes scheint mir offensichtlich der Mantel zu sein, mit dem der Mangel an Konsequenz, die fehlende Rangordnung und die fehlenden echten Schwerpunkte gnädig zugedeckt werden sollen.

Die durchaus ernst zu nehmenden Vorstellungen, die in den Programmen bis 1969 entwickelt worden waren, haben Sie schon in der ersten Regierungserklärung, die heute prolongiert worden ist und auch vorige Woche, schon damals mehr als stiefmütterlich behandelt. Das konnte man aber damals noch verstehen, denn nach eigener Aussage konnten Sie mit einer Minderheit Ihre Programme nicht verwirklichen. Jetzt aber, mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet, sind sogar die letzten

Spuren der 1400 Experten in dem neuen Regierungsprogramm endgültig getilgt worden. An die Stelle von Zahlen, von Feststellungen, von Fakten, von konkreten Aussagen über die Maßnahmen, die in der Zukunft zu treffen sind, sind nun neue Schlagworte getreten.

Dort, wo Sie vor zwei Jahren mit der Absicht angetreten sind, die Politik von Grund auf zu reformieren, wo Sie die mit Abstand klarsten und konkretesten Absichten offen dargelegt hatten und wo Ihre Kritik an der Politik der ÖVP-Alleinregierung konzentrisch angesetzt war, dort haben Sie den radikalsten Abbau Ihrer politischen Ziele betrieben. Der Satz: „Eine moderne Wirtschaftspolitik kann nicht ohne ein Wirtschaftsministerium geführt werden“, war eine These, die der Parteitag Ihrer Partei 1968 feierlich beschlossen hat. Nach dem Entwurf Ihres großen Kompetenzgesetzes ist der Herr Handelsminister nun endgültig in der Gefahr, unter das Volumen der Bundestheaterverwaltung reduziert zu werden und damit das zweite Ressort darzustellen, das kleiner ist als drei Theater. Womit ich keinen Bezug zum sachlichen Inhalt herstellen wollte. Die Worte Rahmenplanung, völliger Neubau der Investitionsförderung, langfristige Finanzierungskonzepte, Förderung der forschungswichtigen Investitionen, Umbau der Steuerpolitik, die klaren Absichten in der verstaatlichten Industrie, die Sie damals niedergelegt haben, die Forderung nach Ausstattung mit mehr Eigenkapital durch den Bund — wo sind bitte alle diese Fragen geblieben?

Sie haben sie in den letzten eineinhalb Jahren abgeschrieben und inzwischen vergessen. Die hohe Welle der längsten und der stärksten Konjunktur, an deren Entwicklung wir Pate gestanden sind, hat Sie bis heute getragen und das Experiment der letzten eineinhalb Jahre überhaupt erst möglich gemacht. (Zustimmung bei der ÖVP.) Sie hat alle jene Probleme, die sich in unserer Wirtschaft wie in anderen Wirtschaften des Westens auch als Folge des raschen technischen Fortschrittes dauernd neu ergeben, vorübergehend in den Hintergrund treten lassen. Das mag bei vielen in diesem Land den Eindruck erweckt haben, es gebe alle diese Probleme nicht mehr, als seien sie alle gelöst.

In Wahrheit aber, meine Damen und Herren, haben wir auch heute strukturell gefährdete Industrien und Industriezweige, zum Teil mit extrem hohen Exportquoten, die von den Schwankungen der internationalen Konjunktur hart getroffen werden.

Wir haben noch immer rasch wachsende Industrien, die jedoch mit dem Problem der

Dr. Koren

Kapitalbildung nicht fertig werden und von ihrer Bilanzstruktur her in Gefahr kommen.

Noch immer und unverändert ist der Strukturdruck auf mittlere und kleine Unternehmungen in vielen Bereichen der Wirtschaft, und das ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine zutiefst menschliche Frage.

Ebenso ist das durch zwei Jahrzehnte heftig umstrittene Problem, wie die unbedingt notwendige Zufuhr von Eigenkapital an die verstaatlichte Industrie gelöst werden soll, offen und noch immer da. Vor vier Jahren war es hochaktuell. Damals mußten wir Hunderte Millionen Schilling aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen, um das verlorene Eigenkapital zu ersetzen oder Kapitalerhöhungen vorzunehmen. Damals, meine Damen und Herren, war Ihnen das viel zuwenig. Meine Frage heute, die ich stelle, weil sie in Ihrer Regierungserklärung nicht beantwortet wird, lautet einfach: Was gilt für die nächsten Jahre? Ihr ökonomisches Programm, mit dem Sie vor zwei Jahren angetreten sind und in dem eindeutig gefordert wird, daß die Eigenkapitalzufuhr vom Staat her zu erfolgen habe, oder die Aussage des Herrn Bundeskanzlers auf seiner ersten Pressekonferenz nach den Wahlen, bei der er diese Forderung strikt abgelehnt hat?

Noch ist diese Frage heute nicht akut. Aber in einem Jahr, spätestens in zwei Jahren werden Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, beinhalt mit dieser Frage konfrontiert werden.

Und ebenso greift der seit mehr als zwei Jahrzehnten unerhört verstärkte Strukturprozeß der bäuerlichen Bevölkerung — das ist wohl das schwierigste Problem aller westlichen Industrieländer — weit über die unmittelbaren Existenzfragen der betroffenen Menschen hinaus. Auch hier haben Ihnen die letzten zwei Jahre dank der Überkonjunktur eine leichte Atempause verschafft.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich nur noch einige Probleme nennen: die strukturelle Schere im Staatshaushalt, die sich wieder öffnet, das Finanzierungsproblem unseres Systems der sozialen Sicherheit, von dem alle Fachleute wissen, daß es in den nächsten Jahren aus allen Nähten zu platzen droht, oder die zum Teil demographisch bedingte Explosion an unseren Hochschulen.

Nicht zuletzt das schwerstwiegende Problem von heute und der nächsten Zeit: Die längst mehr als bedrohlich gewordene Preissteigerung. Hier haben Sie in den letzten eineinhalb Jahren durch Ihre Untätigkeit eine Verantwortung auf sich geladen, deren volles Ausmaß Sie wahrscheinlich erst in einiger Zeit erfassen werden. Denn nun sind wir endgültig vor einer Konjunkturphase angekommen, in der die üblichen Mittel der modernen Konjunkturpolitik kaum noch angewendet werden können, ohne die Gefahr einer zusätzlichen Schwächung der Entwicklung heraufzubeschwören.

Jedenfalls werden uns aber die nächsten Monate jene Lawine von Preiserhöhungen bescheren, die Sie seit dem Frühjahr sorgsam aufgestaut haben. Angesichts einer solchen Entwicklung, Herr Bundeskanzler, erscheint es mir grotesk, daß Ihre Regierungserklärung zu diesem brennenden Problem einen einzigen Satz enthält, in dem Sie wehmütig von einem Preisregelungsgesetz träumen.

Mit diesem Satz, als ultima ratio Ihrer preispolitischen Absichten und Ansichten, haben Sie eindeutig den wirtschaftspolitischen Offenbarungseid abgelegt. Ich bedaure das umso mehr, als sich auf Ihrer Regierungsbank zwei Wirtschaftsexperten befinden, die sich in den letzten 20 Jahren — gemeinsam mit vielen anderen aus anderen Lagern — mit Erfolg bemüht haben, modernen wirtschaftspolitischen Methoden und Denkweisen in der österreichischen Politik Eingang zu verschaffen.

Die internationale Entwicklung können wir heute nur mit Sorge beobachten, besonders aber die in ihrer Tragweite kaum mehr zu unterschätzende Krise des Weltwährungssystems, die von einer Lösung heute — leider — weiter entfernt scheint als vor Monaten. Es wird in einer Woche Gelegenheit sein, die vorerst erkennbaren Folgen und Auswirkungen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Hier, Herr Bundeskanzler, möchte ich nur unsere Bereitschaft ausdrücken, so wie ich und je Fragen der Währungsordnung und der Währungspolitik jenseits des tagespolitischen Klimas zu halten. Das setzt allerdings — und darüber möchte ich keinen Zweifel lassen — die Bereitschaft voraus — auch von Ihrer Seite —, die gemeinsame Basis zu suchen.

Ich sage das deshalb, Herr Bundeskanzler, weil wir vor wenigen Monaten, als die Krise begann, sehr wohl zu einer Sitzung und zu einer Besprechung der unmittelbaren Lage eingeladen wurden. Es ist uns damals von Ihnen zugesagt worden, daß wir dann wieder zu Konsultationen eingeladen würden, wenn die damals markierten Punkte nicht mehr gehalten werden können. Die damals gesetzten Markierungen sind nach 14 Tagen bereits überschritten gewesen, wir warten aber bis heute auf Ihre Einladung, uns mit dieser Frage beschäftigen zu können.

Dr. Koren

Meine Damen und Herren! Vor uns liegen in den nächsten Wochen noch manche Gelegenheiten, den Inhalt dieser Regierungserklärung dort, wo er Aussagen und Konturen vermissen läßt, aufzuhellen und Schein und Sein zu trennen. Ab heute aber geht es vom Höhenflug der Gedanken mehr und mehr hinab in die rauhe Wirklichkeit.

Für die Abgeordneten dieses Hauses beginnt eine harte Arbeitsphase. Wir sind bereit, ernst und sachlich zu arbeiten. Wir haben keinesfalls die Absicht, Ihre Arbeit zu verzögern oder zu blockieren. (Abg. Peter: *Beförderung oder Lohnerhöhungen?*) Ich muß aber feststellen, daß wir heuer unsere Arbeit um zwei Wochen später beginnen als in normalen Jahren. Diese Verspätung haben nicht wir herbeigeführt!

Obwohl die Regierung nahezu ohne Unterbrechung und fast unverändert im Amt war, wissen wir heute noch nicht, welches Arbeitspensum die Regierungsfraktion in den wenigen Wochen vor Weihnachten noch bewältigen will. Obwohl es nicht meine Aufgabe gewesen wäre, habe ich schon lang vor dem Zusammentritt des neuen Nationalrates den damaligen Obmann der Regierungsfraktion gebeten, einen Überblick über jene Vorlagen zu geben, welche neben dem Budget vor Jahresende unbedingt erledigt werden sollen, weil die zu erwartende Arbeitsfülle nur bei einer längerfristigen Arbeitsplanung auch wirklich bewältigt werden kann. Ich bedaure es, daß die Regierung, die pausenlos gearbeitet hat, bis jetzt nicht in der Lage war, diesen wie ich glaube selbstverständlichen Wunsch zu erfüllen.

Ich sage das deshalb schon heute und hier in aller Deutlichkeit, weil ich es nicht erleben möchte, daß in den kommenden Wochen der Eindruck geweckt und dann verstärkt wird, daß eine „fleißige Regierung“ von einem „langsamem oder arbeitsunlustigen Parlament“ oder einer „bremsenden Opposition“ an der Arbeit behindert werde. Wir werden keinesfalls — das sage ich Ihnen ebenfalls — unter dem Druck des Terminkalenders unsere Aufgaben vernachlässigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich muß bei dieser Gelegenheit — auch das ist heute schon geschehen — auf die anachronistischen Arbeitsbedingungen hinweisen, unter welchen die Abgeordneten des Hauses ihre Arbeit verrichten müssen.

Der Prachtbau von Hansen, den der Passant vom Ring aus sieht, und die Pracht der Gründerzeit, die der Besucher des Hauses feststellt, ist leider nicht gleich mit den Arbeitsbedingungen, die die Abgeordneten vorfinden.

Den 80 Abgeordneten meiner Fraktion — das ist in anderen Fraktionen sicherlich nicht besser — stehen insgesamt 18 Schreibtische in diesem Haus zur Verfügung. 60 Abgeordnete wohnen nicht in Wien. Für sie ist der Koffer- und Autos zumeist Archiv, Ablage und Dokumentation.

Die Arbeitsbedingungen sind heute die gleichen, wie sie zur Jahrhundertwende geherrscht haben. Arbeit und Anforderungen aber sind auf ein Vielfaches gestiegen. Unterlagen, Hilfsmittel, wissenschaftliche Dienste, Büros mit den notwendigen technischen Einrichtungen sind in unserer parlamentarischen Organisation nicht vorgesehen.

Ohne mich jetzt unnötig über Fragen zu verbreitern, die jeder hier aus eigener Anschauung kennt, möchte ich doch ankündigen, daß ich nicht aufhören werde, für eine zeitgemäße Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzutreten. Ich glaube, daß das keine Streitfrage sein soll und sein darf, sondern letztlich ein gemeinsames Anliegen ist, an dem jeder interessiert sein muß, dem ein arbeitsfähiges Parlament am Herzen liegt. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Erlauben Sie mir bitte zuletzt ein paar Überlegungen zu einem nicht mehr neuen Thema: zur Reform der Geschäftsordnung.

Alle Fraktionen dieses Hauses haben ihre Bereitschaft zu Reformen bekundet. Teilweise sind in früheren Jahren auch Anträge dazu gestellt worden. Ich möchte gleich vorausschicken, daß ich vorerst keinen derartigen Antrag ins Auge fasse, weil ich präjudizielle Festlegungen von der einen oder der anderen Seite für die Erarbeitung einer unvermeidlich notwendigen gemeinsamen Lösung nicht für förderlich halte.

Ich möchte aber doch einige Fragenkomplexe anschneiden, wo mir auf Grund der funktionalen Entwicklung des Parlamentarismus ein Umdenken und Reformen mehr als diskussionswürdig erscheinen.

Wie ich schon eingangs ausführen durfte, müssen wir im Licht der Entwicklung der Demokratie die Kontrollfunktion des Parlaments heute anders sehen als zur Jahrhundertwende.

Verfassung und Geschäftsordnung bauen heute noch auf der Fiktion auf, daß das gesamte Parlament die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung ausübt. Deshalb stehen nur die eher bescheidenen Kontrollrechte, die Anfragemöglichkeiten, der Minderheit zur Verfügung. Alle anderen praktisch nur der Mehrheit. Wir glauben deshalb, daß man der Frage, wo eine Umwandlung von Mehrheits-

Dr. Koren

rechten in Minderheitsrechte sinnvoll und zweckmäßig sein kann, wo sie der Fortentwicklung der parlamentarischen Demokratiedienken kann, nicht ausweichen sollte. Solche und neue Möglichkeiten, die zur Diskussion gestellt werden könnten, bieten sich vielfach an.

Ich glaube, daß man an die Spitze einer Reformarbeit auf alle Fälle eine Kompilation der bestehenden Geschäftsordnung, ihrer Widersprüche und ihrer Unzulänglichkeiten, stellen sollte und ebenso den Versuch einer systematischen Gliederung. Wir werden noch eine ganze andere Reihe von Fragen in diesem Zusammenhang aufwerfen, das Fragerrecht, die Frage des Amtsgeheimnisses hier vor dem Hohen Haus, die Frage, wie eine Debatte über einen Gegenstand geführt werden kann, für den keine Vorlage im Haus liegt. Alle diese Dinge sollten wir, weil sie sich auch in der Vergangenheit immer wieder als fehlend erwiesen haben, in Diskussion ziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur diese paar Vorstellungen am Beginn. Wir werden aber sicher nicht aufhören, dieser Frage auch weiter allen Ernst und alle Aufmerksamkeit zu widmen.

Für die kommenden Monate, die von diesem Parlament sehr viel Arbeit verlangen werden, darf ich noch einmal unsere Arbeitsbereitschaft zum Ausdruck bringen, ebenso aber unsere entschlossene Bereitschaft, von dem Recht der Kontrolle, von dem Recht der Kritik und von dem Recht, unsere Vorstellungen zu präzisieren, in einem Umfang Gebrauch zu machen, der die Inhaltsleere der Erklärung, die wir vor wenigen Tagen gehört haben, sichtbar macht, denn die Aufgabe einer Opposition ist es, der österreichischen Bevölkerung die Mängel, die Schwächen und die Fehler zu präsentieren, die von denen gemacht werden, die regieren. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czernetz genannt. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Czernetz** (SPO): Hohes Haus! Mein unmittelbarer Vorredner, Herr Professor Koren, hat einleitend von der Entwicklung der Regierungsform in Österreich gesprochen, nämlich der Entwicklung von der großen Koalition zu den Alleinregierungen einzelner Parteien auf der einen und der großen Opposition auf der anderen Seite.

In diesem Zusammenhang soll man nicht übersehen, daß die große Koalition von 1945 bis 1966 ein Ausdruck eines echten Sicherheitsbedürfnisses in der Bevölkerung war. Ich muß sagen, daß die Vergangenheit in der Zeit nach

1966 doch als relativ überwunden angesehen werden konnte. Das kann uns freuen. Wir sollen nur nicht übersehen, daß die Vergangenheit leider weiterleben und sogar tödlich wirksam werden kann. Man kann das in anderen Ländern Europas, besonders etwa in Irland, erleben. Wir können nur froh sein, daß wir über diese Phase hinaus sind.

Die Regierung Klaus II, also die ÖVP-Alleinregierung von 1966, hat zweifelsohne das Koalitions-Tabu gebrochen, das in Österreich bis dahin bestand. Ich erinnere hier ein zweitesmal — ich habe es einmal in der vorigen Gesetzgebungsperiode getan — an ein persönliches Gespräch mit dem damaligen Generalsekretär der ÖVP, Herrn Dr. Withalm. Ich hatte damals viel größere Sorgen als er, aber ich bin nicht sicher, ob er so sorglos war, wie er getan hat. Jedenfalls können wir sagen, wir haben die Übergangsphase überstanden. Wir sind nach dem Durchbruch — von dem ich offen sagen möchte, daß ich ihn als Verdienst der Alleinregierung der ÖVP betrachte — in eine neue Situation gekommen: Wir hatten die Alleinregierung der ÖVP mit einer parlamentarischen Mehrheit, dann die erste sozialistische Alleinregierung ohne eigene parlamentarische Mehrheit, und jetzt haben wir die erste Alleinregierung einer Partei nicht nur mit einer parlamentarischen Mehrheit, sondern auch mit einer Wählermehrheit.

In diesem Zusammenhang ist es natürlich von besonderer Bedeutung, die ungeheure Wichtigkeit der Opposition zu erkennen. Die Opposition wird nicht nur durch ihre Größe besser wirken können, als es einer kleinen Opposition etwa im Zeichen der großen Koalition möglich war. Die Funktion der Opposition ist im Rahmen der demokratischen Entwicklung gewachsen. Wir wissen, daß in allen demokratischen Ländern der Welt starke Tendenzen zu einer Verstärkung der Macht der Exekutive bestehen. In allen demokratischen Ländern der Welt nimmt die Einflußmöglichkeit des Parlaments im Verhältnis ab. Um so wichtiger ist es — wenn man das weiß —, das demokratische Korrektiv, das Parlament zu verstärken und dabei natürlicherweise die Rolle der Opposition entsprechend zu betonen.

Professor Koren hat in seiner Rede Skepsis und Mißtrauen gegenüber der Erklärung des Bundeskanzlers in bezug auf die Anerkennung der demokratischen Kontrollrechte ausgedrückt und hat dies besonders damit begründet, daß er sagte, Dr. Kreisky habe von einer Kontrolle durch die Parteien gesprochen. Professor Koren hat auch ein Beispiel angeführt, nämlich die Anfragebeantwortung des Bundeskanzlers über seine Reise zum SPD-Parteitag in Saarbrücken, bei der er vom Finanzminister be-

Czernetz

gleitet war. Herr Professor, wenn Sie sich bemühen, finden Sie sicher bessere Beispiele. Dieses war nicht gut, denn Dr. Kreisky hat seinen Besuch beim Parteitag der SPD nicht als Bundeskanzler gemacht, sondern als Parteivorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs. Ein anderes Parteivorstandsmitglied hat ihn begleitet. Die Anfrage, die an ihn gerichtet worden ist, bezog sich nicht auf die Vollziehung der Bundesregierung, sondern auf eine Parteiveranstaltung, und es konnte von Seiten der Regierung keine andere Antwort gegeben werden. Aber ich sage nochmals, ich zweifle nicht, daß Sie bessere Beispiele finden können, wo wirklich eine Antwort auch meiner Parteifreunde in der Regierung nicht voll befriedigend sein wird. Dieses Beispiel ist jedenfalls nicht zutreffend gewesen.

Aber wichtig scheint mir ein Gedankengang, den Dr. Koren ausgesprochen hat. Er hat nämlich die Frage aufgeworfen, wie es damit steht, wenn man „Kontrolle der Parteien“ sagt — dabei hat er Dr. Kreisky zitiert. Was ist damit gemeint? Hier wenden sich die Abgeordneten, die schon früher im Hohen Hause saßen, sehr wohl an hitzige Debatten erinnern, die hier geführt wurden. Der sozialistischen Opposition wurde nämlich zeitweise entgegengehalten: Die parlamentarische Kontrolle ist eine Kontrolle des ganzen Parlaments, die natürlich auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen ausgeübt wird. — Diese Auffassung, die in der Zeit der Alleinregierung der ÖVP mehrfach geäußert wurde, haben wir auf das entschiedenste zurückgewiesen. Ich möchte sehr deutlich sagen: Wir sind jetzt als Mehrheitspartei ganz der gleichen Auffassung, die wir damals als Opposition hatten.

Parlamentarische Kontrolle heißt nicht Kontrolle der Regierung durch das ganze Parlament, die durch Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments zum Ausdruck kommt, sondern sie besteht in dem Kontrollrecht jedes einzelnen Abgeordneten und natürlich auch im Kontrollrecht, das die Opposition als Partei benutzen kann. Wir stehen also als Sozialisten, heute als Regierungspartei ganz auf dem gleichen Standpunkt, den wir damals eingenommen haben.

Wir sind in bezug auf die demokratischen Kontrollrechte des Parlaments außerordentlich wachsam, und wir sind der Meinung, daß man nicht das geringste preisgeben darf. Niemand hat eine Sicherheit, daß er immer Regierung ist, und niemand ist dazu verurteilt, immer Opposition zu sein. Kein Geringerer als der spätere Bundespräsident Dr. Adolf Schärf hat in der Zeit der großen Koalition immer wieder darauf gepocht, die Kontrollrechte der Opposition fest und stark zu erhalten und auszu-

bauen. Die Kontrollrechte des Parlaments gehören zu den wesentlichen Lebensbedingungen der Demokratie. Hier wird die Opposition von heute keinerlei Schwierigkeiten bei der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses finden. Wir werden jeden Ausbau demokratischer Kontrollmöglichkeiten im Rahmen des parlamentarischen Systems fördern und dabei mitwirken.

Professor Koren hat auch von den anachronistischen Arbeitsbedingungen in unserem Parlament gesprochen; er findet dabei die volle Zustimmung aller jener Kollegen, die schon länger im Hause sind und die nicht erst jetzt überrascht sind von der Schönheit der Innenräume dieses historischen Gebäudes. Wir sind durchaus einer Meinung; grundsätzlich gibt es keine Streitfragen. Das ist ein gemeinsames Anliegen. Es wird wahrscheinlich Investitionen notwendig machen, nicht für den Umbau der großen Hallen und Verhandlungsräume, aber für die Schaffung vieler Arbeitsräume, die in dieser historischen Hülle geschaffen werden können. Zu den Arbeitsbedingungen gehören in einem modernen Parlament natürlich auch Hilfskräfte, vor allem wissenschaftliche Mitarbeiter.

Die Mitglieder dieses Hauses, die Gelegenheit hatten, bei direkten Besuchen im Deutschen Bundestag oder über den Europarat mit dem deutschen Parlament in Verbindung zu treten, können nur sagen: Die deutschen Parlamentarier sind uns in einem solchen Maße voraus, daß wir lange brauchen werden, die gleichen Mittel aufzubringen, um in der gleichen Weise wissenschaftliche Hilfskräfte heranzuziehen. (Abg. Dr. Karasek: Das ist ein Programm für die Enkelkinder!) Wir sind aber jedenfalls einer Meinung, daß die größten Anstrengungen gemeinsam unternommen werden sollen.

Das gleiche gilt auch für die Geschäftsordnungsreform. Ich kann nicht voraussagen oder voraussehen, ob wir in allen Detailfragen einer Meinung sein werden. Ich bin nicht einmal imstande zu sagen, ob wir innerhalb unserer Fraktion alle einer Meinung sein werden und ob Sie untereinander vollkommene Einmütigkeit haben werden. Aber wir sollen an die Sache herangehen, und zwar sehr bald. Es handelt sich dabei wahrscheinlich weniger um die Prozedur im Plenum des Hohen Hauses als um die Arbeitsmöglichkeiten der Ausschüsse. Bei dieser allgemeinen Debatte möchte ich nur schüchtern erwähnen: Wir haben schon oft von den Schwierigkeiten des Außenpolitischen Ausschusses gesprochen; er wird nicht zuletzt drankommen müssen, wenn man die Arbeitsmöglichkeiten zu reformieren haben wird.

Czernetz

Hohes Haus! Die Redner der Opposition haben an der Regierungserklärung der 14.000 Worte Kritik geübt. Sie haben die Regierungserklärung als „unkonkret“, „Gemeinplätze, vage Phrasen enthaltend“ bezeichnet. Zuletzt hat Professor Koren die fehlende Rangordnung bemängelt, die fehlenden Schwerpunkte und so weiter. Ich möchte hier nicht Vergleiche anstellen. Es würde zuweit führen, wenn man Regierungserklärungen der Vergangenheit direkt in Vergleich setzen würde zur gegenständlichen Regierungserklärung, um festzustellen, wo mehr nichtssagende Formeln zu finden sind. Aber eines möchte ich jedenfalls feststellen:

Eine Regierungserklärung kann nichts anderes sein als die Absichtserklärung einer Regierung für die kommende Gesetzgebungsperiode. Niemand kann von einer Regierung erwarten, daß sie in der Regierungserklärung sozusagen einen Vorabdruck aller kommenden Regierungsvorlagen dem Hause vorlegt. Das wäre unseriös, das gibt es nirgends in der Welt. Eine Regierungserklärung muß in allgemeinen Formen die Absichten der Regierung ausdrücken. Sie können dazu sagen: Die Absichten sind falsch — wenn Sie dieser Meinung sind —, aber Sie können nicht bemängeln, daß nicht auch schon die Durchführungsbestimmungen in der Regierungserklärung enthalten sind.

Ich möchte mich jetzt insbesondere mit ein paar Punkten befassen, die die Außenpolitik betreffen. Natürlich enthält die Regierungserklärung das Bekenntnis zur Friedenspolitik der Republik Österreich und zur Neutralität. Die Redner der Opposition, besonders Herr Dr. Schleinzer, haben einleitend von der Kontinuität der österreichischen Außenpolitik gesprochen. Mit Recht. Ich würde sagen, es hat nur eine einzige Unterbrechung der Kontinuität in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung gegeben. Nicht durch die ganze Regierung und alle ihre Mitglieder — in der Europapolitik hat es keine Änderung in der Kontinuität bei Tončić, Waldheim oder Mitterer gegeben —, wohl aber bei Bundeskanzler Klaus und Vizekanzler Bock. Das waren die Brüche in der Kontinuität. Aber wenn Dr. Schleinzer sagte, jetzt trete die SPÖ außenpolitisch in die Fußstapfen der ÖVP, dann muß ich hinzufügen: Entschuldigen Sie, die ÖVP-Alleinregierung ist außenpolitisch in die Fußstapfen von Dr. Kreisky getreten — bis auf die paar „Bock“-Sprünge, die es gegeben hat, die sind daneben gegangen. (Beifall bei der SPÖ.)

In der Regierungserklärung ist von der europäischen Sicherheitskonferenz die Rede. Selbstverständlich hat Dr. Schleinzer als Sprecher der Oppositionspartei den Vorbereitungen für

eine europäische Sicherheitskonferenz zugesagt. Das war ja schließlich auch eines der Anliegen der ÖVP-Alleinregierung. Selbstverständlich muß eine europäische Sicherheitskonferenz für alle europäischen Staaten offenstehen, so wie für die Vereinigten Staaten und Kanada. Selbstverständlich muß man trachten, sie gut vorzubereiten.

Wenn Dr. Schleinzer sagte: Die ausgewogene Truppenverminderung muß behandelt werden!, dann trifft er absolut das, was die Bundesregierung in ihrem Memorandum vom Juli 1970 ausgesprochen hat und was die Zustimmung dieses Hauses fand. Gegenwärtig ist es nicht ganz geklärt, wieweit andere Auffassungen und Einsprüche der Sowjetregierung gehen. Es scheint so, als ob man dort die Behandlung einer Truppenverminderung lieber in einer anderen Konferenz vornehmen würde. Aber ich glaube, die Frage ist nicht entschieden.

Jedenfalls bin ich der Meinung, daß der Standpunkt der Bundesregierung in diesem Fall wahrscheinlich von allen Mitgliedern des Hauses unterstützt werden wird. Von unserem Standpunkt soll man auf eine baldige und sorgfältige Vorbereitung einer solchen europäischen Sicherheitskonferenz dringen, dabei natürlich im Sinne des Memorandums vom Juli 1970 die Frage der Behandlung einer ausgewogenen Truppenverminderung einzubeziehen hat.

Dr. Schleinzer hat in seiner Rede auch die Bundesheerreform behandelt, die nicht mein Thema ist, und er hat im Zusammenhang damit die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität heraufbeschworen. Ich möchte sagen, wenn das im Ausland geschieht — da muß man jedesmal schauen, welches Ausland —, dann dürfte das wahrscheinlich weniger ernst zu nehmen sein, als wenn das hier geschieht. (Abg. Dr. K a r a s e k: Das Ausland auch, Herr Abgeordneter Czernetz! Sie kennen die Pressestimmen!) Ich komme darauf zurück.

Ich möchte aber zur Frage der Bundesheerreform sagen: Wir haben die ersten Schritte gesetzt. Das letzte Parlament hat die Herabsetzung der Dienstzeit von neun Monate auf sechs Monate beschlossen. Ich darf da eine kleine Randbemerkung machen, Herr Präsident. In der Wahlbewegung haben es unsere Kollegen von der Österreichischen Volkspartei für notwendig befunden, der Öffentlichkeit zu sagen: Die Sozialisten haben eine Herabsetzung von neun auf sechs Monate versprochen, herausgekommen ist aber nur eine Herabsetzung auf acht Monate. (Abg. K i n z l: Richtig! Genau!) Bitte, tun Sie nicht so, als ob Sie nicht rechnen könnten. Wenn Sie sagen, sechs Monate Präsidentenzeit plus 60 Tage

Czernetz

Waffenübungen sind acht Monate — bitte sehr. Aber dann hat es früher neun Monate plus 124 Tage Waffenübungen gegeben, das sind 13 Monate und 4 Tage! (Zustimmung bei der SPÖ.) Wenn Sie von acht Monaten reden, dann hatten wir früher 13 Monate. (Beifall bei der SPÖ.) Man soll die Bevölkerung nicht irreführen! (Abg. O f e n b ö c k: Aber irreführen tun Sie sie doch jetzt! 10 Prozent der Präsenzdienner haben diese Waffenübungen gemacht!) Die 124 Tage sind vorher nicht konsumiert worden. — Es ist nicht meine Aufgabe zu sagen, daß Sie das Wort nehmen können, das müssen Sie in Ihrer Fraktion ausmachen. Aber Sie haben es billiger und müssen nicht so schreien, wenn Sie den Lautsprecher hier als Redner benützen. (Abg. O f e n b ö c k: Sie haben den Lautsprecher! Ich nicht!)

Ich möchte noch einmal klar und deutlich zur Belehrung jener Kollegen, die sich offenbar weigern zu rechnen, wiederholen: Wir haben nach der alten Gesetzeslage neun Monate Präsenzdienst plus 124 Tage gehabt. Wenn man das zusammenrechnet, dann waren es 13 Monate und 4 Tage. Wenn Sie das machen, dann können Sie jetzt auch sagen: acht Monate. Oder Sie sagen: Herabsetzung von neun Monaten auf sechs Monate. Das ist erfüllt worden. Man soll nicht schwindeln! (Beifall bei der SPÖ.) Die weitene Reform des Bundesheeres wird im Landesverteidigungsrat und im Landesverteidigungsausschuß behandelt werden.

Aber jetzt wieder zu der Frage der Glaubwürdigkeit zurück. (Abg. Dr. Z i t t m a y r: Ist besser! Vom Bundesheer hat er keine Ahnung!) Hohes Haus! Sehr ernsthaft die Frage: Wenn in Wien laufend internationale Abrüstungskonferenzen der beiden Supermächte stattfinden, weil beide Seiten Österreich für neutral halten, dann meinen Sie, daß es gut ist, wenn man die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität in Frage stellt? Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten bei der österreichischen Bundesregierung anfragt, ob sie als neutraler Staat bereit wäre, Kriegsgefangene aus Vietnam so lange zu internieren, bis man sie austauschen und repatriieren kann — man fragt uns das, weil man unsere Neutralität anerkennt —, dann glauben Sie, daß es gut ist, wenn Sie an dieser Glaubwürdigkeit zweifeln? Ich bin der Meinung, daß Sie diesem Lande allein schon mit der Fragestellung einen sehr schlechten Dienst erweisen.

Ich darf zu dem Zusammenhang zwischen Neutralität und Militär eines neutralen Staates — und ich hoffe, ich werde jetzt nicht mißverstanden werden — sagen: Unsere neutralen Freunde haben in den letzten Kriegen unend-

lich viel Glück gehabt, daß man die Wirksamkeit ihrer Landesverteidigung nicht erproben mußte. Wir sind froh, daß sie das Glück gehabt haben, und wir wünschen das gleiche Glück für uns. Aber niemand kann etwas über die Wirksamkeit im Ernstfall sagen. Ich würde nur vorschlagen, daß man alle Fragen der Landesverteidigung ernsthaft berät, mit allen Rechten, die Parlamentarier und natürlich auch die Opposition haben. Aber bitte: Werfen Sie die Glaubwürdigkeit der Neutralität nicht in diese Debatte! (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Fragen der Außenpolitik glaube ich, daß man auch eine Bemerkung darüber machen soll, daß die vorige Bundesregierung in der Angelegenheit China eine sehr erfolgreiche Politik betrieben hat, daß der Herr Außenminister persönlich und die Regierung zur richtigen Zeit die entsprechenden Schritte unternommen haben, das Parlament ausreichend informiert und entsprechende Vorbereitungen getroffen haben. Ich bin froh, daß wir bei dieser Abstimmung bei den Vereinten Nationen — vielleicht darf ich dazu sagen — ohne Jubel und Begeisterung, aber doch die Stimme für die Aufnahme der Volksrepublik China abgegeben haben. Wir waren mit der übergroßen Mehrheit der westeuropäischen demokratischen Staaten bei diesem Beschuß dabei.

Ich glaube, daß die Abstimmungserklärung, die von Botschafter Waldheim im Auftrage des Außenministers zur Abstimmung abgegeben wurde, durchaus dem entsprochen hat, was wir hier im Hohen Hause vorher diskutiert haben. Die Erklärung entsprach unserer Sorge darüber, daß bei der Aufnahme der Volksrepublik China einfach über ein kleines Land hinweggegangen wird, nämlich über die Bevölkerung von Taiwan.

Ich darf aber mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der Chinaerklärung Dr. Waldheims bei den Vereinten Nationen diesen Teil in Erinnerung bringen, als er in der Generalversammlung sagte:

„Was Taiwan betrifft, so beziehe ich mich auf die Erklärung meiner Delegation vom 20. November 1970. Die dortige Regierung übt zwar die effektive Regierungsgewalt über die Insel aus, repräsentiert aber nicht China. Die österreichische Regierung nichtet aus diesem Anlaß einen Appell, daß eine Lösung dieses Problems als Ergebnis einer friedlichen — ich wiederhole: friedlichen — „Entwicklung gefunden werde. Hinsichtlich der Resolutionsanträge in bezug auf die Verfahrensabstimmung wird sich Österreich in beiden Fällen der Stimme enthalten. Wir sehen uns nicht in der Lage, Anträge oder Vorschläge zu unterstützen, welche eine Verzögerung des Ein-

Czernetz

trittes der Delegation der Volksrepublik China zur Folge haben könnten."

Die Chinaabstimmung fand gerade in der Zeit der Wahlen und der Neueinberufung des Parlaments statt. Wir können jetzt sagen, daß sich die Regierung und das Außenamt durchaus im Sinne der Haltung dieses Hauses, des vorigen Parlaments, verhalten hat, und wir können auch in bezug auf die Außenpolitik der Regierung unsere Übereinstimmung aussprechen.

Ein anderer, sehr großer Komplex, der in der Regierungserklärung enthalten ist, wurde, wie Dr. Schleinzer sagte, nur mit 17 Zeilen und 123 Worten bedacht. — Heute, beim Anhören dieser Debattenredner, habe ich mir gedacht: Ein großer Teil der Kollegen hat seine Zeit damit verbracht, die Worte und Zeilen zu zählen, die in der Regierungserklärung stehen. Bitte, das ist eine interessante statistische Beschäftigung. Ich glaube, in meiner Fraktion hat das keiner gemacht. Das ist direkt eine Unterlassungssünde. Wir hätten feststellen können, ob es immer gestimmt hat.

Herr Dr. Schleinzer hat ausdrücklich gesagt, die sozialistische Regierung habe diese Frage nicht ernst genug genommen, die Minister seien nicht in Brüssel gewesen, die Regierung hätte keine eindrucksvolleren Schritte unternommen.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt ist eine gewisse Aussicht auf Erfolg da. Der ehemalige Vizekanzler Bock war dauernd hoch zu Roß und mit fliegenden Fahnen auf dem Ritt nach Brüssel. Er ist aber wie hingekommen. Es kommt darauf an, daß man den Vertrag erreicht, nicht daß man eindrucksvollere Schritte erzielt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Was wir schon eine lange Zeit nicht mehr glauben konnten — so ungünstig war die Lage —, scheint jetzt wieder in den Bereich der Möglichkeit zu rücken. Die Interimslösung einer 30prozentigen Zollsenkung wird vielleicht jetzt aktuell; vielleicht darum, weil man in der EWG Österreich als ein brauchbares Ventil im Zeichen einer verschlechterten Konjunktur ansieht. Aber sei es wie auch immer. Jedenfalls ist das möglich. Wir sind so weit, daß ein Teilmandat ausgesprochen wurde. Die Kommission hat also vom Rat der Minister wenigstens teilweise die Möglichkeit, Verhandlungen mit den drei Neutralen zu führen. Ich glaube, wir können darüber Genugtuung ausdrücken, weil es endlich ein Schritt ist. Wie lange warten wir überhaupt schon auf ein Mandat, und es ist nie gekommen.

Sicherlich, Teilmandat heißt: Es gibt bestimmte offene Stellen. Es bedeutet aber auch,

daß vielleicht die Kommission bei den Verhandlungen nicht zu starr an feste Regeln gebunden ist. Jedenfalls wird verhandelt werden können.

Die Sorgen in bezug auf die Landwirtschaft sind berechtigt. Wenn Dr. Schleinzer sagte, die Landwirtschaft muß in den Vertrag eingeschlossen werden, dann bin ich der Meinung, daß die Regierung durchaus der gleichen Meinung sein wird. Es stellt sich nur die Frage, ob wir es durchsetzen werden — besonders jetzt gegen die amerikanische Intervention bei der EWG, was die Dinge ja erschwert. Es sind also nicht nur protektionistische Interessen innerhalb der EWG selbst.

Dr. Schleinzer hat gemeint, die Demarche der Vereinigten Staaten bringe Zweifel an der GATT-Konformität der von uns beabsichtigten Lösungen. Bitte, es ist ja überhaupt problematisch, was GATT-konform ist. Es ist die große Frage, ob die EWG vollständig GATT-konform ist. Das ist ja auch noch nicht endgültig gelöst. Es wagt ja niemand diese Frage ernsthaft anzupacken, weil wahrscheinlich der GATT-Vertrag reformbedürftig ist, da er ja in der alten Form nicht mehr funktioniert. Aber entscheidend dabei ist, daß Ausnahmen von den allgemeinen Zollsenkungen oder der Zollaufhebung die GATT-Konformität in Frage stellen können.

Hier ist noch vieles offen, hier muß verhandelt werden.

Wenn der Obmann der Österreichischen Volkspartei meinte, Österreich müsse auf das Handelsbilanzdefizit aufmerksam machen, und zwar insbesondere im Handel mit den EWG-Staaten, dann ist das richtig. Das wird in den Verhandlungen zu geschehen haben. Aber ich möchte dabei besonders auf eine ernste Seite hinweisen, daß wir nämlich international unter Termindruck stehen. Denn es sind ja die Verhandlungen mit den anderen Beitrittskandidaten noch nicht geführt, es ist ja mit der Grundsatzabstimmung im britischen Unterhaus noch nicht grünes Licht gegeben für alle Durchführungsgesetze. Das wird annähernd ein Jahr dauern. Ich nehme an, es wird gehen, aber es wird Schwierigkeiten geben. Es müssen aber auch Verhandlungen mit den anderen drei Beitrittskandidaten geführt werden. Wir hoffen, es werden bald wirksame und zielführende Verhandlungen mit den drei Neutralen geführt werden.

Aber, meine Damen und Herren, das alles müßte so geführt werden, daß es zur Gänze bis zum 1. Jänner 1973 in Kraft treten kann. Das wird aber nicht leicht sein. Wir stehen zweifelsohne unter Termindruck.

Czernetz

Ich hoffe, man verzeiht mir, wenn ich der Meinung bin, daß man in diesen Tagen an der amerikanischen Demarche nicht vorbeigehen kann. Selbstverständlich hat der Regierungschef in diplomatischer Weise gesagt: Wir wollen das nicht dramatisieren. — Natürlich muß man anerkennen, daß die Amerikaner ihre eigenen Interessen haben. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich persönlich hier in diesem Hohen Hause immer wieder Verständnis für Amerika gehabt und gepredigt habe. Ich muß sagen, ich habe mich sehr gegen den französischen Druck gegen die Amerikaner gewehrt. Ich erinnere mich noch daran, wie ich in diesem Hause eine sehr positive Haltung zu dem neu gewählten Präsidenten Nixon ausgesprochen habe, mit einer Hoffnung auf eine freundlichere Haltung gegenüber der EFTA. Das hat bei den Kollegen der ÖVP Staunen ausgelöst. Aber gerade darum halte ich mich für berechtigt zu sagen — und zwar als Abgeordneter, der nicht die Regierungsverantwortung hat —: Die gegenwärtige Haltung der Amerikaner, die amerikanische Demarche ist einfach unbegreiflich.

Man muß in Rechnung stellen, daß die Amerikaner Jahre hindurch sagten: Wir wissen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft uns Amerikaner diskriminiert; wir nehmen die Diskriminierung hin, weil wir die politische Einheit Europas fördern wollen. Dann waren sie gegen die EFTA, weil sie sagten: Das führt nicht zur politischen Einheit Europas. Sie haben die EFTA behindert, wo sie nur konnten. Sie haben die Zusammenarbeit zwischen EFTA und EWG behindert und sind in Wirklichkeit damit gegen ihre besten und verlässlichsten Freunde aufgetreten.

Aber nun tritt der größte EFTA-Staat, nämlich Großbritannien, der EWG bei. Damit wird zweifelsohne die Diskriminierung Amerikas auf dem europäischen Markt wesentlich verstärkt werden. Das nimmt man hin. Aber jetzt kommt die amerikanische Demarche gegen die Rest-EFTA, gegen die Kleinen, gegen uns.

Meine Damen und Herren! In Amerika beträgt der Anteil der Importe am Bruttonationalprodukt 3,8 Prozent, der Anteil der Exporte 4 Prozent. Ich habe die Zahlen nicht, aber ich wage die Behauptung, daß der Anteil der amerikanischen Exporte in die drei EFTA-Staaten Promillesätze ergeben wird oder noch weniger. Das ist für Amerika vollkommen unwichtig, vollkommen un interessant. Es handelt sich hier, ich würde sagen, um ein doktrinäres Weitelaufen einer feindseligen Politik, bei der wir klar und offen als Freunde der amerikanischen Demokratie nicht unterlassen sollten, den Amerikanern zu sagen: Das soll man doch besser bleiben lassen! Gerade weil

man dieser drei neutralen Staaten sicher ist, daß sie zwischen den Lagern stehen und nicht einseitig Partei nehmen sollen, deswegen muß man sie nicht unbedingt schädigen und treten. Ich glaube, das soll man schon in aller Klarheit und Deutlichkeit aussprechen.

Hohes Haus! Ein paar Bemerkungen zu den innenpolitischen und zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Problemen.

Dr. Schleinzer meinte, daß der Kampf gegen die Armut nicht erst jetzt begonnen und nicht von den Sozialisten erfunden worden ist. Sicher. Eine der interessanten Erscheinungen ist ja etwas ganz anderes: daß der Wohlfahrtsstaat, wie er sich entwickelt hat — nicht zuletzt durch die kräftige Arbeit und durch die Kämpfe der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialisten —, nach einer internationalen Berechnung des englischen Professors Titmuss ungefähr 10 Prozent Härtefälle mit sich bringt. Das sind immer die Grenzfälle, die durch die Gesetzgebung nicht gedeckt sind. Also gar nicht zu reden von dem, was in der Regierungserklärung als Gruppen von Armen drinnensteht, haben wir es überhaupt im Wohlfahrtsstaat außerdem noch mit diesem Problem der Härtefälle zu tun.

Und wenn Dr. Schleinzer sagte, Inflationspolitik macht die Ärmsten ärmer, darum größere Geldwertstabilität — wunderbar! Wem sagen Sie das, Herr Doktor? Gedrosselte Inflationstendenzen in einer Hochkonjunktur bei Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, darauf kommt es an. Denn die inflatorischen Tendenzen sind nirgends in der Welt vermeidbar, sie sind nirgends zu vermeiden. Man muß sie drosseln, man muß sie beherrschen, man muß sie im Griff behalten. Das ist bei uns in einem hohen Maße geschehen.

Es gibt einen Fall in der westlichen freien Welt, wo ein Land fast absolute Stabilität hat, nämlich bloß 1 Prozent Teuerung pro Jahr: das ist Kanada. Die Kanadier bezahlen mit einer Million Arbeitslose in dem nur räumlich großen, aber bevölkerungsmäßig keineswegs so machtvollen Land.

Eine Politik der Balance zu führen, nicht für absolute Geldwertstabilität mit Massenarbeitslosigkeit zu zahlen, ist eine der großen entscheidenden Aufgaben, die die Regierung hat, und dem entspricht auch das, was die Bundesregierung in ihrer Erklärung vorgelegt hat.

Der Parteiobmann der ÖVP hat auch die Frage gestellt, nach welchen Ideen denn Dr. Kreisky die Gesellschaftsreform betreiben will — nach sozialistischen oder sozialdemokratischen oder nach seinen eigenen Ideen? Dr. Kohlmaier ist weiter gegangen und hat

Czernetz

gesagt: Was sind also jetzt die Sozialisten — Sozialisten oder Sozialdemokraten? Dann sagte er in einer originellen Formulierung, die ich noch nie gehört habe: Sie sind weder Fisch noch Fleisch.

Nun, ich kann die Kollegen der ÖVP beruhigen: Die Sozialistische Partei Österreichs ist 1945 wiederbegründet worden. Sie entstand damals aus den alten Sozialdemokraten der Zeit vor dem Februar 1934 und den Gruppen der Revolutionären Sozialisten, die den Widerstandskampf geführt haben. Man hat dann den Namen „Sozialistische Partei“ gewählt, um weder das eine noch das andere einseitig zu betonen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist immerhin aus der politischen Literatur ersichtlich, daß demokratischer Sozialismus und Sozialdemokratie zwei austauschbare Begriffe sind. Es geht jetzt nicht um die Frage des Parteinamens in der Sozialistischen Internationale von heute. In der Sozialistischen Arbeiterinternationale vor dem Kriegsausbruch hat es sozialdemokratische, sozialistische und Arbeiterparteien gegeben. Es waren alle sozialdemokratische Parteien. Es sind heute alle sozialdemokratische oder demokratisch-sozialistische Parteien. Ich halte es auch für nützlich, wenn politische Gegner wissen, womit sie es zu tun haben. Lassen Sie sich dadurch nicht beirren: Das ist absolut dasselbe!

Meine Herren von der ÖVP, da haben wir es viel schwerer, wenn man uns fragt, wofür die Österreichische Volkspartei eigentlich ist. Ist sie solidaristisch? Das war sie nach dem Krieg. Das sagt man heute nicht mehr. In einem Buch der ÖVP steht, daß man das gar nicht sagen soll. — Ist sie eine fortschrittliche christlich-demokratische Partei? Es gibt einen Flügel bei Ihnen, der es will. — Oder ist sie eine konservative Partei? Der fortschrittliche christlich-demokratische Flügel macht ja den Vorwurf, daß die führenden Kräfte der Volkspartei konservativ sind.

Das ist ja bei Ihnen nicht entschieden! Sie ringen jetzt im „Trockendock“ um Ihre Ideologie, nicht nur um das Gebäude des Schiffes, nicht nur um den Aufbau, sondern auch um den Inhalt. Und ich bin der Meinung: Das ist gut so. Der Ausdruck „Trockendock“ ist ja nicht von uns gekommen. Man kann es auch woanders machen, aber wenn Sie das vorziehen, bitte sehr. Wichtig ist mir nur, daß die ÖVP erkannt hat: Die Entideologisierung, die bereits vollendet wurde, muß wieder rückgängig gemacht werden.

Die Entideologisierung ist nämlich etwas, was der Demokratie nicht zuträglich ist. Wir

haben am Beginn der sechziger Jahre auch in Österreich die Mode gehabt, die Entideologisierung als etwas besonders Demokratisches zu empfehlen. Es ist uns auch in meiner Partei empfohlen worden, und wir haben uns damit auseinandergesetzt.

Ich darf daran erinnern, daß diese Entideologisierung ja in Amerika perfekt ist. Ich habe es bereits an anderen Stellen erzählt. Bei meiner ersten Studienreise nach Amerika als Parlamentarier habe ich die beiden Hauptquartiere der großen Parteien in Washington besucht. Ich habe mit den beiden Generalsekretären gesprochen. Jeder hat mir die Wahlstrategie an Hand einer Landkarte erklärt. Ich habe dann jeden gefragt: Sagen Sie, was ist der Unterschied Ihrer Partei zur anderen? Jetzt werde ich die Parteien nicht diskriminieren. Der eine hat eine Antwort gegeben, die sehr wortreich war, aber nichts beinhaltet hat. Der zweite Mann hat mit einer überraschenden und erquickenden Naivität gesagt: Ich bin überfragt; ich bin erst sechs Monate bei dieser Partei, früher war ich bei der anderen. Jetzt organisiere ich da den Wahlkampf. Aber den Inhalt kenne ich nicht. — Das ist vollendete Entideologisierung!

In Los Angeles inserierte eine Reklamefirma in Zeitungen: Sie sucht Kandidaten für die Funktion eines Senators. Sie richtet Seminare ein über die Technik eines erfolgversprechenden Wahlkampfes. Die Kursteilnehmer brauchen nicht mehr als eine durchschnittliche Intelligenz oder etwas, was so aussieht. Sie haben pro Tag 100 Dollar zu bezahlen. Sie zahlen die vollen Kosten des Wahlkampfes, und sie haben bei einer Kandidatur zum Staatssenator, also in einzelnen Teilstaaten der Union, 60.000 Dollar an die Firma zu zahlen, für einen Sitz im Kongreß der Vereinigten Staaten 100.000 Dollar. Das ist ein ganz schönes Geschäft.

Und diese Reklamefirma hat tatsächlich Wahlkämpfe gewonnen, mit hervorragenden Lösungen. Sie hat einen Kandidaten gebracht und gesagt, er darf nicht ein Wort reden. Aber die Plakate zeigten zwei Kinder auf einer grünen Wiese, und das eine Kind sagte: „Ich mag Jerry Pettis“, und das andere sagte: „Er mag uns Kinder.“ Das genügt. (Abg. Dr. Zittmayr: Wie bei der SPÖ) Steigen Sie nicht zu viel auf grüne Wiesen! (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die angesehene „New York Times“ hat sehr klar gesagt: Der kalte Professionalismus der Operationen dieser Reklamefirmen in der kalifornischen Politik läßt einen erstarren. Wenn eine Firma vor zwei Jahren ihr Honorar von Goldwater bezogen hat und nun die „Goldwater-Philoso-

Czernetz

phie" auf den Kandidaten Reagan heftet, dann heißt das, daß ihr Geschäft darin besteht, „Images“, also Leitbilder, für Profit zu entwerfen, und zwar jedes Image, das sich eben bezahlt macht. Die „New York Times“ warnt davor, daß damit in Wirklichkeit die Demokratie entwertet und ausgehöhlt wird.

Wir begrüßen es, daß sich die ÖVP bemüht, eine Ideologie zu finden. Viel Glück bei Ihrer Suche! Wir haben unsere. Und unsere Regierung, die sozialistische Mehrheitsregierung, will und wird im klassischen Sinne eine Regierung des Volkes, eine Regierung für das Volk und eine Regierung durch das Volk sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Ruf bei der SPÖ: Jetzt kommt die „blaue“ Wiese!)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da dieses Hohe Haus ein Parlament ist und sich seine Tätigkeit nicht darin erschöpfen kann, daß wir hier Monologe aneinanderreihen, müssen die späteren Sprecher auf die Ausführungen der Vorredner eingehen. Das möchte ich, beginnend mit Herrn Czernetz, gleich tun.

Herr Czernetz! Nur ganz kurz ein paar Adressen. Sie haben davor gewarnt, das Thema der Glaubwürdigkeit unserer Neutralität hier in der Öffentlichkeit in Diskussion zu ziehen. Ich teile Ihre Auffassung nicht, denn ich glaube, daß das außerordentlich interessierte Ausland, vor allem aber unsere Nachbarstaaten die Frage, ob unsere Neutralität glaubwürdig ist, nicht an unseren Debatten, sondern an den österreichischen Fakten orientieren werden. (Ruf bei der ÖVP: Genau!) Daran werden unsere Debatten nichts ändern.

Ich muß sagen: Im Augenblick machen diese Fakten unsere Neutralität zumindest nicht glaubwürdiger, als sie früher war. Sie war für Realisten schon früher nicht sehr glaubwürdig, zwar nicht in Richtung der Frage, ob wir es mit der Neutralität ernst meinen. Das kann, wie ich glaube, ruhig von der Mehrheit der Österreicher bejaht werden. Sie akzeptieren diese Neutralität, aber damit allein ist es ja nicht getan. Die Lippenbekennnisse allein, die Beteuerungen, daß wir nur friedliche Absichten haben, sind angesichts des weltweiten strategischen, politischen und militärischen Konzeptes leider nicht ausreichend.

Wenn wir etwas dazu beitragen wollen — und wir müssen das! —, die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität zu erhöhen, dann müssen wir uns sehr wohl in aller Offenheit und Öffentlichkeit mit diesen Fakten ausein-

andersetzen. Denn über diese Fakten sind wahrscheinlich die im Laufe der letzten Wochen abgeschobenen Spione einer östlichen Militärmacht sehr viel besser im Bilde als die meisten Österreicher selber.

Zum Punkt 2, zur Situation in Brüssel: Ich hielte es für falsch, sich in dem Augenblick, in dem ein Teilmandat zu Verhandlungen mit den neutralen Staaten erreicht zu sein scheint — ich hoffe, daß nun keine Panne mehr passiert —, hier im Hohen Hause in Spekulationen und in Prognosen zu ergehen.

Das Schwergewicht der Entwicklung liegt, soweit wir diese Entwicklung von Österreich aus beeinflussen können — wir müssen das mehr mit mehr Konsequenz und Nachdruck, als dies bisher geschah, tun —, derzeit bei der Bundesregierung.

Ich kann im Zusammenhang damit nur noch einmal den schon vom Hauptredner meiner Fraktion vorgebrachten Appell wiederholen: Es muß alles unternommen werden, um zu verhindern, daß unsere Landwirtschaft weiter diskriminiert bleibt. Daran muß insbesondere im Rahmen eines ins Auge gefaßten Handelsabkommens gedacht werden. Es muß ein besonderes Anliegen unserer Verhandler, unserer Experten, die ja in den nächsten Wochen hoffentlich in Verhandlungen treten werden, sein, im Interesse der österreichischen Landwirtschaft noch einen Durchbruch zu erreichen.

Daß wir, gerade um das tun zu können, unsere Beziehungen zu Frankreich mehr pflegen müssen, als wir es in den letzten Jahren vielleicht getan haben, halte ich für richtig. Ein Vorredner hat ja schon darauf hingewiesen.

Bedenken, Herr Abgeordneter Czernetz, habe ich aber gegen die unüberhörbaren anti-amerikanischen Töne, die Sie im Zusammenhang mit den EWG-Problemen anklingen ließen. Ich gehöre selber zu den Kritikern der amerikanischen Politik. Ich bin durchaus dafür aufgeschlossen, daß wir nicht alles gläubig entgegennehmen sollen, was uns von jenseits des Ozeans in den letzten Jahren und Jahrzehnten importiert wurde und was uns vielleicht noch importiert werden wird.

Aber ich habe — ich sage das, um hier auf Aquidistanz zu kommen — doch etwas vermisst: Wenn Sie das schon tun — das ist zum Teil auch mit Rückblicken in die Vergangenheit geschehen —, dann hätten Sie etwa am Verhalten des nun scheidenden EFTA-Landes England mit Rücksicht auf die Erfüllung seiner EWG-Verpflichtungen, als es mit der Einführung der Surcharge gegen die Vereinbarungen Österreich schwer diskrimi-

Dr. Scrinzi

niert hat, ebenso harte Kritik üben müssen. (Abg. Czernetz: *Das habe ich getan!*) Sie hätten auch etwa die Haltung des damals sozialistischen Dänemarks, das sich als Partner der EFTA gleichfalls über eine ganze Reihe von EFTA-Vorschriften hinweggesetzt hat, in Ihre Kritik miteinbeziehen müssen. Sie hätten eigentlich — das wäre Ihnen als Parteifreund der englischen Labour-Partei doch zugestanden — auch einiges zum Verhalten der Labour-Partei im Zusammenhang mit dem Erweiterungsschritt, den die EWG nun zu tun entschlossen ist, sagen müssen. Sonst geraten Sie — ich will Ihnen das aber nicht unbedingt unterstellen — zumindest in den Schein eines Verdachtes, daß nur antiamerikanischen Gefühlen Ausdruck verliehen wird.

Nun noch ein Wort — nicht sehr ausführlich, weil wir uns darüber noch bei anderer Gelegenheit mit der Regierung, mit dem Herrn Außenminister auseinanderzusetzen haben werden — zum Problem unseres Verhaltens in der Frage Volksrepublik China und Taiwan. Wir haben uns bei der China-debatte mit unserer Zustimmung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen inneren Vorbehalten zu einer Realitätspolitik bekannt. Wir sind der Meinung, daß die Mitgliedschaft der Volksrepublik China im Interesse des Universalitätsprinzips durchaus zu befürworten, zumindest aber nicht zu verhindern war, weil man sonst unglaublich geworden wäre. Wir glauben auch, daß bei Inanspruchnahme völkerrechtlicher Überlegungen der Zeitpunkt gekommen war, in dem man die Volksrepublik China als jenes Land anerkennen muß, das das Festland China *via facti* zu Recht zu vertreten beansprucht.

Ich glaube, ein ganz anderes Problem ist es, daß wir uns im Streit um den von beiden Seiten erhobenen Alleinvertretungsanspruch — hier geht es um ein abstraktes Problem — einseitig auf die Seite der Stärkeren gestellt haben. Dazu sehe ich nun keine Notwendigkeit.

Dieses Faktum, das ich insgesamt und von unserer österreichischen Haltung abgesehen als ein moralisches Harakiri betrachte, das die UNO hier begangen hat, fällt meines Erachtens als Schatten auf das neutrale Österreich. Wir werden die Fragen der Motive zu diesem Verhalten bei einer anderen Gelegenheit erörtern. Diesbezüglich glaube ich, daß uns der rein abstrakte Vertretungsanspruch in dieser Frage zumindest zu einer neutralen Haltung verpflichtet hätte. Es ist aber im Zuge des Erdrutsches in der UNO zu einer eindeutigen und einseitigen Stellungnahme gekommen. Es ist eine mißverständliche Auffassung von der Funktion der Mehrheit, daß

die Mehrheit grundsätzlich auch immer recht hat. — Das also zu Ihren Exkursen.

Ich kann nicht darauf eingehen, was Sie zum Problem des Demokratieverständnisses gesagt haben. Ich halte mich hier an die Mahnungen Ihres Klubobmannes — an diese Mahnungen scheint sich aber die eigene Partei nicht zu halten —, daß man die allgemeinen Fragen der Demokratie nicht in diesem Haus diskutieren soll. Ich möchte sagen: Nicht prinzipiell. Ich bin hier durchaus der Auffassung, daß auch Fragen der Demokratie hier im Haus erörtert werden müssen und erörtert werden sollen; durchaus zum Vorteil der Demokratie. Ich darf darauf verweisen, daß ja auch die Regierungserklärung auf Seite 13 bis 15 sich sehr theoretisch und hypothetisch mit Problemen der Demokratie auseinandersetzt.

Damit komme ich zur Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung. Zu begrüßen ist das Angebot auf Zusammenarbeit. Wie von seiten der Opposition dieses Angebot genutzt werden kann, ohne die wichtige Funktion von Kontrolle und Kritik zu beeinträchtigen, das wird eine Frage der kommenden Praxis sein.

Aber, Herr Bundeskanzler, bei dieser Gelegenheit darf ich ein Wort auch unmittelbar an Sie richten. Ich bin dafür, daß wir vor allem in jenen Bereichen, wo Probleme tatsächlich nur überzeugend und auf Dauer durch die Zusammenarbeit aller Parteien in diesem Hause gelöst werden können, diese Zusammenarbeit ohne Rücksicht darauf praktizieren, welche Partei oder welche Parteien jeweils auf der Regierungsbank sitzen. Das aber setzt voraus, daß dann die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit nicht — ich formuliere hier sehr höflich — durch höchst eigenwillige Interpretationen der Ergebnisse der Zusammenarbeit einseitig ausgelegt werden. Ich darf also sagen, daß wir in diesem Zusammenhang etwa Ihre Interpretation der Heeresgesetz-Novelle nicht unterschreiben können, ja, daß wir diese Interpretation eigentlich als eine Verletzung des Geistes und der Substanz einer in einem bestimmten Bereich konkret getroffenen Vereinbarung auffassen. Das allerdings dürfte nicht passieren, denn das wird die Oppositionsparteien in Zukunft nicht kooperationsbereit machen. Diese Kooperation halte ich aber gerade auf einem Gebiete für notwendig, dem ich mich jetzt im speziellen zuwenden möchte. Auch für dieses Gebiet gilt, daß die Regierungserklärung eher zur Verwischung der Grenzen, zur Verschleierung des konkreten Inhaltes, beigetragen hat.

Ich komme auf das Kapitel „Gesundheitspolitik, Umweltschutz und Familienpolitik“ zu reden.

Dr. Scrinzi

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich muß sagen, daß die Entwicklung von 1400 Experten zu 14.000 Worten der Substanz der Erklärung nicht zuträglich war. Ich könnte polemisch sagen, dadurch, daß man hinter jedem dieser Experten eine Null gesetzt hat und daraus die Metamorphose von 14.000 Worten erzeugt hat, hat man manches an Präzision, an Klarheit eingebüßt. Diese Präzision und Klarheit habe ich auch dort begrüßt, wo ich zum Beispiel mit Ihrem sehr präzisen Humanprogramm nicht überall einer Meinung sein kann. Aber immerhin mußte man diesem Programm nachsagen, daß es sehr konkrete, sehr sachbezogene, sehr detaillierte Aussagen enthalten hat — ich sehe ein, daß man nicht das ganze Humanprogramm in dem Rahmen einer Regierungserklärung unterbringen kann —, daß aber doch die Herausnahme jener konkreten Schwerpunkte in sehr konkreter Form auch von unserer Seite begrüßt worden wäre, was uns in die Lage versetzt hätte, uns mit den Absichten der Regierung, mit den Plänen der Regierung, sei es im Sinne der Zustimmung, sei es im Sinne der Ablehnung, auszutauschen zu können. Hier fehlt es an klaren Signalisierungen, und das macht es uns mindestens im Rahmen der Stellungnahme zur Regierungserklärung sehr schwer, etwas Konkretes dazu zu sagen. Zumal, und das muß ich aus einem anderen konkreten Diskussionsergebnis der heutigen Debatte noch einmal ins Treffen führen, wir uns nicht darauf verlassen können, daß Sie das, was Sie heute sagen, morgen auch noch meinen und übermorgen auch tun.

Und damit noch einmal ein Wort zur Südtiroldebatte. Hier hat nicht nur Goethe, sondern Gratz vor allem geirrt, denn seine Darstellung ist in klarem Widerspruch zu den Ausführungen des Bundeskanzlers zu dem Thema „Paket, Operationskalender und Durchführung des Operationskalenders“. Ganz klar hat der Herr Bundeskanzler als Oppositionssprecher gesagt: Natürlich, pacta sunt servanda, Verträge sind zu halten. Ich erspare es mir aus Zeitgründen, ihn hier wörtlich zu zitieren, es steht in den Stenographischen Protokollen der 168. Sitzung auf den Seiten 14.425 bis 14.427. Aber ebenso klar hat der damalige Oppositionssprecher und heutige Bundeskanzler gesagt: Hier handelt es sich um gar keinen Pakt, den man halten müßte. Also der Berufung darauf, man müßte sich jetzt zum Exekutor dieses Paktes machen, weil es sich eben um einen Pakt zwischen Italien und Österreich handelt, dieser Auffassung hat der Herr Dr. Kreisky damals eindeutig und unmissverständlich widersprochen, aber später sich stillschweigend offensichtlich zum Durchführungsorgan dieses Operationskalenders ge-

macht, vor dem er mit sehr klaren Worten gewarnt hat und dessen negative Folgen er damals als sehr bedeutend eingeschätzt hat.

Nun, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die Regierungserklärung hat eines, was für uns nicht neu war, aber ich möchte sagen, offiziell, amtlich festgestellt: Wer Österreicher ist, muß früher sterben, in Abwandlung eines nicht unbekannten Buchtitels. Das ist das Resultat der Feststellung, die Sie im Einleitungskapitel zur Gesundheitspolitik machen. Ja, aber meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, diese Einleitung beinhaltet damit das Eingeständnis der Pleite von 22 Jahren der sozialistischen Gesundheitsverwaltung in diesem Lande, mindestens auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik.

Ich wundere mich, daß der Herr Vizekanzler und Sozialminister Häuser, derzeit noch für die Gesundheitsagenden zuständig und, wie wir der gestrigen Presse entnehmen können, schon in die ersten Kompetenzauseinandersetzungen mit einer noch nicht existierenden Ressortministerin verwickelt, es für notwendig hält, zu Fragen der Steuerpolitik hier das Wort zu ergreifen, mich aber vor nicht allzu langer Zeit, als ich Fragen der Gesundheitspolitik, und zwar zweimal in Form von mündlichen Anfragen, angeschnitten habe, mit dem Verweis auf seine Nichtkompetenz einfach hat abfahren lassen.

Meine Damen und Herren! Was Sie hier in der Regierungserklärung festgestellt finden, hat und habe im besonderen ich als der einzige Arzt dieses Hauses immer wieder behauptet und moniert. (Bundesminister Dr. Weih, von der Regierungsbank aus: Und jetzt eine Ärztin!) Ich rede vorerst von diesem Haus, ich bitte um Entschuldigung, ich begrüße es, daß auf der Regierungsbank nun Verstärkung gekommen ist, ich hoffe, es wird Verstärkung. Sie haben ja leider eine Laudatio jetzt vorweggenommen, die ich noch anbringen wollte, ich werde sie später anbringen. Ich bin auch in diesem Falle als unverbesserlicher Optimist bereit, gewisse Vorschüllerbeeren zu erteilen, allerdings nicht auf Grund der Fernsehauftritte der noch nicht Kompetenzen besitzenden Frau Minister Dr. Leodolter, sondern aus ganz anderen Überlegungen.

Geringere Lebenserwartung: Der Österreicher muß im Schnitt vier bis sechs Jahre früher sterben. Und das, obwohl wir noch — Gott sei Dank — in einer Landschaft leben, die von einem Großteil unserer Nachbarländer als ein europäischer Erholungsraum gewertet wird. Trotzdem — und wir kennen die signifikanten Zusammenhänge etwa zwischen Luftverschmutzung und Lebenserwartung — stirbt

Dr. Scrinzi

dieser Österreicher im Schnitt vier bis sechs Jahre früher.

Wir halten einen Rekord bei der Krebssterblichkeit, bei der Selbstmordhäufigkeit, wobei ich auch dazu sagen möchte, ohne mich in eine fachliche Auseinandersetzung einlassen zu wollen, daß in bezug auf die Frage der Ursachen gerade dieses Rekordes die Gründe, die der Herr Bundeskanzler anführte — ich nehme an, daß er sie aus Kreisen meiner Kollegenschaft bezogen hat —, nicht ganz stichhäftig sind. Das wird aber bei anderer Gelegenheit zu erörtern sein.

Wir führen — weit an der Spitze — bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit.

Wir liegen im Spitzenveld, wenn es um den gewaltsamen Tod auf der Straße und bei den Arbeitsunfällen geht. Dazu möchte ich sagen: Erschreckend eine Mentalität in diesem Lande, die den Mord auf der Straße allmählich nur mehr als ein Kavaliersdelikt betrachtet!

Wir sind das Land mit dem durchschnittlich längsten Krankenhausaufenthalt.

Wir haben mit einer rapid ansteigenden Frühinvalidität zu kämpfen.

Meine Damen und Herren! Das alles sind alarmierende Signale. Wenn wir dazu feststellen, daß diese Situation so ist, obwohl wir das Land mit einer maximalen Belastung mit Sozialsteuern neben Schweden sind, etwa derzeit mit Abgängen in der Spitalsverwaltung, und zwar nur mit Betriebsabgängen von vier Milliarden Schilling konfrontiert sind und daß wir trotz laufend vorgenommener Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge zunehmend und beinahe alle Krankenkassen in rote Ziffern schlittern sehen, dann glaube ich, daß Alarmstufe 3 das mindeste ist, was man bei diesem Zustand behaupten kann.

Was hat die Regierung als Therapie vorzuschlagen? Einen sehr, sehr verdünnten Aufguß dessen, was etwa das sozialistische Humanprogramm enthält. Was schlägt man uns vor? Ein mittelfristiges Finanzierungskonzept. Dies ist auch nicht gerade ein überwältigend neuer Gedanke — um das anzumerken —, was aber der Güte dieses Gedankens noch keinen Abbruch tut. Es muß aber angemerkt werden, insbesondere weil diese ganze Regierungserklärung doch unüberhörbar eine Tendenz verfolgt: Allgemeine Programmvorstellung mit der Möglichkeit, auch noch im Jahre 2100 sagen zu können: das haben wir Sozialisten schon im Jahre 1971 in unserem Regierungprogramm enthalten gehabt; also muß man hier schon ein bißchen nach dem Rechten sehen.

Mittelfristige Finanzierung bei Sicherung des Leistungsrechtes. Nur wie diese Quadraatur des Kreises ohne empfindliche Erhöhung der sozialen Abgaben oder der staatlichen Zuschüsse gelöst werden soll, das wurde leider nicht gesagt. Hier sah ich mich in meinem Optimismus enttäuscht. Denn aus einer Diskussion, in die sich einmal der Abgeordnete Sekanina als ein immerhin gewichtiger Mann auf dem Gebiete der Krankenversicherung eingeschaltet hatte, habe ich angenommen, die damals zage angeschlagenen Töne seitens des sozialistischen Abgeordneten würden wenigstens in Spuren in der Regierungserklärung zu finden sein. Kein Wort davon! Kein Wort von der einzigen möglichen Alternative, wenn Sie dieses Konzept durchführen wollen, nämlich der Reform des Systems der Krankenversicherung.

Und noch einmal habe ich ganz zage Hoffnung geschöpft, als nun offensichtlich in Ergänzung und in Erkenntnis, daß hier eine fundamentale Lücke in der Regierungserklärung enthalten ist, der Herr Abgeordnete Sekanina zumindest in sehr indirekter Form es gewagt hat, hier anzuschneiden, daß wir nunmehr doch beim Stadium der konkreten Reformvorschläge angelangt sind. Denn der bloße Hinweis auf die Notwendigkeit der Reform ist eine Leerformel, mit der man leider in einer Regierungserklärung nicht sehr viel anfangen kann.

Die Reform nach welchen Grundsätzen? Und die Antwort darauf — wenigstens im Kern — hätte die Regierungserklärung geben müssen. Sie hat es nicht getan. Ich hoffe noch immer, daß die Regierungspraxis dieses Versäumnis nachholen und diese Lücke auffüllen wird.

Es kann zu diesem Punkt natürlich keine generelle Debatte über die Probleme der Reform der Krankenversicherung und des Spitalwesens angeschnitten werden; aber die Feststellung allein, daß das gigantische Mittel kostet, ist zu wenig.

Ich glaube auch, daß die Sanierung der Spitäler, die Bewältigung der Aufgaben der Gesundheitspolitik nicht allein den Rauchern und Trinkern dieses Landes überlassen werden kann. Es wäre sehr verlockend, auf das Beispiel des Herrn Klubobmanns Gratz von den Schnapstrinkern einzugehen. Ich folge ihm. In einer Demokratie freier Menschen gehört mit zu den Freiheiten, daß sich der eine am Volant und am nächsten Baum und der andere mit Hilfe von Schnaps umbringt. Aber natürlich — und da stimme ich Gratz bei — nicht unter Gefährdung von anderen und auch nicht auf Kosten anderer. Hier, muß ich sagen, sieht leider die Praxis ganz anders aus, als

Dr. Scrinzi

man auf Grund dieses Grundsatzbekenntnisses annehmen müßte.

Wenn ich nur das Teilgebiet etwa der Schiedsgerichtsbarkeit herausnehme und in dem großen Katalog des Herrn Justizministers Dr. Broda auch die Reform des Schiedsgerichtswesens sehe, so begrüße ich das, hoffe aber, daß die Reform gerade in jene Richtung geht, den heute amtlich geförderten, mit öffentlichen Mitteln gestützten Mißbrauch aller dieser sozialen Institutionen einzudämmen, und nicht dahin geht, durch die Herausnahme der Schiedsgerichtsbarkeit aus der allgemeinen Gerichtsbarkeit eine neue Domäne politischen Proporzies zu eröffnen.

Meine Damen und Herren! Auch in dieser Richtung hat uns die Regierungserklärung leider keine konkreten Vorschläge unterbreitet.

Dies geschah genausowenig beim nächsten wichtigen Kapitel, dem ich mich zuwenden möchte, und zwar bei der Umweltschutzpolitik. Gesundheitspolitik ist eine sinnlose Sisyphusarbeit, wenn wir auf der einen Seite durch kostspielige und mühselige Anstrengungen vorbeugen und dort behandeln, wo wir nicht vorbeugen konnten, und auf der anderen Seite durch die fortschreitende uneingeschränkte Zerstörung der Umwelt alles das wieder zu nützen machen.

Wenn es der sozialistischen Regierung ernst ist, hier einen echten neuen Schwerpunkt zu setzen, so kann ich namens meiner Fraktion erklären, daß sie unsere Unterstützung finden wird, wobei ich durchaus dem zustimmen möchte, was vorgestern in Rom geäußert wurde: Eine solche Politik soll ohne Hysterie gemacht werden. Aber, ich möchte hier anknüpfen, sie soll auch ohne klassenkämpferische Ressentiments gemacht werden. (Beifall bei der FPO.)

Im Zuge des Wahlkampfes haben wir die sehr einfache Formel gehört, die Verursacher sollen zahlen. Das war eine Formulierung, die zumindest mißverstanden werden kann.

Wenn der Herr Bundeskanzler aber damit gemeint hat, zu den Verursachern gehören wir alle, zum Beispiel etwa wenn wir gefährliche Abwässer produzieren, wenn wir als Autofahrer die Luft vergiften, wenn er uns also miteinbezogen hat, dann bin auch ich seiner Meinung. In diesem universalen Sinne sind wir alle Verursacher und werden, wenn wir nicht noch früher, als uns jetzt schon als Österreicher zu sterben bestimmt ist, sterben wollen, auch alle Zahler sein müssen, natürlich unter Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit des einzelnen.

Vor uns liegen doch zwei große Etappen der Umweltschutzpolitik, einmal zu versuchen, schon eingetretene Schäden zu beheben — das wird größer und, wie ich glaube, überwiegend öffentlicher Mittel bedürfen, denn mit diesen Kosten können wir zweifellos nicht die Wirtschaft a posteriori belasten —, und die zweite Phase wird sein, neue Schäden durch eine umfassende, koordinierte, weitgehend auf den Bund übertragene Gesetzgebung zu vermeiden und die Kosten hiefür angemessen und nach sozialen Gesichtspunkten zu verteilen.

Leider ist in der Regierungserklärung kein Ansatz einer Kostenberechnung. Ich hoffe, daß das ehestens nachgeholt wird, denn das ist ja eine der Voraussetzungen, daß wir über Umweltschutzprobleme nicht auch noch in den nächsten vier Jahren reden, sondern daß wir möglichst schon in den nächsten vier Wochen handeln.

Solche Kostenberechnungen sind in vielen Ländern durchgeführt. Sie liegen auch in vergleichbaren Ländern vor. Wir können die Technik dieser Berechnung durchaus übernehmen. Es sind gewaltige Beträge.

Wir hätten es sehr begrüßt, wenn außer dem allgemeinen und unbefriedigenden Hinweis auf das Verursacherprinzip und auf die jenseits dieses Prinzips zur Kostenbedeckung vage angedeutete Möglichkeit, daß man unter Umständen auch mit öffentlichen Mitteln nicht zurückhalten wird, etwa ein Hinweis enthalten gewesen wäre, daß man auf dem Gebiete der Steuerpolitik ganz entscheidend eingreifen kann.

Es sind große Einnahmenverzichte, die wir in Kauf nehmen müßten. Wenn ich auf eine Kostenberechnung der Bundesrepublik Deutschland nur auf dem Sektor, was kosten umweltfreundliche steuerpolitische Maßnahmen, verweisen darf, so gibt es hier einen mittelfristigen Kostenberechnungsplan auf vier Jahre berechnet — 30 Milliarden Schilling. Selbst die reiche Bundesrepublik mußte von vornherein ein Drittel dieses Erfordernisses mit Rücksicht auf die Finanzlage streichen. Aber rechnen wir das auf unsere Verhältnisse um, so wissen wir, was auf uns zukommt.

Kein Hinweis leider auch in der Regierungserklärung, daß man bei gewissen Aufgaben der Umweltschutzpolitik, mit denen heute die Gemeinden belastet sind, willens wäre, im Wege des Finanzausgleiches den Gemeinden einen Teil dieser Lasten abzunehmen. Die Abwasserbeseitigung kann von den meisten Gemeinden in einer modernen und, was notwendig ist, auf die nächsten 30 Jahre angelegten Form nicht mehr bewältigt werden. Hier wird es unumgänglich sein, daß wir die

Nationalrat XIII. GP — 3. Sitzung — 10. November 1971

115

Dr. Scrinzi

Kommunen entlasten, sonst werden wir es erleben, daß, bis die Fragen der Kompetenz und der Finanzierung geklärt sind, so viel Fehlinvestitionen erfolgt sind, die das ganze Unternehmen noch sehr viel kostspieliger machen, als es heute an sich schon ist.

Also auch dort große Lücken, wo es darauf angekommen wäre, mindestens Ansätze zu Lösungen in der Regierungserklärung antönen zu lassen.

Aber ein Ansatz in dieser Erklärung ist unüberhörbar. Es wurde ein neues Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz geschaffen.

Ich darf namens meiner Partei die grundsätzliche Erklärung abgeben, daß wir dieser Neuschaffung durchaus positiv gegenüberstehen, daß aber unsere endgültige Zustimmung selbstverständlich davon abhängen wird, ob erstens dieses Ministerium echte, ausreichende und umfassende Kompetenzen erhält und ob zweitens — ich bin mir darüber im klaren, daß im ersten Jahr keine Wunder geschehen können — mindestens für das Anlaufen einer erfolgreichen Arbeit die notwendigen Mittel im Budget für die Initialzündung bereitgestellt werden.

Ich nehme zur Kenntnis, daß das vorliegende Budget diesbezüglich nichts enthält, weil es aus Gründen des formalen Haushaltstrechtes nichts enthalten kann. Aber hier wird die sozialistische Regierung binnen kurzem Farbe bekennen müssen, und unsere Haltung werden wir darnach orientieren, ob die von mir geforderten Voraussetzungen erfüllt scheinen oder nicht.

Es ist ganz interessant — das muß ich zum Lobe der Frauen, aber auch für uns Männer anmerken —, daß man in den letzten Jahren in Österreich zur Auffassung gelangt ist, Pionierarbeit können nur Frauen leisten. Denn die beiden neugeschaffenen Ministerien sind in den Händen von Frauen. Beide haben also eine gewisse Durchbruchsarbeit zu leisten. Daß diese Durchbruchsarbeit zugleich mit einem männlichen Tabu zu brechen beginnt, das merke ich vor allem zum Lobe von uns Männern hier an. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.) Ich hoffe, daß die sozialistische Regierung an alle Männer dieses Hauses und nicht nur an jene gedacht hat, die einmal im Jahr rote Nelken tragen.

Die Aufgabe, die die Frau Minister Doktor Leodolter — die Frau Kollegin, wie ich sagen darf — übernommen hat, ist nicht ganz einfach. Ob man ihr ihre völlige Unbefangenheit in politischen Dingen als plus oder minus anrechnen muß, wird sich binnen kurzem herausstellen. Sie werden eine sehr schwierige

Aufgabe vor sich haben. Ich darf Ihnen aber versichern, daß ich diese Verstärkung begrüße, die ich nun als Vertreter eines, glaube ich, wichtigen Berufsstandes in diesem Lande erhalten habe, daß ein zweiter Arzt, wenn auch vorerst beschränkt auf die Regierungstribüne, in diesem Hohen Hause aktiv sein kann.

Frau Minister! Ich hoffe, daß Sie schon im Zuge der Kompetenzauseinandersetzung mit Ihrem Kollegen Häuser Standfestigkeit beweisen (*Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ*) und daß Sie sich nicht auf etwas begrenzen lassen, was auf Seite 8 der Regierungserklärung steht und was, kurz zusammengefaßt, folgendermaßen lautet: Sie haben Koordinationsaufgaben zu bewältigen, so als Postillon d'amour zwischen den sechs beteiligten Ministerien hin- und herzulaufen — bitte, Postillon d'amour jetzt im politischen Sinne gemeint — und durch gutes Zureden, durch Goodwill-Touren sozusagen endlich den Kompetenzwirrwarr, in dem wir immer noch hängen, obwohl wir schon lange über Umweltschutzpolitik reden, zu beseitigen. Denn ich verlasse mich hier nicht ausschließlich — oder ich würde es nicht tun — auf Ihnen weiblichen Charme.

Was ich bedaure — hier haben Sie eigentlich die erste Runde in meinen Augen schon verloren —, ist, daß Ihrem Ministerium, offensichtlich im Zuge von regierungsinternen Auseinandersetzungen, ein wichtiger Sektor nicht zugeordnet wurde, der meiner Meinung nach sachgemäß dazugehören würde, das ist die Familienpolitik. Denn Gesundheits- und Umweltpolitik hat ebenso sehr das Individuum wie die Familie im Auge zu behalten, und zur Frage der gesunden Umwelt, möchte ich als Arzt sagen, ist die erste Umwelt, mit der der Mensch konfrontiert wird und in der unter Umständen die Weichen für seine physische und psychische Gesundheit fürs ganze Leben gestellt werden, die Familie. Nach meinen Vorstellungen hätte die Familie in Ihr Ressort gehört.

Das ist aber nicht eine Absage an die neue Staatssekretärin, der ich bei ihrer Aufgabe viel Erfolg wünsche. Allerdings hoffe ich ... (*Zwischenrufe und Heiterkeit*.) Ich muß Ihnen aber sagen: Wenn sich der Herr Sozialminister Ihnen gegenüber so hartnäckig wie etwa uns, der Opposition, gegenüber verhält, wenn wir uns in Sachfragen mit ihm auseinanderzusetzen haben, wenn er bei Ihnen so säumig in der Erledigung von Angelegenheiten ist, wie er es bei uns war, dann darf ich von vornherein schon kondolieren. (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) Beweise könnte ich antreten dafür, und ich würde mich hier auch auf Tatenzeugen aus Ihren eigenen Reihen berufen

Dr. Scrinzi

können, Herr Kollege Dr. Fischer. (Abg. *Suppen: Fragen wir den Vizekanzler, ob er noch Kompetenzen hat!*) Bitte fragen Sie ihn nicht, sonst würde er wieder veranlaßt werden, von der Regierungsbank auf etwas zu antworten, wofür er nicht kompetent ist. (Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Was sind die Schlußfolgerungen, die wir als freiheitliche oppositionelle Fraktion in diesem Hause aus dieser Regierungserklärung allgemein, aber auch aus den speziellen von mir behandelten Kapiteln ziehen?

Vorenst betrachten wir sie nur als eine sehr universale Absichtserklärung. Hoffentlich ist sie nicht darauf angelegt, nur ein Wahlprogramm für das Jahr 1975 oder, wie Pessimisten dieses Hauses schon erörtert haben, für 1974 zu sein. Hoffentlich bringt sie nicht nur vieles, weil Sie sich bemühen wollen, das Erstgeburtsrecht für alles zu sichern, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in diesem Lande geschehen soll und geschehen muß.

Wir werden diese Frage binnen weniger Tage sehr viel konkreter beantworten können, wo ja die Regierungserklärung mit dem ersten sozialistischen — oder sozialdemokratischen, wenn Sie wollen; das überlasse ich Ihrem Geschmack; wir werden uns in diese ideologische Debatte zu gegebener Zeit noch einschalten ... (Heiterkeit.) Das werden wir also dann bei dieser Konfrontation sehen.

Meine Damen und Herren! Das Thema „Wohlfahrt oder Wohlstand?“ ist schon von meinem Parteifreund Peter angeschnitten worden. Ich möchte noch einmal auf dieses Thema zurückkommen, weil gerade die Frage „Wohlstand oder Wohlfahrt?“ sehr viel mit der Frage „sozialistisch oder sozialdemokratisch?“ zu tun hat.

Erlauben Sie mir als Nichthistoriker nur einen kurzen Ausflug. Das Wort „Wohlfahrt“ haben wir in einem dramatischen Augenblick der europäischen Geschichte erstmals bei der Französischen Revolution kennengelernt. Dort gab es einen „Wohlfahrtsausschuß“. Es war jener „Wohlfahrtsausschuß“, der dann letzten Endes Wohlfahrt mit Hilfe der Guillotine verbreitet hat.

Vorerst müssen Sie uns einräumen, meine Herren — und Damen — von der sozialistischen Regierung, daß wir zumindestens fürchten müssen, der von Ihnen verkündeten Wohlfahrt könnte eine andere Guillotine-Politik folgen. Denn unter einer Guillotine liegt der eine zitternde Österreicher schon, das ist die Preis-Guillotine. Und nachdem Sie uns bisher so wenig Konkretes darüber gesagt haben, wie Sie Ihre große Vorschau finanzieren wollen,

fürchte ich, wir könnten binnen kurzem auch noch unter der „Steuer-Guillotine“ liegen.

Meine Damen und Herren! Wir aber sind der Meinung: Weder mit der Steuer noch mit der bisher eingeschlagenen Preispolitik kann man in Österreich Wohlfahrt verbreiten, man kann damit die Armut nur so allgemein verteilen, daß man jedem einreden kann, diese Form von Armut sei Wohlstand. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf einige Worte zurückkommen, die der Abgeordnete Czernetz gesagt hat — er ist leider nicht hier —; zu seiner „Fußstapfentheorie“ der Außenpolitik hätte ich gerne einige Worte gesagt. (Präsident Dr. M. übernimmt den Vorsitz.)

Der Herr Bundeskanzler ist Gott sei Dank wieder herinnen. Wir haben Sie sehr lange vermisst, Herr Bundeskanzler (der Redner wendet sich vom Mikrofon ab und der Regierungsbank zu — Rufe: Mikrofon!), wirklich, wir haben das Gefühl gehabt, Sie interessieren sich nicht, Herr Bundeskanzler, für die Debatte in diesem Haus, und haben das als eine Art Mißachtung des Hohen Hauses aufgefaßt. Ich würde Sie aber bitten, in Zukunft, insbesondere bei der Regierungsdebatte, häufiger und länger anwesend zu sein. (Beifall und Bravo-rufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte zur sogenannten Fußstapfentheorie folgendes sagen, und zwar Südtirol betreffend: Ich kann mich erinnern, wie der damalige Oppositionsführer Kreisky an diesem Rednerpult gestanden ist und das „Paket“ und den Operationskalender und alles, was damit zusammengehängt ist, in Grund und Boden verurteilt hat, sich in eine Ekstase hineingeredet hat. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich habe fast Angst um seinen gesundheitlichen Zustand gehabt. (Ruf bei der SPÖ: Nur nicht übertreiben!) Meine verehrten Damen und Herren! Jetzt schaut es so aus in der Fußstapfentheorie, daß Ihre Partei in unsere Fußstapfen hundertprozentig hineingetreten ist. (Widerspruch des Abgeordneten Lukas.) Herr Kollege Lukas! Es ist jetzt so, daß sogar der verehrte Herr Bundespräsident nach Italien fährt, — sicher nicht, ohne vorher das Einvernehmen mit der Regierung hergestellt zu haben —, ohne daß die Streitbeendigungsklausel unterfertigt ist, meine Damen und Herren! Das ist eine sehr, sehr ernste Angelegenheit, und ich würde Sie bitten, dieses Thema in Zukunft

Dr. Mussil

nicht mehr anzuschneiden, denn auf dem Gebiete liegen Sie sicher schief.

Ich möchte zur Bundesheerreform noch folgendes sagen: Ich habe damals die Stellungnahmen in den ausländischen Zeitungen genau verfolgt. Herr Dr. Czernetz hat recht, man soll das hier in diesem Haus nicht wiedergeben, was die ausländischen Zeitungen geschrieben haben. Aber ich darf Ihnen eines sagen: Ich habe mich damals als Österreicher geschämt, was die ausländischen Zeitungen über die österreichische Wehrbereitschaft geschrieben haben. Ich kann mich ganz genau erinnern, als es hier in diesem Saal um die Frage der Waffenübungen gegangen ist. 60 Tage sind von allen Vertretern als eine Selbstverständlichkeit angesehen worden, auch vom Kollegen Mondl, und dann ist in der Konfrontation im Fernsehen zwischen dem Bundesparteiobmann Schleinzer und dem Herrn Bundeskanzler plötzlich die neue These aufgetaucht, daß man das Gesetz anders auslegen könnte. Bitte, das Gesetz ist schlecht, so wie alle Gesetze, die ohne uns gemacht worden sind. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Das ist eine Selbstverständlichkeit. Hier sind Auslegungsschwierigkeiten gegeben. (Abg. Sekanina: Kollege Mussil! Das war „Simpl“-reif!) Aber ich hätte zumindest angenommen (Abg. Libal: Noch nie soviel gelacht!), daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung dazu Stellung genommen hätte, ob es jetzt wirklich 30 Tage Waffenübungen sein sollen oder 60 Tage. Aber er hat sich in dieser Angelegenheit ausgeschwiegen, anscheinend weiß er es jetzt noch immer nicht, oder die Situation ist in Ihrer eigenen Partei so unbereinigt, daß Sie hier keine Auskunft geben können. (Abg. Sekanina: War das Ernst oder Spaß, Herr Kollege?)

Meine Damen und Herren! Ich möchte dann noch ein Wort zur Frage EWG sagen, weil auch hier Kollege Czernetz einige Bemerkungen gemacht hat. Er hat gesagt, das wäre der Stein der Weisen und es ist alles richtig, was läuft, und wir hätten schon wesentlich früher den Vertrag oder ein Arrangement oder wie man das immer nennen mag, haben können, wenn wir auf die Intentionen der Sozialistischen Partei damals eingeschwungen wären. (Abg. Sekanina: Das war doch Ihr Fehler, daß Sie auf unsere Intentionen nicht eingegangen sind! Ihre Wirtschaftspolitik war verfehlt! Hätten Sie auf unseren Rat gehört, wären wir schon viel weiter!) Herr Kollege Sekanina, die Intentionen der Sozialistischen Partei hat damals Altvizekanzler Pittermann sehr eindeutig vertreten (Abg. Sekanina:

Sie waren für die Wirtschaftspolitik zuständig!) mit den Bemerkungen vom kapitalistischen Bürgerblock, und das war Ihre Einstellung, die Sie bis ganz vor kurzem nicht abgelegt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, es war im „Spiegel“, wo ich das gelesen habe, wo der Herr Bundeskanzler in dem Zusammenhang ... (Abg. Sekanina: Konkret, Herr Mussil: Was haben Sie für einen Beitrag zur EWG-Politik Österreichs geleistet?) Einen positiven, Herr Kollege, einen positiven! Was denn sonst? (Abg. Sekanina: Überhaupt keinen!) Herr Kollege! Wir haben die ganzen Vorarbeiten geführt. (Abg. Sekanina: Phrasen haben Sie gedroschen! Nichts haben Sie geleistet!)

Präsident Dr. Maletta: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Dr. Mussil (fortsetzend): Ich kann nur eines sagen, der Herr Bundeskanzler hat in einem Interview, ich glaube es war im „Spiegel“, die Erklärung abgegeben, daß die Einstellung der Sozialistischen Partei zur EWG jetzt schon deswegen eine andere ist, weil die skandinavischen Staaten in die EWG hereinkommen und weil dadurch die fortschrittliche Einstellung in dieser EWG stärker zum Durchbruch gelangen wird.

Meine Damen und Herren! Was der Herr Bundeskanzler unter „fortschrittlich“ versteht, ist mir vollkommen klar. Das ist rein sozialistisch. Und das ist der wirkliche Grund, warum Sie jetzt diese Schwenkung eingeschlagen haben.

Zur Regierungserklärung selber darf ich folgendes sagen: Es ist schon mehrmals von der wirklich imponierenden Quantität an Worten und an Seiten — 14.000 Worte und 33 Seiten — gesprochen worden. Und es gibt eine These, die besagt, daß dann, wenn die Quantität entsprechend vermehrt wird, der Punkt kommt, wo die Qualität langsam beginnt die Quantität umzuschlagen.

Ich möchte damit nicht sagen, daß die Länge des Traktats der Grund war, daß die Regierungserklärung zuwenig Qualität aufweist. Sie hat ihre Qualitäten durchaus, aber auf anderen Gebieten, Qualitäten auf dem Gebiet, das nicht zu sagen, was eigentlich gesagt werden sollte. Aber in den wirklichen Fragen, in den Fragen grundsätzlicher Art, in der Frage: Wie steht es wirklich mit dem Sozialismus?, Wie steht es mit der Gesellschaftsordnung?, Wie steht es mit der wirtschaftspolitischen Standortbestimmung Ihrer Partei?, darüber sagt die Regierungserklärung kein einziges Wort. Der Sozialismus ist also noch immer in einer reinen Wartestellung nach dem Regierungs-

Dr. Mussil

programm, nur da und dort werden grellrote Glanzlichter aufgesetzt, damit die Radikalen in der Partei nicht vergessen, daß sie Sozialisten sind.

Meine Damen und Herren! Genade die Frage der Standortbestimmung der Regierung wäre außerordentlich wichtig gewesen, schon einmal deswegen, weil der Herr Bundeskanzler ständig von der Transparenz spricht und wir auch etwas dafür übrig haben, daß in der Regierungserklärung wirklich das Prinzip der Transparenz verfolgt wird.

In der Sozialistischen Partei gilt nach wie vor das Parteiprogramm aus dem Jahre 1958, das in der Frage der Vergesellschaftung sehr harte Formulierungen enthält. Vizekanzler Häuser hat sich vor den Wahlen in dieser Frage mehrmals bemerkbar gemacht. Der Herr Bundeskanzler hat das als einen Verbalradikalismus bezeichnet; ich glaube, das war der Ausdruck, den Sie dafür gefunden haben. Aber mit diesem Ausdruck lassen wir uns, Herr Bundeskanzler, nicht abfinden.

Ein maßgeblicher sozialistischer Funktionär des Gewerkschaftsbundes hat am Gewerkschaftskongreß erklärt, daß es notwendig wäre, „die Überwindung der Teilung der Gesellschaft in Eigentümer von Produktionsmitteln und Lohnabhängige durchzuführen“. Herr Bundeskanzler, das war nicht der Wallraff, ich möchte den Namen nicht nennen, aber er war es sicher nicht. Dazu ist zu sagen, das ist die klassenlose Gesellschaft, die hier gepredigt wird. Und gleichzeitig ist gesagt worden, beim Eigentum muß man nicht so genau sein. Auf das formale Recht, das sogenannte *jus nudum*, wenn man das so bezeichnen kann, auf das kommt es nicht an. Maßgeblich ist die Frage, wer über was bestimmen kann.

Meine Damen und Herren! Das ist eine sehr weitgehende Aussage, das ist eine gesellschaftspolitisch gravierende Aussage, da wollen wir wissen: Wie steht die Regierung konkret zu diesen Problemen?

Im Pressedienst des Arbeiterkammertages, in den „Facts“, ist vor einigen Tagen, das war lange nach den Wahlen, eine Aussendung erschienen, die genüßlich, möchte ich fast sagen, darauf hinweist, daß der Schweizerische Gewerkschaftsbund Intentionen hat, die Autohaftpflichtversicherung zu verstaatlichen. Sie haben das vom Arbeiterkammertag ja nicht deswegen in die Welt hinausposaunt, daß es die Welt weiß, sondern weil Sie damit konkrete Ziele verfolgen.

Wir sind also der Meinung, daß die Regierungserklärung dazu da wäre, den Standort der Regierung und der Sozialistischen Partei

abzugrenzen, aber hier hüllt sich trotz der angekündigten Transparenz die Regierungserklärung in ein bedeutungsvolles Schweigen. (Abg. S e k a n i n a: Stimmt nicht!)

Präsident Sallinger hat vor kurzem die Zielsetzungen, die wir uns in der Wirtschaftspolitik vorstellen, formuliert und hat sie der Öffentlichkeit unterbreitet. Das ist in erster Linie die Förderung des Leistungsprinzips in Staat und Wirtschaft, die freie Entfaltung des Unternehmers in der sozialen Marktwirtschaft, die Sicherung des persönlichen Eigentums vor ungerechtfertigten staatlichen Eingriffen.

Ich darf mit aller Deutlichkeit in diesem Zusammenhang folgendes sagen: Diese Dinge hängen mit der Wirtschaftsordnung unmittelbar zusammen. Es wird uns immer vorgeworfen, daß wir gegen Planen sind, und immer wieder habe ich im Wahlkampf diese Vorwürfe in Zeitungen lesen müssen.

Ich darf mit aller Deutlichkeit feststellen, daß niemand in der Österreichischen Volkspartei gegen Planen ist, aber gegen jede Form der zentralen Planwirtschaft. Der Staat soll für sich planen, und die Unternehmer ebenfalls für sich, aber ein Hineinplanen des Staates in die Unternehmungen lehnen wir ab. Wir bekennen uns zum Wettbewerb, weil wir genau wissen, daß nur in einer Wettbewerbswirtschaft staatlicher Zwang weitgehend vermieden werden kann.

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung bekennt sich auch zum Leistungswettbewerb. Aber nach dem althergebrachten Muster: Wettbewerb ja, aber nur bei den anderen, nicht dort, wo es eigene Positionen betrifft, wie etwa das Gastarbeitergesetz: wiederholt besprochen, versprochen und nie eingehalten. In der Regierungserklärung herrscht gnädiges Schweigen über dieses Thema.

Dann heißt es in der Regierungserklärung weiter: Die Wirtschaft soll von protektionistischen und bürokratischen Bürden befreit werden, Gewerbeordnung, Kartellgesetz, und so weiter.

Ich möchte eines sagen: Wir stehen auf dem Standpunkt einer liberalen Gewerbeordnung, aber nicht nur beim Antritt, sondern auch bei der Ausübung. Aber das, was in letzter Zeit auf uns zukommt, nicht nur bei der Gewerbeordnung, ist so geartet, daß ein ununterbrochenes Hineinregieren der Bürokratie in die Betriebe damit verbunden wäre; es sollen eine Reihe von anderen Vorschriften eingeführt werden, verschärfte Deklarationsvorschriften, unpraktikable Dienstnehmervorschriften.

Dr. Mussil

Es heißt in der Regierungserklärung, es sollen Vorschriften über „fairere Konditionen bei Pflege und Service von Konsumgütern“ eingeführt werden. Ich frage, Herr Bundeskanzler, heißt das, daß jetzt unsafer Konditionen herrschen? Wenn Sie dieser Meinung sind, dann würde ich Sie bitten, es zu sagen. Aber dann müßten wir uns mit allem Nachdruck gegen derartige Pauschalverdächtigungen zur Wehr setzen.

Meine Damen und Herren! Das, was jetzt geschieht, in der Regierungserklärung und in den Gesetzesentwürfen, die ich kenne, ist kein Abbau bürokratischer Bürden, sondern eine Einengung der Entscheidungsfreiheit des Unternehmers durch bürokratische Bürden. Es steht also das, was in der Regierungserklärung gesagt wird, in vollkommenem Gegensatz zu dem, was die praktische Wirtschaftspolitik oder die Gewerbepolitik tatsächlich bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Regierungserklärung wird mehrmals der Ausdruck „Europareife“ gebracht. Es wird nicht genau gesagt, welche Reife damit gemeint ist, Herr Bundeskanzler. Es gibt verschiedene Reifestadien und Reifearten im Leben. Ich nehme an, Sie meinen damit Europawohlstand, Europaeinkommen, und da in erster Linie die Europaverdienste, also die Europalöhne.

Ich habe schon vor Jahren in diesem Hause erklärt, daß wir auch systematisch und auf längere Frist diese Europalöhne anstreben müssen. Grundvoraussetzung dafür, meine Damen und Herren, ist, daß der vorhandene Lohnerhöhungsspielraum — das habe ich mehrmals hier wiederholt — weitestgehend zur Erhöhung der Direktlöhne und nicht zur Erhöhung der Lohnnebenkosten verwendet wird, die nach den letzten Berechnungen bereits 80 Prozent ausmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwischen der Kapitalausstattung der Betriebe, der Produktivität und dem Lohnniveau besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Wenn Sie sich die internationalen Vergleiche richtig ansehen, so erkennen Sie, daß ein ausgesprochener mathematischer Zusammenhang zwischen diesen Größen vorhanden ist.

Man kann also die Europalöhne nur erreichen, wenn man schrittweise und langfristig auch die Europaproductivität erzielen will, das heißt also, daß wir eine Europakapitalausstattung erreichen müssen. Primäres Anliegen der österreichischen Wirtschaftspolitik wäre es daher, diese Europaproductivität anzustreben, weil das die Voraussetzung für die Europaverdienste darstellt. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Regierungserklärung spricht aber nur von der Fremdfinanzierung. Gewiß, man braucht die Fremdfinanzierung. Die Instrumente der Fremdfinanzierung, die wir geschaffen haben — die Regierung Kreisky I hat sich ja durch eine wirtschaftspolitische Abstinenz ausgezeichnet —, sollen ausgebaut und erweitert werden. Aber das Wesentlichste sehen wir in der Frage der Erhöhung der Eigenkapitalbildung, was ich zuerst gesagt habe, oder wenn man es anders ausdrückt: die Beseitigung der Unterkapitalisierung oder die Beseitigung der zu starken Verschuldung. In der Zeit eines Booms und einer Hause spielt das keine Rolle. Wenn aber die Krisensteine oder die Hungersteine, wie man es so zu nennen pflegt, wieder auftauchen, weil das Niveau des Wachstums heruntergeht, dann ist das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital der Schlüssel dafür, ob die Betriebe die Durststrecke durchhalten können oder nicht.

Meine Damen und Herren! Die wirtschaftspolitischen Berichte aus unseren Nachbarländern sind nicht sehr rosig. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Kapazitäten der Industrie nur mehr bis zu 80 Prozent ausgenutzt. Die Inflationsrate ist mit über 5 Prozent, das Wachstum im nächsten Jahr mit 1 Prozent prognostiziert. Die Bundesrepublik steuert daher unter dem Superminister Schiller, einem Parteifreund von Ihnen, einer Situation zu, die man die schlechteste aller Welten nennt, und das ist die Stagflation, die Mischung von Stagnation und Inflation. Bei uns sind auf dem Eisen- und Stahlsektor, in der Holzbranche und so weiter bereits Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die internationale Entwicklung auf Österreich zukommen wird. Darum halten wir die Frage einer Forcierung der Eigenkapitalbildung, nicht nur für die Privatindustrie, Herr Kollege Sekanina, auch für die verstaatlichte Industrie — das gilt für alle —, für das Um und Auf der künftigen Wirtschaftspolitik.

Völlig vergessen in der Regierungserklärung scheint mir — vielleicht habe ich es überlesen — das schöne Wort vom modernen Industriestaat zu sein. Das habe ich nicht gefunden. Ich habe es dreimal durchgelesen, Herr Bundeskanzler. Vielleicht können Sie das überprüfen lassen. Aber das war doch Ihr Hauptslogan, das Wort mit dem modernen Industriestaat. (Zwischenrufe.) Nein, nein. Sie haben vor zwei Jahren in diesem Hause gesagt, als wir den Fremdenverkehr fördern wollten: Was ist Fremdenverkehr? Wir wollen in Österreich kein Land von Kellnern, Stubenmädchen, Köchen, Bergführern, Schilehrern und Heurigensängern. Das ist falsch. Wir wollen nur Produktion.

Dr. Mussil

Das ist eine urmarxistische Einstellung, wie Sie glauben, so wie beim Handel. (Ruf bei der SPÖ: *Das hat niemand gesagt!*)

Ja, jetzt haben Sie es überwunden. Ich hoffe, das hält an. Aber das war ja unsere Erziehungsarbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Beim Fremdenverkehr kann man nicht allein mit Förderungsaktionen arbeiten. Der Fremdenverkehr in Österreich ist international gesehen von der ganzen Welt am meisten besteuert. Ich glaube, er wird von 16 oder 17 verschiedenen Steuern betroffen. Es hat keinen Sinn, den Fremdenverkehrsbetrieben zuerst die Gewinne weg zunehmen durch diese Unsumme von Steuern und ihnen dann so in Art Gnadenakten gewisse Förderungsmaßnahmen zuteil werden zu lassen. Sicher, die Förderungsmaßnahmen sind notwendig, aber in erster Linie sollte eine Entsteuerung des Fremdenverkehrs erfolgen. Das müssen wir hier ganz deutlich und energisch fordern.

Sie haben, meine verehrten Freunde von der Sozialistischen Partei, wenn ich den Ausdruck „Freunde“ gebrauchen darf ... (Abg. Sekanina: *Also, das geht zu weit!*) Ich sage ja nicht „Freundschaft“, ich sage nur „Freunde“. (Abg. Sekanina: *Schön langsam lernen Sie es!*) Nein, nein, nein! Mit „Freundschaft“ hat das nichts zu tun.

Sie haben vor den Wahlen davon gesprochen und es vor allem versprochen, keine neuen Steuern einzuführen und keine Steuererhöhungen vorzunehmen. Und jetzt lassen Sie nicht einmal die Alkoholsteuer auslaufen, obwohl es der Gesetzgeber versprochen hat. Sie wollen sie erhöhen, ebenso die Tabaksteuer in irgendeiner versteckten Form, damit die neue Frau Minister — sie ist leider nicht hier —, die der Kollege Scrinzi mit so schmeichelhaften Worten bedacht hat, auch Mittel bekommt, um ihr Ressort zu führen. In verschleieter Form ist da wieder diese altbekannte Umlage enthalten, diese altbekannten Steuern in Form eines Gesundheits-Schillings und ähnlicher Sachen, die Sie immer wieder aufwärmen. Auf dem Gebiet der Forschung — die Frau Minister Firnberg ist auch nicht da — wollen Sie die Forschungsumlage einführen, auch in versteckter Form. (Abg. Skritek: *Sie haben anscheinend bei den Frauen kein Glück!* — Abg. Sekanina: *Kollege Mussil, eine Frau haben wir noch! Wenn bei Ihnen eine weggeht, wäre keine mehr da! Aber wir haben noch eine zu bieten!*) Herr Kollege, also bitte, es ist verboten das Anbieten. (Lebhafte Heiterkeit. — Abg.

Sekanina: Das ist wieder ein Mißverständnis!)

Von der großen Steuerreform ist überhaupt keine Rede mehr. Daß der Steuerdschungel beseitigt und die Lohnverrechnung vereinfacht werden soll, das scheint also nicht mehr aktuell zu sein.

Zum 1. Jänner 1973 will die Regierung eine Milderung der Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer durchführen. Es ist schon gesagt worden: wahrscheinlich mit den Mehrerinnahmen aus der Mehrwertsteuer.

Aber ich darf in dem Zusammenhang eine besonders interessante Feststellung machen. In der Regierungserklärung heißt es, daß die Bundesregierung sobald wie möglich mit dem Gewerkschaftsbund über die Milderung der Lohn- und Einkommensteuer verhandeln wird. Die Einkommensteuer zahlen die Selbstständigen, das zahlen die Unternehmer, die Angehörigen der freien Berufe und so weiter, die Landwirte. Die Lohnsteuer zahlen also die Lohnabhängigen.

Bitte, ich weiß nicht, ist das ein Vorsehen oder ist das Absicht: Im beiden Fällen ist eine derartige Vorgangsweise außerordentlich zu verurteilen. Ich nehme nicht an, daß die Regierung beabsichtigt, dem hohen Gewerkschaftsbund die totale Interessenvertretung für sämtliche in der pluralistischen Gesellschaft vorhandenen Gruppen zu überantworten. Aber wenn man das so liest, könnte man dieser Meinung sein.

Man wird in der Meinung bezüglich des Regierungsstils bestärkt, wenn man folgendes weiß: Sie haben sich in diesem Haus wiederholt mit Recht beschwert, daß die Begutachtungsfristen nicht eingehalten worden sind, daß Begutachtungen überhaupt nicht durchgeführt worden sind und so weiter. Was spielt sich also jetzt ab? Wir bekommen mit Eingangsstempel vom 8. November die Novelle zur Verlängerung der Alkoholsteuer. Das ist zu einem Zeitpunkt bei uns eingelangt, wo der Hohe Ministerrat bereits den Beschuß gefaßt hat, daß diese Steuer unbefristet verlängert wird.

Ich frage, Herr Bundeskanzler: Ist das der Stil der neuen Regierung? Wenn das der Stil der neuen Regierung sein sollte, müßten wir uns mit allem Nachdruck dagegen verwahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Worte zur verstaatlichten Industrie.

Auf den ganzen 33 Seiten — Kollege Sekanina, jetzt müssen Sie aufpassen! — sind der verstaatlichten Industrie insgesamt 15½ Zeilen gewidmet. Dabei ist ein Zitat aus dem Gesetz enthalten; wenn man das abzieht,

Dr. Mussil

sind es $4\frac{1}{2}$ Zeilen, und in den $4\frac{1}{2}$ Zeilen steht nichts anderes als eine Entschuldigung der Regierung und ein Hinweis darauf, daß der vierjährige Auftrag zur Zusammenfassung, also zur Fusionierung, an die Gesellschaft erst am 1. Jänner 1970 erteilt worden wäre — stimmt — und daß die Regierung also noch zwei Jahre Zeit hat. Soweit, so gut, meine Damen und Herren, aber ich darf eines hier feststellen: Es ist vollkommen richtig, daß die Bundesregierung keine Zusammenfassungskompetenz hat. Das steht der Gesellschaft zu. Aber genauso wenig hat die Bundesregierung, vor allem der Herr Bundeskanzler, eine Verhinderungskompetenz von Beschlüssen des Aufsichtsrates der OIAG, wie es seinerzeit bei den Stickstoffwerken und bei der OMV stattgefunden hat. (Zustimmung bei der ÖVP.) Seit damals, meine Damen und Herren, ist die Autorität der Gesellschaft „etwas“, sage ich hier in voller Verantwortung, etwas gesunken. Daraus ist die Forderung nach formalrechtlichen Maßnahmen erklärlich, wie etwa eine Änderung des Gesetzes über die OIAG, über die Einräumung eines Weisungsrechtes. Das Weisungsrecht, meine Damen und Herren, ist kein Instrument einer Konzernpolitik. Das Weisungsrecht ist ein Instrument der Politik in den Oststaaten, das paßt zu uns nicht herein. Darum lehnen wir diese Dinge restlos ab.

Meine Damen und Herren! Über die EWG habe ich schon kurz gesprochen. Ich möchte noch eines sagen: Wir unterstützen die jetzige Politik der Regierung in dieser Frage, allerdings nur, wenn wirklich ein Ausgleich der beiderseitig eingeräumten Vorteile gesichert ist, wenn die Landwirtschaftsfrage geklärt ist, die uns sehr am Herzen liegt, und auch wenn die Frage der sogenannten sensiblen Waren in entsprechendem Sinne abgestimmt wird.

Bitte, dieses Prinzip der Gegenseitigkeit, das man in der Handelspolitik auf der ganzen Welt hochhält und heute noch mehr hochhalten muß, wo sich die anderen Länder entschließen, ihre Grenzen abzuschirmen, ist bei uns leider in der letzten Zeit im Verhältnis zu den Oststaaten sehr wenig eingehalten worden. Wir haben die Handelspolitik gegenüber dem Osten und gegenüber Japan ständig als konjunkturpolitische Maßnahme eingesetzt. Es ist nun soweit, daß wir in diesen Relationen ausgesprochene Rückgänge unserer Zuwachsrate bei den Exporten haben. Das, was jetzt not tut, sind keine neuen Importstöße, Herr Handelsminister, sondern Exportstöße, die durchgeführt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung röhmt sich in langen

Passagen ihrer Erfolge auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik: 7 Prozent Wachstum und so weiter. Ich darf dazu sagen: Die Absenz der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ist schon herausgestrichen worden. Wenn Sie mir einen positiven Beitrag in der Wirtschaftspolitik sagen könnten, den die Regierung Kreisky I getroffen hat, so wäre ich Ihnen dankbar.

Das einzige, was Sie gemacht haben, waren negative Maßnahmen wie die Erhöhung der Dieselölsteuer, die insbesondere den Verkehr, aber auch eine Reihe von anderen Berufsgruppen in außerordentliche Schwierigkeiten bringt.

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Verkehr mit allem Nachdruck sagen: Ich habe den Eindruck, in der Bundesregierung weiß man auf dem Gebiete des privaten Güter- und Personenverkehrs nicht, was man will oder was man wollen soll, wenn man das so ausdrücken kann. Es werden ununterbrochen andere Erklärungen abgegeben; einmal vom Verkehrsminister, einmal vom Handelsminister. Der ordnungspolitische Stand dieses Berufes ist völlig ungeklärt, und die Konkursziffern in diesen Berufen steigen dazu. In diesem Berufsstand ist wirklich Alarmstufe 3, meine Damen und Herren! Wenn Sie sich nicht bald entschließen, auf diesem Gebiet initiativ zu werden, so wird die gesamte österreichische Wirtschaft darunter Schaden leiden. Und den Ausweg zu suchen, daß man, wenn man nicht weiß, was man tun soll, einfach die Kompetenz verschiebt, diesen Ausweg nehmen wir Ihnen nicht ab.

Außer der Erhöhung des Straßengütertarifs liegen eine Reihe von Anträgen auf Preiserhöhungen bei den zuständigen Stellen. Durch den Wahlrückstau ist das alles zurückgedrängt worden, und jetzt kommt der berühmte Rückstauzacken in der Preisindexkurve, der allgemein wirtschaftlich anerkannt ist.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wie Sie jetzt zu diesen Dingen stehen. Mit der einfachen Erklärung des Kollegen Sekanina, daß ich hier einmal sage, daß die Inflation in Österreich zu hoch ist, und auf der anderen Seite Preiserhöhungsanträge in der Paritätischen Kommission stellen muß, ist das Problem, Herr Kollege Sekanina, nicht abgetan. (Abg. Sekanina: Ich habe von anderen Dingen geredet! — Abg. Libal: Das hat er nicht gesagt!)

Kollege Sekanina, schauen Sie sich im Ausland um. Fahren Sie hinaus, aber nicht zu Sozialversicherungskongressen, sondern schauen Sie sich die Wirtschaft an. Überall,

Dr. Mussil

wo Preisregelungen, wo Preisstoppmaßnahmen und Lohnstoppmaßnahmen eingeführt sind, sind die höchsten Inflationsraten auf der ganzen Welt. Das können Sie nicht weglassen.

Jetzt kommen Sie mit dem Preisregelungsgesetz, und der Herr Bundeskanzler hat in einer Pressekonferenz wieder eine neue Idee gehabt. Die Idee besteht darin, daß sämtliche Betriebe mit sämtlichen Waren durch Gesetz verpflichtet werden sollen — das geht ja nur durch Gesetz —, vor die Paritätische Kommission zu kommen. Das bedeutet de facto nichts anderes als eine Umwandlung der Paritätischen Kommission in eine Preisbehörde, eine Institutionalisierung der Paritätischen Kommission mit allem Drum und Dran.

Wir haben immer erklärt, wir stehen auf dem Boden der Sozialpartnerschaft. Wir verteidigen diese Sozialpartnerschaft, aber mit einer derartigen Zielsetzung könnten wir uns nie einverstanden erklären. Ich kann mir schon vorstellen, daß es dem Herrn Bundeskanzler und der Regierung angenehm wäre, wenn er die Verantwortung für Preiserhöhungen, für die Inflationsraten auf die Sozialpartner abschieben könnte. Aber diesen Gefallen werden wir ihm nicht tun! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier noch eines mit aller Deutlichkeit sagen: Die Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft ist in erster Linie und hauptsächlich Angelegenheit der Sozialpartner und von sonst niemandem — einschließlich des Herrn Bundeskanzlers! (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)

Zum Schluß ein Wort als Abgeordneter des Waldviertels. Ich fühle mich trotz der Wahlrechtsreform noch immer als Waldviertler Abgeordneter.

Wir haben während der ÖVP-Regierung eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die für diesen Landstrich von sehr großer Bedeutung sind. Allerdings noch nicht genügend, darum sind wir der Meinung, daß auf diesem Gebiete die Bundesregierung aktiv werden müßte, daß sie nicht nur Programme aufstellt und Kommissionen einberuft, sondern effektiv zeigt, was sie bereit ist zu tun. Bisher hat sie keinen Finger gerührt. Ich habe den Eindruck und meine Parteifreunde im Waldviertel auch, daß die Bundesregierung auf der Basis der sogenannten passiven Sanierung steht, auf der Basis der Sanierung durch Abwanderung.

Was wir brauchen, ist ein Entwicklungs hilfegesetz so ähnlich wie in Bayern, wie in den Zonenrandgebieten in Schottland und so weiter, wo 30, 40 oder 50 Prozent Gründungs-

prämien gezahlt werden. Das ist keine wirtschaftliche Frage allein, sondern eine eminent staatspolitische Frage. Daher halte ich es auch für nicht verantwortlich, wenn der Herr Verkehrsminister — er ist leider auch nicht hier — ununterbrochen von der Einstellung der Nebenbahnen, die in diese Entwicklungsgebiete führen, spricht. Da nimmt man der Bevölkerung doch das Vertrauen, Betriebe zu errichten. (Abg. Ing. Scheibenbaf: Sagen Sie dem Herrn Generaldirektor Kalz auch!) Herr Kollege, ich habe das allen gesagt und werde es ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit jedem sagen, der diese Intentionen vertritt. Darauf können Sie sich verlassen! (Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich darf zum Schluß eines sagen ... (Abg. Ing. Hobl: Ihre Waldviertler Freunde haben sich doch darüber aufgehalten, daß Ihr Ministerkollege Dr. Weiß seinerzeit das wollte!) Da war ich draußen und habe Minister Weiß überzeugt, wie die Dinge liegen. Er hat sich überzeugen lassen. Ich hoffe, daß Minister Frühbauer demnächst auch in das Waldviertel kommt. Ich werde ihm die Situation genauso darlegen. Wenn er so entscheidet wie Minister Weiß, dann bin ich froh und in dieser Frage beruhigt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend zur Regierungserklärung sagen: Es steht sehr viel in dieser Regierungserklärung. Worauf es uns ankäme, also auf die Standortfestlegung der Regierung in ordnungspolitischen Fragen, darüber steht leider nichts drinnen.

Wir werden Ihnen bei der Verwirklichung aller Intentionen, die gesellschaftspolitisch mit unseren Gedankengängen in Widerspruch stehen, den allergrößten Widerstand entgegensetzen. Wir sind aber dort bereit, positiv mitzuarbeiten, wo Sie im Einklang mit unseren allgemeinen Vorstellungen die Regierungspolitik durchführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maletta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Erich Hofstetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Erich Hofstetter (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Generalsekretär Dr. Mussil hat jetzt vor mir einerseits ein Klagelied angesetzt und sich andererseits mit Problemen befaßt, bei denen ich versuchen werde, das eine oder andere richtigzustellen.

Er hat immer davon gesprochen, welch negative Politik von der Regierung Kreisky gemacht wurde, daß auf handelspolitischem Gebiet praktisch überhaupt nichts geschehen

Erich Hofstetter

sei und daß alles, was geschehen sei, negativ wäre.

Dies ist ein Klagelied, das eigentlich im Widerspruch zu der Entwicklung steht, die wir in den letzten eineinhalb Jahren zu verzeichnen hatten, und zur Entwicklung, die voraussichtlich auch im Jahre 1972 noch günstig sein wird.

Er sprach von der Qualität der Gesetze. Ich möchte das Hohe Haus vielleicht nur daran erinnern, daß wir uns doch gerade in den Sommermonaten mit den Überstundenzuschlägen und dem Bewertungsgesetz beschäftigen mußten, Gesetze, die Sie damals als Oppositionsparteien OVP/FPO hier durchgedrückt haben.

Es wird immer wieder die Frage gestellt: Was will die Regierung, was will die Sozialistische Partei? Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß Sie so vergeblich sind. Wir haben hier von diesem Platz aus sehr oft unsere Zielvorstellungen in unseren Programmen zum Ausdruck gebracht. Das war mehr oder weniger auch unser Wahlprogramm. Das wurde der österreichischen Bevölkerung mitgeteilt, und die österreichische Bevölkerung hat sich auch auf Grund der Stimmabgabe dazu geäußert und hat meiner Partei das Vertrauen ausgesprochen.

Die Frage Gastarbeiter. Herr Generalsekretär! Sie wissen das doch am besten. Man soll doch nicht etwas in den Raum stellen, was den Tatsachen nicht entspricht. Es ist richtig: Wir sind im Gespräch. Aber die österreichische Wirtschaft kann nicht sagen, daß sie irgendwie an der Hereinnahme von ausländischen Arbeitern gehindert ist, weil sie jetzt schon einen Vorschuß hat, der so groß ist, daß sie dazu praktisch im vergangenen Jahr nicht in der Lage war.

Zu einer weiteren Frage: Sie sprachen von den Preisen. Ich werde darauf noch zurückkommen. Sie sprachen von dem Preisstopp. Richtig. Ich möchte aber doch hier dem Hohen Haus auch sagen, daß es überwiegend konservative Regierungen waren, die mehr oder minder die Verfügungen und die Gesetze bezüglich des Preisstopps erlassen haben. Wir haben uns eindeutig gegen diese Maßnahme — Preisstopp — ausgesprochen, weil wir glauben, daß wir ein anderes Instrument oder ein anderes Instrumentarium haben, was uns dieser Sorge enthebt.

Die Frage betreffend die Begutachungsfri-
sten. Es ist von Ihnen, Herr Generalsekretär,
das Wort „genüßlich“ gefallen. Sie haben
direkt gewartet, das hier dem Hohen Hause
mitzuteilen. Das ist richtig. Aber ich möchte

auf eines hinweisen — weil Sie gar so kritisch waren —: Es war nämlich in der Legislaturperiode Ihrer Partei, in der Sie die Überschüsse des Familienlastenausgleiches ohne Begutachtungsverfahren und ohne den Ausschuß zu befassen, gleich in das Budget inkammiert haben. Ich glaube also, man soll bei der Sache bleiben und nicht vielleicht irgendwie Dinge hier im Hohen Hause der Galerie und der Presse sagen, die den Fakten und den Tatsachen nicht so ganz entsprechen.

Hohes Haus! Die Regierungserklärung, die heute Gegenstand unserer Beratungen ist, enthält unserer Meinung nach eine Fülle neuer Perspektiven und Aussagen, die uns alle angehen. Um nur einiges herauszugreifen, verweise ich, wie schon erwähnt, auf die Bekämpfung der Armut, auf die Gesundheitspolitik, auf den Umweltschutz, auf die Bildungs-, die Wohnbaupolitik. Es ist wohl jedem von uns im Haus klar, daß diese Aufgaben nicht lediglich durch eine Umschichtung in der bestehenden Verwendung unseres Volkseinkommens bewältigt werden können. Es wird vielmehr darauf ankommen, durch eine größtmögliche Steigerung des Volkseinkommens dafür zu sorgen, daß die österreichische Volkswirtschaft jene Leistungsfähigkeit erreicht, die die Grundvoraussetzung für die Erfüllung unserer weitgesteckten Pläne ist. Aus diesem Grund hatte sich die Regierung zur Aufgabe gemacht, die österreichische Wirtschaft an das westeuropäische Niveau heranzuführen. Das ist mit der Erklärung, ein modernes Österreich europareif zu machen, gemeint.

Zweifellos können wir gerade in den letzten Jahren auf eine sehr erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung zurückblicken. Unser Wirtschaftswachstum war nicht nur, gemessen an den Ergebnissen der sechziger Jahre, überdurchschnittlich groß, sondern auch im Vergleich mit den anderen Industriestaaten Europas. Sie haben schon darauf hingewiesen, Herr Generalsekretär. Aber wir sollen das aussagen. 1970 lagen wir mit einem Wachstum des Bruttonationalproduktes von 7,1 Prozent an der Spitze der europäischen Industriestaaten. 1971 werden wir mit einem Wachstum von etwa 5½ Prozent eine ähnlich günstige Position erreichen. Auch für das Jahr 1972 wird vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung ein Wirtschaftswachstum von mehr als 4 Prozent vorhergesagt, womit Österreich abermals in der Spitzengruppe der europäischen Industriestaaten zu finden wäre.

Allerdings darf man nicht übersehen, daß die Methode der Konjunkturprognose noch lange nicht so entwickelt ist, daß nicht da oder dort irgendwie Korrekturen eintreten

Erich Hofstetter

könnten. Noch nie waren nämlich — und das ist uns allen bekannt — die Konjunkturvorhersagen mit so großen Unsicherheitsmomenten belastet wie gerade in diesem Jahr. Wir stehen vor Veränderungen der bisherigen Weltwährungsordnung. Immerhin hat ein so großes, mächtiges und wirtschaftlich einflußreiches Land wie die USA es für notwendig befunden, zur Lösung seiner wirtschaftlichen Probleme protektionistische, den Welthandel gefährdende Maßnahmen zu ergreifen, und mit Dänemark ist bereits das erste kleine europäische Land diesem Beispiel gefolgt. Und immerhin scheint sich auch die konservative Regierung in Großbritannien nicht von einer Politik lösen zu können, die einerseits zur Bekämpfung des in diesem Land besonders starken Preisauftriebes nur wenig beiträgt, andererseits aber die größte Arbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise herbeigeführt hat.

Jede Prognose der österreichischen Wirtschaftsentwicklung für die kommenden Jahre muß daher von zwei wesentlichen Faktoren ausgehen: Einerseits scheint es doch offensichtlich zu sein, daß die binnengewirtschaftliche Konjunkturlage, die vorhandene Nachfrage und das Angebot auf dem Arbeitsmarkt durchaus für ein weiteres günstiges Wirtschaftswachstum ausreichen. Andererseits darf man nicht übersehen, daß eine Verschlechterung der internationalen Wirtschaftssituation vor allem auf dem Wege des Außenhandels unangenehme Rückwirkungen auch auf die österreichische Konjunktur haben könnte, ja wahrscheinlich sogar haben müßte. Eine neue Welle des internationalen Protektionismus würde sich ohne Zweifel außerordentlich ungünstig für die kleinen Industriestaaten und damit natürlich auch für Österreich auswirken.

Österreich gehört sicherlich nicht zu jenen Ländern, von denen die Lösung der Weltwährungs- und damit der Welthandelsprobleme abhängt. Wir wollen aber doch festhalten, daß unser Land durch die im Mai vorgenommene Aufwertung des Schillings, die wir gemeinsam beschlossen haben, und durch die im August ergriffenen Maßnahmen sicherlich einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme bereits — so gleichsam als Vorschuß — geleistet hat. So darf als besonders erfreulich festgestellt werden, daß in der Regierungserklärung keine wie immer gearteten protektionistischen Gedanken anklingen, sondern daß im Gegenteil die österreichische Bundesregierung mit aller Deutlichkeit ihren Willen zu einer Vertiefung und Intensivierung des Welthandels auf der Basis eines neuen Weltwährungssystems zum Ausdruck gebracht hat.

Dieser gute Wille entbindet uns aber nicht von der Aufgabe, für den Fall vorzusorgen, daß durch Schritte und Maßnahmen anderer Länder, die sich unserer Einflußnahme natürlich völlig entziehen, konjunkturelle Schwierigkeiten entgegen allen Erwartungen in Österreich entstehen könnten.

In der Regierungserklärung wurde bereits darauf hingewiesen, daß für diesen Fall das am kommenden Freitag hier vorzulegende Budget der Bundesregierung einen Konjunkturausgleichsetat vorsehen wird. Wir begrüßen diese Vorsorge. Ich darf aber auch in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß auch das Budget für das laufende Jahr einen solchen Konjunkturausgleichsetat beinhaltet hat, welcher dann angesichts der überaus günstigen Konjunkturentwicklung nicht zum Einsatz gebracht worden ist.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat im heutigen Jahre in mehreren Sitzungen mit den Vertretern der Wirtschaftspartner die Konjunkturlage analysiert und die Frage des Einsatzes des Konjunkturausgleichsbudgets besprochen. Wir sind dabei jedes Mal einhellig zur Auffassung gekommen, daß die konjunkturelle Lage den Einsatz dieses konjunkturbelebenden Instrumentes als nicht zweckmäßig erscheinen lassen würde. Es wäre sehr zu begrüßen und liegt auch sicherlich in der Absicht des Herrn Finanzministers — und er hat ja die Zusage gegeben —, wenn diese Aussprachen auch im kommenden Jahr fortgesetzt und weitergeführt werden könnten.

In diesem Zusammenhang erscheint mir das Bekenntnis zur Fortsetzung der Vollbeschäftigungspolitik von besonderer Bedeutung. Vielleicht, meine Damen und Herren, nimmt man das als eine Selbstverständlichkeit an. Ich gebe gerne zu, daß auch die Unternehmerorganisationen in Österreich keine grundsätzlichen Einwendungen gegen eine solche Politik erhoben haben. Wenn wir aber an das Beispiel Großbritannien denken oder an die inzwischen von der Regierung Nixon wieder fallengelassene Politik ihrer ersten Regierungsjahre, dann wird sehr deutlich, daß es in unserer modernen Industriegesellschaft noch immer Kräfte und Gruppen gibt, die die Arbeitslosigkeit weiter Schichten der Bevölkerung für ein durchaus vertretbares Mittel der Wirtschaftspolitik ansehen. Der Herr Abgeordnete Czernetz hat mit dem Beispiel Kanada darauf hingewiesen. Der Einsatz dieses Mittels — wir lehnen es mit Entschiedenheit ab — wird von seinen Befürwortern vor allem dann empfohlen, wenn es darum geht, den Preisauftrieb zu bekämpfen.

Nun wäre es geradezu absurd, wenn ich als Sozialist und Gewerkschafter die recht unan-

Erich Hofstetter

genehmen Auswirkungen des Preisauftriebes bagatellisieren würde. Immerhin ist es den gemeinsamen Bemühungen der Regierung und auch der Wirtschaftspartner gelungen, den Preisauftrieb in Österreich zumindest in den beiden letzten Jahren spürbar unter jenem der anderen Länder Westeuropas zu halten. Das ist zwar, wenn Sie so wollen, nur ein relativer Erfolg, aber angesichts des großen Anteiles der importierten Inflation — etwa 30 Prozent — an unserer Preisentwicklung doch eine gewaltige Leistung. Was für den einzelnen Österreicher aber wichtiger ist, ist das, daß sich die Realeinkommen der Österreicherinnen und Österreicher in diesem Jahr wesentlich besser entwickelt haben als im Jahrzehnt vorher, daß Löhne und Gehälter und auch Pensionen erheblich stärker als der Preisauftrieb gestiegen sind.

Damit soll aber keineswegs gesagt werden, daß wir mit der Preisentwicklung in unserem Land zufrieden sein können. Es wäre falsch, die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge ganz einfach treiben zu lassen. Im Gegenteil: Unsere bisherigen Erfolge auf diesem Gebiet waren nur möglich, weil die Regierung Maßnahmen setzte — ich denke an die preisdämpfenden Maßnahmen —, den Preisauftrieb, so gut es nur irgendwie ging, zu dämpfen.

Nun sagt uns das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für das kommende Jahr abermals einen relativ starken Preisauftrieb voraus: ohne allfällige Erhöhung öffentlicher Tarife immerhin 4 Prozent, wobei auch dem Institut durchaus bewußt ist, daß bei einer Reihe dieser Tarife bereits Erhöhungswünsche angemeldet worden sind. Selbst wenn man annimmt — und ich bin zuversichtlich, daß diese Annahme berechtigt ist —, daß diese Erhöhungswünsche nur zum Teil verwirklicht werden, ergäbe sich damit ein Preisauftrieb von etwa 5 Prozent.

Damit stellt sich aber mit aller Härte die Frage, was gegen diesen Preisauftrieb unternommen werden kann. Vorerst ein Wort zu den amtlichen Tarifen. Eine ganze Reihe dieser Tarife sind seit vier, fünf und noch mehr Jahren nicht mehr angehoben worden. Der Wirtschafts- und Sozialbeirat der Paritätischen Kommission hat immer wieder darauf hingewiesen, daß man zwar bei der Gestaltung amtlicher Tarife auf die jeweilige Preisssituation Rücksicht nehmen soll, er hat aber ebenso deutlich gemacht, daß es weder sinnvoll noch zweckmäßig sei, die Erhöhung amtlicher Tarife so lange hinauszuschieben, daß dann allzu große und für Wirtschaft und Konsumenten schwer zu verkraftende Erhöhungen vorgenommen werden müssen. Bei den jetzigen

Forderungen wird es darauf ankommen, einen tragbaren Kompromiß zwischen diesen beiden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu finden.

Was bleibt nun aber tatsächlich zu tun? Wie können wir nun wirksam eingreifen? Herr Professor Nemischalk vom Wirtschaftsforschungsinstitut hat in einer seither oft zitierten Rundfunkdiskussion mit dem Herrn Bundeskanzler die Meinung vertreten, daß die Bundesregierung ohnedies schon alles auf Grund der gesetzlichen Möglichkeiten in ihrer Macht Stehende getan hat. Mit dieser Feststellung dürfen wir uns aber auch nicht zufriedengeben. Nicht zuletzt aus diesen Erwägungen hat der Wirtschaftsbeirat der Paritätischen Kommission den Auftrag bekommen, eine Studie über die Ursachen des Preis- und Kostenauftriebes auszuarbeiten und Vorschläge für weitere Maßnahmen zu erstatte. Die Arbeiten an dieser Studie sind in vollem Gange, man kann sogar sagen, weit fortgeschritten, es wäre aber sicherlich falsch und den Arbeiten im Beirat abträglich, wollte man jetzt schon auf diese Analysen eingehen.

Da es sich aber bei dem Preisauftrieb nicht nur um ein österreichisches Problem handelt, sondern dieses Problem im Gegenteil in anderen Ländern noch viel stärker zum Ausdruck kommt, haben sich auch internationale Wirtschaftsorganisationen sehr intensiv mit der Bekämpfung des Preisauftriebes befaßt. Eine der interessantesten Arbeiten auf diesem Gebiet ist zweifellos die Studie der OECD in Paris. Es wäre sicherlich gut, wenn manche der Herren, die in Österreich allzu gern über die Preispolitik sprechen, zumindest diese Studie einmal mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit und Aufmerksamkeit durchlesen würden. Sie würden nämlich nicht zuletzt zu der Feststellung gelangen, daß ein sehr großer Teil der Empfehlungen, die seitens der OECD gemacht werden, in Österreich von der derzeitigen Bundesregierung bereits verwirklicht worden sind. Und das ist sicherlich kein Zufall. Denn bei der OECD in Paris studiert man die Preis- und Wirtschaftsentwicklung in Österreich genauso wie in anderen Ländern, und in Österreich besonders genau. Man spricht dort teilweise sogar von einem österreichischen Modell. Und man ist zu dem Schluß gekommen, daß vieles von dem, was wir in Österreich machen, den anderen Ländern nur zur Nachahmung empfohlen werden kann. (Abg. *Staudinger: Die Paritätische Kommission!*) Hier verweise ich — ich komme schon darauf — auf die Paritätische Kommission. Sehr richtig. Auch Amerika versucht, eine ähnliche Institution einzurichten, will aber nur noch andere, zusätzliche Maßnahmen mit eingliedern; aber die sollen dort selig und glücklich werden.

Erich Hofstetter

Schon in seiner ersten Stellungnahme zur Regierungserklärung hat der Herr Bundesobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Schleinzer — heute haben wir es wieder gehört —, die von der Regierung vorgeschlagene Verschärfung des Preisregelungsgesetzes rundweg abgelehnt, und er verlangt, daß man des Preisauftriebes auch ohne den Einsatz sogenannter dirigistischer Maßnahmen Herr werden müsse.

Ich möchte noch einmal betonen: Vom Einsatz dirigistischer Maßnahmen — ich komme noch darauf zurück — ist nicht die Rede, sondern vom Einsatz von Maßnahmen, die die Möglichkeit geben, undiszipliniertes Verhalten einzelner irgendwie in den Griff zu bekommen.

Nun, interessanterweise sind auch die Experten der OECD zu dem Schluß gekommen, daß es zwei große Gruppen von Maßnahmen gibt, die man gegen den Preisauftrieb einsetzen kann: einerseits generell nachfrage-dämpfende Maßnahmen und andererseits Maßnahmen, die sich eben auf einzelne Wirtschaftszweige, einzelne Produkte konzentrieren und die daher vielfach als dirigistisch bezeichnet werden. Wenden wir uns vielleicht der ersten Gruppe vorerst zu: Was heißt eine generelle Nachfragedämpfung? Generelle Nachfragedämpfung bedeutet Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Dämpfung der Konjunktur. Das bedeutet in den Worten der OECD eine nicht so vollständige Auslastung der Kapazitäten wie bisher. Man kann es auch einfacher formulieren: Generelle Nachfragedämpfung heißt eine gewisse Arbeitslosigkeit tolerieren, ja bewußt herbeiführen, um den Preisauftrieb zu bekämpfen. Solche Gedanken sind leider von einigen Wirtschaftstheoretikern auch in letzter Zeit immer wieder geäußert worden. (Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.) Die Parteien im Hohen Haus werden sich aber dazu durchringen müssen, in dieser Frage Farbe zu bekennen. (Abg. Staudinger: Es sind nie solche Behauptungen gemacht und solche Empfehlungen ausgesprochen worden!) Sie sind dann nach einer Zeit abgeschwächt worden. Das ist in Diskussion gestanden, Herr Kollege Staudinger. Ich habe nur gesagt, daß diese Vorstellungen da und dort bestehen, und da können Sie mir ja nicht widersprechen.“

Die Parteien im Hohen Haus werden sich daher dazu durchringen müssen, in dieser Frage Farbe zu bekennen: Betrachten Sie die Arbeitslosigkeit als ein taugliches Mittel zur Bekämpfung des Preisauftriebes? (Abg. Doktor Mussil: Nein!) Richtig. — Wenn Sie es tun, dann müssen wir Ihnen von vornherein sagen, daß wir von der Sozialistischen Partei nicht bereit sind, Ihnen auf diesem Weg zu folgen. Wenn man aber auch nicht die Absicht

hat, diesen Weg zu gehen (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil) — jetzt kommen Sie dran! —, und wenn man dennoch den Preisauftrieb bekämpfen will, dann wird man sich zur einen oder zur anderen Form des direkten Eingriffes in Einzelmärkte und in die Preisgestaltung bei Einzelprodukten bekennen müssen. Im besonderen dort, wo sich einzelne Produzenten und Händler nicht nach den Spielregeln der Paritätischen Kommission verhalten. (Zustimmung bei der SPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.)

Sicherlich gibt es auch hier graduelle Abstufungen. Man kann zum Beispiel durch Liberalisierungen und Zollsenkungen versuchen, die Preise von Importwaren unter Kontrolle zu bringen beziehungsweise zu dämpfen. Diesen Weg haben wir ja gemeinsam auch in Österreich in der Vergangenheit mit einem gewissen Erfolg dank dem Verständnis und der Mithilfe aller eingeschlagen. Eine andere Maßnahme, die die OECD vorschlägt, ist der radikale Abbau aller Subventionen für agrarische Produkte. Auch diese Frage ist undiskutabel.

Weitere Maßnahmen, die von der OECD vorgeschlagen wurden, sind von der österreichischen Bundesregierung bereits vorbereitet worden, und das Hohe Haus wird sich in nächster Zeit mit einigen dieser Fragen zu befassen haben. Dazu gehört die Beseitigung von Wettbewerbshemmungen, wie sie etwa durch die neue Gewerbeordnung, aber auch durch das von der Regierung angekündigte neue Kartellgesetz vorgesehen ist. Daß Sie, Herr Generalsekretär, mit dieser Vorlage der neuen Gewerbeordnung nicht ganz einverstanden sind, kann ich verstehen, aber es wird verhandelt werden müssen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Weil Sie ein solches Klagelied angestimmt haben, daß Sie praktisch jetzt schon zugrunde gehen, bevor noch irgend etwas geschehen ist. (Abg. Staudinger: Das hat niemand gesagt, Herr Kollege Hofstetter! — Abg. Dr. Mussil: Sie sind ein Hellseher und ein Dunkelseher! — Abg. Gratz: Der Kollege Mussil hat eh eine Stunde gesprochen!)

Wichtig erscheint auch der OECD eine Verbesserung und Verstärkung des Konsumentenschutzes und der Konsumenteninformation, Programmfpunkte, die wir ebenfalls in der Regierungserklärung finden.

Große Bedeutung mißt die OECD ebenso wie die Regierungserklärung einer koordinierten und mittelfristig geplanten Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, insbesondere auch in dem so wichtigen Bereich der Bauwirtschaft, bei. Aber auch in der OECD war

Erich Hofstetter

man sich schon Anfang 1971 darüber im klaren, daß man in konkreten Situationen um eine direkte Einflußnahme des Staates auf die Preise einzelner Waren und Dienstleistungen nicht herumkommen wird. Gerade das aber wird in traumtem Einvernehmen sowohl der Österreichischen Volkspartei als auch von den Unternehmerorganisationen immer wieder kategorisch abgelehnt und somit der Dingsbums in jeder Form aufgezeigt.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, schauen Sie sich doch ein bißchen in der Welt um! Der Herr Generalsekretär war so lieb und hat den Kollegen Sekanina dazu aufgefordert. (Abg. Dr. Mussi l: Ich bin immer lieb, Herr Kollege!) Und jetzt ist das die gegenseitige Aufforderung. Ich will Ihnen gar nicht — und Sie wissen es genausogut — die USA als Beispiel zitieren, denn erfreulicherweise hat es unsere Regierung gar nicht so weit kommen lassen, wie es die Regierung Nixon in den USA tat. Aber in fast allen Ländern Europas, in Frankreich, in der Schweiz, in den Niederlanden, überall haben die staatlichen Behörden heute die eine oder andere Möglichkeit, in die Preisgestaltung einzelner Unternehmen notfalls einzutreten. Nur die österreichische Bundesregierung hat diese Möglichkeit bedauerlicherweise nicht.

Wenn der Herr Generalsekretär den Herrn Bundeskanzler zitiert hat, er möchte die Paritätische Kommission in ein Gesetz eingliedern, so bin ich überzeugt, daß das nicht die Aussage des Herrn Bundeskanzlers ist, nicht die Meinung des Herrn Bundeskanzlers, sondern daß es nur das ist, was Sie auch gesagt haben: Sie werden praktisch Ihre Mitgliedsfirmen auffordern, daß die Mitgliedsfirmen ihre Preiswünsche in die Paritätische Kommission einbringen, ohne die gesetzliche Eingliederung, weil das eine freiwillige Vereinbarung ist. (Abg. Dr. Mussi l: Aber die Zeitungen schreiben das!) Was die Zeitungen schreiben und geschrieben haben, muß nicht immer ganz richtig sein. Sie werden doch nicht nur danach gehen, Herr Generalsekretär, ich schätze Sie doch ein bißchen anders ein. Hier sprechen Sie manchmal so, und woanders reden wir eben doch so, wie es für die Wirtschaft und auch für die österreichische Bevölkerung und damit für den Staat notwendig erscheint.

Sicherlich, man kann mit solchen Handhaben allein den Preisauftrieb nicht zum Verschwinden bringen. Das wissen wir auch. Denn ein solcher Glaube wäre eine Illusion und eine gefährliche Illusion dazu. Aber man soll sich darüber im klaren sein, daß man ohne entsprechende Handhaben den Preisauftrieb auch nicht bekämpfen kann. (Abg. Doktor Mussi l: Der Index der preisgeregelten

Waren ist höher gestiegen als der Index der nichtpreisgeregelten Waren!) Und es ist sicherlich kein Zufall, daß wir in Österreich auf preispolitischen Gebiet dort besonders erfolgreich waren, wo uns entsprechende Handhaben zur Verfügung standen, zum Teil die Paritätische Kommission.

Darf ich das vielleicht — weil Sie sagen: falsch — an einem Beispiel erläutern, was ich sagte: Wenn man Handhaben hat. Ich meine den in Diskussion stehenden Benzinpreis. Und vielleicht kann man gerade an diesem Beispiel eine gewisse Widersprüchlichkeit auch in der Argumentation der ÖVP besonders deutlich aufzeigen: Der dafür zuständige Herr Handelsminister hat bisher den Preis antrag der großen internationalen Mineralölkonzerne schon monatelang hinausschieben können. Ich sage absichtlich hinausschieben können, weil es uns allen klar ist, daß es früher oder später doch zu einer gewissen Preiserhöhung kommen wird, auch in Verbindung mit dem geringeren Bleigehalt des Benzin. Für die österreichischen Autofahrer ist es aber durchaus nicht gleichgültig, ob sie schon Anfang 1971 oder eben wesentlich später einen höheren Benzinpreis zahlen müssen. Für die Mineralölfirmen scheint das auch nicht gleichgültig zu sein, und ihre Interessensvertretung, die Bundeswirtschaftskammer, hat auch wiederholt die Erledigung dieses Preisanklages urgiert. Ich glaube, niemandem in diesem Hohen Hause braucht ich eine gewisse Verbindung zur ÖVP zu erläutern.

Darf ich vielleicht auch ein weiteres Beispiel für die ÖVP-Politik auf preispolitischem Gebiet zitieren: Im Juni dieses Jahres ist der Preis für Milch und Milchprodukte deswegen erhöht worden, weil sich diese Bundesregierung Kreisky entschlossen hat, den Bauern einen höheren Milchpreis zuzugestehen; richtig. Auch unter der ÖVP-Regierung wurde der Milchpreis erhöht, allerdings bekamen damals die Bauern keinen Groschen von diesen Erhöhungen, die im Jahre 1967 1 S pro Liter für die Konsumenten betragen haben.

Nun aber hat die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern einen neuerlichen Antrag auf Preiserhöhung für Milch gestellt, und zwar nur vier Monate nach Erledigung ihres vorherigen Antrages. Die Begründung für diesen Antrag: Die Bauern hätten so viele Jahre keine Preiserhöhung zugestanden bekommen, daß sie die Preiserhöhung vom Juni dieses Jahres nur als ersten Schritt betrachten könnten. Die Mitglieder der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs sind durchwegs auf Parteilisten des Österreichischen Bauernbundes gewählt, also einer Gliederung der

Erich Hofstetter

Österreichischen Volkspartei. Weil ihnen die Österreichische Volkspartei zur Zeit ihrer Alleinregierung, Herr Präsident, keine Preis erhöhungen zugestanden hat, soll nun die sozialistische Regierung all das in möglichst kurzer Zeit nachholen. Sie soll von dem bewährten Prinzip — bitte, hier aufzupassen! — der Wirtschaftspartner — lies: Paritätische Kommission —, Preis- und Lohn erhöhungen niemals in Abständen von unter einem Jahr zu genehmigen, abgehen. Aber man will uns einreden, daß der Preisauftrieb zu bekämpfen sei, man aber auf der anderen Seite wieder von Haus aus, wie der Herr Generalsekretär sagt, auch die Preise der preisgeregelten Waren hinauftriebt.

So einfach ist es eben nicht, meine Damen und Herren! Man kann nicht so argumentieren. Daher wird es gut sein, daß man sich auch in Ihren Reihen überlegt, was zu tun wäre. Persönlich bin ich der Auffassung und Überzeugung, daß eines der Ergebnisse dieser Überlegungen sein wird, daß man sich endlich auch in der ÖVP dazu bereit findet, der Bundesregierung entsprechende Handhaben zur Bekämpfung des Preisauftriebes bei einzelnen Waren in die Hand zu geben.

Ich möchte hier nicht wiederholen, was der frühere Herr Innenminister Ihrer Alleinregierung einmal hier zu meiner Anfrage erklärt hat: Ich kann gegen diese Erhöhungen nichts machen, mir fehlen die gesetzlichen Maßnahmen. Hier, meine Herren, müssen Sie es sich praktisch überlegen, welcher Weg gegangen werden soll.

Hohes Haus! In der Regierungserklärung wird auch ausführlich zu den Fragen der Steuerpolitik Stellung genommen. Als besonders erfreulich möchte ich es bezeichnen, daß das im Wahlkampf abgegebene Versprechen nach Einführung einer Haussstandsgründungsprämie von 15.000 Schillern mit 1. Jänner des kommenden Jahres verwirklicht werden soll. Dies freut mich umso mehr, als diese Maßnahme einem schon lange vorgetragenen Wunsch auch des Gewerkschaftsbundes entspricht. Ebenso erfreulich ist die Zusage, daß die Bundesregierung sobald wie möglich Verhandlungen mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund über eine Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression aufnehmen wird. Der ÖGB wird bei diesen Verhandlungen keine unmöglichen oder unerfüllbaren Forderungen stellen. Er muß aber darauf bestehen, daß die besonders in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre vorgenommene Umverteilung der Steuerlasten zum Nachteil der Arbeitnehmer nicht weiter andauert.

Hier komme ich auch zu dem Entschließungsantrag des Herrn Kollegen Kohlmaier. Der Herr Kollege Sekanina hat schon darauf hingewiesen. Ich möchte hier nun doch eine Feststellung machen: Es nimmt Ihnen niemand ab, daß Sie heute eine Lizitation begehen, denn wir haben als Gewerkschafter und auch infolge der Zusage des Herrn Bundeskanzlers diese Forderung nach Änderung und Milderung der Lohnsteuerprogression schon erhoben. In der Regierungserklärung ist eben auch enthalten ... (Abg. Dr. Kohlmaier: *Die Absage!*) Nicht die Absage, sondern die Feststellung, daß entsprechende Verhandlungen durchgeführt werden.

Sind Sie, Herr Generalsekretär, so vergeßlich, daß Sie nicht wissen, daß wir praktisch im Jahre 1966, also zur Zeit der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei, Forderungen angemeldet haben? Diese Forderungen wurden erst im Jahre 1968 erfüllt. Wissen Sie nicht, daß praktisch die Bundesregierung Kreisky mit 1. 1. 1971 eine Lohnsteuersenkung durchgeführt hat? Wir Gewerkschafter erklärten, daß das ein erster Schritt ist. Daß die Durchführung des größeren Steuerreformkonzeptes für 1973 vorgesehen ist und daß wir nunmehr die Möglichkeit beziehungsweise die Verhandlungsbereitschaft für 1972 vorfinden, das wird für uns genügen. (Abg. Dr. Mussil: *Haben Sie einen Alleinvertretungsanspruch des Gewerkschaftsbundes?*) Aber nein, Herr Generalsekretär, Sie wissen das doch genausogut. Ich gehe gar nicht darauf näher ein, daß über die Einkommensteuer praktisch analog zur Lohnsteuer verhandelt wird. Ich spreche hier im Interesse der Unselbständigen, die die Lohnsteuerzahler sind. Aus der Antwort, die der Herr Vizekanzler auf Ihre Anfrage gegeben hat, geht im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Lohnsteuer sehr eindeutig hervor, wie sich in den Jahren 1961 bis 1971 die Steuerbelastungen praktisch verschoben haben.

Die sozialistische Regierung wird bei Wahlung aller Notwendigkeiten eine gerechte Lösung suchen. Ich möchte hier offen aussprechen: Wir wissen, daß wir vom Staat, von den Ländern und Gemeinden Leistungen verlangen, wir wissen aber auch, daß wir für diese Leistungen Steuern zu erbringen haben. Aber es muß eine möglichst gerechte Verteilung eintreten. Das ist in der Zeit Ihrer Politik leider Gottes nicht der Fall gewesen. Da wird eine Korrektur auf Sicht gesehen erfolgen müssen. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Wie machen Sie das?*)

Erich Hofstetter

Schon am Anfang meiner Ausführungen habe ich auch auf die große Bedeutung der Wachstumspolitik für die Erfüllung dieses Regierungsprogramms hingewiesen. Das notwendige Wirtschaftswachstum kann aber nicht nur durch eine zielbewußte Konjunkturpolitik gewährleistet werden, dafür ist es mindestens ebenso wichtig, daß die Strukturpolitik — Herr Generalsekretär, da sind wir wieder einer Meinung — in Österreich, deren Erfolg in den letzten Jahren immer offensichtlicher geworden ist, konsequent weitergeführt wird. Es geht dabei vor allem darum, unser Arbeitskräfte- und Produktionspotential kontinuierlich, aber so rasch als möglich aus Wirtschaftsbereichen mit geringen Zukunftsaussichten in solche mit besseren Zukunftsaussichten umzuschichten. Es geht also um die Stärkung der sogenannten Wachstumsbranchen.

Vor einigen Jahren wurde gerade uns in der Gewerkschaftsbewegung der Vorwurf gemacht — ich denke hier an die der Regierung Klaus übermittelten Beschlüsse des Bundeskongresses 1967 —, daß es solche Wachstumsbranchen gar nicht gebe, daß man sie nicht nachweisen könne.

Wir haben damals als Beispiel für Wachstumsbranchen vor allem drei Sparten genannt: die chemische Industrie, hier vor allem Kunststoffchemie und die Pharmazie, die Elektroindustrie, hier vor allem die Elektronik und die elektrischen Haushaltsgeräte, sowie alle jene Industriebereiche, die sich mit Produkten der freizeitlichen Betätigung der Menschen befassen.

Blicken wir heute auf die Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre zurück, dann kann man, ohne unbescheiden zu sein, doch feststellen, daß gerade diese Branchen einen besonders erfreulichen Aufschwung genommen haben. Es gibt also Wachstumsbranchen und Wachstumsprodukte, man kann sie erkennen und man kann daher die Umschichtung der Kapazitäten in diesen Bereichen fördern.

Dazu stehen eine ganze Reihe von Mitteln und Wegen offen, die in der Regierungserklärung ausführlich dargelegt sind: Das Spektrum reicht von der aktiven Arbeitsmarktpolitik über die Forschung und Investitionspolitik, dem Sektor der Verbesserung des Fremdenverkehrs bis zur Regional- und Infrastrukturpolitik. Das Modell Murboden-Aichfeld ist sicherlich ein Beispiel für die möglichen Lösungen strukturpolitischer Probleme. Darf ich aber noch auf einige andere Schwerpunkte hinweisen:

Durch die Schließung einer Zellstofffabrik sind die seit langem den Fachleuten bekannten Schwierigkeiten der Zellstoff- und Papier-

industrie in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Herr Generalsekretär! Hier sind die Wörter „Planung“, „Abstimmung“, „Koordinierung“ notwendig. Was andere Staaten schon längst durchführen, werden auch wir in Österreich auf Grund der Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, um uns praktisch behaupten zu können, durchführen müssen.

Die Gewerkschaft der Chemiearbeiter hat hier richtungweisende Vorschläge zur Lösung dieses Problemkreises erstellt.

Was der Gewerkschaft der Chemiearbeiter, aber auch mir essentiell erscheint, ist, daß bei der Lösung solcher Probleme im Einvernehmen zwischen öffentlicher Hand, der Industrie, aber auch unter Wahrung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer vorgegangen wird.

Der 7. Bundeskongreß des ÖGB hat sich auch ausführlich mit den Fragen der verstaatlichten Industrie befaßt. Neben der grundsätzlichen Bejahung der konzentrationspolitischen Ziele der ÖIAG hat der Bundeskongreß dabei darauf hingewiesen, daß es in Anbetracht der wirtschaftlichen und betrieblichen Entwicklung sinnvoll wäre, für eine engere Zusammenarbeit der verstaatlichten Banken und ihrer Konzernbetriebe mit den verstaatlichten Unternehmungen und auch der Privatwirtschaft Sorge zu tragen. Ich darf hier diesen Wunsch auch der Bundesregierung ebenso ans Herz legen wie die von Präsident Benya in seinem Schlußreferat am Bundeskongreß vorgetragenen Vorschläge für eine engere Koordinierung im Bereich der Elektrizitätswirtschaft.

Dieser letztere Problemkreis ist vor allem deswegen wichtig, weil nur eine optimal arbeitende Elektrizitätswirtschaft in der Lage sein wird, der österreichischen Industrie den Strom zu jenen Preisen zur Verfügung zu stellen, die erst ihre internationale Konkurrenzfähigkeit sichern können.

Hohes Haus! Die Bundesregierung hat ihr Amt im Zeichen großer Reformpläne angetreten. Sie ist sich — und das geht aus der Regierungserklärung eindeutig hervor — durchaus bewußt, daß die gesteckten Ziele nur auf der Basis einer gesunden, wachsenden, starken Wirtschaft realisiert werden können. Sie hat bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode bewiesen, daß sie durchaus in der Lage ist, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben. Diese Wirtschaftspolitik hat durch die rege Investitionstätigkeit der Unternehmer und die rege Spartätigkeit der breitesten Schichten der Bevölkerung auch entsprechende Anerkennung gefunden.

Erich Hofstetter

Die kommenden vier Jahre werden, schon von der internationalen Situation her gesehen, sicher nicht leicht sein. Die Bundesregierung hat aber mit dem dem Hohen Haus vorgelegten Programm bewiesen, daß sie bereit ist, was aber noch wichtiger ist, daß sie Wege aufzeigt — die Wege, die Ihnen auf Grund der Konzeptionen, die schon vor der Wahl erarbeitet wurden, bekannt sind —, Wege, um die Schwierigkeiten erfolgreich zu meistern und damit auch Österreich, wie es in einem Punkt des Programms steht, europareif zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Laufe der heutigen Debatte ist bereits die Frage aufgeworfen worden, inwieweit ÖVP-Gedankengut bei dieser Regierungserklärung verwertet wurde. In diesen Urheberrechtsstreit will ich mich nicht einmischen, wohl aber möchte auch ich die Auffassung vertreten, daß die Regierungserklärung eher den Charakter einer Aufgabensammlung insofern trägt, als sie eine lange Reihe von Problemen, die zweifellos bestehen, aneinanderreih, ohne zu sagen, in welcher Form sich die Bundesregierung die Lösung vorstellt und welche konkreten Ziele sie verfolgt.

Daneben gibt es eine Reihe von Dingen, die in der Regierungserklärung überhaupt nicht erwähnt sind, sodaß sich derjenige, der die Regierungserklärung aufmerksam durchliest, die Frage vorlegen muß, ob das nun Versehen oder Absicht ist.

So wird zunächst einmal dargelegt, daß beabsichtigt ist, mit Italien und der Vereinigten Arabischen Republik und in der Folge auch mit der Tschechoslowakischen Republik einen Vermögensvertrag abzuschließen. Auf letzteren Vermögensvertrag warten bekanntlich verhältnismäßig sehr viele, und es besteht die Besorgnis, daß Österreich hier genauso schlecht abschneidet wie bei dem Fiasko im Falle der anderen Vermögensverträge mit Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen. Es besteht weiters die Gefahr, daß auch hier die Absicht besteht, die Konkursmasse des österreichischen Vermögens nach kridamäßigen Gesichtspunkten auf die Anspruchsberechtigten zu verteilen, sodaß also der jeweils Geschädigte gerade einen winzigen Anteil von dem bekommt, was der betreffende Staat an Österreich zu zahlen sich herbeiläßt.

Wir haben stets zum Ausdruck gebracht, daß wir der Meinung sind, daß diese Form einer Entschädigungsgesetzgebung unrichtig

ist, weil sie nicht gerecht auf die Geschädigten verteilt. Wir wissen sehr genau, daß der österreichische Staat finanziell nicht in der Lage ist, alle Ansprüche zu befriedigen, aber auf der anderen Seite ist die Forderung nicht unbillig, daß das, was nun einmal zur Verteilung zur Verfügung steht, auch gerecht verteilt wird.

Der Herr Bundeskanzler hat Anfang dieses Jahres eine Kommission mit dem Ziel eingesetzt, die noch offenen Entschädigungsfordernisse zu überprüfen. Wir wollen nun hoffen, daß die Einsetzung dieser Kommission nicht nur ein Bestandteil der Wahlvorbereitungen gewesen ist und daß ungeachtet der Tatsache, daß in der Regierungserklärung aber schon gar nichts über diese Frage gesagt ist, auf Grund der Arbeit dieser Kommission eine Art Entschädigungsschlußgesetz, das eine gerechte Verteilung bringt, verabschiedet werden kann. Das ist der erste Punkt, zu dem ich sprechen wollte.

Das zweite ist die Frage der Preise, die heute sehr ausführlich diskutiert wird. Ich möchte hier an die Spitze einen Ausspruch des Ministers Schiller der Bundesrepublik Deutschland stellen, der da lautet: „Wir müssen die Fesseln der inflationären Mentalität sprengen.“ Er bezeichnet dies damit als eine Notwendigkeit. Ich glaube, daß das die entscheidende Notwendigkeit ist und daß dann erst alles übrige kommt. Die „inflationäre Mentalität“ ist darin zu erblicken, daß man bei irgendwelchen Maßnahmen, welcher Art immer, die Einwände vom Tisch fegt und auf die Frage, ob dadurch die Inflation weiter angeheizt wird, keine Rücksicht nimmt.

Ich erinnere mich sogar eines Ausspruches, der in der Presse zu lesen war und der da lautete: „Wachstum geht vor Stabilität.“ Das ist natürlich ein Teil der „inflationären Mentalität“, von der Minister Schiller spricht. Ich glaube daher, daß am Anfang der Bekämpfung des Preisauftriebes der Wille stehen muß, tatsächlich alles zu vermeiden, was diesen Preisauftrieb weiter anheizen könnte.

Es gibt hiezu im übrigen ein reiches volkswirtschaftliches Instrumentarium. Wir haben niemals bestritten, daß zu diesem Instrumentarium auch eine amtliche Preisregelung gehört. Sie ist in der Lage, in ganz bescheidenem Umfang auch zur Verhinderung eines Preisauftriebes beizutragen. Es ist aber ein verhängnisvoller Irrtum oder — man kann sich das aussuchen — reine Propaganda, wenn man sagt: Weil wir kein entsprechendes Preisregelungsgesetz haben, deswegen können wir den Preisauftrieb nicht hemmen.

Dr. Broesigke

Es zeigt schon eine Aufzählung der bevorstehenden Teuerungen, daß diese Argumentation nicht stimmen kann, denn nach den Nachrichten, die in der letzten Zeit durch die Zeitungen verbreitet wurden, handelt es sich im wesentlichen um folgende Dinge: Strom, Treibstoff, Bahn, Wiener Straßenbahn, Mehl, Zucker, Margarine, Milch und Tabak. Das sind entweder solche Waren, die ohnehin vom Staat vertrieben werden, wo also der Staat preistreibend, wenn Sie wollen, vorangeht, oder solche, die nach dem geltenden Preisregelungsgesetz ohnehin preisgeregt sind. Es hat sich auch gezeigt, daß in den vergangenen Jahren die preisgeregelten Waren im Preis stärker gestiegen sind als die übrigen. Dies würde aber noch nicht — und das habe ich ja eingangs festgestellt — gegen ein Preisregelungsgesetz beziehungsweise gegen eine Novellierung des Preisregelungsgesetzes sprechen.

Die rechtliche Situation auf diesem Gebiet ist paradox, und es ist im übrigen auch die derzeitige Konstruktion paradox. Sie würde noch viel verschlimmert werden, wenn man die Paritätische Kommission institutionalisieren würde, wie das so schön heißt. Im Gegenteil, eine Preisregelung kann ja nur in der Form durchgeführt werden, daß im Gesetz eine Liste der Waren enthalten ist, die preisgeregt sind, und eine bestimmte Behörde kompetenzmäßig dazu bestimmt wird, unter gewissen Voraussetzungen Preise festzusetzen; nicht aber in der Form, daß auf Antrag irgendeines Sozialpartners erst die Zuständigkeit der betreffenden Instanz begründet wird, ein Vorgang, der ein verfassungsrechtliches Kuriosum darstellen würde.

Die Bundesregierung hat weiters in ihrer Regierungserklärung zu der Währungsfrage Stellung genommen, auch in diesem Fall ohne das Hohe Haus über ihre Absichten auf diesem Gebiet zu informieren.

Am 15. August dieses Jahres ist bekanntlich das Währungssystem, das am Ende des zweiten Weltkrieges in Bretton Woods begründet wurde, zusammengebrochen; nebenbei bemerkt, nachdem trotz unserer Warnungen und gegen unsere Stimme das Hohe Haus mit den Stimmen der großen Parteien beschlossen hat, noch Hunderte Millionen Schilling in das bisherige System hineinzustecken. Aber davon abgesehen. Es ist jedenfalls mit dem 15. August 1971 ein entscheidender Abschnitt in der Währungsgeschichte zu Ende gegangen.

Es ist nun ohneweiters einzusehen, daß die Bundesregierung sagt, daß man bei dieser Sachlage zuwarten muß, denn wir können ja

für uns allein nicht ein neues Währungssystem schaffen.

Was aber dem Hohen Haus gesagt werden müßte, ist, welches Währungssystem nun die Bundesregierung anstrebt, wofür sie sich in den Besprechungen, in den Verhandlungen mit den anderen Staaten einzusetzen bereit ist. Was will sie auf diesem Gebiete? Will sie die Sonderziehungsrechte, das berühmte Papiergeld? Will sie ein ewiges Floating, oder was ist beabsichtigt, was wird angestrebt? Hierüber sagt die Regierungserklärung gar nichts, obwohl hier wirklich nicht bestritten werden kann, daß es sich um eines der wichtigsten Probleme für Österreich, insbesondere für den österreichischen Export, handelt.

Nicht viel anders ist es bei der Steuerpolitik. Daß ein Entwurf für die Einführung der sogenannten Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1973 vorhanden ist, das ist ja schon lange bekannt und nicht notwendiger Bestandteil eines Regierungsprogramms. Daß die 15.000 S, die im Wahlkampf versprochen wurden, verwirklicht werden sollen, das ist nun wirklich nicht irgendwie mit einer Steuerreform in Zusammenhang zu bringen. Es muß also schon die Frage aufgeworfen werden, was eigentlich auf dem Gebiete der Steuerreform beabsichtigt ist. Mit anderen Worten: nicht eine, nicht irgendeine Steuerreform — sondern in welche Richtung soll sie gehen?

Daß die Mehrwertsteuer kommen soll, das wissen wir, das ergibt sich auch als eine Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit. Daß die Bundesregierung beabsichtigt, nach den Harmonisierungsrichtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorzugehen, um zu einer Angleichung zu kommen, das wollen wir hoffen, obwohl es auch hier keine dezidierte Erklärung gibt.

Wenn gesagt wurde, daß eine Steuersenkung nicht möglich ist, so ist das, wie ich glaube, nur eine halbe Wahrheit. Denn wenn man den derzeitigen Steuertarif mit steigenden Einkommen, und zwar steigenden Nominaleinkommen, aufrechterhält, dann ist das in Wirklichkeit infolge der Progression nicht ein Beibehalten der bisherigen Steuer, sondern eine Steuererhöhung, weil natürlich die Bevölkerung im kommenden Jahr mehr Einkommen- und Lohnsteuer bezahlen muß, als sie es im heurigen Jahr bezahlen mußte.

Hier, glaube ich, ist die Forderung schon berechtigt, daß bei der Progression eine Korrektur herbeigeführt werden soll, und zwar nicht nur und nicht erst ab 1. Jänner 1973, sondern ehestens, weil jener Tarif, der Ende 1970 festgelegt wurde, für ganz andere

Dr. Broesigke

Einkommensverhältnisse aller Bevölkerungsgruppen gedacht war.

Es ist im Zusammenhang mit der Steuerreform die Frage der Haushaltsbesteuerung durchaus offen. Hier gibt es bekanntlich verschiedene Ideen, die bereits an allen möglichen Ecken und Enden, in Vorträgen, in Diskussionen von Mitgliedern der Bundesregierung mitgeteilt wurden. Aber sie hätten eigentlich in der Regierungserklärung enthalten sein sollen, denn woher sollen wir wissen, ob das nun die Ideen der betreffenden Bundesregierung sind und in ihrer Gesamtheit vertreten werden. Gerade auf dem Gebiet der Haushaltsbesteuerung gibt es ja einen sehr bekannten Vorschlag des Finanzministers, aber nicht hier im Hause; und auch in der Regierungserklärung ist davon nichts enthalten.

Es ist auch die Frage offen, ob die veralteten Steuern, die nur mehr ein österreichisches Kuriosum darstellen, wie etwa die Gewerbesteuer, wie etwa das Gebührengebot, noch weiter aufrechterhalten werden sollen, auch über die Reform hinaus. Wir wissen natürlich, daß sich das nicht im Jahre 1972 vollziehen kann. Aber wenn nun die Bundesregierung verkündet: Wir wollen eine Steuerreform machen!, dann ist es verständlich, daß das Parlament auch wissen will, in welche Richtung sich diese Steuerreform bewegen wird; umso mehr, als in der Regierungserklärung auch davon die Rede ist, daß der Staatshaushalt in Ordnung gebracht werden soll. Die formale Seite ist davon das Haushaltsgesetz.

Ein neues Haushaltsgesetz wurde also versprochen. Aber wie es bewerkstelligt werden soll, um im Staatshaushalt einen entsprechenden Ausgleich in Abänderung des bisherigen Zustandes herbeizuführen, darüber fehlt jedes Wort. Es fehlt auch eine Angabe darüber, ob wir wenigstens damit rechnen können, daß es in Zukunft Grundsatz ist, daß die wachstumswirksamen Ausgaben im Haushalt des Bundes den Vorrang haben. Ein Vergleich zwischen den Regierungserklärungen 1970 und 1971 läßt erkennen, daß 1971 ein unserer Meinung nach sehr entscheidendes Wort im Zusammenhang mit der Besteuerung fehlt, und das ist das Wort „Leistungsförderung“.

Beabsichtigt man also auch künftig, ein Steuerrecht aufrechtzuerhalten, das nicht auf die Förderung der Leistung abgestellt ist, sondern im Gegenteil dazu angetan ist, noch weitere Teile, und zwar wertvolle Teile der österreichischen Bevölkerung in Dienststellungen ins Ausland zu vertreiben?

Im Zusammenhang mit der Frage der Besteuerung darf ich auch ein Wort zu einem

Punkt sagen, der in der Regierungserklärung enthalten ist: die Politikerbesteuerung. Ich war selbst Mitglied der Privilegiengesellschaft. Ich habe den Vorschlag der Privilegiengesellschaft mit ausgearbeitet, und ich bekenne mich zu diesem Vorschlag. Ich muß aber feststellen, daß die Formulierung, wie sie in der Regierungserklärung enthalten ist, nur einen Teil, Herr Bundeskanzler, der Empfehlungen der Privilegiengesellschaft enthält. Denn diese Empfehlungen gingen bekanntlich auch dahin, die Frage der Pension von Politikern zu überprüfen und eine möglichst gleichartige Regelung bei Bund und Ländern herbeizuführen. Nun ist mir natürlich klar, daß hier verfassungsmäßige Schwierigkeiten bestehen. Aber wer sagt denn, daß nicht in diesem Hohen Hause eine verfassungsändernde Mehrheit für die Vorschläge der Privilegiengesellschaft zu finden wäre, eine Mehrheit, die es etwa ausschlässe, daß in einem Land — aber schon ganz ohne Transparenz! — eine Pensionsregelung stattfindet, bei der die Aktiven weniger bekommen als die Pensionisten? Ich bin der letzte, der an der Höhe von Bezügen und an der ganzen Art dieser Dinge Kritik übt. Es gibt aber Dinge, die geeignet sind, die Politiker an sich in Mißkredit zu bringen, und die natürlich von weiten Kreisen der Bevölkerung ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit bestritten werden, und zu diesen Dingen gehört die Pensionsregelung in Wien.

Ich hätte es daher sehr begrüßt, wenn diese Frage, da sie schon in die Regierungserklärung aufgenommen wurde, so aufgenommen worden wäre, wie es die Privilegiengesellschaft in ihrem Gutachten ausgearbeitet hat, und nicht in jener verkürzten Form, wie sie in der Regierungserklärung aufscheint, und zwar nicht verkürzt zur Vereinfachung, sondern durch Weglassung bestimmter Teile.

Nun zu einem anderen Thema. Es wird in der Regierungserklärung von gewissen Änderungen bei der Polizei gesprochen, von Änderungen technischer Natur, von verwaltungstechnischen Vereinfachungen und dergleichen. Es wird leider in der Regierungserklärung nicht davon gesprochen, was die Bundesregierung zu tun gedenkt, um die Sicherheitsverhältnisse in Österreich zu verbessern.

Es wird am Freitag über die Frage dieser drei Ausbrecher eine Debatte stattfinden, so daß ich mich hier mit diesem Thema nicht beschäftigen will. Ich darf aber nur das feststellen: Die Bevölkerung hat mit Recht ernste Besorgnis bezüglich der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiete. Wir hätten es daher begrüßt, wenn alle Anstrengungen

Dr. Broesigke

unternommen und auch in der Regierungserklärung angekündigt worden wären, um auf diesem Gebiet eine Besserung herbeizuführen.

Das hat nun nichts mit dem zu tun, was der Herr Justizminister in seiner Erklärung eine Law-and-order-Ideologie genannt hat, obwohl ich dem Sinn nach eine Law-and-order-Ideologie ja nicht für negativ ansehe. Ich bin keineswegs für den Obrigkeitstaat, aber sehr wohl für den Rechtsstaat, zu dem ja auch gehört, daß das Recht in der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Meinung hochgehalten wird und daß nicht, wie seinerzeit im Märchen der kühne Räuber, nun der kühne Verbrecher bewundert und verherrlicht wird. Denn ein guter Teil der ideellen Schwierigkeiten ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, daß wir immer wieder beobachten müssen, daß jene, die in Österreich berufsmäßig berufen sind, die gesetzliche Ordnung zu verteidigen, nicht entsprechend gegen Anwürfe in Schutz genommen werden, die immer wieder gegen sie erhoben werden. (Abg. Kern: *Sehr richtig!*) Denn wie kann man von dem Beamten verlangen, daß er in einer gewiß nicht angenehmen Situation seine Pflicht erfüllt, wenn er nicht damit rechnen kann, von seinen vorgesetzten Dienststellen gegen Anwürfe entsprechend in Schutz genommen und verteidigt zu werden.

Ich weiß natürlich, daß ein Teil dieses Problems nicht nur in den Händen einer Bundesregierung liegt, sondern auch in jenen der Massenmedien, die die Meinung bilden und die oft auf diesem Gebiete — das sei hier festgestellt — sündigen, aber ein Beitrag von Seiten der Regierung muß auch auf diesem Gebiete geleistet werden, und hier sehen wir eine entscheidende Lücke in der Erklärung der Bundesregierung.

Zum Abschluß noch einige Worte zu dem, was auch den Abschluß der Regierungserklärung bildet: das sind die Ausführungen zum Problem der Macht. Wir glauben nicht, daß die Verteilung in der gesellschaftlichen Entwicklung auf verschiedene Institutionen für sich allein schon eine Förderung der Demokratie bedeutet. Sie kann dies sein, es muß dies aber nicht so sein. Wir glauben, daß das Problem des Mißbrauchs der Macht auf jeden Fall auch in der Demokratie gegeben ist und gesehen werden muß. Wir sind nicht der Meinung einer bestimmten politischen Richtung der Vergangenheit, die den Standpunkt auf wissenschaftlich- und praktisch-politischem Gebiet vertreten hat, daß die Macht von sich aus böse ist. Das ist sicher nicht der Fall. Aber daß es einen Mißbrauch der Macht gibt, darin besteht nicht der mindeste Zweifel. Wenn dieser Mißbrauch der Macht

dadurch erfolgt, daß die Verfassung und die bestehenden Gesetze übertreten werden, hat unsere Rechtsordnung dafür vorgesorgt, daß gegen gibt es Handhaben.

Es gibt aber heute mehr denn je etwas, was man als gesetzesfreien Raum bezeichnen könnte, juristisch das weite Reich des Ermessens. Es gibt die Privatwirtschaftsverwaltung des Staates, es gibt große und einflußreiche Körperschaften öffentlichen Rechtes, aber auch, juristisch gesehen, private Institutionen, deren Kontrolle schon viel schwieriger ist als die Kontrolle des Staates, weil es hier keinen Rechnungshof gibt und nur zu einem kleinen Teil die Möglichkeit des Anrufens der Gerichtsbarkeit.

Schließlich gibt es — auch auf das muß hier verwiesen werden — einen Mißbrauch der Macht in der Form, daß der Zweck völlig legal unter Wahrung legaler Formen verfälscht wird. Da möchte ich als Beispiel nehmen: Regieren als propagandistische Tätigkeit, also das, was gut ankommt, aber nicht das, was das eigentlich Erforderliche ist. Aber auch Gesetzesbeschlüsse als propagandistische Tätigkeit. Auch das ist ein Problem der modernen Demokratie, weil hier die Interessen des Staates mit den Interessen der Träger der Macht kollidieren.

Ich glaube, das zeigt, daß jene Kontrolle der Macht, zu der sich die Regierungserklärung bekennt — und wir begrüßen das —, eine Notwendigkeit darstellt.

Es ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen, wenn hier das Problem der Volksanwaltschaft, wie immer sie im einzelnen gestaltet sein möge, neuerlich aufgeworfen wird. Wir bedauern, daß in der Regierungserklärung nichts enthalten ist. Auch das ist wieder ein Unterschied zu 1970 (Abg. Lukas: *Das ist dasselbe!*) — ich habe nicht gesagt, daß das dasselbe ist, sondern ich vergleiche zwei Regierungserklärungen miteinander — bezüglich des Ausbaues der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit — zweifellos eine Notwendigkeit — und bezüglich der Neufassung der Grund- und Freiheitsrechte des Staatsbürgers. Wir glauben, daß die Generalklausel, die in der Regierungserklärung 1971 enthalten ist, nicht genügt, um das als Übernahme dieser Dinge aus der alten Regierungserklärung anzusehen: Jedenfalls, und ich wiederhole das, begrüßen wir aber die Erklärung, daß die Bundesregierung jede Initiative, so ist es auszulegen, zur Kontrolle unterstützen wird, und wir werden auf diesem Gebiete die Bundesregierung beim Worte nehmen. (Beifall bei der FPO.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pölz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pölz (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist das gute Recht der Opposition und jedes einzelnen, die Regierungserklärung als zu kurz, als zu lang, als zu ausführlich und nichtssagend zu bezeichnen. Und trotzdem möchte ich sagen: Irgendwo wird hier die gute Mitte, die Wahrheit liegen. Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, aus Mitteln des sozialistischen Klubs diese Regierungserklärung noch einmal drucken zu lassen und gleichzeitig dann den Artikel, der im „Kurier“ von Chefredakteur Portisch erschienen ist, als „Erläuternde Bemerkungen“ zu dieser Regierungserklärung beizulegen. Dann wird es manchem Oppositionspolitiker möglich sein, diese Regierungserklärung zu lesen und zu verstehen. (Abg. *Suppen*: *Wir brauchen keine Belehrung!*)

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten möchte ich nur einige Sätze zitieren, falls Sie Portischs Artikel nicht gelesen haben. Er ist doch ohne Zweifel einer der besten Kommentatoren in unserem Land. Er hat die Welt gesehen, er hat über Riesenreiche geschrieben und erfaßt, was dort vor sich geht, und er wird doch auch verstehen, was wir hier in Österreich tun.

„Was Bruno Kreisky dem Nationalrat und damit dem österreichischen Volk in zweistündiger Rede vorgelegt hat, war weniger eine Regierungserklärung für vier Jahre, sondern eine sehr umfassende Bestandsaufnahme der Gesamtlage unseres Landes. Es hat in der Geschichte der Zweiten Republik noch keine Regierungserklärung von dieser Länge, in solcher Breite und mit einer derartigen Mischung von Rückblick, Vorschau und auch Einsicht gegeben. Mit allen damit verbundenen Vor- und Nachteilen.“

Dann sagt er noch: „Dennoch ist nicht zu übersehen, daß Bruno Kreisky hier in theoretischer Grundsätzlichkeit ein gesellschaftlich-wirtschaftliches Modell aufgestellt hat, das sich mit keinem bisherigen sozialdemokratischen Programm im Ausland vergleichen läßt. Kreisky geht weder den schwedischen Weg der überexpandierten Wohlfahrt auf Kosten einer geschröpften Wirtschaft noch folgt er dem völlig undogmatischen Weg Willy Brandts. Er trägt mit seinen Vorstellungen durchaus der österreichischen Wirklichkeit Rechnung, die weder 70 Jahre wirtschaftlicher Stabilität wie Schweden noch die enorme Wirtschaftskraft Deutschlands hinter sich hat.“

Das sind die Worte eines Mannes, den sich der Ex-Bundeskanzler auf Grund seiner Fähigkeiten und seines Verständnisses für die

Wirtschaft und für dieses Land in sein Kabinett holen wollte.

Wenn ich zu den Ausführungen meines lieben Freundes Dr. Mussil, der leider abwesend ist — wahrscheinlich wird er das Abendessen einnehmen, denn er hat ja recht nett für seine Interessenten geredet —, ein paar Worte sagen darf: Eine der schlimmsten Bürokratien ist jene, der er selbst angehört: die Handelskammerbürokratie. Wenn dort ein Mann oder eine Frau nur eine Erweiterung seines Gewerbes, eine ganz kleine Konzession braucht, dann kommt eine Prozession von Bedenken und Leuten, die sich interessieren, die das Privatleben durchforschen und die dann ihr Urteil abgeben. Das geht dann über ein halbes Dutzend von Instanzen, bis es vielleicht heute durch einen anderen Minister möglich ist, über die Bezirkshauptmannschaft, über das Land hinaus, diese manchmal sehr engstirnigen Einstellungen und abgegebenen Urteile wieder aufzuheben und einem armen Verfolgten zu einer neuen Konzession zu verhelfen.

Gastarbeiter: Vielleicht ist es dem Herrn Generalsekretär einmal möglich zu überdenken, was man tun könnte, damit wir die über hunderttausend Österreicher, die in der Schweiz und Deutschland arbeiten, und wie wir glauben, sind das Spezialfachkräfte, denen in diesen Ländern ja nichts geschenkt wird, die eine besondere Leistung für das Geld, das sie dort verdienen, hervorbringen, wieder zurückbekommen können. Oder wollen Sie den bequemeren Weg gehen, den Gastarbeitern, die nichts verstehen, die erst etwas lernen müssen, niedrige Löhne zu geben, damit hier in Österreich das Lohnniveau ja nicht zu hoch wird? Das ist viel bequemer, und die tüchtigen Österreicher sollen im Ausland bleiben. (Abg. *Seckanin*: *Das meint der Mussil!*)

Es könnte aber auch sein, daß von den Herren Unternehmern einige, da sich bei ihnen die Spreu vom Weizen scheiden würde, wenn sie selbst in Leistungskategorien denken und dann Arbeitsentlohnungen schaffen müßten, die für Leistungslöhne ausreichen, unter die Räder kommen würden. Sie gehen daher den viel bequemeren Weg, die Österreicher ziehen und Ersatz aus dem Süden kommen zu lassen.

Noch ein Wort als Sozialist zum Gastarbeiterproblem. Es ist eine Schande, unter welchen Bedingungen ein Teil dieser Gastarbeiter in unserem Lande leben muß. Es gibt Unternehmer, die für ihre Gastarbeiter in vorbildlicher Art und Weise sorgen. In meiner Stadt habe ich eine ganze Reihe. Aber was man von anderen hört, sogar von Gast-

Pötz

arbeitern bei Konsuln, das ist eine Schande und gereicht unserem Österreich, dem Wohlfahrtsstaat, nicht zur Ehre. Auch darüber müßte man reden. Wenn man hört, was der Herr Generalsekretär hier alles gefordert hat, immer wieder in liebliche Worte verkleidet und verpackt, und wenn man dann die Bilanz zieht, was das kostet, da kommt der Abgeordnete schon ins Staunen, der andere Österreicher kann ja das gar nicht überblicken und kann keine Bilanz ziehen.

Die Entsteuerung des Fremdenverkehrs: ein liebes Wort. Man könnte auch sagen: Die Steuern senken für den Fremdenverkehr. Aber das ist zu deutlich. Wenn man heute weiß, daß der Fremdenverkehr über 30 Milliarden Schilling an Bruttonationalprodukt schöpft, dann kann man ermessen — wenn man im Budgetausschuß war —, wieviel dieser Wirtschaftszweig in Form von Steuern an den Staat, an uns alle, weitergibt. Die Entsteuerung bedeutet doch den Verlust von Milliarden Steuereinnahmen, denn mit einer Milliarde ist es nicht getan, das nützt doch niemandem, das werden Sie doch selbst auch nicht glauben.

Mehr Eigenkapitalbildung bei den Betrieben, Verstaatlichte nicht ausgenommen. Mit Hunderten von Millionen wird man hier nicht das Auslangen finden. Auch dieser Begriff „mehr Eigenkapital“ bedeutet weniger Steuern bezahlen. Das ist ein Entfall, den wir uns im Augenblick ja gar nicht leisten können.

Oder die von der ÖVP eingeführten befristeten Steuern. Sie hat ja gewußt, warum sie es nur befristet gemacht hat. Damals war ihr bereits klar, daß sie ja nicht mehr gewählt wird. Daher ist auch mit Ende der Regierungsperiode das Auslaufen der Steuern vorgesehen gewesen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Wenn Sie jetzt all diese Summen zusammenzählen und dann noch die Forderung des Initiativantrages Ihres Herrn Generalsekretärs aufrechterhalten, die Lohnsteuer mit 1. Jänner 1972 zu senken, dann kommen Sie auf eine Summe von 15 bis 20 Milliarden Schilling, die Sie hier in wenigen Stunden von dieser Regierung fordern. Glaubwürdig, meine Damen und Herren der großen Oppositionspartei, können Sie mit diesen Argumenten auf keinen Fall werden.

Wir werden in wenigen Wochen die Budget-debatte haben. Sie wollen nicht nur die Steuern senken und Milliarden verschenken, sondern Sie werden dann überall wieder weinen: Zuwenig Milliarden für das Bundesheer, zuwenig Milliarden für die Schulen und so weiter. Da wird dann ein anderes Dutzend Milliarden Schilling, die Sie nicht haben, von Ihnen wieder gefordert werden. (Zwischenruf

bei der ÖVP.) Selbstverständlich! Du brauchst keine Angst zu haben. Mir genügt das, was ich bin. Weder jetzt noch morgen werde ich etwas werden wollen. Mir genügt es, wenn ich meine Meinung sagen darf, und ich werde mir das von niemandem, am allerwenigsten von der Österreichischen Volkspartei, verbieten lassen. (Zustimmung bei der SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Sie haben heute einige Male die „107 Vorschläge für Österreich“ zitiert. Ich weiß, daß diese Broschüre eine Sammlung von Wünschen ist. Sie sind ja dabei, sich jetzt ein neues Programm zu geben, die Fronten abzuklären, ob Sie dann rechts oder links stehen werden. Ich bin der Meinung, daß Sie große Schwierigkeiten haben werden. Sie werden wahrscheinlich dann überhaupt „neben den Socken stehen“, weil Ihre Programmgebung nicht so einfach sein wird wie diese 107 Punkte:

„Menschliche Städte. Jeder Baum, der im dichtbebauten Stadtgebiet gefällt wird, muß durch zwei neue im dichtbebauten Stadtgebiet ersetzt werden.“

Da gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die ähnlich humorvoll und humoristisch in dieser Broschüre aufgestellt worden sind. Zum Beispiel: „Großzügige Erneuerung abgewohnter Stadtviertel unter Wahrung der Eigentumsrechte und Schaffung einer modernen Bodenordnung.“

Kollege Helbich, mit dem mich schon viele Jahre gemeinsamer Arbeit verbinden — manchmal haben wir auch gemeinsam im Mist wühlen müssen, zum Beispiel in Sachen Strengberg, wo jetzt wieder etwas erschienen ist —, hat im Fernsehen über dieses Kapitel gesprochen. Da gab es einen ganz besonders böswilligen und hartnäckigen Fragesteller, der sagte: „Herr Abgeordneter! Wollen Sie also unter keinen Umständen zu Maßnahmen greifen, die irgend jemanden unter Zwang setzen?“ — Darauf antwortete Kollege Helbich: „Nein, nein! Zureden muß man diesen Menschen!“ — Weiters sagte er: „Und wenn sie dann trotzdem noch nicht wollen, dann muß man ihnen wieder zureden.“

Ich bin Bürgermeister einer kleinen Stadt. Ich habe manchmal jahrelang zugeredet. Die beste Methode, die sich der Bund allerdings nicht leisten kann, ist, diese Leute, die nicht wollen, im eigenen Morast — sprich Straßen, Neubau und so weiter — schmoren zu lassen. Einmal kommen sie von selbst. Aber der Bund kann sich das nicht erlauben. Mit Zureden allein wird niemand Steuern zahlen wollen, wird niemand von seinen Rechten, die er hat, überhaupt irgend etwas preis-

Pölz

geben wollen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darf ich hier wiederum zitieren, aus der „Kleinen Zeitung“ vom 9. November 1971:

„Als die ÖVP relativ reformfreudig war“ — also noch vor wenigen Jahren — „hatten Fachleute aller Richtungen im Rahmen der Aktion 20 Gelegenheit, Ideen und Konzepte zu entwickeln, die dem damaligen Parteibmann Josef Klaus für die politische Arbeit zur Verfügung standen.“

Hier sind einige Kostproben dieser Arbeit zitiert. Hier steht eine Kostprobe über das Eigentum:

„Die totale Liquidierung des privaten Besitzes ist heute“ — so sagte das A-20-Team — „ebenso utopisch wie ein völlig freies Verfügungsrecht über den Besitz. Innerhalb dieser extremen Formulierungen ist nun die einer Gesellschaftsordnung und einer Epoche adäquate Ordnung des Eigentumsbegriffes zu suchen.“

Oder: „Es scheint nun, daß die konventionellen Bestimmungsstücke des Eigentumsbegriffes für die heutige Gesellschaft nicht mehr anwendbar sind. Auf den Gebieten der Architektur, des Städtebaus, der Stadt- und Regionalplanung wird diese Tatsache, vor allem in der sogenannten westlichen Welt, immer wieder offenkundig.“

Damit komme ich zu den zwei Problemen, die mich ganz besonders interessieren, weil wir als Abgeordnete und Verwalter in größeren Städten täglich in unseren Sprechstunden mit diesen Problemen konfrontiert sind und weil wir in der Vergangenheit, zum Teil ohnmächtig, keine Hilfe bringen konnten.

Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 — ich will es nicht leugnen — hat in verschiedenen Punkten Verbesserungen gebracht. Aber eines ist diesem Gesetz nicht gelungen: Wohnungen, die ein familiengerechtes Ausmaß haben, zu familiengerechten Preisen bauen zu lassen.

Wir wollen ein neues Wohnbaugesetz schaffen, noch verbessert gegenüber dem Regierungsentwurf, der nicht mehr durchgeführt werden konnte. Wir wollen das private Eigentum, die Zinswohnungen und alles andere gleichgestellt wissen.

Aber darf ich Ihnen einen Teil Ihrer Heuchelei vor Augen führen? Ein Privathaus für eine Familie kostet heute mindestens 400.000 bis 450.000 S. Beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung und bei den anderen Landesregierungen wird es nicht besser sein. Bekommt ein altes Ehepaar laut

Wohnbauförderungsgesetz 1968 für eine Wohneinheit, die über 80 Quadratmeter groß sein muß, nur 90.000 S, so werden diese 90.000 S für Jungverheiratete auf 120.000 S aufgestockt; für jedes Kind kommt dann noch ein Zuschlag — bis zu drei Kindern —, sodaß man nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 einen Höchstbetrag von 150.000 S zur Förderung eines Eigenhausbaues bekommen kann.

Sie sagen, daß wir Sozialisten eigentumsfeindlich gewesen wären, weil wir verlangt haben, daß man 20 Prozent an Eigenmitteln beim Eigentumshaus oder bei der Eigentumswohnung aufbringen muß. Ich erwähne Ihnen, daß diese Leute, die sich Eigentum geschaffen haben, bis heute 80 Prozent aller Mittel haben selbst aufbringen müssen, und umgekehrt haben sie nur 20 Prozent an Mitteln bekommen.

Jetzt ist das ein bißchen geändert worden. In der Zwischenzeit sind die Baupreise davongeklettert, sodaß wir in unserem Bezirk in keiner einzigen Gemeinde mit keiner einzigen Wohnbaugenossenschaft überhaupt mehr ans Bauen denken dürfen, weil wir die geförderte Summe, die mit 3800 S in unserem Bundesland festgelegt ist, wobei man sie mit 20 Prozent übersteigen kann, überhaupt nicht mehr erhalten können.

Hier muß eine Wohnbauförderung geschaffen werden, so wie wir sie vorgeschlagen haben. Wir Sozialisten haben, weil wir die Budgetlage kennen — und hier beginne ich nochmals, es Wort für Wort deutlich zu sagen, damit es keine Irrtümer geben kann —, bereits im März 1970 in unserem Wohnbauprogramm darauf hingewiesen, daß zur Erhöhung der Wohnbauleistung in Österreich neue Wege in der Wohnbaufinanzierung beschritten werden müssen. Dementsprechend hat die Bundesregierung bereits in der abgelaufenen Periode einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes dem Nationalrat vorgelegt. Er konnte jedoch nicht mehr verabschiedet werden. Sie werden sich daran erinnern, daß es im Unterausschuß keine Einigung über die Finanzierung gegeben hat. Später kam die Auflösung des Nationalrates dazwischen.

Die Bundesregierung wird dem Parlament neuerlich einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, der es ermöglichen wird, daß, auf die gegebene finanzielle Lage des Bundes Bedacht genommen, trotzdem eine höhere Anzahl von Wohnungen gefördert werden kann. Damit wollen wir vorerst einmal der rückläufigen Tendenz Einhalt gebieten. Wir bauen nämlich heute, sich seit 1967 abwärts entwickelnd, immer weniger Wohnungen als im Jahre 1967,

Pölz

wo wir den höchsten Punkt der Wohnbau-tätigkeit erreicht hatten.

Dazu möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, noch etwas sagen. Sagen Sie nicht, daß das Arroganz oder Überheblichkeit der Sieger wäre. Hier werden wir zum ersten Mal von unserer Mehrheit im Parlament Gebrauch machen müssen, wenn wir zu keinem neuen Wohnbauförderungsgesetz in Zusammenarbeit mit Ihnen kommen werden. Wir haben alles ausgeräumt, was Sie hätten bemängeln können.

Nur eines müssen Sie akzeptieren, daß wir Sozialisten darauf bestehen, daß unsere jungen Menschen in Österreich und auch zum Teil Menschen mit geringeren Einkommen nicht von Verrostungen leben können, sondern daß es diese Mehrheit im Haus ihnen schuldig ist, die Gesetze zu schaffen, die wir brauchen, um Wohnungen zu bauen, die die arbeitenden Menschen dann auch bezahlen können. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Haider. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Haider** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Pölz hat den größten Teil seiner Rede mit Zeitungsausschnitten bestreiten. Ich darf mich aber mit der Regierungserklärung selbst befassen, die heute bereits ausführlich behandelt worden ist, sowohl in ihren erkennbaren Tendenzen und Zielrichtungen als auch in ihren Unzulänglichkeiten und ihren Versprechungen. Es ist aber auch bereits darauf hingewiesen worden, welche wichtigen Dinge der Herr Bundeskanzler nicht zu sagen wußte, nicht sagen wollte oder auch nicht zu sagen hatte.

Nach den vielen Dingen, die heute bereits hervorgehoben wurden, und nach den noch zahlreicher Dingen, welche die Regierungserklärung behandelt, anschneidet, übergeht oder mit Gemeinplätzen bedenkt, kann man als Gesamturteil voranstellen: Mit dieser Regierungserklärung verhält es sich ungefähr so wie mit Maggis Suppenwürze. Man kann sie nicht essen, man kann aber gar viele Suppen damit zubereiten, und mit ihr wird man nach Bedarf einmal alles begründen können. (*Beifall bei der OVP*.)

Ich darf zur heutigen Debatte einige agrarpolitische und auch allgemein gesellschaftspolitische Gesichtspunkte beitragen.

Zunächst möchte ich festhalten und anerkennen, daß diese Bundesregierung ihre Pflichten als österreichische Bundesregierung, als

Regierung der Republik Österreich, für alle Bürger zu erfüllen hat. Sie ist heute auch eine Regierung, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann und deren Existenz sich somit zum Unterschied von den vergangenen eineinhalb Jahren auch mit den ungeschriebenen, aber allgemein anerkannten Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie durchaus im Einklang befindet.

Wir haben auch die verbalen Bekenntnisse des Herrn Bundeskanzlers zur Kompromißbereitschaft und zur parlamentarischen Zusammenarbeit gerne angehört. Leider wurden aber diese Bekenntnisse in der Zwischenzeit durch parteipolitische Erklärungen des gleichen Bundeskanzlers unglaublich, ins Gegen teil verkehrt und offenbar zu einer Politik des Kuhhandels abgewertet — ein Begriff aus dem Wortschatze des Herrn Bundeskanzlers.

Wie sollen wir es anders verstehen, wenn der Herr Bundeskanzler ein Bekenntnis zur Agrarpolitik abgibt und mit staatsmännischer Miene erklärt, die Regierung wolle eine Verlängerung des Landwirtschafts- und Marktordnungsgesetzes vorschlagen, einige Stunden später aber auf einer Parteikonferenz bekanntgibt, daß ihm an diesen so wichtigen Dingen eigentlich nichts gelegen ist, wenn er nicht auch das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz bewältigen kann. Ich glaube, man kann es nicht so machen wie auf einem Jahrmarkt: Gebe ein bissel Bergbauernhilfe, beschneide aber dafür den Lebensfaden des Absatzes; gebe ein paar schöne Worte mehr für die Bauern und nehme ihnen dafür mehr von ihrem Arbeitsertrag.

Ich darf den Herrn Bundeskanzler darauf aufmerksam machen, daß er und seine Regierung die Verantwortung auch hiefür tragen (*Zustimmung bei der OVP*), die Verantwortung für das Geschehen in Österreich, besonders im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben. Die Regierung ist dafür verantwortlich, daß in allen Bereichen, denen sie nach der verfassungsmäßigen Übernahme des Amtes ihre Obsorge schenken muß, die Existenz gesichert, die Entwicklung gefördert wird und die Bevölkerung ihre Heimat wissen kann.

Sie werden sich immer wieder für jede einzelne ihrer Bestrebungen die erforderliche parlamentarische Mehrheit suchen müssen, sofern Sie diese in der erforderlichen qualifizierten Form nicht besitzen. Wir werden jeden einzelnen Fall für sich prüfen, ob wir unsere Zustimmung geben können.

Sie und Ihre Mehrheit sind auch für die Gesetzgebung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft verantwortlich, und wir werden Sie

Dr. Haider

aus dieser Verantwortlichkeit nicht entlassen, solange Sie dieses Amt ausüben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren und Mitglieder der Bundesregierung! Unsererseits dürfen wir aber eine aufrichtige und zielstrebige Zusammenarbeit anbieten, und zwar immer und überall, wo es um echte Anliegen unserer Gesellschaft, der Wirtschaft, des ganzen öffentlichen Lebens, aber natürlich auch der Landwirtschaft geht.

Sie selbst werden daraufkommen — und ich glaube, Sie sind es schon —, daß auch Sie ohne Marktordnung nicht auskommen können. Spielen Sie daher nicht mit diesem wichtigen Element unserer Wirtschaft und Ernährung!

Der Herr Bundeskanzler hat die Frage der Marktordnung und des Landwirtschaftsgesetzes zu einer Kuhhandelsfrage erklärt. Außerdem will er diese Gesetze nur um ein Jahr verlängern, damit sie dann auch sicher wieder zu einem Handelsobjekt gemacht werden können.

Welch tiefe Unaufachrigkeit spricht doch aus dieser Haltung. Geben Sie uns eine eindeutige Antwort darauf, ob Ihnen an einer echten und dauerhaften Lösung dieser Frage gelegen ist. Oder wollen Sie vielleicht auch ein Bodenbeschaffungs- und ein Assanierungsgesetz nur für ein Jahr in Kraft setzen?

Oder was sollen wir von der Argumentation halten, daß das Marktordnungs- und Landwirtschaftsgesetz „wegen ihres Zusammenhangs mit dem Bundesfinanzgesetz“, wie Sie wörtlich sagten, wieder nur auf ein Jahr befristet werden sollen? Stehen nicht zum Beispiel unsere ganzen Sozialgesetze, überhaupt fast alle unsere Gesetze, beispielsweise auch das Wehrgesetz, in noch engerem Zusammenhang mit dem Budget? All dies sind aber unbefristete Gesetze. Wie kann da Ihre Begründung glaubhaft sein?

Es ist um eine Demokratie schlecht bestellt, wenn die Glaubwürdigkeit staatlicher Organe so zweifelhaft erscheint. Sie haben schon bei den Regierungsverhandlungen im April 1970 die Öffentlichkeit getäuscht. Sie haben im Juli 1971 zu Verhandlungen über das Budget eingeladen und schließlich nur Scheinverhandlungen geführt. Sie haben in der Wehrgesetzfrage den guten Glauben des Abgeordneten Zeillinger getäuscht und den harten Kern Ihrer diesbezüglichen Vereinbarungen burschikos weggewischt, und Sie haben, worauf Sie in Ihrer Regierungserklärung natürlich gerne hinweisen, trotzdem gute Wahlen gehabt.

Ich darf Sie aber an die Worte eines amerikanischen Präsidenten erinnern, der uns vor

langer Zeit eine Lebensweisheit gesagt hat, die ich auch dem Herrn Bundeskanzler sagen möchte: „Alle Leute kann man einige Zeit, einige Leute kann man auch allezeit, aber man kann nicht alle Leute allezeit zum besten halten.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf jedenfalls erklären, daß wir in allen Sachfragen, hier besonders als Sprecher der Landwirtschaft in diesen Bereichen, zu einer konstruktiven Mitwirkung bereit sind mit der Zielsetzung, unseren Bauernstand wirtschaftlich gesund und leistungsfähig weiterzuentwickeln, seiner gesellschaftlichen Stellung gemäß zu stärken und in allen Bereichen an den Standard der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen. Wir wollen auch gerne bei der Anwendung und beim Ausbau des geeigneten Instrumentariums mitwirken.

Ich habe mir erst erlaubt, wie es bereits mehrere Redner getan haben, auch darauf zu verweisen, daß die Regierungserklärung auf weiten Strecken anstelle einer klaren Aussage nur abgenützte Gemeinplätze zu bieten hat. Ein kleines Bukett davon darf ich wörtlich zitieren.

Zum Beispiel: „Wir haben dem Grundsatz der modernen Sozialpolitik Rechnung getragen“, und wir brauchen ein „Gesamtkonzept für alle Zweige der Sozialversicherung“. Bei der Assanierung ist der Herr Bundeskanzler für die Berücksichtigung „gerechter Ansprüche“ und die Abweisung „ungerecht fertigten Widerstandes“. Was gerecht und was ungerechtfertigt ist, hat er uns allerdings nicht gesagt. Wahrscheinlich will der Herr Bundeskanzler das selbst bestimmen. Er spricht weiters von „neuen Formen der Betreuung alter Mitbürger“, von den „großen Traditionen österreichischer Wohlfahrtspolitik“, von der „Qualität einer gesellschaftlichen Ordnung“ — lauter Leerformeln —, er verlangt, das Spitalswesen „auf eine neue Grundlage“ zu stellen — und sagt nicht, welche —, eine „optimale Anstaltsbehandlung“ zu gewähren, weiß aber nichts Konkretes darüber auszusagen. Er will „geeignete organisatorische und rechtliche Grundlagen für Maßnahmen des Umweltschutzes“ schaffen, er fordert hiefür die „Mobilisierung gigantischer Geldmittel“, er verlangt die „Verlagerung der wirtschaftlichen Initiativen in neue zukunftsträchtige Bereiche“.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es mag Leute geben, die sich so hochklingende Formulierungen ohne Inhalt eine Zeitlang ganz gerne anhören, aber ich glaube, bei der langen Rede des Herrn Bundeskanzlers wäre ein Weniger mehr gewesen; konkretere Aussagen sind aber offenbar nicht drinnen. Und der Herr Klubobmann der Sozialistischen Par-

Dr. Haider

tei, der Herr Abgeordnete Gratz, hat dieses ganze leere Schmuckwerk heute ausdrücklich als „Respekt vor dem Parlament“ bezeichnet, meine Damen und Herren!

Was die Aussagen zur Landwirtschaftsförderung, zur Bergbauernhilfe, zur Berücksichtigung der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe betrifft, kann man im allgemeinen dann ja sagen, wenn diese Ankündigungen aufrichtig gemeint sind und als echte Ziele verfolgt werden.

Auch die Aussagen zur Politik für den ländlichen Raum geben uns eine gewisse Ermutigung, sei es hinsichtlich der Verkehrserschließung, der wirtschaftlichen Förderung, der Fernmeldeeinrichtungen. Wir freuen uns, daß die Bundesregierung hier einschwenkt und auch ihrerseits den jahrelangen Bemühungen unserer Vertreter im agrarischen und im gesamten ländlichen Bereich endlich Gehör zu schenken verspricht beziehungsweise die von uns bereits seinerzeit in Angriff genommenen Zielsetzungen weiterverfolgen will. Auch hier werden Sie einen weiten Bereich vorfinden, in dem Sie mit unserer Aktivität und mit unserem Willen zur gemeinsamen Arbeit für unsere Mitbürger im ländlichen Raum rechnen können.

Sehr vermissen wir, Herr Bundeskanzler (*der Redner wendet sich zur Regierungsbank und merkt, daß Bundeskanzler Dr. Kreisky nicht anwesend ist — Heiterkeit*) und sonstige Mitglieder der Bundesregierung, eine Absichts- oder Zielerklärung Ihrer Regierung über die für den ländlichen Raum so entscheidende Frage des kommenden Finanzausgleiches. Gernade hier möchte ich auf Ihre Regierungserklärung Bezug nehmen und bitten, die Regierung möge hier besonders den erklärten Grundsatz virulent machen, die Armen zu kräftigen und die ungerechtfertigten Widerstände der Reichen zu überwinden.

Der gegenwärtige Finanzausgleich ist zufest ungerecht; er geht von der Annahme der Versteinerung jener Strukturen und kommunalen Bedürfnisse aus, wie sie vor mehr als 50 Jahren geherrscht haben. Inzwischen sind die echten Bedürfnisse und gerechtfertigten Anforderungen der ländlichen Gemeinden hinsichtlich Wasser, Kanalisation, Straßen, Ortsbeleuchtung, Wohnkultur, Kindergarten- und Schulwesen, kultureller und sportlicher Angelegenheiten, Umweltschutz, Fremdenverkehrsstandard, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen, wesentlich gestiegen. Die Regierungsverheißenungen hinsichtlich der Agrarpolitik könnten Sie besonders auch auf diesem Gebiete als eines der zunächst heranstegenden Probleme erfüllen, nämlich, wie Sie

wörtlich sagten, „den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard dieser Menschen an jenen der anderen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen“.

Hohes Haus! In weiten Teilen unserer Republik haben Länder und Gemeinden durch schwierige, aber erfolgreiche Bemühungen eine wesentliche Verbesserung der kommunalen Struktur durch Schaffung leistungsfähigerer Gemeinden bewirkt; sie erwarten als zusätzliche Förderung des Bundes nichts anderes als die Beseitigung jeder Benachteiligung durch den Finanzausgleich. Viele Probleme des ländlichen Raumes, von denen heute gesprochen wurde, könnten auf diese Weise viel leichter gelöst werden.

Einem berechtigten Anliegen der landwirtschaftlichen Bevölkerung als einem der wesentlichen Träger der gesellschaftlichen Ordnung im ländlichen Raum wurde schon unter der Regierung Dr. Klaus Rechnung getragen, nämlich dem Problem der Telephonverbindungen auf dem Lande. Der Verkehrsminister Dr. Ludwig Weiß setzte hier wesentliche Initiativen. Es ist erfreulich, daß die gegenwärtige Bundesregierung erklärt, diese Bemühungen fortzusetzen und den Ausbau des ländlichen Telephonnetzes zu günstigen Anschlußkosten weiterführen zu wollen.

Hohes Haus! Hinsichtlich der von der Bundesregierung angekündigten fortgesetzten Bemühungen zur Herstellung geregelter Beziehungen zum Gemeinsamen Markt hat die Regierung in Aussicht gestellt, auf die Berücksichtigung der „legitimen Interessen“, wie sie sagt, der österreichischen Landwirtschaft Bedacht zu nehmen. Der Grundton dieser Erklärung mag erfreulich sein, Konkretes hat der Herr Bundeskanzler damit aber leider nicht ausgesagt. Vielleicht könnte uns der Herr Bundeskanzler näher beschreiben, was er unter „legitimen Interessen“ der Landwirtschaft versteht. Aus dieser hingestreuten Bemerkung allein kann man nämlich vieles oder auch gar nichts entnehmen. Aber vielleicht ist das Absicht.

Im sozialpolitischen Bereich sind die Aussagen der Bundesregierung, wie heute schon mehrmals bemängelt wurde, sehr dürfsig. Was der Herr Bundeskanzler sich unter einem „Gesamtkonzept für alle Zweige der Sozialversicherung und einem längerfristigen Finanzierungsplan“ konkret vorstellt, hat er nicht einmal in nebelhaften Konturen angedeutet.

Es ist zwar heute der Herr Vizekanzler eingesprungen, um uns diesen Punkt zu erläutern, er konnte uns aber auch nicht mehr mitteilen, als daß in dieser Sache 18 Monate lang gearbeitet worden sei. Ich darf also sagen: Die

Dr. Haider

Konturen bleiben hier — für das Hohe Haus zumindest — genauso nebelhaft, wie sie bei der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers dargelegt wurden. (Zwischenruf des Vizekanzlers

Ing. Häuser.) Ich habe gesagt: dem Hohen Hause. Und Sie haben dann nur allgemein auf die Enquête verwiesen. Ich möchte fragen, was unter einem „Gesamtkonzept“ verstanden wird. Wir sind es nämlich langsam schon müde, immer von Konzepten zu hören und nichts Konkretes zu erfahren.

Eines der Hauptanliegen der Landwirtschaft ist die Angleichung der Zuschußrente an die Bauernpension. Darüber wurde leider überhaupt nichts gesagt. Nach einer parlamentarischen Anfragebeantwortung des zuständigen Bundesministers hat die Regierung dafür derzeit leider auch nichts übrig.

Gleichermaßen wichtig sind die notwendigen Vorkehrungen für die landwirtschaftliche Unfallversicherung und die Ermöglichung eines ersten Schrittes in der Annäherung zwischen Bauernkrankenkasse und Ärzten. Allen diesen bedeutsamen Fragen ist in der Regierungserklärung keine Erwähnung getan; auch die Regierungserklärung vom April 1970 enthält darüber nur einige Nebensätze.

Ich darf aber, Hohes Haus, und wirklich mit vollem Ernst erklären, daß es uns sehr freuen würde, wenn auch auf dem wichtigen Gebiete der bäuerlichen Sozialpolitik, wo es zwischen den großen Parteien immer eine gute und daher auch eine fruchtbare Zusammenarbeit gegeben hat, die Möglichkeit eines gemeinsamen Weiterbauens gefunden werden könnte. Unsere Mitwirkung wäre Ihnen hier sicher.

Mit großer Sorge beobachten wir die Entwicklung auf dem Gebiete der Mehrwertsteuer, wo wir nach den uns bekannten Auffassungen des Finanzministers auf gar kein Verständnis für die gegebenen Verhältnisse in der Landwirtschaft warten dürfen. Wir werden uns hier auf eine schwerwiegende Konfrontation vorzubereiten haben.

Das gleiche gilt für die Alkoholsonderabgabe, womit die Regierung eine gesetzlich auslaufende Sonderabgabe neu einführen will. Über die merkwürdigen Begleiterscheinungen, unter denen diese Vorlage ins Haus gekommen ist, wurde ja heute schon gesprochen. Die Begleiterscheinungen, daß man während des Laufes des Begutachtungsverfahrens die Vorlage bereits ins Haus bringt, stehen in merkwürdigem Widerspruch zu den Deklamationen des Herrn Bundeskanzlers über die Achtung der Verfassung, der Gesetze und des Hauses.

Mit der sehr merkwürdigen Handhabung des Bewertungsgesetzes durch den Finanzminister werden wir uns sicher auch noch zu befassen haben.

In der Frage des Dieseltreibstoffpreises weiß die Regierung nichts anderes, als der Landwirtschaft eine untragbare Belastung zuzumuten und diese aufrechtzuerhalten. Wir wissen, daß auch Abgeordneten der Sozialistischen Partei diese völlig unbefriedigende Situation auf dem landwirtschaftlichen Treibstoffsektor Sorge macht, und dürfen vorschlagen, tunlichst bald eine Lösung zu suchen.

Eine Menge anderer bedeutungsvoller Fragen ist in der Regierungserklärung nicht oder ganz unbefriedigend erwähnt. Die Regierung wird sich sehr bemühen müssen, im Bereiche der Land- und Forstwirtschaftspolitik ein Klima zu ermöglichen, das einer verantwortungsbewußten und für die ganze Gemeinschaft unseres Volkes nützlichen Lösung förderlich ist.

Diesem Klima sicher nicht dienlich wäre die Rückkehr des Bundeskanzlers zu jenen Methoden des Vorjahres, die in der Öffentlichkeit die Vorstellung einer Räterepublik wachgerufen haben. Ich weiß nicht, ob der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ihre Störaktionen mit der Einschleusung eines rätereublikanischen Fremdkörpers von sogenannten Bauernräten oder Beschwerdekommissionen fortsetzen will. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler nur ganz schlicht aufmerksam machen, daß er damit der demokratischen Grundhaltung unserer Republik einen sehr übeln Dienst erweist. (Zustimmung bei der ÖVP.) Wir werden, getreu den Gesetzen des Bundes und der Länder, getreu unserem Auftrage, die demokratische Vertretung unseres Berufsstandes mit Festigkeit wahren und ausüben. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.) Wir dürfen hiebei auf die gleiche Gesinnung jener verantwortlichen Persönlichkeiten bauen, die in gleicher Weise in anderen Bereichen ihre gesetzliche und statutarische Verpflichtung erfüllen, die Anliegen ihrer Vertretungbefohlenen wahrzunehmen. Wir glauben auch nicht, daß jemand seine Hand dazu hergibt, die Zusammenarbeit der Interessenvertretungen, die für Österreich so wesentliche Grundsteine gelegt und den wirtschaftlichen Aufstieg, den sozialen Frieden so fruchtbar mitgestaltet haben, so leichtsinnig zu gefährden und in Frage zu stellen.

Auf der gleichen Ebene, Hohes Haus, liegt der Umstand, daß sich Dr. Kreisky seit einiger Zeit aus dem landwirtschaftlichen Bereich einen kleinen, aber stets lärmenden, einen

Dr. Haider

unpolitischen, aber stets politisierenden sogenannten Bauernverband beigelegt hat. Ich glaube, der Herr Bundeskanzler wird noch erkennen, wenn dies nicht schon geschehen ist, was er sich mit diesen Leuten eingekramt hat, die als Splittergruppe im rechten Out des politischen Feldes Aufenthalt genommen haben und sich gerne für jeden Streich und für jeden Hinterhalt benützen lassen.

Desgleichen hat uns verwundert, daß der Herr Bundeskanzler sein zur Schau getragenes Wissens- und Informationsbedürfnis über bäuerliche und bergbäuerliche Fragen weder unter seinen 1400 Fachleuten noch unter den Funktionären oder Mandataren des sozialistischen Arbeitsbauernbundes zu decken vermag. Der Arbeitsbauernbund tut brav seine Schuldigkeit in der Sozialistischen Partei. Wenn es aber heißt, zu einer höheren Verantwortung berufen zu werden, kann der rote Mohr gehen, der Parteiobmann geht in fremde Gefilde fischen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Wir sind hier Zeugen eines makabren Spieles, das dem sozialistischen Arbeitsbauernbund wahrlich nicht zum Ruhme gereicht und seine Parteiarbeit beschämend diskriminiert. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das sei aber nur vermerkt, es ist nicht unsere Sorge.

Bevor ich zum Schlusse komme, darf ich mich noch an die fast 2 Millionen unserer Wähler wenden und auch an jene, die uns diesmal ihr Vertrauen nicht geben konnten. Sie können gewiß sein, daß die gesellschaftsgestaltende Kraft, die in unserer Gesinnungsgemeinschaft wirkt, auch in dieser Zeit nicht erlahmen wird. Aus der Kraft unserer Gemeinschaft heraus haben so bedeutende Männer wie ein Figl und Raab, ein Kunschak und Hartmann, um nur einige zu nennen, unendlich vieles für unser Vaterland geleistet. Unser Blick geht aber in die Zukunft; wir tun dies aus jener Kraft heraus, die wir übernommen haben, die wir jetzt tragen und wieder weitergeben werden. Wir werden als moderne Menschen immer ein offenes Auge haben für die gesellschaftliche Entwicklung und deren Förderung in einem freien Gemeinwesen.

Es gibt heute in Österreich nicht mehr viele Leute, die aufschrecken, wenn von gesellschaftlichen Bedürfnissen die Rede ist. Ich darf Ihnen sagen, daß uns und unserer Arbeit die echten gesellschaftlichen Bedürfnisse die politische Leitlinie sein werden. Auch die Fragen der Assanierung und Bodenbeschaffung, besonders für die Siedlungsräume und deren Entwicklung bedeutsam, werden von uns grundsätzlich bejaht. Wir bedauern nur, daß diese so ernste Frage, die man für sich allein und mit Blick auf die Erfordernisse der Gemeinschaft verantwortlich beraten muß, vom

Herrn Bundeskanzler zu einem taktischen Handellobjekt degradiert werden soll. Ich bin überzeugt, daß wir auch hier zu einer gemeinsamen Lösung kommen könnten, wenn wir in österreichischer Art sowohl das Recht der Menschen, die ihr Eigentum redlich erworben haben, als auch die vordringlichen Sorgen unserer Mitbürger um eine ordentliche Heimstätte in Einklang zu bringen trachten und die realen Erfordernisse einer vernünftigen Raumordnung besonders in den Siedlungsgebieten bejahen.

Hohes Haus! Wo immer wir sehen, daß überkommene Rechtsformen und Strukturen der gesellschaftlichen Entwicklung im Wege stehen, wird man uns gesprächenbereit finden. Jede Ordnung, auch die Rechtsordnung, steht schließlich im Dienste der Gemeinschaft. Wir sind für jede Reform offen und sehen nur dort die Grenze, wo sie uns von den Grundsätzen des christlich-abendländischen Kulturreises und von den jedem Menschen unveräußerlichen Rechten gesetzt ist. Wir wissen, daß in der christlichen Gesellschaftsidee eine Kraft wirkt, welche Jahrhunderte gestaltet hat. Wir wissen, daß diese Kraft zum Teil wieder neu entdeckt werden muß. Seit mehr als 100 Jahren hat es der etablierte Liberalismus verstanden, die echten christlichen Sozialideen überall dort, wo sie an Bestehendem röhren, als marxistisch anzuschwärzen und sie so zu diskriminieren. Wer Zeit und Verständnis hat, wird finden, daß die Kraft dieser Ideen in ihrer Aufgeschlossenheit und in ihrer ausgeprägten Betonung des selbstlosen menschenfreundlichen Lebens in der Gemeinschaft geeignet wäre, auch uns den Weg zu weisen für die im Gange befindliche Umgestaltung unserer Gesellschaft zu einer besseren Gesellschaft.

Wo immer es darum geht, in Österreich Sicherheit und inneren Frieden zu vereinen mit Fortschritt, Aufstieg und notwendigen gesellschaftlichen Reformen, darf das österreichische Volk mit uns rechnen; wir werden auch in den Jahren der Opposition nie vergessen, daß die in unserer Gesinnungsgemeinschaft wirkende Kraft uns immer wieder verpflichtet und befähigt, daran mitzuarbeiten und das weiterzubilden, was wir den österreichischen Weg in eine gute Zukunft nennen. Allen, die in der neuen politischen Landschaft Sorge um die weitere Entwicklung Österreichs haben, darf ich sagen: Wir stehen hier, sind uns unserer Kraft bewußt, und Sie alle werden sich auf uns verlassen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Schmidt (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen! Meine Herren! Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung am vergangenen Freitag auch auf die Notwendigkeit einer fortschrittlichen und leistungsfähigen Verwaltung hingewiesen. Er hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Einzelmaßnahmen angekündigt, von denen man sagen kann, daß sie zweifellos dazu beitragen können, der Verwaltung neue Impulse zu verleihen, daß sie aber die wesentlichen Dinge, um die es geht, doch nur am Rande berühren.

Sicherlich ist die Schaffung verbesserter Möglichkeiten der Ausbildung, der Weiterbildung von Beamten durch Errichtung einer Verwaltungsakademie zu begrüßen, man kann ja bekanntlich nie genug lernen, und der Staat braucht gut ausgebildete Beamte. Sicherlich entspricht auch die geplante Ausschreibung öffentlicher Funktionen einem dringenden Bedürfnis der Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Diese Ausschreibung kann geeignet sein, Qualität und Niveau der staatlichen Verwaltung zu heben, sie kann geeignet sein, das Vertrauen in die Objektivität der Verwaltungstätigkeit zu vergrößern, sofern, meine Damen und Herren, Gewähr gegeben ist, daß wirklich nur der am besten qualifizierte Bewerber die ausgeschriebene Funktion erhält; denn, Herr Bundeskanzler, entscheidend ist nicht so sehr, daß jeder Staatsbürger, wie Sie in Ihrer Regierungserklärung sagten, der die an die Bekleidung dieser Funktion geknüpften Bedingungen erfüllt, sich um diese Funktion bewerben kann, sondern entscheidend wird vielmehr sein, ob der Staatsbürger, ob der Bewerber, der am geeigneten erscheint, auch tatsächlich diese Funktion erhalten wird. Denn es soll ja schon vorgekommen sein, daß bei Postenausschreibungen schon vorher feststand, wer den Posten, der zur Ausschreibung gelangte, einnehmen wird. Es soll ja schon vorgekommen sein, daß andere als objektive Kriterien für die Vergabeung maßgebend waren. Es wird also sehr wichtig sein, nach welchen Gesichtspunkten auch die Beurteilungskommissionen zusammengesetzt sein werden. Aber darüber wird ja noch zu reden sein, wenn uns die Regierungsvorlage vorliegt.

Die Dienstpostenausschreibung ist also sicherlich ein Gebot der Stunde, und auch das angekündigte große Kompetenzgesetz wird vielleicht mit dazu beitragen, mehr Licht in das Gestüpp der staatlichen Verwaltung zu bringen. Aber, Hohes Haus, ich glaube, einer Illusion sollte man sich nicht hingeben, nämlich der, daß damit die Forderung erfüllt sei, die seit Jahren, was heißt seit Jahren,

seit Jahrzehnten immer wieder in der Öffentlichkeit erhoben wird, von der Bevölkerung, von den Trägern der öffentlichen Meinung und nicht zuletzt von der Verwaltung selbst, nämlich die Forderung nach einer echten durchgreifenden Reform der Staatsverwaltung.

Diese Verwaltungsreform, deren Inangriffnahme schon Bundeskanzler Figl in seiner Silvesteransprache im Jahre 1949 lautstark ankündigte, um sie dann ebensowenig in den Griff zu bekommen wie seine Nachfolger, die Kanzler Raab und Gorbach, diese Verwaltungsreform, mit deren Durchführung die Regierung Klaus im Jahre 1966 eine eigene Kommission betraut hatte, war auch nicht viel weiter als über eine Bestandsaufnahme hinausgekommen. Diese Verwaltungsreform, an der auch der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky zu unserem Bedauern in seiner Regierungserklärung nur vorbeigeredet hat, kann doch nicht darin bestehen und kann sich nicht darin erschöpfen, daß man eine Verwaltungsakademie schafft, daß man Dienstposten ausschreibt und daß man auf die Möglichkeiten des Einsatzes automatischer Datenverarbeitungsanlagen künftig Bedacht nimmt und daß man im Rahmen eines großen Kompetenzgesetzes die Aufgaben der einzelnen Bundesministerien klarer faßt.

Hohes Haus! Ich möchte diese Maßnahmen keineswegs bagatellisieren. Aber sie scheinen nun doch zu sehr Einzelmaßnahmen bar jeden Konzeptes zu sein. Es scheint uns Freiheitlichen eben kein Konzept für die Bewältigung der großen Aufgabe, wie sie die Reform der Staatsverwaltung nun einmal darstellt, vorzu liegen. Und wenn der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung einen Appell an alle öffentlich Bediensteten richtet, an der Realisierung der Reformbestrebungen tatkräftig mitzuwirken, so erhebt sich die Frage: Wo bleibt die Reform? Wo ist das Konzept?

Es sei die weitere Frage erlaubt: Was ist eigentlich mit all den Vorschlägen geschehen, die seit Jahren aus den Reihen des öffentlichen Dienstes immer wieder zum Thema Verwaltungsreform gemacht wurden? Denn auch frühere Bundeskanzler haben die öffentlich Bediensteten aufgefordert, Vorschläge zu erstatten. Und es sind Vorschläge erstattet worden.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß ich hier als Bundesbeamter dazu etwas sage, und halten Sie das bitte jetzt nicht als eine Naseweise oder vielleicht naive Äußerung eines Parlamentsneulings, der es eben noch nicht so gut weiß und der schon lernen wird, was hier gespielt wird. Erlauben Sie, daß ich aus 25jähriger Verwaltungspraxis sage, daß meines Erachtens jede

Dr. Schmidt

Verwaltungsreform eine grundlegende Voraussetzung hat, die zunächst erfüllt werden müßte, soll die Reform nicht wieder im Sande verlaufen. Diese Verwaltungsreform müßte, so paradox es klingt, bei der Gesetzgebung beginnen. Sie müßte hier im Hohen Hause den Anfang nehmen mit der Schaffung klarer, übersichtlicher und verständlicher Gesetze, und das müßte natürlich schon bei den Regierungsvorlagen beginnen. Die Verwaltung leidet unter nichts mehr als unter der Last der ihr aufgebürdeten Aufgaben, einer Last, die natürlich noch größer wird, wenn die gesetzlichen Vorschriften, die zu vollziehen sind, nicht gut durchdacht, unverständlich, veraltet, der modernen Entwicklung nicht angepaßt sind. Die Folgen sind dann klar: schleppende Verwaltungstätigkeit, Häufung der Aktenrückstände, Vergrößerung des Beamtenapparates und schließlich Kopflastigkeit der Staatsfinanzen durch Beamtenbesoldung.

Wir Freiheitlichen glauben daher, daß zur Bewältigung der Verwaltungsreform viel mehr gehört, als der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Wir sind der Meinung, daß Hand in Hand mit einer einfacheren, verständlicheren Gesetzgebung auch eine umfassende Rechtsbereinigung erfolgen müßte, nicht nur die Neukodifizierung und Modernisierung des Dienstrechtes, so begrüßenswert diese in Aussicht gestellte Initiative sicherlich ist, sondern darüber hinaus müßte eine Normenbereinigung und Neukodifizierung der bestehenden Rechtsordnung Platz greifen, müßte eine Aufhebung überflüssiger Gesetze erfolgen, müßte eine Wiederverlautbarung novellierter Gesetze geschehen. Das wäre nicht nur ein erster Schritt zur Verwaltungsreform, wie wir sehen, sondern darüber hinaus müßte auch ein echter Beitrag zur Hebung der Rechtssicherheit erfolgen.

Ich glaube, ohne diesen ersten Schnitt wird jede andere Maßnahme nur Stückwerk bleiben. Wir erachten es daher als dringend notwendig, daß die Verwaltungsreform in einer Art konzentrierten Aktion von politischer Willensbildung, von Verwaltung unter Beziehung von Fachleuten auf dem Gebiete der Organisation zusammen mit der beruflichen Interessenvertretung der Bediensteten ehebaldigst in Angriff genommen werden soll, und wir betrachten leider die vom Herrn Bundeskanzler in Aussicht gestellten Maßnahmen als keineswegs ausreichend, um die Verwaltung in den von uns allen doch gewünschten Zustand zu bringen. Das Ziel sollte doch eine leistungsfähigere Verwaltung bei einem Mindestmaß von Aufwand sein.

Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat den Bundesbediensteten auch den Dank der Regierung ausgesprochen. Ich glaube, dieser Dank der Regierung ist umso angebrachter, als diese Bundesbediensteten vielfach heute noch unter Bedingungen ihren Dienst vernichten müssen, die sehr schlecht sind. Man muß sich nur einmal anschauen, wie manche Dienststellen des Bundes räumlich untergebracht sind, wie Bedienstete, oft zu dritt und zu viert in einem Zimmer zusammengepfercht, ihren Parteienverkehr abwickeln müssen. Es sind manchmal Arbeitsbedingungen im Bundesdienst anzutreffen, die, wäre ein Privatunternehmen dafür verantwortlich, zweifellos das Einschreiten des Arbeitsinspektorates nach sich ziehen würden. Aber Bundesdienststellen unterliegen leider nicht der Aufsicht des Arbeitsinspektorates. Das ist auch ein Mangel, der, glaube ich, im Interesse der öffentlich Bediensteten beseitigt gehört.

Wenn die Regierungserklärung davon spricht, den koordinierten und entscheidungsorientierten Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungsmaschinen ermöglichen zu wollen, so ist das sicherlich auch sehr begrüßenswert, falls ein derartiger Einsatz sorgfältig vorbereitet und überlegt wird.

Aber dieser Ausblick in die technische Zukunft unserer Verwaltung soll und kann doch nicht vergessen machen, daß die Organisation in vielen Verwaltungszweigen heute noch immer nach altehrwürdigen Kanzleiordnungen läuft, daß es noch sehr viele Dienststellen gibt, die mit völlig unzureichenden und überalterten technischen Einrichtungen versehen sind.

Die Regierungserklärung spricht von einer dem modernen Industriestaat adäquaten Verwaltung, während heute noch Tausende Beamte ihre Bescheide mit der Hand ausfertigen müssen, wofür sie im Jahr, glaube ich, zwei Kugelschreiber und einen Tintenbleistift zugeteilt bekommen. (Abg. Dr. G a s p e r s c h i t z: So arg ist es nicht! Zu drastisch geschildert!) Es sind zwei Graphitbleistifte auch noch dabei. Die Bediensteten sind daher vielfach nicht in der Lage, den Schriftverkehr mit den Parteien maschinell vorzunehmen, weil das erforderliche Schreibpersonal fehlt, was andererseits auch kein Wunder ist bei der Knauserigkeit und der Kleinlichkeit, die der Staat bei der Bezahlung des Schreibpersonals an den Tag legt.

Meine Damen und Herren! Derselbe Staat, in dem nichts daran gefunden wird, daß man Sektionschefs ein Körberlgeld von 3000 S zuschanzt, derselbe Staat gibt seinen vertragsbediensteten Schreibkräften in der d-Stufe mit

Dr. Schmidt

Ach und Krach eine Schreibzulage von 100 S. Wenn hervorragende Leistungen erbracht werden, dann gibt es, um Gottes willen, noch 50 S dazu, und das auch erst seit 1. Juli 1971.

Hohes Haus! Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn der öffentliche Dienst schwer unter dem Mangel an Schreibpersonal zu leiden hat, wenn tüchtige Schreibkräfte in die Privatwirtschaft abwandern. Hier, glaube ich, meine Damen und Herren, wird man sich mehr als bisher einfallen lassen müssen, um auf diesem Sektor wenigstens zu erträglichen Zuständen zu gelangen.

Meine Damen und Herren! Es soll aber im übrigen nicht bestritten werden, daß mit der derzeitigen Besoldungsregelung, wie sie durch die Vereinbarung mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegeben ist, sicherlich ein Schritt nach vorne getan wurde. Aber immer noch gibt es ungerechtfertigte Benachteiligungen im Bundesdienst, im Vergleich zum Beispiel mit den Bediensteten der Länder und der Gemeinden.

Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, warum der Bundesbeamte in seiner Laufbahn schlechter gestellt wird als der Landes- oder Gemeindebeamte. Es ist nicht einzusehen, warum die Beförderungsrichtlinien für Bundesbeamte unbedingt ungünstiger sein müssen als die Beförderungsrichtlinien für die Beamten der Landes- und der Gemeindeverwaltungen.

Im Vergleich zu den Landesbeamten verliert ein Bundesbeamter infolge der ungünstigen Beförderungsrichtlinien während seiner Laufbahn durchschnittlich etwa zehn Jahre. Dieser Zustand wird natürlich von den Bundesbediensteten als große Ungerechtigkeit empfunden. Hier richte ich an Sie, Herr Bundeskanzler, den Appell, durch Angleichung der Beförderungsrichtlinien des Bundes an die der Länder Ihren Dankesworten an die öffentlich Bediensteten endlich einen konkreten Inhalt zu geben.

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, beabsichtigen, durch Schaffung eines neuen Dienstrechtes der Stellung des Beamten in unserem Staate gerecht zu werden, so muß das sehr begrüßt werden. Allerdings muß die Frage aufgeworfen werden, welche Stellung eigentlich diese Regierung den öffentlich Bediensteten im Staate zuordnet, ob diese Regierung auch in den öffentlich Bediensteten, in den Staatsbeamten jene Menschen sieht, die bereit sind, dem Staat und seiner Bevölkerung zu dienen, die in einem Treueverhältnis zu diesem Staat stehen, die auch die Pflicht haben, in und außer Dienst ihr Standesansehen zu wahren, die aber andererseits auch erwarten können,

einen erhöhten Schutz des Staates für ihre Tätigkeit zu erhalten, denn das Treueverhältnis, Hohes Haus, kann keine Einbahnstraße sein.

Ich werfe diese Frage deswegen auf, weil doch vor Monaten gewisse Schlagworte vom Privilegienabbau und von der Amtskappelmentalität, von Regierungsseite geäußert, aufhorchen ließen. Man erinnert sich dabei und in diesem Zusammenhang an das, was der ehemalige Chefideologe des Gewerkschaftsbundes, Herr Professor Fritz Klenner, geschrieben hat. Ich möchte den Herrn Präsidenten um die Erlaubnis bitten, zu zitieren. Professor Klenner schrieb: „Warum soll der Staatsangestellte besser gesichert sein als ein jeder andere Arbeiter oder Angestellte?“ Und er schrieb an anderer Stelle: „Auch die durch Dienstpragmatik und Unkündbarkeit geschützte Stellung des Staatsangestellten ist ein Fossil der Vergangenheit. Solche Vorechte sind für manche nichts anderes als ein Reservat, in dem sich Unfähigkeit und Minderleistung, Mißbrauch von Krankheits- und Pensionsbestimmungen, Kastengeist und Bürokratismus tummeln können.“

Ich glaube, wenn ein so prominenter Sozialist eine solche Auffassung über den Stand der öffentlich Bediensteten an dem Tag legt, so ist doch die Frage berechtigt, welche Auffassung die sozialistische Alleinregierung hat. Ist sie auch dieser Auffassung? Hier wird wohl eine rasche Klärung notwendig, denn niemand kann leugnen, meine Damen und Herren, daß das Ansehen des öffentlichen Dienstes im Sinken begriffen ist.

Wir erleben das doch am deutlichsten bei unserer Exekutive. Unbeschadet der Diskussion, die am Freitag hier in diesem Hohen Hause abgeführt werden soll, darf ich mir erlauben, doch zu sagen, daß wir es ja vor einigen Tagen bei den Ereignissen erlebt haben, als Bevölkerung und Polizei von drei Schwerverbrechern in Atem gehalten wurden, daß die öffentliche Meinung nicht gut mit der Exekutive umgegangen ist. Kritik über Kritik wurde an dem Verhalten der einzelnen Organe vorgebracht.

Dabei wird aber, glaube ich, übersehen, daß es in unserer Polizei noch nie eine so große Unsicherheit gegeben hat wie gerade jetzt. Da wird geschrieben, wie ungeschickt es von dem Oberwachmann war, sich von zwei schwerbewaffneten Gangstern überwältigen zu lassen. Aber niemand beleuchtet eigentlich die Hintergründe, warum er allein diesen Einsatz antreten mußte, warum es den Personalmangel bei der Polizei gibt, warum überhaupt der Dienst bei der Exekutive an Attraktivität verloren hat.

Dr. Schmidt

Und man muß es eigentlich erschüttert erleben, wenn eine dreihundert- bis vierhundertköpfige Menschenmenge vor dem Polizeikommissariat Donaustadt in Wien belustigt zusieht, wie Schwerverbrecher das Gesetz des Handelns an sich reißen und dafür dann noch als Gentlemen belobigt werden. Und die Polizei wird ausgelacht! Ist man der Meinung, daß unter diesen Umständen der Beruf des Polizisten attraktiver wird?

Das ist doch alles, Hohes Haus, die Folge einer Entwicklung, an der die Regierung nicht ganz unschuldig ist, einer Entwicklung, in denen Verlauf irgendwo auch das Wort vom Privilegienabbau steht, an deren Ende aber der Verlust jeglicher staatlicher Autorität stehen kann.

Wenn man das vermeiden will, Hohes Haus, wenn man die bestehende Ordnung sichern will, dann ist es aber notwendig, daß von der Regierungsseite aus nicht nur den öffentlich Bediensteten der Dank ausgesprochen wird, sondern daß ihnen auch zu erkennen gegeben wird, daß der Staat hinter ihnen steht und ihnen seinen Schutz gewährt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Als nächster Redner langt zum Wort der Herr Abgeordnete Doktor Mock. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Mock (OVP): Herr Präsident! Ich bin sehr froh, daß ich jetzt noch das Wort ergreifen kann, denn man hat zeitweise so den Eindruck gehabt, wäre man um 22 oder 23 Uhr zur Rede gekommen, wäre die Regierungsbank leer gewesen. (Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Skritek: Sie ist immer voll, was wollen Sie denn?) Ja, meine Damen und Herren, als da drei Regierungsmitglieder oben saßen, hatte ich den Eindruck, es kommt vielleicht eines Tages die Stunde, wo man sich als Abgeordneter noch bedanken wird, wenn jemand auf der Regierungsbank sitzt. (Zustimmung bei der OVP. — Neuerlicher Widerspruch bei der SPÖ.) Bitte lassen Sie sich nicht so leicht irritieren, Sie werden sich Ihre Empfindlichkeit noch ein bißchen abgewöhnen müssen. (Abg. Libal: Wir sind eh nicht empfindlich!)

Fairerweise muß ich sagen, daß der Herr Handelsminister und die Frau Staatssekretär eine beispielhafte Ausnahme waren. (Abg. Erich Höfle: Geben Sie Noten aus? — Zwischenruf des Bundeskanzlers Doktor Kreisky.) Ich weiß schon, Herr Bundeskanzler, daß Sie diese Dinge nicht sehr ernst nehmen. Sie haben zwar groß verkündet, Sie nehmen Kritik ernst, aber die Praxis sieht etwas anders aus.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung eine ganze Reihe von Dingen aufgezeigt, eine ganze Reihe von Aufgaben aufgezählt, die sicherlich notwendigerweise und vernünftigerweise in Angriff genommen werden müssen. Es geht ja nicht darum, daß man jeden einzelnen Vorschlag der Regierungserklärung kritisiert, denn gar manches würde zweifellos auch in der Regierungserklärung eines OVP-Regierungschefs aufscheinen.

Sie haben es versäumt — das ist ja vorhin schon herausgearbeitet worden, und das ist, glaube ich, gerade die Aufgabe eines Regierungschefs —, Schwerpunkte, Prioritäten zu setzen und mit wenigen klaren Strichen anzulegen, welche Lösungsvorschläge Sie sich für einzelne Probleme vorstellen.

Sie haben nicht nur eine Menge von Problemen angesessen, sondern Sie haben auch zu einer ganzen Reihe von Fragen in sehr sibyllinischer oder diffuser Form Stellung genommen. Darauf komme ich noch etwas später zu sprechen.

Das Grundproblem Ihrer Regierungserklärung, und nicht nur der Regierungserklärung, sondern auch Ihrer Regierungspolitik, ist die Glaubwürdigkeit Ihrer Ausführungen. 14.000 Worte, 70 legistische Ankündigungen oder Vorschläge: Schon allein nach den Erfahrungen der letzten einehalb Jahre bin ich, was die Verwirklichung anbelangt, eben sehr skeptisch, obwohl es jetzt höchste Zeit ist, nachdem Sie ja eine absolute Mehrheit haben, „klare Verhältnisse“ besitzen, mit der Politik der permanenten Ankündigungen, mit dem Fortschwingen von einer Schlagzeile zur nächsten endgültig Schluß zu machen. Wir werden hier als Opposition sehr klar aufzeigen, und nicht nur dem Parlament, sondern auch der Öffentlichkeit, wo diese 14.000 Worte ohne jede praktische Konsequenz bleiben. (Zustimmung bei der OVP.)

Aber darüber hinaus, Herr Bundeskanzler, enthält ja Ihre Regierungserklärung nicht nur eine Fülle von Worten — an das sind wir ja schon ein bißchen gewöhnt —, sondern sie enthält auch ausgesprochen falsche Daten. Es tut mir leid, aber um der Klarheit willen muß ich dieses Wort gebrauchen.

„Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat weiters nach mehrjähriger Stagnation in diesem Bereich erstmals richtungweisende Impulse gegeben und Arbeiten vorgenommen.“ Sie sprechen von einer mehrjährigen Stagnation. Darf ich Ihre eigenen Dokumente zitieren, Herr Bundeskanzler? Laut Forschungsbericht 1971 stiegen die Forschungsausgaben des Staates im letzten Jahr der OVP-Regierung um 16 Prozent, in Ihrem

Dr. Mock

ersten Regierungsjahr um 14 Prozent. Solche Aussagen haben mit Glaubhaftigkeit sehr wenig zu tun. Die Regierung sollte in ihren Aussagen wenigstens mit den eigenen Dokumenten, die sie dem Parlament vorgelegt hat, übereinstimmen.

Als Ziel des Schulenentwicklungsprogramms geben Sie an, in jedem politischen Bezirk zumindest eine weiterführende Schule zu errichten. Das ist ja schon längst geschehen, Herr Bundeskanzler! Hier sind Sie ja hintnach! Diese Forderung wurde vom Minister Piffl-Perčević aufgestellt und schon 1969 endgültig verwirklicht! (*Rufe bei der SPO: Wo?*) Ich nehme nicht an, daß Sie bewußt die Öffentlichkeit oder das Parlament mit einer falschen Angabe belasten wollten. Aber dann war es zumindest eine Schlampelei. Und auch das braucht sich das Parlament und die Öffentlichkeit nicht gefallen zu lassen, vor allem nicht in einer Regierungserklärung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe schon vorhin gesagt, daß Sie erwähnten: „Kritik wird sehr ernst genommen!“ Herr Bundeskanzler! Wenn ich mir die etwas billige Ironie so ansiehe, die einige Regierungsmitglieder anlässlich der Rede des Obmannes der großen Oppositionspartei gezeigt haben, so klingen diese pathetischen Feststellungen gegenüber dem Parlament auch nicht sehr glaubhaft. Und wenn Sie ein Gesetz beschließen lassen, Herr Bundeskanzler, nämlich die Wehrgesetznovelle, nach eineinhalb-jähriger Jamentabler Diskussion, nach mühseliger Flickarbeit, weil die Regierungsvorlage mit fast 100 Zusatz- und Abänderungsanträgen korrigiert werden mußte, und Sie dann später feststellen: Ja es muß der zuständige Minister sehen, ob er es durchführen kann, ansonsten muß man eben darüber reden!, so zeigt das auch nicht von Glaubhaftigkeit, sondern zeigt das von Mangel an Respekt gegenüber dem Parlament. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn die Regierung eine Regierungsvorlage einbringt, hat sie vorher zu prüfen, ob das realisierbar ist, und hat das Gesetz nachher durchzuführen. (*Erneute Zustimmung bei der ÖVP.*) Dann verweisen Sie auf das Reichsvolksschulgesetz, das auch nur unvollständig realisiert werden konnte. Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, Sie gehen eines Tages nicht noch weiter zurück und holen sich Ihre Argumente aus dem Mittelalter.

Am 8. März 1971 unterzeichneten der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschläger und der Herr Bundesminister Gratz in Wien einen internationalen Vertrag mit dem Heiligen Stuhl, der es ermöglicht, daß neben anderen konfessionellen

Privatschulen auch den katholischen Privatschulen die gesamten Lehrerkosten von der öffentlichen Hand refundiert werden. Die Volkspartei war immer für eine liberale Regelung dieses Problemkreises. Auch aus grundsätzlichen Erwägungen haben wir die Gleichbehandlung sämtlicher Privatschulen schon im Jahre 1962 verlangt und daher auch diesen Vertrag und die diesbezüglichen Vorschläge begrüßt.

Der Vertrag wurde am 8. März 1971 unterschrieben. Am 15. Juli 1971 wurde er dem Nationalrat vorgelegt, ebenso wie eine entsprechende Regierungsvorlage. 14 Tage später wurde mit den Stimmen der heutigen Regierungspartei der Vertrag und auch der Gesetzentwurf an den Ausschuß zurückgewiesen. Das Gesetz wurde hinfällig, weil man ja am Ende der Legislaturperiode war.

Ich frage den frühen Herrn Unterrichtsminister und auch den Herrn Außenminister, was diese Unterschrift unter dem internationalen Vertrag eigentlich wert ist. Am 1. September 1971 sollten laut dem Gesetzentwurf den Privatschulen 18,5 Millionen Schilling zukommen. Wo sind diese 18,5 Millionen Schilling? Sie haben ja, Herr Bundeskanzler ... (*Abg. Jungwirth: In der Kassa!*) In der Kassa? — Wo in der Kassa? Das zu wissen wäre ich sehr interessiert. (*Abg. Jungwirth: In der Raiffeisenkasse!*)

Der Herr Bundeskanzler hat ja noch im Wahlkampf verkündet, daß er diese Unterstützung gewähren wird und zu seinem Worte steht. Entweder, Herr Bundeskanzler, sind die 18,5 Millionen Schilling im Budget 1970 vorgesehen gewesen, dann kann sie der Herr Unterrichtsminister jederzeit auch in freier Verfügung zur Auszahlung bringen, oder sie waren nie in diesem Budget vorgesehen, dann war die gesamte Regierungsvorlage nur ein Täuschungsmanöver! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben heute einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, wonach in Hinwendung für sämtliche konfessionelle Privatschulen die Lehrerkosten, die Personalkosten hundertprozentig von der öffentlichen Hand übernommen werden. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, Ihre Zusagen nicht in der eigenen Fraktion durchbringen und nicht realisieren können, dann werden wir in diesem Fall dafür Sorge tragen. Wir haben die entsprechenden Anträge gestellt. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Bei solchen Aussagen, Herr Bundeskanzler, bleibt eben die Glaubwürdigkeit immer wieder auf der Strecke. (*Abg. Sekanina: Auch Ihre!*)

Dr. Mock

Bedauernswert in dieser Regierungserklärung ist, trotz ihres großen Umfangs und trotz der oft zitierten 14.000 Worte, daß für unsere Gemeinschaft sehr wichtige Fragen nicht erwähnt wurden. Ich bringe hier beispielweise nur die Frage des Finanzausgleiches ab 1972, eine entscheidende Regelung für unsere Gemeinden, für unsere Gemeinden, die fast 50 Prozent der öffentlichen Investitionen aufbringen, wobei wir wissen, daß der Aufteilungsschlüssel neu geregelt werden muß, weil die Mehrwertsteuer eingeführt werden wird. — Kein Wort darüber. Wobei wir wissen, daß die Verschuldung allein in den letzten zehn Jahren um rund 20 Prozent, was die Gemeinden anlangt, gestiegen ist, während bei den sonstigen Gebietskörperschaften die Verschuldung nur um etwa 10 Prozent gestiegen ist. Wobei wir wissen, daß die Zuteilung finanzieller Mittel an die Gemeinden entscheidet über die hygienische Infrastruktur, über das Verkehrssystem in den Ortschaften, über die Maßnahmen betreffend den von Ihnen vielzitierten Umweltschutz, über die Möglichkeit, Kindergärten zu bauen. — Kein Wort darüber in der Regierungserklärung. Es fehlt ... (Abg. Lanc: Sind Sie Bürgermeister?) Ich war Bürgermeister. Ich danke sehr, Herr Kollege, für diesen Hinweis. Ich bin sehr froh, daß ich Bürgermeister war und dadurch auch mit diesen Fragen in Kontakt kam. Sie machen sich anscheinend über eine solche Funktion ja nur lustig. Das wäre Ihnen zu wenig, Herr Abgeordneter Lanc, Bürgermeister in einer kleinen Landgemeinde zu sein. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kohlmaier: Lanc ist ja der Kaiser von Margareten!)

Es fehlt auch, Herr Bundeskanzler, wenigstens eine grundsätzliche Aussage industrie-politischer Natur. Bezuglich der OIAG verweisen sie nur auf den Artikel III Abs. 1 des OIAG-Gesetzes. Auch hier wäre es notwendig, zumindest mit einigen Strichen anzudeuten, wie Sie sich die weitere Entwicklung im verstaatlichten Bereich vorstellen. Aussagen über Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik sind hier auch nicht enthalten.

Bevor ich auf einzelne Fragen im Bildungsbereich eingehe, Herr Bundeskanzler, möchte ich hier zu Ihrem Angebot auf Zusammenarbeit Stellung nehmen. Sie haben gesagt, Sie werden sich keiner Möglichkeit entschlagen, diese Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien zu suchen. Ich gestehe Ihnen ohne weiteres zu, daß es sich hier um eine positive Aussage handelt. Wenn diese Zusammenarbeit jedoch den Charakter zeigt, wie Sie das in Enns vorgeschlagen haben, nämlich die Junktimierung von nicht zusammen-

gehörenden Fragen der Assanierung und der landwirtschaftlichen Marktordnung, dann bin ich etwas skeptisch.

Wenn dieses Angebot ernst gemeint ist — was ich annehmen möchte, Herr Bundeskanzler —, dann werden Sie auch dafür sorgen müssen, daß zum Beispiel im Bereich der verstaatlichten Industrie nicht wieder jene politische Kopfjägerei beginnt, wie dies sozialistische Flugblätter im Bereich der Österreichischen Mineralölverwaltung fordern.

Durch die Verwirklichung der OIAG erhielt ... (Abg. Sekanina: Haben Sie das Flugblatt gelesen? Lesen Sie das Flugblatt zur Gänze, Herr Kollege!) Ich habe es zur Gänze durchgelesen. Wenn Sie wollen, können Sie es nachlesen, Herr Kollege. (Abg. Sekanina: Lesen Sie es vor! Ich habe es gelesen! Aber Sie nicht!)

Durch die Verwirklichung ... (Abg. Sekanina: Das ist Demagogie, was Sie hier treiben! Das ist Rufmord an den Bediensteten in der ÖMV!) Nein. Leider ist es kein Rufmord. Was wollen Sie mehr, als daß ich Ihnen das zeige, Herr Kollege?! (Der Redner zeigt ein Flugblatt vor. — Abg. Sekanina: Das ist Rufmord! Ich kenne das besser als Sie! Sie haben keine Ahnung von solchen Betrieben!)

Durch die Verwirklichung der OIAG erhielt die verstaatliche ... (Abg. Sekanina: Lesen Sie das Flugblatt weiter vor!) Bitte, ich weiß ja, Herr Kollege Sekanina, daß Sie der Zwischenrufer vom Dienst sind. Ich respektiere das auch. Aber Sie sollten Ihr parlamentarisches Können auch auf anderen Gebieten zeigen, nicht nur als Zwischenrufer vom Dienst! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Herr Kollege, das ist Rufmord an den Bediensteten, was Sie da begehen! Außer beleidigenden Äußerungen produzieren Sie hier nichts! Das ist Rufmord! Diese Beleidigungen werden wir uns nicht gefallen lassen! Lesen Sie das Flugblatt vor!)

Durch die Verwirklichung ... (Zwischenruf des Abg. Libal) Herr Kollege Libal! Sie werden noch lange brauchen, bis Sie mir vorschreiben, was ich hier zu sagen habe! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Libal: Rufmord! — Ruf bei der ÖVP: Kritik! — Abg. Sekanina: Das ist eine Arbeitnehmerbeleidigung!)

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Bitte, meine Damen und Herren, sich im Ton und im Ausdruck etwas zu mäßigen!

Abgeordneter Dr. Mock (fortsetzend): Mit diesem Flugblatt haben Sie und Ihre Parteikollegen die Demokratie beleidigt, Herr Kollege Sekanina! Darum geht es! (Zustim-

Dr. Mock

mung bei der ÖVP. — Ruf bei der SPO: Vorlesen! — Abg. Sekanina: Lesen Sie das Flugblatt vor! — Abg. Kern: Kommt ja gar nicht in Frage! — Abg. Sekanina: Haben Sie den Mut und lesen Sie das vor! Beleidigen Sie nicht Hunderte Arbeitnehmer der OMV! Das ist eine glatte Beleidigung, Herr Dr. Mock! — Abg. Kern: Ordnungsruf: „Rufmord“!

Präsident Probst: Ich bitte den Redner, fortzusetzen! Man kann sich noch zur Debatte melden! (Ruf bei der ÖVP: Denken Sie an die Dienstpostenbesetzung im Sozialministerium! — Ruf bei der SPO: Ja, in Niederösterreich! Denken Sie an Prader!)

Abgeordneter Dr. Mock (fortsetzend): Durch die Verwirklichung der OIAG, Herr Bundeskanzler, erhielt die verstaatlichte Industrie eine Distanz zum parteipolitischen Wechselspiel (Ruf bei der SPO: Vom Flugblatt redet er nicht mehr!), die ihr nur zum Vorteil gereichte. (Zwischenruf des Abg. Dr. Prader.) Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der verstaatlichten Industrie ist zu groß (anhaltende Rufe und Gegenrufe. — Abg. Dr. Prader: Da gibt es gar nichts zum Lachen!) und die Arbeitsplätze sind zu wertvoll, als daß man zusehen könnte, Herr Bundeskanzler, daß dort auf diese Weise wieder Unruhe gestiftet wird.

Ich habe vorhin gesagt, Ihre Aussage zum notwendigen Verständnis über Parteidgrenzen hinweg ist positiv, aber solche Dinge dürfen nicht einreihen, wenn solche Aussagen glaubhaft bleiben sollen.

Im Abschnitt über die Bildungspolitik haben Sie wörtlich folgendes bemerkt:

„Eine solche Vorstellung, wonach die Startbedingungen aller gleich sind, was aber aus der Chance gemacht wird, als gesellschaftlich zulässige, ja wünschbare Ungleichheit betrachtet wird, soll durchaus nicht kritiklos akzeptiert werden.“

An das habe ich gedacht, Herr Bundeskanzler, als ich mir vorhin die Bemerkung erlaubte, einige Ihrer Aussagen sind doch etwas sibyllinisch.

Was heißt das konkret? Wenn Sie es nicht kritiklos akzeptieren, haben Sie anscheinend bessere Vorstellungen. Wie lauten sie? Wie interpretieren Sie Chancengleichheit, die so oft zitiert wird?

Ich glaube, es ist auch der Zeitpunkt gekommen, wenn ich schon diese Forderung an Sie stelle, daß wir sagen, was wir darunter verstehen. (Anhaltende Unruhe.)

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Das eine Kapitel ist schon abgeschlossen!

Abgeordneter Dr. Mock (fortsetzend): Es ist ein erklärtes Ziel der Bildungspolitik der Österreichischen Volkspartei, die Chancen aller Staatsbürger auf weiterführende Bildungswege anzugleichen und zu erhöhen. (Ruf bei der SPO: Seit wann?) Die angebotene Chance muß jedoch durch die Leistung des einzelnen verwirklicht werden. Damit legen wir auch ein positives Bekennnis zum Leistungsprinzip im Bildungswesen ab. Damit treten wir gegen die systematische Unterhöhlung der Leistungsmotivation durch die Linke auf. Wir wehren uns gegen eine Exklusivität des Leistungsprinzips, gegen eine enthumanisierende Anwendung. Wir sind jedoch der Auffassung, daß das Erbringen einer Leistung — im Sinne einer schöpferischen Tätigkeit — genauso wie im wirtschaftlichen Bereich auch im wissenschaftlichen Bereich und im künstlerischen Bereich eine Betätigung darstellt, die der menschlichen Natur zutiefst entspricht.

Für uns ist außerdem Bildungspolitik und die Forderung auf Bildung für alle nicht nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitatives Anliegen. Auch darin unterscheidet sich unsere Bildungspolitik von der sozialistischen Bildungspolitik. (Ruf bei der SPO: Gott sei Dank! — Abg. Jungwirth: Nur haben Sie versagt!)

Die öffentliche Hand hat den objektiv oder subjektiv benachteiligten Staatsbürgern zu helfen, diese Nachteile auszugleichen, ohne deswegen das Niveau des Bildungswesens zu senken. (Abg. Horr: 20 Jahre habt ihr geschlafen!)

Das Leistungsprinzip neben anderen Leitlinien, wie zum Beispiel die Hilfestellung aus sozialen Gründen, steht für uns außer Zweifel. Worüber wir reflektieren sollen, sind die Frage des Leistungsinhaltes, die Festlegung des Leistungsziels und die Methoden der Leistungsmessung, aber nicht das Leistungsprinzip selbst, das außer Zweifel steht.

Was sonst die Wissenschaft, die Forschung und den Unterricht anlangt, sind wir bereit zur Zusammenarbeit über konzeptive Vorschläge, vor allem im Bereich der Schulreform. Ich habe das, Herr Bundesminister Sinowatz, gegenüber Ihrem Amtsvorgänger betont und möchte das auch Ihnen gegenüber wiederholen. Wir werden jedoch sehr genau immer wieder prüfen, wieweit durch irgendeinen Vorschlag eine Einschränkung der Freiheit von Lehre und Forschung direkt oder indirekt herbeigeführt oder auch nur ermöglicht werden könnte und wieweit das Niveau unserer Bildungswege gefährdet werden könnte.

Wir werden die gleiche Aufmerksamkeit darauf verwenden, wieweit echte Unterstüt-

Dr. Mock

zung sozial Benachteiligten zukommt und daß nicht vielleicht eine Unterstützung, die man mit der rechten Hand gibt, mit der linken Hand — zum Beispiel durch eine inflationäre Politik — wieder weggenommen wird.

Daß die Bildungspolitik für uns auch eine starke soziale Komponente enthält und wir möglichst vielen Menschen den Zugang zu den Bildungsinstitutionen ermöglichen wollen, zeigt ja schon die Zahl der Mittelschüler in den letzten Jahren, die um 50 Prozent gestiegen ist, die Zahl der Schüler an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und die Zahl der Maturanten.

Ich möchte betonen, daß für die Österreichische Volkspartei neben dem Leistungsprinzip unsere Bildungspolitik auch eine starke soziale Komponente enthält.

Ein Anliegen, das uns sehr stark am Herzen liegt, ist die Frage, wie wir den Eltern bei der Lösung des Problems helfen: Welche Schule soll mein Kind besuchen? Soll es einen weiterführenden Bildungsweg beschreiten? In welcher Form soll es einen weiterführenden Bildungsweg beschreiten? Das bedeutet die Forderung nach dem Ausbau eines umfassenden Informationssystems, eines Bildungsberatungssystems für unsere Elternschaft. Das ist für uns ein wesentlicher Teil des modernen Bildungswesens.

Herr Bundesminister! Sie haben vor einigen Tagen, wenn ich in der Zeitung richtig gelesen habe, der Öffentlichkeit einen Bildungsführer übergeben und damit eine Aktivität fortgeführt, die seinerzeit von Bundesminister Piffl-Perčević eingeführt worden ist. Aber ich glaube, wir sollen nicht nur diese Information fortführen, wir sollen sie nach Möglichkeit ausdenken.

Viele junge Menschen scheitern bei ihrem potentiellen Interesse, bei ihrer Begabung für weiterführende Bildungswege, weil sie nicht darüber informiert werden, welche Möglichkeiten das Bildungssystem anbietet.

Die drei Parteien haben heuer im Sommer ein Schülerbeihilfengesetz beschlossen. Die Information durch das Ministerium war so mangelhaft, daß ein Großteil der Eltern das Gesetz nicht in Anspruch nehmen konnte. Auch hier hat es an Information gefehlt.

Herr Bundeskanzler! Sie erklärten anlässlich der Errichtung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, daß dieses Ministerium keine Mehrkosten verursachen wende. Sie sprechen heute von 13 Posten mehr in der Zentralverwaltung. Man wird sich ja noch mit der Frage beschäftigen müssen, wie viele Menschen dort arbeiten, weil sie auf Grund

von Mitteln des Sachaufwandes oder vielleicht Dienstpostenzuteilungen der nachgeordneten Dienststellen dort arbeiten können, sodaß sich ein Mehrfaches der Zahl 13 ergibt.

Wenn Sie heute schon beim Gesundheitsministerium dazu Stellung genommen und gesagt haben, daß es in vier, fünf anderen Ländern auch ein Gesundheitsministerium gibt, so muß man der Vollständigkeit halber heute noch immer sagen, daß es kein Land unserer Größen mit einem eigenen Unterrichts- und einem getrennten Wissenschaftsministerium gibt. Weder die Schweiz, noch Schweden, noch Dänemark, noch die Benelux-Staaten haben die Notwendigkeit eines solchen Ministeriums empfunden. Am 25. September hat die Frau Bundesminister erklärt, daß die Arbeitsverhältnisse im Ministerium ein neues Gebäude notwendig machen. Alles ist eingetreten, was prophezeit worden ist: Mehr Verwaltungsaufwand, mehr Dienstposten, mehr Schreibtische und auch ein neues Gebäude!

Ich habe ja nie behauptet, Herr Bundeskanzler, daß man ein neues Ministerium ohne Mehrkosten errichten kann. Solche Wunderknaben oder Wundermädchen gibt es ja in keiner Partei. (Anhaltende Zwischenrufe.) Aber wenn man ein neues Ministerium errichtet, sollte man den Mut haben zu sagen, daß das auch mehr kostet. Der Steuerzahler entdeckt es ohnehin einmal und fühlt sich dann eben wieder getäuscht und betrogen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Was die Aktivitäten dieses Ministeriums anlangt, hätten sie genauso gut oder genauso schlecht — wie man es eben nimmt — in einem Bundesministerium für Unterricht unter Minister Gratz erledigt werden können. Ich traue Ihnen das zu, Herr Abgeordneter! Der Herr Bundeskanzler hat Ihnen das offenbar nicht zugetraut. (Erneute Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Das war ein besserer Minister als Sie!)

Mir fehlt, Herr Bundeskanzler, in diesem Zusammenhang ein klares Bekenntnis zur Freiheit von Forschung und Lehre an unseren Universitäten. Sie würden vielleicht sagen, das ist für Sie eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte das auch gar nicht in Abrede stellen. Aber gerade dort, wo unter sozialistischer Verantwortung Hochschulreformen durchgeführt wurden, ist jenen Kräften neulinker Herkunft ein Einbruch gelungen, die von der Freiheit von Forschung und Lehre schon gar nichts halten.

Die Berliner Hochschulreform, von der dortigen regierenden Sozialistischen Partei durchgeführt, ist daneben gegangen und ist nicht nur das bekannteste Beispiel für eine

Dr. Mock

eindeutige Niveausenkung, sondern auch ein Beispiel dafür, wie unter dem Mißbrauch pseudodemokratischen Vokabulars die Intoleranz sich breitmacht und unter Forderung der Gewalt gegenüber Personen und Sachen offen die Geistesfreiheit eingeschränkt wird.

Wenn Sie mit Professoren, die der Sozialistischen Partei Deutschlands angehören, sprechen, so sind Sie nicht nur sehr besorgt darüber, sondern gestehen zumindest im persönlichen Gespräch zu, daß diese Hochschulreform ein Mißerfolg war.

Ich begrüße es, Herr Bundeskanzler, daß Sie und die sozialistische Regierung die grundsätzliche Aussage über die studentische Mitbestimmung übernommen haben, die seinerzeit zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, in der parlamentarischen Hochschulkommission festgelegt worden ist, wo die Rede war vom Organisationsprinzip der nach Qualifikation gestuften Mitbestimmung und Mitverantwortung aller am Wissenschaftsprozeß Beteiligten.

Aber dazumal wurden nicht nur Grundsätze festgelegt, sondern auch konkrete Akte gesetzt. Die Mitbestimmung wurde in den Studienkommissionen verwirklicht. Sie wurde durch das Kunsthochschul-Organisationsgesetz an den Kunsthochschulen verwirklicht, sie wurde im Klagenfurter Hochschulmodell verwirklicht, während seit eineinhalb Jahren auf dem Gebiete der studentischen Mitbestimmung nichts Neues geschehen ist, sondern höchstens von uns gesetzte Maßnahmen ausgedehnt worden sind.

Im Entwurf des Universitätsorganisationsgesetzes findet sich dieser Grundsatz zwar im Vorwort, aber im Gesetzestext ist eben wieder die Drittelparität als eine Art Fetisch für diese Probleme der Mitbestimmung verankert.

Wir verlangen die Fortführung der Hochschulreform, wie sie Minister Piffl-Perčević im Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz als innere Hochschulreform begonnen hat. Wir verlangen sie mit der Fortführung einer organisatorischen Reform, die die Möglichkeiten der Lehre und Forschung erhöht und nicht einschränkt.

Universitäten sind Einrichtungen, die primär der Lehre und Forschung, der Bildung und der wissenschaftlichen Berufsbildung dienen, und nicht der politischen Auseinandersetzung. Die politische Auseinandersetzung benötigt die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Mitarbeiter. Aber dort, wo sich die politische Auseinandersetzung gemäß der Verfassung abspielt, nämlich in den Parlamenten und

anderen Vertretungskörpern, begrüße ich es auch, wenn die Wissenschaft gesellschaftsrelevante Wirkung entwickelt.

Wenn dieses Parlament bisher weder einen wissenschaftlichen Personalstab noch die Abgeordneten die genügende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter besitzen, so ist es umso dringender, hier die natürliche und notwendige Hilfestellung der Wissenschaft auch in unserem Parlament zu verankern und dort, wo sie in Ansätzen vorhanden ist, auszubauen, aber nicht die Wissenschaft an den Hochschulen und Universitäten politisch zu manipulieren. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich habe das deswegen mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, Herr Bundeskanzler, nicht, weil ich Ihnen das unterstellen möchte, sondern weil wir nicht warten dürfen, bis bei uns der gleiche Schaden eintritt, der sich in anderen Ländern gezeigt hat. (Erneute Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer Rede vom 22. April 1966, als Bundeskanzler Dr. Klaus seine Regierungserklärung abgegeben hat, hier gesagt:

„Denken Sie doch“ — Herr Bundeskanzler — „an die schwierigen innerösterreichischen Probleme, die kommen werden. Wir wenden alles tun müssen, um eine wirtschaftliche Zweiteilung Österreichs zu verhindern... Denken Sie an die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und an den ständigen Inflationsdruck, dem wir in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren ausgesetzt sein werden.“

Wie das Wirtschaftswachstum und die Preisentwicklung während der ÖVP-Alleinregierung gezeigt hat, war man sich damals dieser Probleme bewußt und hat sie auch in den Griff bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Was den ständigen Inflationsdruck anlangt, den wir jetzt haben, war es Ihrer Regierungszeit überlassen, ihn in Österreich einzuführen! Wir werden ihm nicht ausgesetzt sein, wir sind ihm ja heute schon ausgesetzt. Es geht dabei um das Einkommen der ärmeren Mitbürger. Es geht um die Investitionskraft unserer Unternehmungen. Es geht um die internationale Wettbewerbsfähigkeit, und es geht nicht zuletzt um die Arbeitsplätze.

Das Kapital an Glaubhaftigkeit eines Politikers und Staatsmannes ist nicht unerschöpflich. Herr Bundeskanzler, Sie können sagen: Das ist meine Sache! Aber auch die Glaubhaftigkeit einer demokratischen Struktur ist nicht unbegrenzt strapazierbar. Die Opposition, ja eigentlich wir alle, haben ein eminentes Interesse daran, daß diese demo-

Dr. Mock

kratische Struktur nicht unterminiert oder gefährdet, sondern ausgebaut wird.

Wir werden überall dort, wo Sie dem Parlament gute Ideen und gute Vorschläge vorlegen, zur Zusammenarbeit bereit sein. Wir werden vordergründige Popularitätshascherei und sozialistische Politik ablehnen. Wir werden Mängel kritisieren, und die von Ihnen erwähnte Zusammenarbeit, Herr Bundeskanzler, darf keine Einbahn sein, sondern wir rechnen damit, daß für Vorschläge der Opposition auch die Zusammenarbeit mit der Regierungsfaktion gegeben ist.

Die Verfassung gibt, wenn auch in diesem Hause noch nicht materiell verwirklicht, allen Parteien, der Regierungspartei und den Oppositionsparteien, Chancengleichheit. Seien Sie versichert, Herr Bundeskanzler, wir werden diese Chancengleichheit zu nützen wissen. (Anhaltender Beifall bei der CVP.)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend die Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression. (S. 81.)

Es ist die namentliche Abstimmung begehrte worden. Die namentliche Abstimmung ist von 25 Mitgliedern des Nationalrates verlangt worden. Ich habe sie daher durchzuführen. Die Stimmzettel, die zu benutzen sind, tragen den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ oder „Nein“. Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen.

Ich bitte jene Abgeordneten, die für den Antrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen stimmen, Ja-Stimmzettel, jene, die gegen den Antrag stimmen, Nein-Stimmzettel abzugeben.

Die Beamten des Hauses erteiche ich, die Stimmzettel in den ihnen zugewiesenen Bankreihen einzusammeln. (Beamte des Hauses sammeln die Stimmzettel ein.)

Die Abstimmung ist beendet. Ich erteiche die Beamten des Hauses, jeder für sich die Stimmenzählung vorzunehmen und mir das Ergebnis sofort mitzuteilen. (Beamte des Hauses nehmen die Stimmenzählung vor.)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Abgegebene Stimmen 174. Davon Ja-Stimmen 83, Nein-Stimmen 91.

Der Antrag der Abgeordneten Kohlmaier und Genossen ist somit abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten

Bauer, Blenk, Brandstätter, Breiteneder, Broesigke, Brunner, Burger, Deutschmann, Ermacora, Fachleutner, Fiedler, Fischer Rudolf, Frauscher, Frodl, Gasperschitz, Gorton, Gradinger, Graf, Hagspiel, Hahn, Haider, Halder, Hanreich, Harwalik, Helbich, Hietl, Hofstetter Karl, Huber, Hubinek, Josseck, Kammerhofer, Karasek, Kaufmann, Keimel, Kern, Kinzl, Kohlmaier, Koller, König, Koren, Kotzina, Krainer, Kranzlmayr, Lanner, Lettmäier, Linsbauer, Maleta, Marwan-Schlosser, Meißen, Minkowitsch, Mitterer, Mock, Moser Eduard, Mussil, Neuner, Ofenböck, Pelikan, Peter, Prader, Regensburger, Sallinger, Sandmeier, Scherrer, Schlager Anton, Schleinzer, Schmidt, Schmitzer, Schrotter, Schwimmer, Scrinzi, Staudinger, Steiner, Stix, Stohs, Suppan, Tödling, Tschida, Vetter, Wedenig, Westreicher, Wieser, Withalm, Zittmayr;

mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten

Albrecht, Androsch, Babanitz, Benya, Blecha, Brauneis, Broda, Czernetz, Dobesberger, Egg, Firnberg, Fischer Heinz, Fleischmann, Frühbauer, Gratz, Haas, Haberl, Hager, Häuser, Heinz, Hellwagner, Hobl, Hofstetter Erich, Horejs, Horr, Jungwirth, Kerstnig, Kittl, Kostelecky, Kreisky, Kriz, Kunstätter, Lanc, Lehr, Libal, Lukas, Luptowits, Maderthaner, Maier Kurt, Marsch, Mayr Hans, Metzker, Mondl, Moser Josef, Mühlbacher, Müller, Murowatz, Neuhauser, Nittel, Ortner, Pansi, Pay, Pichler, Pfeifer, Pöhl, Radlanger, Reinhart, Robak, Rösch, Samwald, Scheibengraf, Schieder, Schlager Josef, Schnell, Schranz, Seda, Sekanina, Sinowatz, Skritek, Staribacher, Steinhuber, Steininger, Stöger, Ströer, Teschl, Thalhammer, Tonn, Treichl, Tull, Ulbrich, Veselsky, Weihs Oskar, Weisz Robert, Wielandner, Wille, Willinger, Winkler, Wodica, Wuganigg, Zankl, Zingler.

Präsident Probst: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Freitag, den 12. November 1971, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (2 der Beilagen)

2. Debatte über die Erklärung des Bundesministers für Justiz in der Sitzung des Nationalrates vom 10. November 1971

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 50 Minuten